

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 22. Juni 2016 - Nr. 143/25 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,60 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

EU verlängert Sanktionen gegen Russland

now. BRÜSSEL, 21. Juni. Die Europäische Union wird die im Sommer 2014 gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen um weitere sechs Monate bis Ende Januar 2017 verlängern. Darauf haben sich die Botschafter der 28 EU-Staaten am Dienstag grundsätzlich verständigt. Offiziell dürfte die Entscheidung erst nach dem EU-Gipfeltreffen am kommenden Dienstag und Mittwoch fallen. Ein entsprechendes Vorgehen habe Italien verlangt, hieß es am Dienstag in Brüssel. So könnte es beim Gipfel eine Aussprache über die mittelfristige Sanktionspolitik gegenüber Moskau geben. Der französische Staatspräsident François Hollande sowie zuvor Außenminister Jean-Marc Ayrault und dessen deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier (SPD) haben eine Lockerung der Sanktionen in Aussicht gestellt, aber auch die Bedeutung einer Verwirklichung des Minsker Abkommens von 2015 zur Bewältigung des Konflikts in der Ostukraine herausgestellt. Die als Reaktion auf die Unterstützung Moskaus für die Separatisten in der Ostukraine verhängten EU-Sanktionen betreffen insbesondere Staatsbanken, Rüstungsunternehmen, aber auch die Energie- und Gasbranche. In der vergangenen Woche hat die EU bereits die Sanktionen gegen die von Russland annektierte Halbinsel Krim um ein Jahr bis Mitte 2017 verlängert. (Siehe Seite 6.)

Die Mühlen des Alltags



Buddha bei die Fische – Und wiederholt man sie auch wie eine tibetanische Gebetsmühle, verliert eine einfache Wahrheit doch nicht ihre Gültigkeit: Früher war nicht alles besser, nur eben früher. Das macht den Alltag im Heute allerdings auch nicht erträglicher, wenn man erkennen muss, dass die Welt

schon immer recht unaufgeräumt war und es wenig Grund gibt zu glauben, dass es morgen so viel besser sein wird – angesichts all jener, denen das Chaos Wasser auf die eigenen Mühlen ist, und all der Mühlsteine, die auf dem Weg in die Zukunft liegen. Zum Beispiel für die Tibeter im Exil. **Seite 3** Foto Getty

Signale

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Das ist kein Grund zu Triumphalismus, aber die Verlängerung der europäischen Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate, erzielt im Kreise der EU-Botschafter, ist ein wichtiges Signal: der Geschlossenheit nach innen – in europapolitisch höchst bewegten Zeiten wie diesen ist das schon etwas – und der Entschlossenheit nach außen. Ja, es gibt in einigen Mitgliedsländern Zweifel am Nutzen der Sanktionen neben dem Wunsch, die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland wieder voll hochzufahren. Der sozialdemokratische Teil der Bundesregierung scheint das ja auch für eine gute (Wahlkampf-)Idee zu halten, obwohl die an eine Aufhebung der Sanktionen geknüpften Voraussetzungen, die Einhaltung der Minsker Verabredungen, was Moskau betrifft, nicht gegeben sind. Also werden die Sanktionen eben verlängert, ob nun der Wirtschaftsminister Gabriel nach Moskau fährt oder nicht. Die Kanzlerin hat in dieser Sache entschieden.

Gabriel trägt im Moment vor allem den Hut „SPD-Vorsitzender“. Im Verein mit Außenminister Steinmeier meint er sich über angelegliche Kalte Krieger im Westen erregen zu müs-

sen. Steinmeier glaubte vor ein paar Tagen sogar, Säbelrasseln und Kriegsgeheul zu hören (vielleicht könnte ein Besuch beim Akustiker helfen). Offenkundig ist die Lage der SPD wenig beäusend, die ihres Vorsitzenden erst recht. Ein paar Spitzen gegen die CDU-Kanzlerin hier, eine kleine Stinkbombe da – das politische Geschäft selbst in einer Koalition ist nun mal so, wenn es ein Profilerungsdefizit gibt. Aber das darf nicht in Opportunismus ausarten und den Eindruck erwecken, Deutschland beginne wieder, außenpolitisch zu irrlichtern und politisch die Argumente Moskaus zu übernehmen. Wer die Manöver, die Russland und die Nato abgehalten haben, miteinander vergleicht, kann nie und nimmer zu dem Schluss gelangen, Russland werde militärisch bedroht. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nato-Länder werden bedroht, und das ist nicht nur so ein „Gefühl“.

Verteidigungsfähigkeit und Bereitschaft zum Dialog gehören zum Standardrepertoire des Westens, und sie gehören zusammen. Und genau mit diesem Paket sind wir alle (!) sicherheitspolitisch gut gefahren. Angesichts des russischen Vorgehens in Osteuropa ist es dreist, wenn auch parteitaktisch erklärlich, vor allem in einer festen westlichen Haltung die Hürde für eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland zu sehen.

Europafreundlich

Von Reinhard Müller

Ein Signal für Europa – aber auch für den Nationalstaat; ein Zeichen für die heftigen Fliehkräfte ausgesetzte EU, aber auch ein Zeichen für eine nationale Kontrolle ihrer mächtigen Organe – das ist die Botschaft, die zwei Tage vor der Abstimmung über ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU vom Bundesverfassungsgericht ausgeht.

Karlsruhe macht sich zwar das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu eigen, welcher der Europäischen Zentralbank weitgehend freie Hand gelassen hatte. Aber die Verfassungsrichter stellen auch weiterhin klar, dass Bundesregierung, Bundestag und Bundesbank an die aus dem Grundgesetz folgenden Vorgaben gebunden sind. Das heißt: Sollte die EZB (oder eine andere europäische Stelle) sich offensichtlich außerhalb der Europäischen Verträge bewegen, sollte die deutsche Verfassungsidentität gefährdet sein, dann müssen die deutschen Organe dagegen einschreiten. Was sie dann genau tun und wie sie eine Verletzung des Grundgesetzes verhindern, bleibt weitgehend ihnen überlassen. Allerdings hatte der Zweite Senat in seiner historischen Vorlage an den EuGH das – bisher nicht angewendete und im Grunde überholte – OMT-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen noch für rechtmäßig, eine europarechtskonforme Auslegung zugleich aber für möglich gehalten.

Das ist der neue Ton: Europafreundlichkeit. Das gilt auch insofern, als Karlsruhe seine Maastricht-Rechtsprechung eingeschränkt hat und zumindest nicht den Eindruck erwecken will, jeder Bürger könne ohne weiteres unter Berufung auf sein Wahlrecht jeden Integrations Schritt in Karlsruhe überprüfen lassen. Es gibt keinen allgemeinen Anspruch darauf, dass demokratische Mehrheitsentscheidungen auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden. Wohl aber hat jeder ein Recht darauf, dass eine Übertragung von Hoheitsrechten nur nach Maßgabe des Grundgesetzes erfolgt. Der Anspruch des Bürgers auf Demokratie ist unveräußerlich.

Zugleich lautet die Botschaft: Das Bundesverfassungsgericht nimmt sich zurück. Es will nur noch in Extremfällen eingreifen. Auch das ist so neu nicht. Das Kooperationsverhältnis zum EuGH ist schließlich eine Karlsruher Erfindung. Das neue OMT-Urteil mag gleichwohl jene enttäuschen, die nach dem lange angekündigten Duell nun den Schusswechsel auf staubiger Hauptstraße vermissen. Die Hoffnung auf den Knall hat Karlsruhe selbst immer wieder mit markigen Worten geschürt.

Doch muss man auch nüchtern feststellen: Die Worte der deutschen Verfassungsrichter innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals haben ihre Wirkung in Europa nicht verfehlt. Europäische Verfassungsgerichte haben sich davon inspiriert gefühlt – durch-

aus auch mit, aus Brüsseler Sicht, negativen Tendenzen. Wenn nämlich alle EU-Mitglieder ihre nationale Souveränität neu entdecken, und zwar auch in wichtigen Fällen, ist das europäische Projekt schnell am Ende.

In wichtigen Fällen wie diesem geht es aber nicht um Kontrolle um der Kontrolle willen, sondern um demokratische Legitimation. Die erhält die EU über die Mitgliedstaaten, über deren Parlamente, über deren Bürger. So sind die EZB und auch der Europäische Gerichtshof im OMT-Verfahren auf die Karlsruher Argumentation eingegangen. Die Bank hat sich zumindest kräftig bemüht, das von ihr selbst gezeichnete Bild einer um sich feuern- den „Bazooka“ zu korrigieren.

Natürlich kann es der Europäische Gerichtshof grundsätzlich nicht ak-

Das Verfassungsgericht nimmt sich zurück, pocht aber auf seinen Kontrollanspruch.

zeptieren, dass ein nationales Gericht sich ein Letztentscheidungsrecht vorbehält. Aber die Luxemburger Richter wissen auch, dass sie Vertrauen benötigen und um Akzeptanz ringen müssen. Die Zeiten, in denen in Brüssel und Luxemburg das Subsidiaritätsprinzip und die Rechte der Mitgliedstaaten marginalisiert wurden, sind vorbei. Die Bundesbank darf sich deshalb nur unter genau benannten Bedingungen an einer etwaigen Ausführung des OMT-Programms beteiligen. Karlsruhe nimmt den Europäischen Gerichtshof beim Wort, nicht ohne deutliche Kritik etwa daran zu äußern, dass die Luxemburger Richter das Handeln der EZB kaum hinterfragten – und damit in die Pflicht. In dieser Pflicht stehen alle Verfassungsorgane. Das Motto lautet nicht: im Zweifel für die Union. Sondern: im Zweifel für das Recht. Dieser Rahmen, aufgrund der gemeinsam verabredeten Kompetenzen, bietet dann den Raum für eine europarechtsfreundliche Auslegung.

Und so sollten auch die skeptischen Briten und all jene diese Entscheidung sehen, welche die EU für einen Ort der Fremdbestimmung halten. Es ist ein permanentes Ringen. Aber dass alle unter einem Dach leben und auf demselben Fundament stehen, kann nur in Frage stellen, wer in dieser Union überhaupt keinen Mehrwert sieht. Dieser grundsätzliche Wert des Staatenverbundes zeigt sich täglich. Zugleich bleibt das Karlsruher Diktum aktuell, dass der Bürger sich keiner Hoheitsgewalt unterwerfen muss, die er nicht selbst beeinflussen kann. Organe, die keiner Kontrolle unterliegen, sind uneuropäisch. Wenn die Politik das nicht vermitteln kann, muss sie die Konsequenzen tragen. Das Wort hat der Bürger.

Heute

Der Clan

In der Volkswagen AG haben die Familien Porsche und Piëch das Sagen. Manches Mitglied geht eigene Wege. **Wirtschaft, Seite 24**

Erdogans Macht

In der AKP gärt es, aber noch wird dem türkischen Präsidenten in seiner Partei niemand gefährlich. Und in der Opposition? **Politik, Seite 6**

Boom der Privatmuseen

In Deutschland schießen die Häuser der Sammler fast schon wie Pilze aus dem Boden. Wie kommt es dazu? **Feuilleton, Seite 9**

Prinz von Wales

Der Nationalspieler Gareth Bale schockt die Russen, verzaubert seine Landsleute und treibt seine Teamkollegen an. **Sport, Seite 29**

Bausparen hat Zukunft

Die Geldpolitik zwingt die Bausparbanken zu unpopulären Schritten. Schwäbisch-Hall-Chef Klein ist zuversichtlich. **Finanzmarkt, Seite 36**

Meeresleuchten

Bei mindestens 27 Tierarten hat sich das „Glühen“ als Lockmittel oder zur Tarnung entwickelt.

Natur und Wissenschaft, Seite N1

Briefe an die Herausgeber Seite 15

Früherer Vizepräsident Kongos verurteilt

DEN HAAG, 21. Juni (AFP). Der ehemalige kongolesische Vizepräsident Jean-Pierre Bemba ist wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Das Strafmaß verkündete der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag am Dienstag. Soldaten einer von Bemba befähigten Miliz sollen in den Jahren 2002 und 2003 in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik Männer, Frauen und Kinder gefoltert und getötet haben.

Juncker: Die Briten brauchen die EU, die EU braucht britischen Pragmatismus

Kommissionspräsident: Immer engere Union kein historischer Irrtum / F.A.Z.-Gespräch

ATHEN, 21. Juni. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat kurz vor dem Referendum in Großbritannien bei einem Besuch in Athen seine Hoffnung ausgedrückt, dass sich die Briten für den Verbleib in der EU entscheiden werden. „Ich hoffe, dass die Briten sich vom Pragmatismus leiten lassen, denn das ist eine britische Tugend. Daher hoffe ich, dass ein Brexit nicht das Ergebnis des Referendums sein wird“, sagte Juncker in einem Gespräch mit dieser Zeitung. „Die Briten brauchen die EU, und die EU braucht den britischen Pragmatismus.“ Er traf am Dienstag unter anderem Griechenslands Regierungschef Alexis Tsipras sowie Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos.

Das Ziel einer „immer engeren Union der Völker Europas“ sei trotz des briti-

schen Referendums kein historischer Irrtum, sagte Juncker, „auch wenn die Briten diese Zielsetzung für sich dezidiert nicht in Anspruch nehmen wollen, was in Ordnung ist. Man kann schließlich Mitglied der EU sein, ohne in jeder Frage den Anspruch einer immer engeren Union zu verfolgen.“ Juncker verteidigte seinen zurückhaltenden Kurs in der Debatte über Großbritannien. „Zur Brexit-Debatte habe ich mich nicht oder kaum geäußert, weil ich den Eindruck hatte, es könne als Provokation empfunden werden, wenn sich die Kommission in den britischen Referendumswahlkampf einmischte.“ Er sei „grundsätzlich kein großer Freund von Referenden“, da die Wähler dabei leicht durch „Nebenkriegsschauplätze“ in die Irre geführt werden könnten.

Deutlich kritisierte Juncker die Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in der Flüchtlingskrise: „Ich kann mich nur wundern, wenn einige in Europa sagen, bei ihnen finde grundsätzlich niemand Zuflucht oder wenn, dann nur, wenn er durch seinen Pass als Christ ausgewiesen ist. Mein Christentum ist das nicht.“ Zudem stellte er der Türkei die Aufhebung der Visumpflicht in Aussicht. Sobald die Türkei alle 72 Bedingungen dafür erfülle, „wird es keinen Grund geben, ihren Bürgern die Visumfreiheit zu verweigern. Falls jedoch Herr Erdogan ernsthaft versucht, das Abkommen (mit der EU) zu brechen, dann wird es seine Aufgabe sein, den Türken zu erklären, weshalb sie nicht in den Genuss von Reisefreiheit nach Europa kommen.“ (Siehe Seiten 2 und 3.)

Karlsruhe billigt Politik der EZB unter Bedingungen

Keine Verletzung der „Volkssouveränität“ / Kläger Gauweiler sieht „Teilerfolg“

hw. BERLIN, 21. Juni. Das Bundesverfassungsgericht hat Klagen gegen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) am Dienstag zurückgewiesen, zugleich aber hervorgehoben, dass die EZB wie jede europäische Institution gerichtlicher Kontrolle unterliegt. Die Karlsruher Richter billigten den Beschluss, mit dem die EZB dazu ermächtigt wurde, unbegrenzt Anleihen anzukaufen. Sie unterstrichen in ihrer Entscheidung die rechtlichen Grenzen, die bei der Durchführung des Anleihekaufs zu beachten seien. Der Bundestag müsse wie alle Verfassungsorgane das „Recht auf Demokratie“ schützen und den Vollzug der EZB-Politik dauerhaft beobachten. Gerichtspräsident Voßkuhle sprach von einer Stärkung der europäischen Rechtsgemeinschaft.

Geklagt hatten die Linksfraktion im Bundestag, Tausende Mitglieder des Vereins „Mehr Demokratie“ sowie mehrere Professoren. Das Kernargument der Kläger: Die Europäische Zentralbank überschreite mit dem Programm OMT (Outright Monetary Transactions) ihre Befugnisse. Sie betriebe in Wahrheit Wirtschaftspolitik, nicht die in den Zuständigkeitsbereich der Notenbank fallende Geldpolitik. Diese Form der Staatsfinanzierung verletze daher die Rechte der Bürger und den Grundsatz der Volkssouveränität. „Das Urteil bestätigt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, dass das OMT-Programm mit EU-Recht vereinbar ist und in unser Mandat fällt“, sagte Notenbankpräsident Mario Draghi am Dienstag. Die Bundesregierung be-

grüßte, dass auch in den Augen des Bundesverfassungsgerichts in erster Linie der Europäische Gerichtshof das Mandat der EZB überprüfe, sagte Finanzstaatssekretär Jens Spahn (CDU). Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) äußerte, das Urteil sei eine „sehr schlechte Nachricht für Sparer, Kleinanleger und Besitzer von Lebensversicherungen“. Die EZB werde ihre „massiven Eingriffe in die Anleihemärkte“ fortsetzen. Einer der Kläger, Peter Gauweiler (CSU), kritisierte, das Verfassungsgericht sei um Gesichtswahrung bemüht, habe aber „klein beigegeben“. Das OMT-Programm wirke noch immer wie eine „kostenlose Kreditausfallversicherung“. Wegen der Bedingungen sei die Entscheidung jedoch ein Teilerfolg. (Siehe Seite 5 sowie **Wirtschaft, Seite 19**.)

Kein Ausschluss von Gedeon aus AfD-Fraktion

STUTT GART/HANNOVER, 21. Juni. Die baden-württembergische AfD-Fraktion hat den wegen antisemitischer Schriften kritisierten Abgeordneten Wolfgang Gedeon am Dienstag nicht ausgeschlossen. Stattdessen sollen drei Fachleute bis zum Herbst die Frage beantworten, ob es sich bei Gedeons Thesen – laut denen etwa das Judentum eine Verklärung der Menschheit anstrebe – um Antisemitismus handeln könnte. Erst dann will die Fraktion entscheiden. Gedeon kündigte an, bis dahin seine Fraktionsarbeit ruhen zu lassen. Unterdessen teilte der AfD-Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, mit, sein Amt bald aufgeben zu wollen. (Siehe Seite 4; **Kommentar Seite 8**.)

Nicht gedopte russische Sportler dürfen nach Rio

LAUSANNE, 21. Juni. Nur nachweislich nicht gedopte russische Leichtathleten dürfen bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro unter ihrer Landesflagge starten. Dies teilte das Internationale Olympische Komitee (IOC) am Dienstag in Lausanne mit. Es hob die Unschuldsvermutung für russische und auch kenianische Sportler auf, die ebenfalls legen müssen, nicht gedopt zu haben. Sie müssen außerhalb der nicht funktionierenden Anti-Doping-Systeme ihrer Länder getestet werden. Zugleich kündigte der Chef des Russischen Olympischen Komitees an, dass Athleten gegen die Sperre durch den Internationalen Leichtathletik-Verband vor den Internationalen Sportgerichtshof ziehen wollen. (Siehe **Sport**.)



Im Gespräch: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über den Unterschied zwischen Grexit und Brexit und Europas moralische Pflicht

„Die Zukunft liegt im besseren, nicht in mehr Europa“

Herr Präsident, Krisen von gestern wirken im Angesicht der Krisen von heute mitunter harmlos. Geht es Ihnen so, wenn Sie die Grexit-Debatte vom Sommer 2015 im Lichte der jetzigen Brexit-Debatte betrachten?

Ich hoffe, dass die Briten sich vom Pragmatismus leiten lassen, denn das ist eine britische Tugend. Daher hoffe ich, dass ein Brexit nicht das Ergebnis des Referendums sein wird. Die Briten brauchen die EU, und die EU braucht den britischen Pragmatismus. In der Nachbetrachtung wirken geschichtliche Ereignisse tatsächlich oft milder, weil man nicht mehr akut damit zu tun hat. Leider reagieren wir in Europa, das bemängelt ich auch manchmal an mir selbst, zu stark situativ. Das Denken in historischen Zeitabschnitten ist uns abhandlungsgemäßen, was auch damit zusammenhängt, dass viele aktive Politiker in Europa stärker an der sofortigen Reaktion der öffentlichen Meinung in ihrem Land interessiert sind als an der Frage, wie sich die Dinge langfristig fügen könnten, müssten oder sollten.

Dass Politiker in Demokratien in Vierjahreszyklen denken, ist nun aber weder neu noch europäisch.

Noch falsch ist es trotzdem. Ich habe viele große Politiker und Staatsmänner in Europa aus der Nähe erlebt, und aus meiner kleinen großherzogtumlich-luxemburgischen Perspektive habe ich immer jene bewundert, die sagten: Was jetzt zur Entscheidung ansteht, wird in der öffentlichen Meinung oder im Parlament meines Landes zunächst auf massive Ablehnung stoßen, aber ich billige es trotzdem, weil es hier um das Europa von morgen geht. Helmut Kohl war so ein Politiker. Es gab auch andere, aber nicht sehr viele. Heute handeln wir nur selten perspektivisch.

Hat das auch mit der veränderten Art zu tun, in der Politik rezipiert wird?

Da ich einfache Erklärungen für komplizierte Vorgänge nicht mag, hüte ich mich davor, allein die neuen Medien dafür verantwortlich zu machen, obwohl sie viel verändert haben. Wir Politiker müssen inzwischen jeden Tag zu hundert Fragen Stellung nehmen, und das oft, ohne die Zeit gehabt zu haben, über sie nachzudenken.

Vor dem sogenannten Grexit-Referendum im Juli 2015 warnten Sie, wenn die Griechen mit „Nein“ stimmen, also das europäische Angebot in der Schuldenkrise ablehnten, werde die griechische Position sich dramatisch verschlechtern. Doch Empfehlungen vor Referenden sind heikel. Die Griechen stimmten trotz oder aufgrund von Warnungen wie der Ihren mit „Nein“.

Alexis Tsipras, den ich zu meinen Freunden zähle, hat als Ministerpräsident eine Frage zum Referendum vorgelegt, die sich so nicht mehr stellte: Der letzte Vorschlag der EU an die griechische Adresse war nicht der, über den er abstimmen ließ. Er hat über eine Frage abstimmen lassen, die nicht mehr zur Debatte stand – und diesem Umstand galt meine Warnung.

Ist es bei einer Frage, die nicht mehr zur Debatte steht, nicht egal, ob sie mit Ja oder Nein beantwortet wird?

Wichtig war mir auch, der griechischen Bevölkerung ehrlich zu sagen, dass bei dieser Abstimmung die weitere Teilnahme am Euro auf dem Spiel stand. Das griechische Referendum insgesamt aber war weniger eine Abstimmung über die Rolle Griechenlands in der EU als über die Rolle von Herrn Tsipras in Griechenland. Er wollte ein neues Mandat und hat es bekommen. Und sehr bald hat er dann auf dem Verhandlungswege einer Einigung zugestimmt, die nicht unbedingt vollkommen im Einklang stand mit dem, was er in der Referendumskampagne propagiert hatte. Aber das war weniger meine Sorge als die von Herrn Tsipras. Grundsätzlich bin ich kein großer Freund von Referenden, obwohl ich mich auch dagegen wehre, dass man immer Schweißausbrüche bekommt, wenn jemand sich erdreistet, das Volk nach seiner Meinung zu fragen. Nur kommt es dann darauf an, dass man die richtige Frage im richtigen Kontext stellt.

Und dass die Wähler auch die Frage beantworten, die gestellt wurde.

Das tun sie nicht in allen Fällen.

Weil Wähler heutzutage sehr unzuverlässig sind?

Das möchte ich so nicht formulieren. Aber sie können leicht irreführend werden durch Nebenkriegsschauplätze.

Die Griechen haben im Referendum vor einem Jahr das Gegenteil von dem entschieden, was Sie ihnen geraten hatten. Hüten Sie sich auch deshalb davor, den Briten ähnlich deutliche Empfehlungen zu geben?

Ich würde es anders ausdrücken: In Griechenland ist das Gegenteil dessen eingetreten, was Herr Tsipras während der Kampagne zum Referendum versprochen hatte. Ich habe gewarnt, dass die Frage, die den Griechen vorgelegt wurde, überholt sei, und es ist dann genau das eingetreten, was ich vorausgesagt hatte: Griechenland ist rasch auf den Weg einer einvernehmlichen Lösung mit Europa zurückgekehrt. Ich habe vor dem Referendum Klartext geredet, damit man der Europäischen Kommission nicht später vorwerfen könnte, wir hätten nicht genau gesagt, dass am Ende des Gegenteils dessen eintreten werde, was im Referendum versprochen wurde. Zur Brexit-Debatte habe ich mich nicht oder kaum geäußert, weil ich den Eindruck hatte, es könne als Provokation empfunden werden, wenn sich die Kommission in den britischen Referendums-wahlkampf einmische. So habe ich mir, entgegen meinem normalen Temperament, größte Zurückhaltung auferlegt. Meine Erfahrung ist allerdings: Wenn ich mich in vermeintlich nationale Angelegenheiten einmische, sagen Medien und Politik des betroffenen Landes am nächsten Tag, das sei unklug von mir gewesen. In der Brexit-Debatte gibt es nun hingegen viele Stimmen in den europäischen Medien, die beklagen, es sei ein Fehler, dass die Kommission sich nicht zu Wort melde, wenn es um kontinentale Fragen gehe. Mit Kritik ist also auf jeden Fall zu rechnen.

Kritik an der EU und ein diffuses Unbehagen an „Brüssel“ gab es immer – aber gab es je Zeiten, da sich mehr europäische Regierungspolitiker bereitgefunden hätten, mit diesem Unbehagen Politik zu machen?

Obwohl ich eigentlich keine Zeit dafür habe, erlaube ich mir manchmal den Luxus, Zeitungen von vor 20 Jahren zu lesen, und dabei stelle ich immer wieder fest, dass die Schlagzeilen sich kaum geändert haben. Es gab schon immer Kritik an Brüssel und der mal vermeintlich mangelhaften, dann wieder angeblich zu offensiven Durchsetzung europäischer Leitgedanken. Liest man das und glaubt man dem, dann hat Brüssel immer schon entweder zu viel oder zu wenig getan, aber fast nie das Richtige. Es gab immer den Vorwurf, die EU, also auch die Europäische Kommission, mische sich in zu viele Dinge ein. Der Unterschied zu heute liegt in der Mannigfaltigkeit der Krisen, der sich die EU ausgesetzt sieht. Noch nie

musste die EU so viele wichtige Fragen zur gleichen Zeit lösen.

Ihr Parteifreund aus der Europäischen Volkspartei, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, nennt Europa „schwach und krank wie eine Blume, die von einem versteckten Wurm aufgefressen wird“. Er sagt, die Hauptgefahr für Europas Zukunft gehe nicht von Migranten aus, sondern von den Brüsseler „Fanatikern des Internationalismus“. Erkennen Sie in solchen Formulierungen Ihr Europa wieder?

Ich erkenne darin weder Europa noch das Tun und Lassen der Europäischen Kommission wieder. In der Flüchtlingspolitik tun wir in der Kommission das, was unserer Ansicht nach der Gedanke der Solidarität in Europa gebietet. Nicht die Blume ist krank, sondern die Würmer nagen an der falschen Pflanze.

Orbán sagt, es werde beabsichtigt, durch die Flüchtlinge die religiöse und kulturelle Landkarte Europas neu zu zeichnen und die ethnischen Fundamente des Kontinents zu verändern. Wissen Sie, wer das beabsichtigt?

Mir ist niemand namentlich bekannt, der den Kontinent dergestalt verändern möchte. Mir sind aber Leute bekannt, unter anderen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich einer globalen Aufgabe stellen. Wir sind der reichste aller Kontinente. Es müsste uns eigentlich gelingen, zwei oder drei Millionen unglückliche, vor Krieg, Not und Hunger fliehende Menschen in Europa aufzunehmen. Obwohl ich Christdemokrat bin, wird man von mir wenige Aussagen finden, die einen direkten Bezug zum Christentum herstellen. Aber in der Flüchtlingsfrage bin ich durchaus der Ansicht, dass man sich nicht als Christdemokrat bezeichnen und gleichzeitig abschotten kann. Das ist mit meinem Menschenbild nicht vereinbar. Dabei bin ich nicht naiv. Ich weiß, dass Europa nicht alles Unglück der Welt in Glück verwandeln kann. Aber wenn ich, was oft vorkommt, mit dem jordanischen König oder mit dem libanesischen Ministerpräsidenten rede, die in ihren kleinen, armen Ländern mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als wir im reichen Europa, dann bin ich in höchstem Maße beschämt.

Ein anderer europäischer Christdemokrat, Schwedens ehemaliger Außenminister Carl Bildt, sagt, das „goldene Zeitalter“ Europas sei vorüber. Ist das alarmistisch, fatalistisch oder realistisch?

Carl Bildt, den ich sehr mag, hat Ähnliches schon vor 10 oder 15 Jahren gesagt. Ich bin auch kein europäischer Fanatiker. Auch wenn ich damals als sehr junger Mensch, mit 17 oder 18 Jahren, der Ansicht war, dass die Vereinigten Staaten von Europa ein gutes und realistisches Ziel sei-

en. Heute weiß ich sehr zu schätzen, dass wir in Europa nun einmal unsere Eigenlichkeiten, unsere nationalen und regionalen Befindlichkeiten haben. All dies muss man verweben mit den größeren europäischen Zielen. Die EU darf nie ein Konstrukt sein, das gegen die europäischen Nationen gebaut wird. Die europäischen Nationen sind kein Provisorium der Geschichte, sondern auf Dauer eingerichtet. Ich bin gerne Luxemburger und Europäer und habe jedes Verständnis dafür, dass Bayern gerne Bayern sind. Ich bin nicht für den europäischen Schmelztiegel, sondern für die vielzitierte Einheit in Vielfalt.

Ist die „immer engere Union der Völker Europas“, die noch in der Präambel des Vertrags von Lissabon als Ziel genannt wird, ein historischer Irrtum?

Das möchte ich damit nicht sagen, auch wenn die Briten diese Zielsetzung für sich dezidiert nicht in Anspruch nehmen wollen, was in Ordnung ist. Man kann schließlich Mitglied der EU sein, ohne in jeder Frage den Anspruch einer immer engeren Union zu verfolgen. Eigentlich handelt es sich dabei ohnehin um Wortklauberei. Zu sagen, wir wollten immer enger zusammenwachsen, ist doch sinnvoll. Die Frage ist nur, auf welchen Feldern wir zusammenwachsen wollen. Die europäische Zukunft liegt in einem besseren Europa, nicht notwendigerweise in „mehr Europa“. Das ist eigentlich eine Leerformel. Aber die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses ergibt sich aus der Geschichte. Das ewige europäische Dilemma zwischen Krieg und Frieden ist schließlich nicht von der Geschichte vertilgt worden. Diese Frage stellt sich immer wieder – zuletzt hat sich das in der Ukraine gezeigt.

Eine kontinentale Frage, in der die Kommission sich zu Wort gemeldet hat, ist die Flüchtlingskrise. Im September 2015 erklärten Sie es zur Priorität, 160.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in andere EU-Länder umzusiedeln. Tatsächlich umgesiedelt wurden bis Anfang Juni dieses Jahres knapp 20.000, also etwas mehr als ein Prozent. Welche Lehren ziehen Sie daraus?

Ich habe ausgerechnet, dass wir, wenn wir so weitermachen, bis Ende des Jahrhunderts brauchen, um die 160.000 Umverteilungen zu erreichen. Trotzdem halte ich an diesem Plan fest, weil das ein Gebot innereuropäischer Solidarität ist. Man kann nicht Italiener, Griechen, Malteser und einige wenige andere mit dieser gewaltigen Aufgabe alleinlassen. Sie benötigen eine kontinentale Unterstützung derjenigen, die dies als ein gemeinsames, mithin europäisches Problem empfinden.

Wenn Sie das nicht übermäßig erfolgreiche Umverteilungsprogramm der Kommission sogar selbst ironisieren, drängt sich aber die Frage auf, warum Sie daran festhalten.



Grexit war gestern: Juncker am Dienstag in Athen mit Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras

Photo Picture-Alliance

Weil es in Europa auch um die Solidarität der Mitgliedsländer untereinander geht. Es geht darum, helfend jenen zur Seite zu stehen, die überfordert sind. Im Übrigen ist es nicht so, dass es in dieser Frage ein Scheitern der Kommission zu beklagen gälte, obwohl alle die EU per se als die eigentliche Versagerin darstellen. Es ist aber nicht die EU, sondern es sind einige Mitgliedstaaten, die ihren Verpflichtungen nicht gerecht werden. Es wird oft vergessen, dass der Rat eine Entscheidung getroffen hat in Sachen Verteilung der Flüchtlinge. Ich werde jetzt nicht einen Vorschlag vom Tisch nehmen, dem der Rat zugestimmt hat, der bereits geltendes Recht ist und mit dessen Umsetzung viele Mitgliedstaaten begonnen haben. Europa hat seit Herbst vergangenen Jahres immerhin knapp 10.000 Flüchtlinge umverteilt und umgesiedelt. Das ist mehr, als die Vereinigten Staaten in diesem Zeitraum geschafft haben. Manchmal braucht man eben langen Atem, um Solidarität in der politischen Realität zur Anwendung zu bringen.

Zugestimmt hat der Rat allerdings mit qualifizierter Mehrheit – also durch die Überstimmung einiger Mitglieder.

Wenn in einem demokratischen Prozess eine Entscheidung regelkonform mit Mehrheit gefällt wird, kann es doch nicht sein, dass einige danach sagen, wir machen das nicht mit. Als es um Griechenland ging, haben sich alle auf die vertraglichen Bestimmungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus berufen und darauf beharrt, dass Regeln einzuhalten seien. Als dann vom Ministerrat eine andere Regel bestimmt wurde, nämlich die Umverteilung von Flüchtlingen, haben sich einige nicht daran gehalten. Das ist der Unterschied zwischen dem Umgang mit der griechischen Krise und dem Umgang mit der Flüchtlingskrise.

Sind es nicht just die geplanten Umverteilungen nach einem festgelegten Schlüssel, die einigen Ihrer Parteifreunde wie Viktor Orbán als Munition für ihre Angriffe auf die EU dienen? So kann Orbán „Brüssel“ als das Böse darstellen, das den Menschen vorschreiben wolle, mit wem sie zu leben hätten.

So sagt er das, ohne jeden Zweifel, und andere sagen es auch. Weil situativ und nicht perspektivisch reagiert wird. Perspektivisch betrachtet, weiß man aber: Dieses Flüchtlingsdrama wird uns noch über Jahre beschäftigen. Die Zahl derer, die bereit sind, alles hinter sich zu lassen, ist riesengroß. Nicht jeder kann Aufnahme in Europa finden. Aber dass wir Menschen, die vor Krieg, Folter und Menschenrechtsverletzungen gröbster Art flüchten, eine Heimstatt in Europa geben müssen, das hat für mich im Kern mit dem Bild zu tun, das wir uns von uns selbst machen. Ich kann mich nur wundern, wenn einige in Europa sagen, bei ihnen finde grundsätzlich niemand Zuflucht, oder wenn, dann nur, wenn er durch seinen Pass als Christ ausgewiesen ist. Mein Christentum ist das nicht.

Die Massenmigration nach Europa war zuletzt rückläufig, da das europäische Abkommen mit der Türkei bisher leidlich funktioniert und abschreckende Wirkung auf potentielle Migranten entfaltet. Doch wird die Türkei sich noch an das Abkommen gebunden fühlen, wenn ihre Bürger bis Oktober keine Visumfreiheit erhalten sollten?

Das Abkommen mit der Türkei ist in sich schlüssig, es funktioniert, und es gibt keinen Grund für die Vermutung, dass es irgendwann nicht mehr funktionieren sollte.

Welchen Grund gibt es denn für die Vermutung, dass die Türkei sich noch an das Abkommen gebunden sieht, wenn sie im Oktober keine Visumfreiheit für ihre Bürger erhält?

Wenn die Türkei die 72 Bedingungen zur Aufhebung der Visumpflicht, die wir gemeinsam formuliert haben, sämtlich erfüllt, dann wird es keinen Grund geben, ihren Bürgern die Visumfreiheit zu verweigern. Falls jedoch Herr Erdogan ernsthaft versucht, das Abkommen zu brechen, dann wird es seine Aufgabe sein, den Türken zu erklären, weshalb sie nicht in den Genuss von Reisefreiheit nach Europa kommen.

Die Fragen stellte Michael Martens.

STIMMEN DER ANDEREN

EU braucht Notbremse gegen Einwanderung

Die Londoner „Times“ rechnet mit einem Ja der Briten für den Verbleib in der EU, aber bei einem sehr hohen Anteil von Stimmen für den Brexit:

„Das dürfte Schockwellen durch das Brüsseler Establishment schicken. David Cameron muss diese Revolte nutzen, um eine Neubewertung der EU-Erweiterungspolitik durchzusetzen; die Union wird aufgebläht, ohne dass es eine öffentliche Debatte über die strategischen oder wirtschaftlichen Folgen gibt. Zusammen mit anderen Regierungschefs, die auf Veränderungen in der Stimmung ihrer Bevölkerung reagieren, sollte der Premierminister eine Kampagne für größere Freiheiten (der Mitgliedsländer) führen. Dies könnte zu weniger Verschwendung, weniger unnötiger Regulierung und größerer demokratischer Verantwortlichkeit führen. Vor allem aber muss man sich den länderübergreifenden Sorgen wegen der Immigration stellen. Es darf keine Vorschrift einer absoluten Personenfreizügigkeit geben. Brüssel muss dem Wunsch von Regierungen nach einer Notbremse für den Fall entsprechen, dass zu viele Migranten in ein

Land kommen. Die von Masseneinwanderung ausgehenden Belastungen bedeuten, dass es im Interesse der EU wäre, zu handeln, ehe Europa daran zerbricht.“

Das Misstrauen der Briten ernster nehmen
Die liberale norwegische Tageszeitung „Bergens Tidende“ (Bergen) schreibt zu diesem Thema:

„Wenn unsere britischen Nachbarn am Donnerstag dafür stimmen, die EU zu verlassen, ist das eine große Niederlage für die europäische Gemeinschaft. Es kann auch für Großbritannien dramatisch sein, das sich selbst auflösen kann. Das Beste für die EU und die Briten wäre, wenn Großbritannien EU-Mitglied bliebe. Zwei Tage bevor die Briten bei dieser historischen Abstimmung zu den Wahlen gehen, scheint es unmöglich, den Ausgang voraussehen. Umfragen prophezeien ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Das allein zeigt das große Misstrauen im britischen Inselreich gegen die EU als Projekt. Es ist ein Misstrauen, das die EU ernster nehmen muss, selbst wenn sich die Briten dafür entscheiden sollten, in der Union zu bleiben.“

Londons Außenseitertum wird bleiben

Die konservative ungarische Tageszeitung „Magyar Nemzet“ sieht es so:

„Für London ist Europa stets das andere Ufer geblieben, und selbst die verblenden EU-Befürworter sind voller Vorbehalte gegen Brüssel. Beim jetzigen Referendum geht es in Wirklichkeit um Camerons innenpolitische Situation. Wenn er gewinnt, gewinnt er hoch. Aber wenn er verliert, verlässt er den politischen Zirkus in unruhlicher Weise. Wie auch immer das Ergebnis ausfällt, das britische Außenseitertum bleibt, voraussichtlich wird es sogar gestärkt. Deshalb gibt es unter den EU-Befürwortern auch Analysten, denen zufolge die zur Normalität gewordenen britischen Einwände und Erpressungsversuche nun sogar der europäischen Zusammenarbeit mehr schaden als nützen. Ihnen zufolge wäre es besser, sie würden gehen.“

Durchbruch oder Pyrrhussieg?

Zum Erfolg der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung bei den Bürgermeisterwahlen in Rom und Turin am

Wochenende heißt es am Dienstag in der niederländischen Zeitung „De Telegraaf“:

„Bislang hatte die Fünf-Sterne-Bewegung nur mit Bürgermeistern in kleineren Ortschaften zeigen können, wozu sie instande ist. Aber Rom zu regieren ist etwas ganz anderes. Wofür steht diese Partei? Transparenz und die Bekämpfung der Korruption wird doch eigentlich jeder. Aber es dürfte ein schwieriger Kampf gegen Interessen- und Machtgruppen werden, die das gute Funktionieren des öffentlichen Verkehrs sowie der Müllabfuhr hintertreiben. Wenn sich die zwei jungen Frauen der Fünf-Sterne-Bewegung als gute Bürgermeisterinnen von Rom (Virginia Raggi) und von Turin (Chiara Appendino) erweisen, dann könnte diese Partei auch nationale Wahlen gewinnen. Wenn sie das jedoch nicht packen, dürfte die Protestpartei zusammenbrechen. Vor allem in Rom ist das Regieren nicht einfach. Deshalb ist es die große Frage, ob dieser Wahlsieg für die Fünf-Sterne-Bewegung der definitive Durchbruch war oder ob er auf einen Pyrrhussieg hinausläuft.“

Gauck warnt vor Brexit und Nationalismus

F.A.Z. FRANKFURT, 21. Juni. Bundespräsident Joachim Gauck hat kurz vor der britischen Abstimmung über die EU-Zugehörigkeit vor nationalen Alleingängen gewarnt. „Wenn ich an die großen Themen unserer Zeit denke – Sicherheit, Klimaschutz oder nachhaltiges Wirtschaftswachstum –, so ist es mir manchmal rätselhaft, wie manche glauben können, dass vitale Interessen unserer Gesellschaften durch die Europäische Union nicht wirkungsvoller geschützt und auch global vertreten werden können, als es je ein einzelnes Mitglied heute noch könnte“, sagte Gauck am Dienstag laut Redetext in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. Die Briten stimmen am Donnerstag über einen Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union ab.

Gauck warnte auch davor, dass sich in Europa Bewegungen Gehör verschaffen, „die sich selbst patriotisch nennen, aber nationalistisch genannt werden müssen“. Es gebe „massive Fremdenfeindlichkeit, alt-neuen Rassismus und hasserfüllte Aggressivität“. Der Bundespräsident forderte, die Errungenschaften Europas und der freien, offenen Gesellschaften zu betonen. Zugleich warnte er vor nationalen Abschottungen. „Wie absurd und wie zerstörerisch wäre es, wenn die eine große Grenze durch Europa, die wir vor einem Vierteljahrhundert gemeinsam glücklich überwinden haben, nun durch viele neue Grenzen abgelöst würde. Darauf wird kein Segen liegen.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) plädierte für einen Kurswechsel in Europa – auch wenn Großbritannien für einen Verbleib in der EU votiert. Es könne nicht einfach so weiter gemacht werden wie bisher, sagte Schäuble am Dienstag in Berlin. „Sonst werden die Menschen sagen: Ihr habt nichts verstanden.“ In allen EU-Staaten wachse die Zahl der Menschen, die Zweifel am Projekt EU hätten – nicht nur am rechten Rand, sondern auch am linken. „Europa ist nicht in guter Verfassung“, sagte Schäuble.

Der Europapolitiker David McAllister (CDU) warnte vor den gravierenden Konsequenzen eines Austritts. Die europäischen Institutionen wären jahrelang damit beschäftigt, die Beziehungen zu Britannien neu zu ordnen; darüber ginge viel Energie verloren, die eigentlich in die Lösung der großen Probleme investiert werden müsste. Es drohten Finanzmarkturbulenzen, Rezession und eine längere Phase der Unsicherheit, sagte McAllister. Der frühere niedersächsische Ministerpräsident, der seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments ist und sich auf einer Veranstaltung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn äußerte, nahm Großbritannien vor Angriffen in Schutz, dass es immer Extrawürste gebraten haben wolle. „Es ist eine europäische Nation und muss seine europäische Verantwortung niemandem beweisen.“ Großbritannien stehe an der Seite Deutschlands, wenn es um Wettbewerbsfähigkeit und die Vollendung des Binnenmarktes gehe.

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung hält McAllister eine klare Aufgabenteilung in „Europa“ für nötig: „Ich wünsche mir eine EU, die sich durch Entschlossenheit und Stärke bei den großen Aufgaben und durch Zurückhaltung und Bescheidenheit bei Fragen auszeichnet, welche die Nationalstaaten allein bewältigen können.“ Dem pflichtete auch der frühere Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering bei: „Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der EU muss uns auch nach einem positiven Ausgang des Referendums beschäftigen.“

Pöttering und McAllister nahmen die Verrohung der Sprache und die Aggressivität, die im britischen Wahlkampf zum Ausdruck gekommen ist, zum Anlass, für eine Mäßigung und die Rückkehr zur Rationalität in der politischen Auseinandersetzung zu werben. Beide äußerten die Hoffnung, dass eine Mehrheit der Wähler im Vereinigten Königreich für die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der EU stimmen werde. „Brauchen wir London?“ war das Diskussionsthema der sechsten Auflage der F.A.Z.-KAS-Debatte zur europäischen und internationalen Politik. (Kommentar Seite 8.)

Volkspartei will Referendum

KOPENHAGEN, 21. Juni (dpa). Die dänischen Rechtspopulisten haben im Falle eines Brexits ein Referendum über einen EU-Austritt im eigenen Land gefordert. „Dann will ich eine Volksabstimmung haben, um zu klären, ob Dänemark sich so eine Lösung wünscht“, sagte Kristian Thulesen Dahl, Chef der Dansk Folkeparti, der Zeitung „Jyllands-Posten“ am Dienstag. „Es geht darum, mehr Selbstbestimmung zurückzugewinnen.“ Die liberale Regierungspartei Venstre wehrte sich genau wie die übrigen Oppositionsparteien gegen den Vorschlag. Man sei, was die Zusammenarbeit in der EU angeht, nicht skeptisch, sagte deren Sprecher Jakob Ellemann-Jensen der „Jyllands-Posten“. „Es gibt Dinge, in die sich die EU einmischen soll, und Dinge, in die sich die EU nicht einmischen soll.“

MCLEOD GANJ, im Juni vor der Residenz des Dalai Lamas wartet eine Menschenmenge ungeduldig auf das Eintreffen Seiner Heiligkeit. Es sind viele Exiltibeter dabei, auch Inder, Malaysier, Briten und Amerikaner. Sie tragen weiße und gelbe Gebetschals über ihren Schultern. Für die meisten von ihnen ist es das erste Mal, dass sie eine kurze Privataudienz gewährt bekommen. Als sich die Ankunft des tibetischen Religionsführers ankündigt, verneigen sich einige schon in seine Richtung. Sie halten ihre Hände mit den Flächen aneinandergepresst vor den Oberkörper und senken ihr Kinn auf die Brust.

Langsamem Schrittes nähert sich der „Ozean der Weisheit“, wie der Dalai Lama von seinen Anhängern genannt wird, kleingewachsen, in einer dunkelroten Robe, ein jüngerer Mönch hält ihn am Arm. Der Dalai Lama ist keine fürchteinflößende, imposante Figur, vielmehr ein bescheiden wirkender Mann mit freundlicher Ausstrahlung. Sein ovales Gesicht ist von tiefen Lachfalten durchzogen.

Zunächst wechselt er ein paar Worte mit den Tibetern ganz vorn in der Schlange vor seiner Residenz. Sie kommen aus dem indischen Bundesstaat Maharashtra und berichten ihm über die dortige Dürre. Dann stellt er sich vor die Treppen zu den Empfangsräumen. Nun dürfen die Gäste einer nach dem anderen zu ihm vortreten. Die Tibeter bücken sich dabei besonders tief. Der Dalai Lama greift ihre Hände, berührt ihre Gesichter und streichelt ihnen über den Kopf. Den Kranken pustet er mit gespitzen Lippen an die Stirn. Und wie immer ist er zu Scherzen aufgelegt. „Sehr stylish“, sagt der Dalai Lama, während er einem jungen Tibeter über die blondierten Haare fährt, und bricht in sein berühmtes bellendes Lachen aus.

Alle paar Minuten macht ein Fotograf ein Gruppenbild, für das sich die Pilger wie bei einem Familienfoto hinter und neben dem Dalai Lama aufstellen. Einige der tibetischen Frauen weinen, andere sind so überwältigt, dass sie kein Wort mehr herausbringen. Die Verehrung der Tibeter für den bald 81 Jahre alten Mönch geht ihnen bis ins Mark. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, dass der Dalai Lama und seine Getreuen nun schon fast sechs Jahrzehnte im indischen Exil leben.

Mehrere tausend Exiltibeter haben sich in den Hügeln Nordindiens eingerichtet, nachdem Tenzin Gyatso, der 14. Dalai Lama, im März 1959 aus Tibet geflohen war. Hier in dem ehemaligen britischen Garnisonsort McLeod Ganj, einem Vorort der Stadt Dharamsala am Fuße des Himalaja-Gebirges, haben sie ihr Exilparlament, eine Exilregierung, Schulen und Tempel aufgebaut. Mit Hilfe der indischen Gastgeber haben sie sich ihren Lebensstil und ihre Kultur erhalten. „Little Lhasa“ wird der Ort genannt. Mehrstöckige Häuser ragen hier wie riesige an den Hügel geklebte Legosteine zwischen den Bäumen hervor. Durch die Lage am Berg kommt es häufig zu extremen Wetterphänomenen. Mal lässt die Abendsonne die hochgetürmten Wolken am Himmel in tiefem Orange leuchten. Am Morgen danach folgt ein mehrstündiger Regenguss, der schließlich einem doppelten Regenbogen Platz macht. Das alles gibt dem Ort eine fast magische Atmosphäre.

Doch eine Frage hängt wie dunkle Gewitterwolken über den Kiefernwäldern von McLeod Ganj. Was geschieht, wenn der 14. Dalai Lama stirbt? Ohne Zweifel wird die Regierung in Peking versuchen, Einfluss auf die Nachfolgeregelung zu nehmen. Wahrscheinlich wird sie sogar einen eigenen unter ihrer Kontrolle stehenden Dalai Lama einsetzen. So will die Regierung in Peking den Widerstand der Tibeter brechen. Die offiziell atheistischen Führer in Peking spielen sich deshalb zunehmend als Hüter der tibetischen Traditionen auf. Sie haben im Jahr 2007 ein Gesetz erlassen, dem zufolge die Reinkarnation in der Volksrepublik stattfinden und durch die Religionsbehörde anerkannt werden muss. Es droht ein Kampf epischen Ausmaßes, in dem es um Fragen von Reinkarnation und geistlicher Legitimation geht, vom ewigen Kreislauf aus Tod und Wiedergeburt.

Der Wind weht, die Blätter fallen, der Dalai Lama kehrt zurück. So war es vier-



Voller Ehrfurcht: Buddhistische Gläubige in McLeod Ganj, dem indischen Exilort der Tibeter, verneigen sich vor dem Dalai Lama.

Foto dpa

Das Ende des ewigen Kreislaufs

Weil China die nächste Reinkarnation des Dalai Lamas selbst bestimmen will, hat das geistliche Oberhaupt der Tibeter erklärt, er sei womöglich der Letzte seiner Art. Am Sitz der tibetischen Exilregierung im Norden Indiens blicken seine Anhänger voller Sorge in die Zukunft. *Von Till Fährnders*

hundert Jahre lang. Doch für die Tibeter ist heute nichts mehr so, wie es einmal war. Mit eiserner Faust regiert Peking über das tibetische Hochland, das Dach der Welt. Haft und Folter drohen jedem, der Kritik an der chinesischen Herrschaft äußert. In den tibetischen Klöstern herrschen Indoktrination und Kontrolle. Eine überwältigende Macht aus Polizei und Militär kann jeden Protest im Keim ersticken. Die aussichtslose Lage der Tibeter verlangt nach außergewöhnlichen Maßnahmen. Mehrmals hat der 14. Dalai Lama nun schon angekündigt, er könnte der Letzte sein, der diese Funktion ausübt. In einem Interview mit dieser Zeitung sagte er, dass die Entscheidung darüber allein vom tibetischen Volk abhängt. „Wenn eine Situation aufkommen sollte, in der die Institution an Relevanz verloren hat, dann braucht man sie nicht mehr aufrechtzuerhalten“, sagte der Dalai Lama. Ein Religionsführer, der an seinem eigenen Thron sitzt. Das ist schon erstaunlich.

Wie empfinden es seine Anhänger in McLeod Ganj, wenn er so über die Zukunft spricht? Die Präsenz des religiösen Führers zieht Besucher aus der ganzen Welt an. Rucksackreisende aus Europa, Amerika und Israel suchen nach Spiritualität und Selbsterfahrung. Sie mischen sich im Straßenbild mit tibetischen Mönchen, chinesischen Buddhisten und indischen Händlern. Garküchen, in denen tibetische Maultaschen brutzeln, stehen neben Cafés, die Espresso und kostenlosen W-Lan anbieten. Hinzu kommen indische Touristen, die vor allem die angenehme Frische im Vergleich zur schweißtreibenden Hitze in Delhi schätzen. Der Selbsterfahrungs-Rummel aus Yoga-Kursen und Meditati-

ons-Workshops bildet die esoterische Parallewelt zu der alltäglichen Religiosität der Tibeter. Ihr Zentrum ist ein unscheinbarer Tempel, der neben der Residenz des Dalai Lamas etwas unterhalb des Ortskerns am Berg liegt. Dort laufen buddhistische Gläubige um das Heiligtum herum und drehen Gebetsmühlen.

Einer von ihnen ist der 63 Jahre alte Tsering Choepel. Er war am Morgen ebenfalls kurz bei dem Oberhaupt des tibetischen Buddhismus gewesen. Der Dalai Lama hatte ihm in den Nacken gepusht. „Ich bin jetzt glücklich“, sagt der Tibeter. Nachdem er seine Gebetsmühlen-Runden beendet hat, nimmt Tsering Choepel auf einer schmalen Matratze am Rand des Heiligtums Platz. Um ihn herum werfen sich tibetische Kinder, indische Buddhisten und westliche Touristen immer wieder zum Gebet der Länge nach auf den Boden. „Wir Tibeter sehen ihn als lebendigen Gott, in der Gegenwart und in der Zukunft. Ohne ihn, das wäre ein riesiger Verlust für uns“, sagt er.

Choepel war als Neunjähriger einst selbst mit seinen Eltern aus Tibet nach Nordindien geflohen. Mehr als zehn Stunden Fahrt haben er und seine Tochter nun hinter sich gebracht, um den Dalai Lama zu sehen. Der Tibeter wollte sich nach einer Operation segnen lassen. Es war nicht das erste Mal und, so hofft er, auch nicht das letzte. Schließlich habe Seine Heiligkeit einmal gesagt, er habe geträumt, 113 Jahre alt zu werden, sagt Tsering Choepel.

Und so handelt der Dalai Lama wahrscheinlich auch nur, wie es ein guter Strategen würde: Wenn der Gegner die Re-

geln bestimmen will, ändert er einfach das Spiel. Damit erobert er sich Handlungsräume außerhalb des chinesischen Einflusses. Schon Ende dieses Jahres wolle er damit beginnen, die Meinungen der Tibeter zu seiner Nachfolge zu hören, kündigte er im Interview mit dieser Zeitung an. Das ist deutlich früher, als er bisher in Aussicht gestellt hatte. Dass der Mönch weiß, was er tut, lässt sich schon an der eingeschlagenen Reaktion der Führung in Peking erkennen. So warf ein chinesischer Funktionär dem tibetischen Religionsführer „Blasphemie“ vor. Die Regierung in Peking führt sich auf wie ein Zauberkünstler, der beim Tricksen erwischt wurde, die Illusion aber nicht aufgeben möchte.

Doch auch Tibeter wie Tsering Choepel erfüllt der Blick in eine ungewisse Zukunft mit Sorge. Er vermutet, dass die Chinesen im Fall des Dalai Lamas so ähnlich vorgehen könnten wie beim Pantschen Lama. Nach dem Tod des zweitwichtigsten tibetischen Religionsführers im Jahr 1989 hatte der Dalai Lama einen sechs Jahre alten Jungen als seine Reinkarnation identifiziert. Doch der Junge wurde verschleppt, wie die meisten Tibeter glauben, von der chinesischen Regierung. Sie bestimmte stattdessen einen anderen zum Pantschen Lama. Von dem durch den Dalai Lama legitimierten Jungen fehlt seither jede Spur. Manchmal findet man in McLeod Ganj noch ein altes Foto des „Seelenkinds“ an einer Wand. Manche bezeichnen ihn immer noch als „jüngsten politischen Gefangenen der Welt“, auch wenn er mittlerweile ein junger Mann sein muss. Gelegentlich lässt ein chinesischer Funktionär verlauten, dass er „wie ein normaler Junge aufwache“ und „nicht gestört“ werden

wolle. Der Pantschen Lama ist für die Regierung in Peking so wichtig, weil er eine entscheidende Rolle bei der Suche nach der Reinkarnation des Dalai Lamas spielt. Dabei sind sich Tibeter wie Tsering Choepel einig, dass ein von den Chinesen ausgesuchter Dalai Lama, der nicht durch seinen Vorgänger legitimiert ist, religiös bedeutungslos wäre. Der tibetische Religionsführer werde eben nicht nur durch Rituale und Regeln legitimiert, sondern vor allem durch den Glauben der Menschen. „Wir werden ihn nicht verehren“, sagt Choepel über einen von den Chinesen bestimmten Dalai Lama.

Vom Tempel aus geht es an Souvenirständen vorbei eine steile Straße hinauf. In einem der Cafés auf dem Weg sitzt die junge Aktivistin Lhagayari Namgyal Dolkar, die vor kurzem als Abgeordnete ins tibetische Exilparlament gewählt wurde. Über das mögliche Ende der Institution des Dalai Lamas sagt sie: „Das macht mir unheimliche Angst. Ich habe mir die Frage immer wieder gestellt, und gleichzeitig versucht, sie zu vermeiden.“ Während am Neibentisch ein paar Backpacker indische Reisetipps austauschen, spricht die junge Aktivistin über Fragen von Krieg und Frieden. Sie befürchtet, dass der Widerstand der Tibeter in Gewalt umschlagen könnte. „Ich habe das Gefühl, dass die Teufel in uns buchstäblich durch seine Heiligkeit zurückgehalten werden“, sagt sie. „Viele denken, wenn wir ihn verlieren, endet auch der Freiheitskampf. Aber ich glaube, das Gegenteil ist der Fall.“ Statt an der Philosophie des friedlichen Widerstands festzuhalten, die der Dalai Lama vertritt, könnten die Tibeter sich radikalisieren, sagt die Abgeordnete.

Es ist ein Szenario, das schon länger an die Wand gemalt wird, wenn es um die Zukunft Tibets geht: Dass die jungen Leute nach dem Tod des Dalai Lamas von seinem „Mittleren Weg“ abweichen könnten. Dieser besagt, dass die Tibeter die Hoheit Chinas anerkennen und dafür ein höheres Maß an Autonomie innerhalb des chinesischen Staatsgefüges verlangen. Nach dem Tod des Dalai Lamas könnten nun aber radikalere Kräfte die Richtung vorgeben, die für die Unabhängigkeit Tibets eintreten.

Dass die Tibeter sich nicht fürchten, Leib und Leben für ihre Heimat aufs Spiel zu setzen, zeige sich ja schon an den regelmäßigen Selbstverbrennungen tibetischer Mönche und Laien, sagt die Abgeordnete. „Diese Bereitschaft, sich selbst zu opfern, kann gefährlich sein“, findet Lhagayari Namgyal Dolkar. Ein paar Schritte die Straße hinunter, am Eingang des Dalai-Lama-Tempels steht ein Denkmal, mit dem dieser „Martyrer“ gedacht wird. In einem Glaskasten hängen Fotos, die sie zu Lebzeiten zeigen. Die Liste beginnt mit dem 27 Jahre alten Mönch Takey und endet mit Norchuk, einer Tibeterin über 40. Es stehen insgesamt 136 Namen darauf.

Da der Dalai Lama sich offensichtlich im Klaren darüber ist, was da alles auf sein Volk zukommt, bemüht er sich seit Jahren darum, die Tibeter auf den entscheidenden Moment vorzubereiten. So hat er demokratische Strukturen geschaffen, durch die die Exiltibeter immer weniger abhängig von seiner Person geworden sind. Seit dem Jahr 2011 hat er sich von allen politischen Funktionen verabschiedet. Nun sei er nur noch ein „einfacher Mönch“, verkündete er seinerzeit.

Die politischen Aufgaben übernimmt heute die Exilregierung unter dem Ministerpräsidenten Lobsang Sangay. Ihr Sitz befindet sich etwas unterhalb von McLeod Ganj und dem Dalai-Lama-Tempel in ein paar beige gestrichenen Gebäuden. Im Vorzimmer seines Büros hängt Sangays Abschlusszeugnis in Rechtswissenschaften der Universität Harvard. Der 47 Jahre alte Jurist und Politiker trägt ein weißes Hemd mit hochgestelltem Kragen. Der „Sikyong“, wie seine Position von den Tibetern genannt wird, nimmt in einer Sofaecke Platz, über der die tibetische Nationalflagge mit den beiden weißen Schneelöwen hängt. Gerade erst haben die Exiltibeter ihn wieder zu ihrem Sikyong gewählt. Rund 60 000 Wähler haben in mehr als 40 Ländern an der Abstimmung teilgenommen. „Die Demokratie ist nun stabil in unserer Gemeinschaft. Das ist sehr wichtig“, sagt Sangay. Dies sei der Plan, „die Vision“ des Dalai La-

Morgen auf der Seite Staat und Recht

Die große Flut? Die Souveränität Großbritanniens und seine Mitgliedschaft in der EU.

mas. Doch in Bezug auf die Religion wird der Dalai Lama weiter das Oberhaupt der tibetischen Buddhisten bleiben, davon ist der Exil-Regierungschef überzeugt. „Das tibetische Volk will einen 15. Dalai Lama, und wir werden einen 15. Dalai Lama haben. Daran gibt es keinen Zweifel“, sagt Lobsang Sangay.

Für die Tibeter sei dies dennoch ein banger Moment. „Historisch gesehen war die Zeit von einem Dalai Lama zum nächsten immer sehr schwierig. Wir müssen uns deshalb nicht nur mental, sondern auch strategisch darauf vorbereiten“, sagt Sangay. Der Dalai Lama tut das, indem er die Fragen nach seiner Wiedergeburt offen erörtert. So hat er früher schon einmal angekündigt, dass sein Nachfolger in Indien geboren werde. Es könnte auch sein, dass es eine Frau werde – oder sogar eine Biene, wie der Religionsführer mit seiner schelmischen Art einmal erklärte. Oder er werde eben der Letzte in einer 400 Jahre alten Reihe sein. „Als 14. Dalai Lama bin ich populär und habe nie Schande über mich gebracht. Mir wäre es lieber, wenn die Tradition des Dalai Lamas mit einem solchen populären und recht guten Dalai Lama enden würde“, sagte er dieser Zeitung.

Zwischen Gebetskerzen und rotem Teppich

Frankreich kann einem Brexit nicht nur Schlechtes abgewinnen – Paris würde britische Firmen gerne auf den Kontinent locken / Von Michaela Wiegel

PARIS, 21. Juni. Frankreich ringt kurz vor dem Referendum in Großbritannien um Gelassenheit. „Die Briten sind in Europa mit einem Fuß drinnen und mit einem Fuß draußen. Nach dem 23. Juni wird es genau umgekehrt sein“, scherzte der langjährige französische Europaabgeordnete Jean-Louis Bourlanges. Sein vielzitiertes Bonmot zeugt vom ausgeprägten Wunsch in Paris, dem Referendum auf der anderen Seite des Ärmelkanals nicht zu viel Bedeutung beizumessen. Präsident François Hollande wirkt beim Thema Brexit wie von Sprachlosigkeit befallen. Er meidet es offensichtlich, eine Debatte darüber zu führen. Zum Auftakt der Euro 2016 spottete er, mit den Briten sei es halt kompliziert, sie schickten auch gleich drei Mannschaften in den europäischen Wettbewerb. Bis auf Äußerungen über „die Gefahr einer Zersplitterung Europas“ hat sich Hollande mit grundsätzlichen Erwägungen zum britischen Referendum zurückgehalten, zugleich aber immer wieder vage über eine „deutsch-französische Initiative“ für den Tag danach sinniert.

„Wir zünden Kerzen in der Kirche an und beten, dass die Briten nicht für einen Brexit stimmen“, beschreibt die französische Europaabgeordnete Sylvie Goulard

von der liberalen Alde-Fraktion die Haltung der Linkregierung. Sie hält diese Passivität für einen schweren politischen Fehler. „Frankreich als Gründungsnaion stellt sich seiner Verantwortung für die EU nicht, indem der Präsident der Debatte über die Folgen des Referendums ausweicht“, sagt Goulard. Dies gelte auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit. „Unsere Regierenden haben Unrecht, das Unbehagen über die EU mit der Methode zu behandeln, die es seit 20 Jahren nur verschlimmert hat“, schreibt Goulard in ihrem jüngsten Buch „Goodbye Europe“. Auch der ehemalige französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing übt Kritik am französischen Abwarten. „Was auch immer das Ergebnis ist, Frankreich muss wieder die Initiative ergreifen“, mahnte Giscard in „Le Point“.

Die Regionalratsvorsitzende der Hauptstadtregion Ile-de France, Valérie Pécresse (Les Républicains), läuft sich indessen für einen Brexit warm. Trotz Streiks, Blockaden und Protesten in Paris glaubt sie an einen Standortvorteil für die französische Hauptstadt, sollte Großbritannien die EU verlassen. Zusammen mit dem Rathaus von Paris, dem Département Hauts-de-Seine und „Paris Europlace“,



Tiefe Verbindung: Das erste Treffen von Briten und Franzosen im Eurotunnel Foto AP

dem Lobbyverband des Finanzplatzes Paris, organisierte Pécresse zwei Wochen vor dem britischen Votum eine Konferenz, um umzugswillige Firmen zu umwerben. Paris werde Unternehmern aus Großbritannien den roten Teppich ausrollen, sagte Jean-Louis Missika, beiderseitiger Bürgermeister mit Zuständigkeit für die Stadtentwicklung in Paris. Das klang ein wenig wie eine späte Revanche für die werbenden Worte des damaligen Londoner Bürgermeisters Boris Johnson, nachdem Präsident Hollande eine Reichensteuer eingeführt hatte. Johnson sagte damals, alle Unternehmer aus Frankreich seien in London willkommen.

„Das Referendum führt dazu, dass alle großen Unternehmen ihre europäischen Aktivitäten überdenken“, sagte Gérard Mestrallet vom Verband „Paris Europlace“. Paris wolle zeigen, dass es auch als Finanzplatz sehr attraktiv sei. „Die Folgen eines Brexit werden für Großbritannien und für uns negativ sein. Aber es ist unsere Pflicht, die Gelegenheit beim Schopf zu packen und Paris endlich zum großen Finanzplatz werden zu lassen“, sagte Patrick Devedjian, der das reichste Département Frankreichs, die Hauts-de-Seine, leitet. Die Bürostadt La Défense

vor den Toren von Paris könne zu einem neuen Canary Wharf werden, schwärmte Devedjian. Aber die Chefs französischer Großbanken wie BNP Paribas und Société Générale glauben offensichtlich nicht an die Wirksamkeit der Pariser Charmeoffensive. Sie unterzeichneten zusammen mit 32 anderen französischen Großunternehmen einen eindringlichen Appell an die „britischen Freunde“, in der EU zu bleiben: „S'il vous plait, remain!“

Marine Le Pen hingegen hofft, dass eine Mehrheit der Briten für den Brexit stimmt. Sie hält das Referendum für „den Anfang vom Ende der EU“. Die Chefin des Front National (FN) hat den Franzosen auch ein Referendum über den Verbleib in der EU versprochen. Die Idee hat inzwischen Nachahmer gefunden. Präsidentenanwärter Bruno Le Maire (Les Républicains) wirbt ebenfalls mit einem Referendum über die EU, allerdings mit dem Ziel, „die Franzosen mit Europa zu versöhnen“. Aber die Europa-Skepsis hat sich in Frankreich seit der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags im Mai 2005 verstärkt. Das mag erklären, warum laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung nur lediglich 41 Prozent der Franzosen wollen, dass Großbritannien EU-Mitglied bleibt.

Koalition formuliert Antrag zu Polen neu

ban./Lt. BERLIN, 21. Juni. Die Koalitionsfraktionen von Union und SPD haben sich auf eine neue Formulierung für einen Entschließungsantrag verständigt, der aus Anlass des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages vom Bundestag verabschiedet werden soll. Ein erster Versuch war vor 14 Tagen gescheitert. Nachdem die Grünen signalisiert hatten, sie würden einem gemeinsam ausgearbeiteten Antrag wegen der Erwähnung der „Charta der Heimatvertriebenen“ vom August 1950 nicht zustimmen, hatte auch die SPD-Fraktion die Zustimmung verweigert. Sie legte Wert darauf, dass der Antrag auch die Billigung der Grünen findet. Nach redaktionellen Änderungen der entsprechenden Passage waren am Dienstag die Koalitionsfraktionen nun gewillt, das Papier an diesem Donnerstag auch ohne Billigung der Grünen zu verabschieden. Die Grünen entschieden sich in ihrer Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag, dem neuen Antrag nicht zuzustimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten. Es hieß, sie wollten einen eigenen Antrag, der vor zwei Wochen schon formuliert worden war, zur Abstimmung stellen.

In der alten Fassung hatte es geheißt, der „Versöhnungsgedanke“ zwischen beiden Ländern sei auch von denjenigen der „deutschen Heimatvertriebenen“ wesentlich befördert (worden), die sich dem versöhnenden Geiste der ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ verpflichtet fühlen – einem Dokument, das aus dem Kontext seiner Entstehungszeit, dem 5. August 1950, verstanden und bewertet werden muss“. Der geänderte Entwurf der Koalitionsfraktionen würdigt nun diejenigen deutschen Heimatvertriebenen, „die sich für Versöhnung engagierten und sich der Forderung in der ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ vom 5. August 1950 nach Gewaltverzicht besonders verpflichtet fühlen sowie den Appell für europäische Lösungen zur Richtschnur ihrer Arbeit machten“.

Der Bundesregierung war daran gelegen, dass der Text der Entscheidung vor den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen fertiggestellt sei. Diese werden an diesem Mittwoch in Berlin abgehalten.

Deutsche Marine weit Mission aus

Lt. BERLIN, 21. Juni. Die Schiffe der deutschen Marine, die vor der libyschen Küste schiffbrüchige Flüchtlinge aufnehmen und Schleuser beobachten und verfolgen, sollen künftig auch den Waffenschmuggel von hoher See aus nach Libyen unterbinden. Die Bundesregierung wird an diesem Mittwoch einen entsprechenden Kabinettsbeschluss fassen, der anschließend vom Bundestag bestätigt werden muss. Mit dem Beschluss wird das Mandat der bestehenden deutschen Beteiligung an der Mission „EUNAVFOR Med Sophia“ in zwei Punkten erweitert. Erstens wird die Bundeswehr nun auch beauftragt, an der Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine auf hoher See mitzuwirken oder das Personal in einem Drittland – gedacht ist an Tunesien – zu schulen. Zweitens werden sich die deutschen Kriegsschiffe an der Durchsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen beteiligen. Der erweiterte Mandatsentwurf, der dem Kabinett vorliegt, erlaubt zu diesem Zweck auch die Durchführung von Maßnahmen auf hoher See, also das Stoppen, Entern und Durchsuchen von verdächtigen Handelsschiffen.

Die erweiterten Aufgaben sollen nach dem Mandatsentwurf mit der gleichen Personalmenge bestritten werden, also maximal 950 Soldaten. Nach der bisherigen Planung werden der Tender „Werra“ und das Minenjagdboot „Datteln“ vom 1. Juli an das deutsche Kontingent bilden. Auf dem Tender ist ein Boarding-Kommando der finnischen Marine eingeschiffet, das sowohl freiwillige wie zwangsweise Durchsuchungen fremder Schiffe vornehmen kann, die wegen des Verdachts auf Waffenschmuggel auf hoher See gestoppt werden.

Sachsens langer Arm

Warum die Entscheidung, die Antisemitismus-Vorwürfe gegen den AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon von Gutachtern prüfen zu lassen, ein Sieg für Frauke Petry ist.

Von Rüdiger Soldt

STUTT GART, 21. Juni. Der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen hat in den vergangenen Wochen im Fall Gedeon hoch gepokert. Falls die 23 Abgeordneten am Dienstag den Abgeordneten und Verfasser antisemitischer Thesen, Wolfgang Gedeon, nicht aus der Fraktion ausschließen, sagte Meuthen, werde er die Fraktion verlassen – es könne dann sogar sein, dass das „Projekt AfD“ scheitere. Meuthen hatte unterstützende Beschlüsse des Bundes- und des Landesvorstandes herbeigeführt und sich am Donnerstag vergangener Woche per Videobotschaft flehentlich an seine Parteifreunde gewandt. Er sagte, möglicherweise werde die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet, wenn Gedeon bleibe. So klingen Drohungen.

Am Dienstagmittag verlassen einige AfD-Landtagsabgeordnete gegen 13.30 Uhr wortlos den Fraktionsraum 433 im Stuttgarter Königin-Olga-Bau. Das nach der Widerstandskämpferin benannte Sophie-Scholl-Zimmer ist von den AfD-Fraktionsräumen nur wenige Meter entfernt. In Baden-Württemberg ist an der Aufarbeitung des Nationalsozialismus – auf Initiative von CDU, SPD, Grünen und FDP – stets gearbeitet worden. Doch Raumnamen interessieren am Dienstag nur wenige. Es geht um die Frage, ob die AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag in der Lage ist, sich mehrheitlich und eindeutig von einem antisemitischen Abgeordneten zu distanzieren.

Meuthen verlässt den Fraktionsraum mit einem handgeschriebenen Zettel und einer Erklärung. Er will die Sätze erst abtippen, bevor er sie den Journalisten vorträgt. Dass er sein Ziel, Gedeon auszuschließen, verfehlt hat, erläutert er zwei Minuten später kein Geringerer als Wolfgang Gedeon selbst: Er werde seine Fraktionstätigkeit bis Anfang September ruhen lassen – wobei umstritten ist, ob das rechtlich möglich ist. „Es geht im Wesentlichen darum, dass die Situation in der Partei sehr schwierig ist, also gespalten ist durch das Ganze“, sagt der 69 Jahre alte Allgemeinmediziner, der in seiner Jugend Maoist war. Aus „Sorge und Fürsorge“ für die AfD habe er sich zu diesem Schritt entschlossen, das sei „ein Zeitgewinn“ für die AfD. Drei Fachleute sollen Gedeons Schriften nun prüfen, dann will die Fraktion „final“ entscheiden. Einer



„Ich bin über das Verhalten von Frau Petry nicht glücklich“: Meuthen

Foto dpa

Poggenburg will Fraktionsvorsitz abgeben

Die AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt hat ihren Vorsitzenden André Poggenburg am Dienstag einstimmig zum Kandidaten für das Amt des stellvertretenden Landtagspräsidenten nominiert. Für den Fall, dass er vom Landtag gewählt wird, kündigte Poggenburg an, den Fraktionsvorsitz niederzulegen. Sein bisheriger Stellvertreter Matthias Büttner gilt als wahrscheinlicher Nachfolger. Die Neuwahl des Landtagspräsidenten ist für den September geplant. Sie wurde erforderlich, nachdem der bisherige Landtagspräsident der AfD, Daniel Rausch, vor einigen Wochen aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hatte.

Poggenburg, der auch Landesvorsitzender ist, war in den vergangenen Tagen innerhalb seiner Partei scharf kritisiert worden. Ihm wurde der Vor-

wurf gemacht, er häufe zu viele Ämter an und stehe für eine Annäherung des Landesverbandes an die Pegida-Bewegung und die Identitäre Bewegung.

Ob die übrigen Fraktionen bereit sind, Poggenburg in das Präsidium zu wählen, gilt als offen. Nach dem Rücktritt Rauschs hatte es in Kreisen der übrigen Fraktionen geheißt, die AfD habe sich mit ihrem bisherigen Auftreten disqualifiziert und solle keinen Stellvertreterposten im Landtagspräsidium mehr erhalten. Nach Auskunft des Parlamentarischen Geschäftsführers der AfD, Daniel Roi, gibt es keine Vereinbarung darüber, ob Poggenburg den Fraktionsvorsitz auch dann abgibt, wenn er nicht zum Landtagspräsidenten gewählt wird. Der Sitz im Landtagspräsidium stehe der AfD in jedem Fall zu, sagte Roi dieser Zeitung. (bin.)

Im Gespräch: Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen und stellvertretende SPD-Vorsitzende

„Die Linke ist weder regierungswillig noch regierungsfähig“

Frau Ministerpräsidentin, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat jetzt gefordert, in Deutschland müssten progressive Parteien und Bewegungen füreinander bündnisbereit und miteinander regierungsfähig sein. Ist die Linkspartei für Sie eine progressive Partei?

Hinter Sigmar Gabriels Namensbeitrag steht eine große Sorge, die auch mich umtreibt. Es geht um das Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland, in Europa und auch in den USA. Ihm geht es um mehr als Parteitaktik und die Frage, welche Koalitionen werden im Bund oder anderswo geschmiedet.

Aber er schreibt: füreinander bündnisbereit, miteinander regierungsfähig. Das ist doch eindeutig.

Ja, aber es geht um die Haltung von Parteien, und diese Debatte reicht auch ins liberale und konservative Lager.

Also sind CDU und CSU progressive Parteien?

Es geht darum, dem rechten Spektrum etwas entgegenzusetzen.

Gabriel sprach allerdings von Mittel-links-Parteien. ...

Er hat von progressiven Parteien gesprochen.

Er schreibt auch, das verlange einiges von den Sozialdemokraten und ihren denkbaren Partnern. Was genau meint er?

Ich kann es gerne noch einmal deutlich machen: Es geht Sigmar Gabriel nicht um

Koalitionen. Der Beitrag ist entstanden aus einer tiefen Sorge über die Entwicklung in unserem Land und in Europa. Diese Sorge teile ich. Es geht darum, dass die Aufrechten sich gegen das, was am rechten Rand entsteht, aufstellen und mit demokratischen Mitteln wehren.

Aber in der Parteilinken wurde der Artikel genauso verstanden: Ziel bleibe eine Mehrheit diesseits der Union, sagt Ralf Stegner. Kommt Rot-Grün im Herbst 2017 in Betracht?



Hannelore Kraft

Wir haben 2013 in der SPD eine Entscheidung getroffen, dass wir – wie andere Parteien – grundsätzlich keine Ausschließberitis betreiben. Dazu stehe ich. Dennoch bin ich gerade nach den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig der Auffassung, dass es mit der Linkspartei nicht geht. Sie ist weder regierungswillig noch regierungsfähig; das gilt auch für ihre politischen Inhalte.

Nach der letzten Bundestagswahl waren Sie zunächst eine Gegnerin der großen Koalition. Fühlen Sie sich im Nachhinein bestätigt, wenn sie die Umfragewerte Ihrer Partei betrachten?

Ich war vor der Sondierungsphase skeptisch. Als sich dann zeigte, wie weit die Unionsparteien uns entgegenkommen würden, habe ich die Koalitionsbildung

unterstützt, weil dadurch wichtige Verbesserungen für die Menschen möglich wurden. Ich hatte damals aber auch die Sorge, dass eine große Koalition mit einer erdrückenden Mehrheit im Bundestag die Ränder stärken würde.

Unionspolitiker beklagen immer wieder, die SPD sei auf Linkskurs. Bestreiten Sie das?

Die SPD war immer eine Volkspartei links der Mitte. Daraus haben wir nie einen Hehl gemacht. Meine Partei kämpft seit 141 Jahren für soziale Gerechtigkeit. Das ist für viele ein linkes Thema. Aber wir haben soziale Gerechtigkeit immer auch mit einer gerechten Wirtschaftsordnung und Innovation verbunden. Für uns gehört auch die Innere Sicherheit dazu.

Der Bundesparteitag liegt erst ein halbes Jahr zurück, auf dem Gabriel nach seinem Wiederwahldebakel verkündete: Nun sei zumindest der Kurs klar, 75 Prozent unterstützen seinen wirtschaftsfreundlichen Mitte-Kurs. Kurz darauf folgte der Linksruck ...

Das eine widerspricht dem anderen nicht: Ich bin wirtschaftsfreundlich, und trotzdem kämpfe ich für soziale Gerechtigkeit.

Seit 1998 regiert die SPD, abgesehen von einer vierjährigen Pause. Und nun fordert sie mehr soziale Gerechtigkeit. Ist das glaubwürdig?

Wir bleiben unserer Linie treu. Wir haben in dieser Koalition doch auch genau

der Fachleute soll jüdischen Glaubens sein. Gedeon gibt sich derweil weiter überzeugt, dass seine Schriften nicht antisemitisch seien. Schließlich sei sein Buch über den „grünen Kommunismus“ sogar von der rechtsnationalen Zeitung „Junge Freiheit“ positiv besprochen worden.

Abstimmungsergebnisse teilt die AfD-Fraktion nicht mit, aber der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bernd Grimmer sagt, ein Drittel der Fraktionsmitglieder seien der Auffassung, dass die Meinungsfreiheit höher zu bewerten sei als die „Political Correctness, wie sie in Deutschland üblich ist“. Er meint damit offenbar die gesellschaftliche und parteiübergreifende Achtung des Antisemitismus und auch den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuchs, der Volksverhetzung unter Strafe stellt. Die Spaltung der AfD-Fraktion habe man vermeiden müssen, sagt Grimmer.

Für den Ausschluss Gedeons hätten im Umkehrschluss also zwei Drittel der Abgeordneten gestimmt. Es hätte aber das Risiko bestanden, dass zwei bis drei weitere Abgeordnete die Fraktion gemeinsam mit Gedeon verlassen hätten. Das wollte Meuthen offenbar nicht riskieren. Hätte er selbst verloren und die Fraktion verlassen, wären ihm wohl ebenfalls zwei, drei oder mehr Abgeordnete gefolgt. Nach den Gesetzmäßigkeiten des politischen Betriebs hätte er aber aller Wahrscheinlichkeit nach seine Parteiämter als Landes- und Bundesvorsitzender verloren. Meuthens Karriere als AfD-Politiker wäre beendet gewesen, die Bundesvorsitzende Frauke Petry hätte an Einfluss gewonnen.

Das hat sie wahrscheinlich auch so. Meuthen hatte den Vorschlag, über Gedeons Schriften ein Gutachten zu verfassen, vor zwei Wochen noch abgelehnt. Es war Petry, die am Wochenende ihren Ko-Vorsitzenden Meuthen scharf angriff und die Erstellung eines Gutachtens forderte. So war der Dienstag auch eine Demonstration, über welchen Einfluss Petry im Landesverband Meuthens verfügt. Es gilt als unwahrscheinlich, dass Meuthen ein ähnliches Manöver in Petrys Landesverband Sachsen gelungen wäre. „Ich bin über das Verhalten von Frau Petry nicht glücklich“, sagt Meuthen am Dienstag. Er halte einige Passagen in Gedeons Buch für antisemitisch und könne sich nicht vorstellen, dass Fachleute zu einem anderen Ergebnis kommen könnten. Indirekt gesteht Meuthen seine Niederlage ein: „Ich hätte es lieber, wenn Gedeon nicht mehr Fraktionsmitglied wäre, je schneller, desto besser.“ Der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland hält Gedeons Schriften ebenfalls für antisemitisch. Ein anderes Ergebnis des Gutachtens könne er sich „nicht vorstellen“. Das Vorgehen Meuthens bewertet Gauland positiv: Sein „Freund“ habe „Führungsqualität“ bewiesen und die Partei über seine Person gestellt – „das unterscheidet ihn von manch anderen“.

das gemacht – eine sozial gerechte Politik umgesetzt. Ohne uns gäbe es den Mindestlohn nicht, die Verbesserungen bei der Rente, die Mietpreisbremse ...

Gabriel hat sich kürzlich für die Unterstützung der NRW-SPD bedankt. Unterstützen Sie ihn auch als Kanzlerkandidaten?

Gabriel hat als Parteivorsitzender das erste Zugriffsrecht. Und er ist ein guter Parteivorsitzender.

Das SPD-Präsidium hat Gabriel am Montag beauftragt, Gespräche mit allen Parteien zu führen, um die Nachfolge für Joachim Gauck zu regeln. Welches Signal sollte von der Bundesversammlung ausgehen?

Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass es bei der Nachfolgesuche um Parteitaktik geht. Die Bevölkerung will, dass wir einen guten Präsidenten oder eine gute Präsidentin finden. Das muss im Mittelpunkt stehen – und nicht Parteitaktik. Schon gar nicht die Frage, welches Signal könnte das für die Bundestagswahl sein.

Die SPD stellt also keinerlei Bedingungen, was Geschlecht oder Parteizugehörigkeit anbelangt?

Noch einmal: Die Suche darf nicht von der Parteitaktik bestimmt sein. Es geht im Übrigen auch darum, aus Respekt vor diesem Amt keine frühzeitigen Personaldebatten zu führen.

Die Fragen stellen **Günter Bannas** und **Majid Sattar**.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs herausgeber Erich Welter 1

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung und Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.), Dr. Julia Voss (stv.); für Literatur und Literarischen Leben: Andreas Plathaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h. c. Heike Schmolli; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaftler: Dr. Lorenz Jäger; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue

Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Burkhard Petzold.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 76 vom 1. Januar 2016 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2016 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 59,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 66,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 30,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 35,90 €. Bei Postzugang der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 69,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Abonnement der digitalen F.A.Z. (E-Paper) 39,90 €, einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (E-Paper) 44,90 €. Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €; einschließlich der digitalen Sonntagszeitung 35,90 €; Einzelverkaufs-

preis der digitalen F.A.Z. 1,70 €; der digitalen F.A.S. 3,10 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abonnentenservice: 01 80 -2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; IBAN: DE58 5001 0060 0091 9396 04; BIC: BPBKDEFF

In Kauf genommen

Karlsruhe setzt den Notmaßnahmen der Zentralbank Grenzen – aber nicht sehr enge. Die EZB drückt die Zinsen derweil weiter mit Anleihekäufen.

Von Philip Plickert und Hendrik Wieduwilt

BERLIN/FRANKFURT, 21. Juni. Andreas Voßkuhle ist Fernsehkameraras gewöhnt. Seine Urteilsverkündungen trägt er stets gelassen vor. Doch bei der Verkündung des lange erwarteten Urteils über die Befugnisse der Europäischen Zentralbank (EZB) wirkt der eine oder andere Satz des Juristen defensiv. Nicht jede Aussage im „komplexen Urteil“ werde auf Zustimmung stoßen, hieß es warnend vor der Verkündung. Der Europäische Gerichtshof und das Karlsruher Gericht seien sich „nicht in allen Punkten einig“. Doch der Eklat blieb aus. Das nun verkündete Urteil (Aktenzeichen 2 BvR 2728/13) dürfte die Kläger enttäuschen. Sie hatten ein Stoppschild erhofft, gegen die in ihren Augen ungezügelt Kompetenzüberschreitungen der Zentralbank und die befugnisweiternde Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Karlsruhe sieht das anders. Den notfalls massenhaften Anleihekauf der EZB im Rahmen von OMT (Outright Monetary Transactions) hat es nicht gestoppt. Als der EZB-Rat im Sommer 2012 das OMT-Programm beriet, herrschte größte Nervosität an den Märkten für europäische Staatspapiere. Die Kurse waren stark gefallen, die Zinsen der angeschlagenen Südländer bedrohlich in die Höhe geschossen. Mehr als sieben Prozent musste Spanien für zehnjährige Papiere zahlen, Italien mehr als sechs Prozent – verglichen mit anderthalb Prozent für deutsche Bundesanleihen. EZB-Chef Mario Draghi hatte die Risikoauflage der Krisenländer gedämpft durch seine berühmte Aussage des „Whatever it takes“. Auf Deutsch hieß das: Die EZB werde tun, was auch immer nötig sei, um den Euro zu erhalten. Die Worte Draghis leiteten



Anleihen bei den Luxemburgern: Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts am Dienstag in Karlsruhe

Foto dpa

eine Trendwende ein. Zum weiteren deutlichen Rückgang der Renditen kam es, nachdem der EZB-Rat im September 2012 mit dem OMT-Programm ein Rettungsnetz aufspannte. Das Programm musste nicht aktiviert werden. Allein die Ankündigung beruhigte aber die Märkte, weil die Anleger nun wussten, dass die Zentralbank notfalls einspringen würde.

Dabei störten sie nicht die Einwände der Kritiker, etwa des früheren EZB-Chefvolkswirts Jürgen Stark, der OMT mit „Outside the Mandate Transactions“ übersetzte. So sehen es auch die Kläger: OMT bedeute ein Übergreifen der EZB in die Wirtschaftspolitik, weil die Anleihekäufe an die Auflagen eines Hilfs- und Reformprogramms gebunden wären, sowie letztlich „monetäre Staatsfinanzierung“ sei, für welche die EZB kein Mandat habe. Karlsruhe folgte in seinem ersten Beschluss 2014 diesen Bedenken zum großen Teil. Es überwies den Fall aber dem Europäischen Gerichtshof zur Prüfung, ein Novum in der Geschichte. Die Luxemburger Richter hatten eine ganz andere

Sicht als die Karlsruher und billigten 2015 das OMT-Programm. Nun hätte es einen Eklat, einen Zusammenprall, geben können. Doch den scheute Karlsruhe.

Am Dienstag hat das deutsche Verfassungsgericht die Luxemburger Vorgaben weitgehend hingenommen und nur kleine Spitzen gegen den EuGH formuliert: Das europäische Gericht habe die Selbstauskunft der EZB, es handle sich bei OMT um Geldpolitik, ohne kritisches Hinterfragen übernommen, obwohl es doch Indizien gäbe, „die offensichtlich gegen einen geldpolitischen Charakter sprechen“. Auch hätten die Luxemburger unbeantwortet gelassen, dass durch die Unabhängigkeit der EZB „das demokratische Legitimationsniveau“ spürbar sinke – dass der einzelne Bürger also immer weniger Einfluss auf die Politik habe.

All diese Unzulänglichkeiten überstiegen aber nicht die „Fehlertoleranz“, die Karlsruhe den Luxemburger Richtern gemäß der eigenen Rechtsprechung zubilligt. Nur offensichtliche und willkürliche Verstöße könnten die Verfassungsidenti-

tät Deutschlands verletzen – das war und ist die Karlsruher Linie. Das Bundesverfassungsgericht billigte somit den Beschluss des EZB-Rates vom 6. September 2012 zum OMT.

Im Übrigen haben die Karlsruher Richter die EuGH-Rechtsprechung übernommen. Die Bedingungen für Anleihekäufe lauten nun: Sie dürfen nicht angeündigt werden. Das Volumen muss begrenzt sein. Es muss eine Frist zwischen Emission einer Anleihe und Ankauf durch die EZB liegen. Es dürfen nur Anleihen von solchen Staaten gekauft werden, die Zugang zum Anleihemarkt haben. Nur ausnahmsweise dürfen die Schuldtitel bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Und wenn die Intervention nicht mehr erforderlich ist, müssen Anleihen begrenzt oder eingestellt werden.

Als sichtbares Kondensat der beschworenen „Verfassungsidentität“ verbleibt eine Mahnung an die deutschen Verfassungsorgane: Die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat müssten die Entwicklung „dauerhaft“ beobachten, heißt es am Ende der Urteilsbegründung.

Gerade weil die demokratische Legitimation der EZB so schwach sei. Alle Verfassungsorgane müssten prüfen, ob die Vorgaben eingehalten und ob aus Volumen sowie die Risikostruktur der erworbenen Anleihen „ein konkretes Risiko für den Bundeshaushalt erwächst“, wie Voßkuhle in seiner Eröffnung betonte. Das Urteil ermächtigt aber auch den Bürger: Er dürfe nicht einer politischen Gewalt unterworfen werden, „der er nicht ausweichen kann“, heißt es eindringlich. Ob durch die unabhängige Notenbank also die „Volksouveränität“ verletzt wird, kann jeder Bürger gerichtlich prüfen lassen.

Dennoch ist es ein hypothetischer Richterspruch für einen hypothetischen Fall: Karlsruhe hat einen rechtlichen Rahmen um ein nie angewendetes Programm gezogen. In gewisser Weise ging die Zeit über OMT hinweg: Die Europäische Zentralbank ist inzwischen viel weiter und hat unter anderem Namen eine beispiellose Geldschwemme ausgelöst. Weil die Inflationsrate aus ihrer Sicht zu tief fiel, beschloss der EZB-Rat Anfang 2015 ein gro-

ßes Anleihekaufprogramm – „Quantitative Lockerung“ (QE) wird es im Fachjargon genannt. Zunächst war das Volumen mit 1,14 Billionen Euro geplant, dann wurde es verlängert und die monatliche Kaufsumme von 60 auf 80 Milliarden Euro aufgestockt. Rechnet man reinvestiertes Geld für auslaufende Papiere dazu, pumpt die EZB damit in gut zwei Jahren rund zwei Billionen Euro in die Märkte. Eine solche Geldexpansion gab es noch nie.

Das QE-Kaufprogramm hat dazu beigetragen, dass die Kurse der Staatspapiere gestiegen und die Renditen auf Rekordtiefs gefallen sind. Der deutsche Staat kann sich derzeit für zehn Jahre praktisch zum Nulltarif verschulden. Spanien und Italien müssen bloß noch 1,5 und 1,7 Prozent Zinsen zahlen. Inzwischen kauft die EZB sogar Unternehmensanleihen – all das soll die Zinsen drücken und die Wirtschaft stimulieren. Die Inflationsrate soll wieder in Richtung von zwei Prozent geschoben werden. Kritiker wie der unter Protest zurückgetretene EZB-Chefökonom Stark halten das Programm für verfehlt. Es setze falsche Anreize. Die Zentralbank kaufe den Regierungen Zeit für Reformen, doch diese nutzen sie zu wenig. Auch die Bundesbank befürchtet, dass die EZB-Politik indirekt dazu beiträgt, Strukturprobleme zu verschleppen.

Auf den ersten Blick mögen OMT-Programme und QE-Käufe ähnlich aussehen. Bei beiden geht es um Anleihekäufe in sehr großem Stil. Doch es gibt entscheidende Unterschiede. Das OMT sieht vor, dass die EZB selektiv Papiere eines einzelnen Krisenstaates kauft, wenn dieses Land ein Hilfsprogramm beim Euro-Rettungsschirm ESM beantragt und sich einem Spar- und Reformprogramm unterwirft. Aus diesem Umstand folgern Kritiker, dass die EZB mit OMT indirekt in die Finanz- und Wirtschaftspolitik eingreift. Beim laufenden QE-Kaufprogramm hingegen werden Papiere aller Eurostaaten nach festen Quoten erworben. Außerdem hat die Bundesbank darauf gedrungen, dass die Käufe nur zum kleineren Teil auf Gemeinschaftsrechnung geschehen. Den größten Teil der Papiere müssen die nationalen Notenbanken auf ihre nationale Bilanz nehmen – somit wird das direkte Ausfallrisiko nur teils vergemeinschaftet. Ob sich die Karlsruher OMT-Entscheidung auch auf QE auswirkt, könnte beim nächsten Karlsruher Termin geklärt werden. Denn auch gegen das neue Kaufprogramm liegen bereits Klagen vor.

Nicht ohne Wenn und Aber

Vom Maastricht-Urteil bis zur OMT-Entscheidung / Von Reinhard Müller

FRANKFURT, 21. Juni. Am Anfang war Maastricht. Das OMT-Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht am vorläufigen Ende einer langen Reihe von Entscheidungen zur europäischen Integration. 1993 hatte der Zweite Senat unter Federführung von Paul Kirchhof darüber zu befinden, unter welchen Bedingungen Deutschland der Währungsunion beitreten konnte. Jenes seinerzeit von Europa-Politikern wie auch Europa-Rechtlern scharf kritisierte Urteil hat sich als weitsichtig erwiesen: Es stellt das von Anfang an weltoffene und der europäischen Integration verpflichtete Grundgesetz weiter in die Zeit.

Auch damals war die Klage im Ergebnis abgewiesen worden – doch die Urteilsbegründung wies den Weg. Der Maastricht-Vertrag, so die Karlsruher Richter, schaffe einen „Staatenverbund zur Verwirklichung einer immer engeren Union der – staatlich organisierten – Völker Europas“ und keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat. Weitere Aufgaben und Befugnisse der EU müssten vertraglich fixiert und von den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden. Auch die weitere Mitgliedschaft Deutschlands sei an die Voraussetzung gebunden, „dass eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einflussnahme auch innerhalb eines Staatenverbundes gesichert ist“.

Nach dem gescheiterten europäischen Verfassungsvertrag wurde das Bundesverfassungsgericht mit dem Vertrag von Lisabon befasst, der wiederum wesentliche Teile des Verfassungsvertrages enthielt. 2009 bestätigte der Zweite Senat die grundsätzliche Vereinbarkeit des neuen EU-Vertrags mit dem Grundgesetz. Die Karlsruher Richter forderten jedoch eine Stärkung der Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat. „Solange im Rahmen einer europäischen Bundesstaatsgründung nicht ein einheitliches europäisches Volk als Legitimationssubjekt seinen Mehrheitswillen gleichheitsgerecht politisch wirksam formulieren kann, bleiben die in den Mitgliedstaaten verfassten Völker der Europäischen Union die maßgeblichen Träger der öffentlichen Gewalt, einschließlich der Unionsgewalt.“ Für den Beitritt zu einem europäischen Bundesstaat wäre in Deutschland demnach eine „Verfassungsneuschöpfung“ notwendig, mit der ein erklärter Verzicht auf die vom Grundgesetz gesicherte souveräne Staatlichkeit einherginge. Ein solcher Akt liege hier nicht vor. „Die Europäische Union stellt weiterhin einen völkerrechtlich begründeten Herrschaftsverband dar, der dauerhaft vom Vertragswillen souveräner bleibender Staaten getragen wird.“ Auch sind demnach eigene der Entfaltung der demokratischen Willensbildung we-

sentliche Gestaltungsräume der Mitgliedstaaten bei fortschreitender Integration zu erhalten.

Zugespißt hat sich die Lage durch die Finanzkrise, die Lage der Staatsschulden und den Griechenland-Konflikt. In mehreren Entscheidungen hob das Bundesverfassungsgericht hervor, dass die Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand „als grundlegender Teil der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit im Verfassungsstaat in der Hand des Deutschen Bundestages verbleibt“. Auch in einem System intergouvernementalen Regierens müssen die Abgeordneten demnach die Kontrolle über fundamentale haushaltspolitische Entscheidungen behalten. Karlsruhe hat es dem Bundestag insoweit auch als Gesetzgeber verwehrt, „dauerhafte völkervertragsrechtliche Mechanismen zu etablieren, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, vor allem, wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind“. Jede ausgabenwirksame solidarische Hilfsmaßnahme des Bundes größeren Umfangs muss demnach vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden. Insofern fügt sich das OMT-Urteil in eine Reihe von „Ja, aber“-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Karlsruhe hat sich nie gesperrt – das „Aber“ hatte es jedoch stets in sich.

WIE KOMMT NORWEGISCHES ERDGAS BIS IN JEDEN WINKEL DEUTSCHLANDS?

Über ein Leitungsnetz mit 470.000 km Länge.

Erdgas aus Norwegen ist die emissionsarme und kosteneffektive Antwort auf Deutschlands Energiefragen. Über drei große Exportpipelines kommt es von Norwegen nach Ostfriesland. Ab dort sorgt das weit verzweigte deutsche Erdgasnetz dafür, dass der emissionsarme Energieträger genau da ankommt, wo er benötigt wird. Mehr Information auf statoil.de

Erdgas macht's möglich.



Wichtiges in Kürze

Gedenken an sowjetische Opfer

Der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck (SPD), hat der Bundesregierung und dem Bundestag vorgeworfen, nur unzureichend an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion vor 75 Jahren zu erinnern. Der 22. Juni sei ein „Tag der Weltgeschichte“, schrieb Platzeck in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“. „Weder im Bundestag noch in Form von Veranstaltungen der Bundesregierung“ werde jedoch am Mittwoch der Opfer gedacht. Mit diesem Verhalten verberge Deutschland „eine historische Chance für unser Verhältnis zu unserem größten Nachbarn in Osteuropa“ – vor allem „angesichts der schweren Spannungen“. Thüringens stellvertretende Ministerpräsidentin Heike Taubert (SPD) mahnte, dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte solle verstärkt in der Schule unterrichtet werden. Auch Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) sagte, der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion habe bis heute keinen angemessenen Platz im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands. Sie hoffe, dass eine Ausstellung auf dem Potsdamer Platz in Berlin, die sie am Dienstag gemeinsam mit dem russischen Botschafter in Deutschland, Wladimir Grinin, eröffnete, einen Beitrag leiste, die Erinnerungskultur zu stärken. Der Bundestag de-

battiert an diesem Mittwoch über den Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion. Eine offizielle Gedenkfeier ist nicht angesetzt. (dpa)

Neue Ermittlungen zu „Corelli“

Die Staatsanwaltschaft Paderborn hat ihre Ermittlungen zu den Todesumständen des rechtsextremen V-Manns „Corelli“ wieder aufgenommen. Anlass dafür sind Aussagen eines Rechtsmediziners vor einigen Tagen im NSU-Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags. „Corelli“ war viele Jahre lang Informant des Bundesverfassungsschutzes. Er war 2014 tot in seiner Wohnung aufgefunden worden. Laut mehreren Gutachten war er an einem diabetischen Schock gestorben. Einer der Mediziner hatte nun im Untersuchungsausschuss abweichend von seinem Gutachten gesagt, es gebe drei Wirkstoffe, die „theoretisch“ den bei „Corelli“ festgestellten Insulinmangel hervorrufen könnten. (reb.)

Klage gegen Syrien-Einsatz

Die Linkspartei will die deutsche Beteiligung am Kampf gegen den islamistischen Terror in Syrien für verfassungswidrig erklären lassen. Die Linken-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht sagte am Dienstag, ihre Partei habe in Karlsruhe Klage ge-

gen den Einsatz erhoben, weil das Mandat nicht ausreichend begründet sei. (Lt.)

Insel-Abtretung annulliert

Ein ägyptisches Gericht hat die Übergabe von zwei Inseln im Roten Meer an Saudi-Arabien für ungültig erklärt. Ein entsprechender Vertrag Ägyptens mit Riad sei nichtig, erklärte das Gericht am Dienstag. Die geplante Übergabe hatte vor rund zwei Monaten die größten Proteste im Land seit langem ausgelöst. Die strategisch wichtigen Inseln Tiran und Sanafir liegen am Eingang zum Golf von Akaba und waren seit 1950 von Ägypten verwaltet worden. (dpa)

Terroranschlag in Jordanien

Bei einem Terroranschlag an der Grenze zwischen Syrien und Jordanien im Nordosten des Königreichs sind am Dienstag sechs Mitglieder der jordanischen Sicherheitskräfte getötet und 14 weitere Personen verletzt worden. Nach Angaben der jordanischen Armee wurden die Grenzschützer an einem Vorposten mit einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug angegriffen. Laut Presseberichten handelt es sich um das erste Attentat, das von Syrien aus verübt wurde. Zwischen Jordanien, Syrien und dem Irak sitzen seit Monaten Zehntausende syrische Flüchtlinge fest, die auf ihre Einreise nach Jordanien warten. (hcr.)

Isolationshaft in China

Repression gegen Verleger nährt Ängste in Hongkong

Von Petra Kolonko

PEKING, 21. Juni. Der Bericht, den der Hongkonger Buchhändler Lam Wing-kee von seiner Verschleppung und Inhaftierung in China gab, bestätigt die schlimmsten Befürchtungen, die man in Hongkong über das Schicksal der fünf „verschwundenen Buchhändler“ hatte. Lam wurde demnach im vergangenen Oktober bei der Einreise nach China festgenommen, in Handschellen und mit verbundenen Augen in einen Zug gebracht. Fünf Monate wurde er in einem Gefängnis der Stadt Ningbo in einer kleinen Einzelzelle festgehalten. Ständig war er unter Bewachung, wurde mindestens einmal die Woche vernommen.

Er sah sich gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, dass er auf einen Anwalt verzichte und auf das Recht, seine Familie zu benachrichtigen. Er sei so verzweifelt gewesen, sagte Lam nach seiner Rückkehr, dass er daran gedacht habe, sich das Leben zu nehmen. Im chinesischen Fernsehen verlas er ein Geständnis, nach dem er verbotene Bücher in China verkauft habe. Dieses Geständnis sei ihm abgezwungen worden, sagt er nun. Nach fünf Monaten wurde er in einem Apartment unter Hausarrest gestellt, durfte aber noch immer niemanden kontaktieren. In der vergangenen Woche ließ man ihn nach Hongkong zurückkehren, mit der Auflage, er solle eine Festplatte mit chinesischen Kunden des Verlages besorgen und diese nach China zurückbringen.

Lam entschloss sich stattdessen, mit seiner Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen. In Hongkong haben seine Entlassungen große Beunruhigung hervorgerufen. Am vergangenen Wochenende demonstrierten mehrere tausend Hongkonger mit Lam gegen das Vorgehen der chinesischen Behörden. Jetzt musste selbst der Hongkonger Verwaltungschef Leung Chun-ying, der sonst jegliche Konfrontation mit der chinesischen Regierung vermeidet, aktiv werden. In einem Brief an nicht näher benannte chinesische Stellen habe er die Besorgnis der Hongkonger Bürger zum Ausdruck gebracht, sagte Leung am Dienstag. Er habe zudem um Klarstellung gebeten, wie chinesische Behörden mit Hongkongern verfahren, die auf dem chinesischen Festland gegen Gesetze verstoßen. Und schließlich habe er auch die Frage aufgeworfen, ob der „Zwischenfall“ die Rechte, die die Hongkonger nach dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ genießen, beeinträchtigt.

In Hongkong haben die demokratischen Parteien und ihre Anhänger keinen Zweifel daran, dass es sich bei der Entführung der Buchhändler um einen Eingriff in die Rechte Hongkongs handelt. Die Presse- und Meinungsfreiheit steht auf dem Spiel, und die Rechte der Hongkonger Bürger gegenüber den chinesischen Behörden. Lams Geschichte zeigt aber auch, wie die chinesischen Sicherheitsbehörden mit politischen „Tätern“ umgehen, jeder Behauptung von Rechtsstaatlichkeit zum Hohn.

Denn dass der Fall hochpolitisch ist, daran besteht kein Zweifel mehr. Die fünf Buchhändler des Verlages „Mighty Current“ verschwanden, drei bei einer Reise auf das chinesische Festland, einer bei einer Reise nach Thailand, einer aus Hongkong. Sie hatten Bücher über die chinesische Politik, mit Klatsch und Tratsch, aber auch Interna aus der Pekinger Führung veröffentlicht, die jemandem in der Volksrepublik offenbar zu weit gingen. So hätten sich seine Vernehmer besonders interessiert an den anonymen Autoren einzelner Bücher gezeigt, vor allem des Buches über Xi Jinpings angebliche Pläne, länger als die reguläre Zeit im Amt zu bleiben. Weil die Publikation dieser Bücher in Hongkong legal ist, wurde den fünf der Verkauf der Bücher im übrigen China zum Vorwurf gemacht.

Lam gewann aber auch den Eindruck, dass es den Ermittlern, die nach seinen Angaben einer Spezialeinheit angehörten, darum ging, herauszufinden, wer in der Volksrepublik Interna an die Autoren der Polit-Bücher weitergegeben hatte. Aus der Vernehmung sei ihm auch klar geworden, dass der Hongkonger Verlag und der Buchladen seit Jahren unter Bewachung standen. Drei der Buchhändler sind nach Hongkong zurückgekehrt, haben sich aber nicht zu ihren Erfahrungen während der Inhaftierung geäußert. Der fünfte, Gui Minhui, der die schwedische Staatsbürgerschaft hat, ist noch in China inhaftiert.



Schweigt nicht: Lam Wing-kee Foto: AFP



Stillstand: Die Beschlüsse des Minsker Gipfels, auf dem sich Putin, Merkel, Hollande und Poroschenko im Februar 2015 trafen, sind immer noch nicht umgesetzt worden. Foto: dpa

Durststrecken auf dem Weg nach Minsk

Die EU verlängert ihre Sanktionen gegen Russland. Doch Europas Einmütigkeit täuscht und auch die SPD kann nicht zufrieden sein.

Von Michael Stabenow und Majid Sattar

BRÜSSEL, 21. Juni. Am Dienstag ging alles ganz schnell. Als im Kreis der Botschafter der 28 EU-Staaten der Tagesordnungspunkt „Verlängerung der Sanktionen gegen Russland“ aufgerufen wurde, gab es keine Gegenstimme. Ohne detaillierte Aussprache gab die Runde ihr Placet. So sieht der Grundsatzbeschluss vor, die im Sommer 2014 gegen Russland als Reaktion auf dessen Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine verhängten Wirtschaftssanktionen um weitere sechs Monate – bis Ende Januar 2017 – zu verlängern. Wahrscheinlich wird es aber erst nach dem EU-Gipfel am kommenden Dienstag und Mittwoch, der mit Sicherheit vom Thema Brexit beherrscht sein wird, zu einem förmlichen Beschluss kommen. Ein entsprechendes Vorgehen habe Italiens Vertreter im Kreis der EU-Botschafter gefordert, hieß es in Brüssel.

Ganz so geschlossen, wie es im Sinne einer wirksamen Sanktionspolitik geboten erscheint, sind die Reihen der EU-Partner in der Politik gegenüber Russland jedoch nicht. Während Briten, Polen und Vertreter der baltischen Länder stets für einen harten Kurs plädieren, hatten nicht zuletzt der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi und der ungarische Regierungschef Viktor Orbán mehrfach den Eindruck erweckt, der Zeitpunkt für ein Umlenken in der seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland praktizierten kompromisslosen Politik rücke näher.

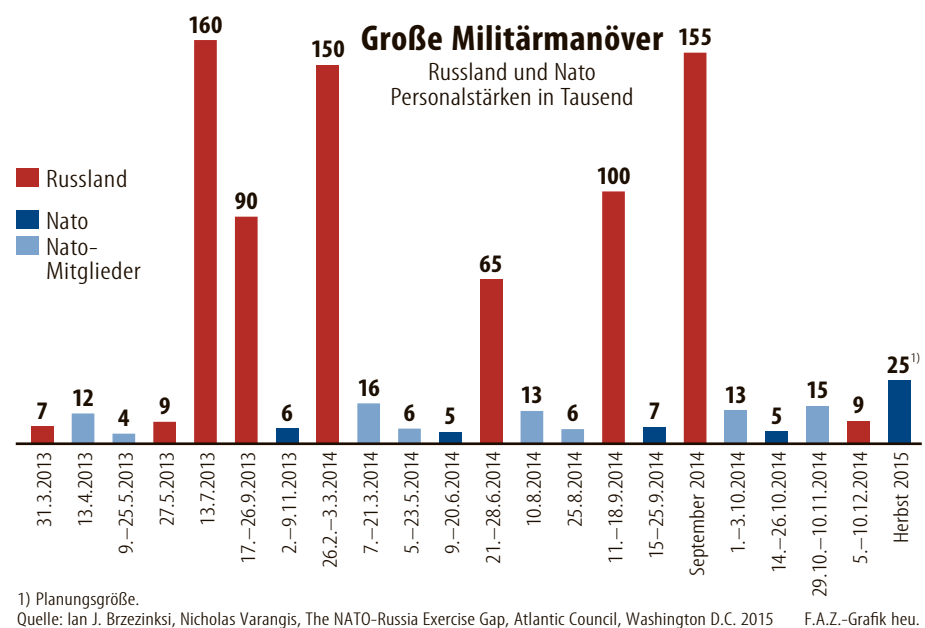
Erst am Montag hatte sich der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault im Kreis seiner EU-Amtscollegen in Luxemburg dafür ausgesprochen, beim nächsten EU-Gipfel darüber nachzudenken, inwieweit ein Entgegenkommen gegenüber Moskau möglich sei. Einschränkung hatte Ayrault hinzugefügt: „Sowohl die Russen als auch die Ukrainer müssen ihren Teil

an der Arbeit übernehmen: die Achtung des Minsker Abkommens.“ An der Verwirklichung der im Februar 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dem französischen Staatspräsidenten Francois Hollande und den Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, in der weißrussischen Hauptstadt ausgehandelten Vereinbarung hapert es noch gewaltig. Nicht nur wird der damals zugesagte Waffenstillstand immer wieder gebrochen. Noch längst wurden zudem offenbar nicht alle schweren Waffen aus der Pufferzone abgezogen. Und nach wie vor stehen die in Minsk vereinbarten Kommunalwahlen in der Ostukraine aus.

Nach Außenminister Ayrault hat am Dienstag auch Präsident Hollande die „schrittweise Lockerung“ der EU-Sanktionen gegen Moskau in Aussicht gestellt. Dies könne jedoch nur geschehen, nachdem die Minsker Vereinbarung verwirklicht sei, verdeutlichte er nach einem Treffen mit Poroschenko. Nicht nur in Paris, auch mancherorts in Berlin gibt es Überlegungen, den Sanktionskurs zu lockern. So hat Frank-Walter Steinmeier (SPD) für Überlegungen geworben, die Lockerung der Sanktionen an Fortschritte bei der Verwirklichung des Minsker Abkommens zu knüpfen. Beim Luxemburger Treffen der EU-Außenminister stellte er jedoch kei-

neswegs die Verlängerung der Sanktionen um weitere sechs Monate in Frage. Hinter verschlossenen Türen soll Steinmeier freilich die „ermutigende Zeichen“ bei den Bemühungen um die Wahlen in der Ostukraine verwiesen haben. So soll er in diesem Zusammenhang die Fragen der Beteiligung von Flüchtlingen aus der Region an den Wahlen sowie der Rolle von Parteien und Einzelkandidaten wie auch die Diskussion über die Aufgaben der Kommunen erwähnt haben. Und Steinmeier weckte offenbar zudem die Hoffnung, dass es in Kürze im sogenannten Normandie-Format zu einem Treffen ranghoher Vertreter Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands kommen werde.

Steinmeier und auch der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel hatten Ende Mai begonnen, dafür zu werben, die Sanktionen stufenweise zu lockern. Der Außenminister führte den Widerstand in Teilen Süd- und Osteuropas und die Notwendigkeit, ein intelligentes Anreizsystem zu schaffen, als Grund an. Vermeintlich in Übereinstimmung mit der Kanzlerin verlangte er „substantielle Fortschritte“ bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarung. Doch verstand Angela Merkel darunter etwas ganz anderes. Gabriel hatte gar öffentlich ausgesprochen, was ihm als Signal aus Moskau reiche: ein Wahlgesetz für die Ostukraine. Selbst dazu hat es in Minsk nicht gereicht.



Erdogans Kritiker in der AKP warten auf ihre Stunde

Noch droht dem türkischen Präsidenten Gefahr aber weniger von den eigenen Gefolgsleuten als von einer anderen Partei / Von Rainer Hermann

ANKARA, im Juni. Alle Blicke der Unzufriedenen sind auf Abdullah Gül gerichtet. Denn der Vorgänger Recep Tayyip Erdogans im Amt des türkischen Staatspräsidenten ist der Hoffnungsträger jener in der Regierungspartei AKP, die mit Erdogans Politik und dem Kurs des Landes nicht mehr einverstanden sind. Doch Gül, der 2014 aus dem Amt schied und seither in Istanbul lebt, schweigt. Gelegentlich empfängt er Besucher, und gelegentlich lässt er sich von Freunden wie Bülent Arinc nach Ankara zum „Essen“ einladen. Wenn Erdogan davon erfährt, ruft er ihn davor zu einigen Vorspeisen zu sich. Nichts soll ihm entgleiten.

Erdogan hat seine Partei, die AKP, unter Kontrolle. Er hat auch die AKP-Fraktion im Parlament fest in der Hand: Kritiker spotten, sie sei mit Frauen und Männern „ohne Eigenschaften“ besetzt. Schließlich hatte Erdogan entschieden, wer in welchem Wahlkreis antreten durfte. Nun sind auch sein Fahrer und Verwandte Abgeordnete. Die einst vielfältigen Medien verkümmerten zu einem Jubelchor für den Präsidenten, auch die Justiz ist unter seiner Kontrolle. Erdogan bekommt, was er will.

Die Bedingungen für eine Abspaltung von der AKP oder für eine Neugründung sind denkbar schlecht. Und doch gärt es. Vor der Entmachtung Ahmet Davutoglus, der im Mai als Ministerpräsident und als AKP-Vorsitzender zurücktreten musste, hatten türkische Beobachter, die Zugang

zur AKP-Fraktion haben, die Zahl jener, die mit der Politik Erdogans unzufrieden sind und sein Projekt eines Präsidialsystems ablehnen, dies aber nicht offiziell äußern, auf zwei Dutzend der 317 AKP-Abgeordneten geschätzt. Mit Davutoglus Absetzung habe sich die Zahl mindestens verdoppelt. Auch sie schweigen.

Jedoch äußern immer mehr außerhalb der AKP-Fraktion auch öffentlich Kritik – vor allem aus dem Kreis jener, die im August 2001 mit Erdogan die AKP gegründet hatten und die er in den vergangenen Jahren kaltgestellt hat. Am klarsten distanzieren sich Huseyin Celik, der bis 2009 Bildungsminister war, sowie Bülent Arinc, bis 2007 Parlamentspräsident und dann bis 2015 stellvertretender Ministerpräsident. Aber auch andere Gründungsmitglieder und frühe Leistungsträger haben sich, desillusioniert von der Konzentration der Macht bei Erdogan, zurückgezogen. Sie alle warten auf ihre Stunde. Erdogan hält sie nicht allein deswegen in Schach, weil er alle Macht in Händen hält, weil er Loyalität belohnt und Abtrünnige bestraft. Er bindet noch immer jene an sich, die das System Erdogan kritisieren, aber deswegen nicht zum Aufstand rufen, weil Erdogan an die gemeinsamen Werte appelliert, mit denen die AKP groß geworden ist, wie Kameradschaft und Solidarität, Familie und Ehrlichkeit.

Dabei nutzt Erdogan, dass er mit seiner Führernatur den beiden wichtigsten möglichen Herausforderern, Gül und Davutog-

lu, weit überlegen ist. Der polternde Erdogan provoziert und geht Risiken ein, um seine Ziele zu erreichen. Gül aber ist der stille Denker, der vorsichtig operiert, das Risiko scheut und die meisten politischen Ziele ohne großen Einsatz erreicht hat. In den Reformjahren von 2002 bis 2007 war Erdogan der Motor für die Veränderungen. Gül saß am Lenker. Dann wechselte Gül ins Präsidentenamt, und niemand lenkte mehr Erdogans Kraft.

Seine Chance hatte Gül im Jahr 2013, als er die Gezi-Proteste verteidigte und die vom damaligen Ministerpräsidenten Erdogan angeordnete polizeiliche Gewalt gegen die Demonstranten kritisierte. Jedoch überließ er Erdogan das Feld. Auch 2014 hat er eine Chance vertan, als er mehrere kontroverse Gesetze, die Erdogan durch das Parlament gepeitscht hatte, nicht zurückwies, sondern unterschrieb. Gül ist keiner, der Widerstand leistet.

Auch gegenüber Davutoglu ist der Präsident im Vorteil. Der begabte Redner Erdogan zieht über Stunden Hunderttausende Zuhörer in seinen Bann, und er kontrolliert die AKP nach Belieben, so dass er neulich selbst verhindern konnte, dass der Dissident Arinc an einer Universität in Ankara einen Vortrag halten konnte. Der intellektuelle Professor Davutoglu überzeugt eher im kleinen Kreis, und in der AKP hat er keine Hausmacht. Er hat seine Chance nicht genutzt, als er Anfang 2015 der Korruption den Kampf ansagte, dann aber nach einem Wutausbruch Erdo-

gans seine Initiative zurücknahm. Die wenigen Gefolgsleute Davutoglus in der AKP werden seit dessen Entmachtung systematisch ausgetauscht. Erschwert wird die Koordination der Kritiker Erdogans und AKP-Dissidenten dadurch, dass Gül und Davutoglu kaum miteinander kommunizieren. Auch politisch ziehen sie nicht an einem Strang. Der Außenpolitiker Gül hatte die Türkei nach Europa ausgerichtet, der Außenpolitiker Davutoglu sieht die Türkei aber vorrangig als Regionalmacht im Nahen Osten. Keiner der beiden ergreift die Initiative. Beide warten, dass sie gerufen werden.

Davutoglus Stunde könnte kommen, falls die AKP, die er bei der Wahl vom 1. November 2015 zu einem triumphalen Sieg mit 49,5 Prozent der Stimmen geführt hatte, bei der nächsten Wahl deutliche Verluste hinnehmen müsste. Eine andere Chance würde sich den Unzufriedenen und Dissidenten bieten, sollte das wirtschaftliche Wachstum kippen und eine politische Krise auslösen. Denn der Wohlstand, der seit 2002, dem Beginn der AKP-Ara, wächst, war der wichtigste Grund für die anhaltenden Wahlsiege der Partei. In diesem Jahr aber bleiben als bittere Folge der türkischen Politik die Touristen aus, und auch die ausländischen Investoren halten sich zurück.

Wenn sich Erdogan der Wählergunst nicht mehr sicher sein kann, könnte in der AKP eine Rebellion beginnen, kalkulieren die Unzufriedenen. Dann könnte je-

Türkei verweigert Syrer Ausreise trotz Visums

Die Türkei hat Dutzenden syrischen Flüchtlingen die Ausreise verweigert, obwohl sie über ein Visum für Deutschland verfügten. Seit dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens Anfang April ist nach Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI) vom Dienstag 292 Syrern die Ausreise nach Deutschland erlaubt worden, verweigert wurde sie zunächst 60 Personen, 22 von ihnen endgültig. Weitere Fälle sind in Bearbeitung. Zuletzt war am 16. Juni ein Flug mit 153 syrischen Flüchtlingen in Kassel-Calden eingetroffen, zuvor hatte die Türkei 30 Personen die Ausreise verweigert. Das Flüchtlingsabkommen sieht vor, dass die Türkei für jeden Syrer, den sie von den türkischen Inseln zurücknimmt, einen anderen Syrer über das Resettlement-Programm in ein europäisches Land reisen lässt. Über diesen sogenannten 1:1-Mechanismus will die EU insgesamt bis zu 72 000 Syrern aufnehmen.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums hat die Türkei keine Gründe für die Verweigerung der Ausreisegenehmigung genannt. Anders als es in anderen Staaten üblich ist, in denen Resettlement-Programme greifen (etwa in Jordanien), nimmt in der Türkei nicht das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die Anträge der Flüchtlinge an, sondern die türkische Migrationsbehörde DGMM. Diese legt die Bögen dann dem UNHCR vor, das diese an die betreffenden Staaten weiterleitet.

Der Türkei wird vorgeworfen, vor allem Härtefälle an die europäischen Staaten weiterzugeben und syrischen Akademikern die Ausreise zu verweigern. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, hinsichtlich der Auswahl der Flüchtlinge gebe es immer wieder Schwierigkeiten. Deutsche Regierungsstellen seien in regem Austausch mit türkischen Stellen, um hier Fortschritte zu erzielen. So seien in Nachverhandlungen zunächst verweigerte Ausreisen mehrmals doch noch genehmigt worden. In Regierungskreisen hieß es, die Auswahl weniger gebildeter Flüchtlinge durch die Türkei sei in der Tat ein Problem, doch wurde darauf verwiesen, dass etwa in dem Flugzeug nach Kassel durchaus sechs Flüchtlinge mit universitärer Bildung gewesen seien. Doch sei dies ein unterdurchschnittlicher Anteil. Warum die Türkei jedoch einen Teil der Flüchtlinge, die sie zunächst selbst auswählt, später nicht ausreisen lässt, blieb zunächst unklar.

Eine UNHCR-Sprecherin in Ankara äußerte im Gespräch mit dieser Zeitung, dem UNHCR sei bekannt, dass die türkische Regierung in einigen Fällen auch das Kriterium der Bildung bei der Ausgabe von Ausreisegenehmigungen für syrische Flüchtlinge angewandt habe. Den weltweit geltenden Resettlement-Kriterien zufolge dürfe jedoch alleine die Verletzlichkeit der Flüchtlinge eine Rolle spielen. Zu dem Thema gebe es Gespräche zwischen dem UNHCR und der türkischen Regierung. Das Hilfswerk sei jedoch „nicht Teil“ des EU-Türkei-Abkommens, sondern beratend tätig, äußerte die Sprecherin.

Insgesamt wurden nach Angaben der Europäischen Kommission bis zum 20. Mai 468 Personen von Griechenland in die Türkei zurückgebracht und 711 syrische Flüchtlinge im Resettlement-Programm in sieben europäischen Staaten aus der Türkei ausgeflogen (Deutschland 292, Schweden 242, Ungarn 64, Niederlande 52, Luxemburg 27, Portugal zwölf, Finnland elf, Letland sechs und Litauen fünf Personen).

der in seiner Heimatregion mobilisieren: Gül in Zentralanatolien, Arinc an der Ägäisküste, Ergin an der östlichen Mittelmeerküste, Davutoglu bei den Akademikern.

Gefahr droht Erdogan zunächst aber weniger aus seiner AKP als vielmehr von einer Oppositionspartei: der nationalistischen MHP. Deren Basis begehrt gegen den alternden Devlet Bahceli auf, der seit 1997 an der Spitze der Partei steht und der die MHP wiederholt für Projekte Erdogans hatte stimmen lassen. Einen Rückschlag musste Bahceli hinnehmen, als seine Kritiker am 19. Juni einen kleinen Parteitag einberiefen. Dort setzten sie Satzungsänderungen durch, die eine Absetzung Bahcelis auf dem außerordentlichen Parteitag am 10. Juli erleichtern würden.

Ein Sturz Bahcelis und die Wahl seiner schärfsten Kritikerin Meral Aksener, einer früheren Innenministerin, zu seiner Nachfolgerin könnte Veränderungen in der politischen Landschaft der Türkei auslösen, sagen Beobachter. Denn Aksener, eine Kritikerin Erdogans, würde dessen Projekt eines Präsidialsystems nicht unterstützen; im Parlament hätte Erdogan für eine solche Verfassungsänderung keine Mehrheit mehr. Vor allem aber, so die Erwartung, könnte sie die Führungsfigur rechts von der Mitte werden, die den Unzufriedenen in der AKP eine neue Perspektive bietet. Dann könnte die AKP auseinanderbrechen. Erdogan hat die Gefahr erkannt. Gerichte versuchen derzeit zu verhindern, dass der Parteitag der MHP am 10. Juli stattfinden wird.

Gerechnet wurde mit der Rute

In Augsburg wird eine Lehrerin der „Zwölf Stämme“ wegen Misshandlung verurteilt.

Von Karin Truscheit

AUGSBURG, 21. Juni. Nachts träumen sie davon, Drora einzusperren, einen Stock zu nehmen und sie damit zu hauen. „Gewaltphantasien“ nennt das ihr Pflegevater vor Gericht. „Sie sagen morgens dann, dass sie wieder von Drora geträumt haben.“ Die beiden Jungen, die das träumen, sind zehn und zwölf Jahre alt. Drora war ihre Lehrerin und Erzieherin, als die beiden noch in der Glaubensgemeinschaft „Zwölf Stämme“ lebten, bis sie im September 2013 mit 26 weiteren Kindern vom Jugendamt in Obhut genommen wurden.

Drora, die eigentlich Marina P. heißt, wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und Misshandlung Schutzbefehlener angeklagt. Zu zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung hat das Landgericht Augsburg die 56 Jahre alte Frau am Dienstag wegen Misshandlung Schutzbefehlener verurteilt. Damit bleibt das Strafmaß sechs Monate unter dem des ersten Urteils des Amtsgerichts Nördlingen, gegen das Staatsanwaltschaft und Angeklagte Berufung eingelegt hatten. Denn die gefährliche Körperverletzung in zwei Fällen wertet das Landgericht als verjährte. Von 2003 bis 2013 hat sie demnach Kinder der Gemeinschaft wiederholt mit einer Weidenrute auf das Gesicht geschlagen, um sie gemäß den „Regeln“ der Gemeinschaft zu „disziplinieren“ oder zu „reinigen“. Manchmal, so die Urteilsbegründung, sei sie während des Bestrafens regelrecht „ausgerastet“. Zeugen sagen, sie sei die Schlimmste gewesen.

„Kinder lieben mich“, sagte Marina P. vor Gericht. Die Kinder bei den „Zwölf Stämmen“ sowieso, aber auch früher schon, als sie in der DDR als Krippenerzieherin arbeitete. „Natürlich gab's da auch mal was hinten drauf.“ Das sei doch im besten Sinne der Kinder gewesen. „Mein Beruf hat mir immer Freude bereitet.“ Als die DDR unterging, empfand sie die neu gewonnene Freiheit nicht als solche. „Der ganze Konsum, das gab mir nichts.“

Durch Zufall stieß sie auf den Info-Zettel einer christlichen Gemeinschaft. Dem Urchristentum und der Gütergemeinschaft verpflichtet, versprach die Organisation ein liebevolles Miteinander – in Spanien. Dort hatten sich die „Zwölf Stämme“, Anfang der siebziger Jahre in Chattanooga (Tennessee) gegründet, unter anderem niedergelassen. Marina P. fuhr hin und blieb. „Endlich war ich angekommen. Alle gingen sorgsam miteinander um, jeder kümmerte sich um jeden.“ Und sie wieder um die Kinder. 1994 gründete die Organisation eine Niederlassung in Deutschland und ließ sich bei Osterholz-Scharmbeck nieder, 2001 zog sie wieder weiter auf das Landgut Klosterzimmern im Landkreis Donau-Ries und lebte fortan nicht schlecht von Landwirtschaft und der Montage von Solaranlagen. Vom Rest der Welt schottete man sich ab, darüber konnten auch die Hoffeste mit der Nachbarschaft kaum hinwegtäuschen.

Die Kinder wurden in einer eigenen „Schule“ unterrichtet. „Wir wollten nicht, dass sie mit den schädlichen Einflüssen der Welt da draußen in Berührung kommen.“ Das Schulfach intervenierte: Bußgelder wurden verhängt, die nie bezahlt wurden, die Polizei brachte die Kinder zur Schule, Väter wurden in Erziehungshaft genommen. Gerichte, die Kinder würden geschlagen, gab es immer wieder. Doch die Anhaltspunkte reichten nicht, um die Kinder in Obhut zu nehmen. Schließlich gestattete man der Gemeinschaft eine „Ergänzungsschule“ mit eigenen Lehrern. Bis im September 2013 der Sender RTL heimlich gedrehte Videos mit Züchtigungsszenen in einem „Bestrafungszimmer“ zeigte. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, der Schule wurde die Erlaubnis entzogen, und die Jugendhilfe holte die Kinder aus der Gemeinschaft. Fünf Mitglieder wurden seitdem zumeist zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Marina P. ist ein Oma-Typ. Pausbackig, mit langem grauem Zopf, große Augen. Dem Richter sagte sie gleich zu Beginn:

„Meine Enkelin hat gesagt: Sag dem Richter, er darf meine liebe Oma nicht ins Gefängnis schicken!“ Zu Prozessbeginn gibt sie zu, die eigene Enkeltochter und andere Kinder immer mal wieder mit der Rute geschlagen zu haben. Das Gericht nennt es „beschönigendes Teilgeständnis“.

Weh tun sollte es. Das sagte Marina P., das sagten die Opferzeugen, die auch von Blutergüssen und Striemen berichteten. Die Weidenruten waren etwa 50 Zentimeter bis 1,20 Meter lang, mit einer Dicke von rund einem halben Zentimeter. Manchmal wurden sie mit Klebestreifen umwickelt, damit sie nicht „ausfransten“. Um die Geschmeidigkeit zu bewahren, sagte die Angeklagte. Um die schmerzhaftige Wirkung zu erhöhen, meint das Gericht. Schläge gab es für Nichtigkeiten. So traute sich ein Mädchen nicht, im Schwimmunterricht in die Arme von Marina P. zu springen, die in einem Fluss stand. „Ich ging dann mit ihr hinter ein Haus und disziplinierte sie.“

Danach sprang das Kind. Ein anderes Mädchen schlug sie, weil es nicht flüssig las. Dass das Mädchen stark kurzsichtig war und die Buchstaben kaum erkennen konnte, glaubte sie ihm nicht. Einer der Jungen, der immer noch von ihr träumt, erhielt Rutenschläge dafür, dass er beim Einmaleins eine Frage wiederholte, statt sie zu beantworten. „Das war ungefähr so: Ich fragte: ‚Wie viel ist sieben mal sieben?‘, aber er hat einfach nur meine Frage wiederholt, statt das Ergebnis zu nennen. Da wusste ich, er hat seine Hausaufgaben nicht gemacht.“ Sie ging dann mit ihm in den Heizungsraum unterhalb des Klassenzimmers. Er musste seine Hose hinunterziehen, sie schlug mit einer Weidenrute etwa dreimal auf sein nur mit Unterwäsche bekleidetes Gesicht. „War es jeden Tag?“ – „Das weiß ich nicht.“ – „Also war es so oft, dass man denken konnte, es war jeden Tag? War es so oft wie Hausaufgaben?“ – „Erziehung war jeden Tag.“

Manchmal bis zu achtmal am Tag sei der Junge geschlagen worden, sagt der Vorsitzende Richter. Schläge gab es, wenn man während der Stillarbeit schwätzte oder aus dem Fenster schaute. Fürs Wegzucken während der Bestrafung gab es Extraschläge, fürs Weinen auch. Mit der Rute sollte zudem das Bettnässen „ausgetrieben“ werden, wobei die Angst das Gegenteil bewirkte: An sonnigen Tagen, so erzählten es die Jungen ihrem Pflegevater, stand der Hof voller Matratzen, die trocknen sollten.

Die Gemeinschaft, deren Mitglieder biblische Namen wie Drora, Noah, Besorah oder Shalomah tragen, bekennt sich zur Rute als erzieherische Maßnahme. Das Züchtigungsverbot habe negative Auswirkungen, bis hin zu Amokläufen. Eltern und Erzieher dürfen also Kinder im Alter von ein paar Monaten bis etwa 14 Jahren mit der Rute schlagen. Eltern hätten „keinerlei Entscheidungsfreiheit“, heißt es in der Urteilsbegründung. Wer nicht „hart genug“ zuschlug, wurde von den „Ältesten“ gemäßigelt. Etwa 20 oder 30 Mitglieder der „Zwölf Stämme“, aber keine Kinder leben nach Angaben von Marina P. noch in Klosterzimmern, viele sind in die Tschechische Republik weitergezogen. Von dort war während der Beweisaufnahme auch eine Sechzehnjährige als Zeugin geladen. Die „Disziplinierung“ durch Eltern und Erzieher habe ihr geholfen, sich zu entwickeln, sagt sie mit gefalteten Händen vor Gericht aus. Ob das weh getan habe, fragte der Vorsitzende. „Ja, natürlich, es war ja eine Strafe.“ Aber sie habe immer eingesehen, warum sie bestraft wurde.

Die beiden Jungen laufen nun stets mit Spielzeugwaffen herum. „Die scheinen das zu brauchen, zu ihrem Schutz“, meint ihr Pflegevater. Beide sind in einer Traumatherapie, haben viele Hobbys und kommen in der Schule gut mit.

Gegen Marina P. läuft ein weiteres Ermittlungsverfahren. Sie hat somit abermals mit einer Freiheitsstrafe zu rechnen. Eine negative Sozialprognose wird Marina P., die nach dem Urteil wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen wurde, allemal attestiert: Sie zeige keine Reue, sondern sei fest in der Ideologie der Gemeinschaft verankert. Daher komme auch eine Bewährungsstrafe nicht in Frage: „Es gibt kaum Zweifel daran, dass der Ältesterrat sie wieder einsetzen würde.“

Beileidskarte an die Eltern des Opfers

Im Fall Silvio S. kommen makabre Details zur Sprache

POTSDAM, 21. Juni. „Manchmal hat er sogar geheult“: Am dritten Tag der Verhandlung über die Morde an zwei Jungen haben Zeugen beschrieben, wie stark der Angeklagte unter seinem Vater litt. Der Mann sei ein Tyrann gewesen, sagte der ehemalige Schwager von Silvio S. vor dem Landgericht Potsdam. „Es kam keine Liebe rüber.“ Nach Aussagen von Zeugen schrieb der Vater seinen einzigen Sohn regelmäßig an – weil er arbeitslos war, weil Chaos in seinem Zimmer herrschte oder weil er ungepflegt war. Die Beziehung zur Mutter wurde als gut beschrieben. Der Lebensgefährte der Schwester nannte den Angeklagten ein „Muttersöhnchen“.

Weil der Dreiunddreißigjährige angeklagt ist, 2015 den vier Jahre alten Mohamed und den sechsjährigen Elias entführt zu haben, um sie sexuell zu missbrauchen, erkundigte sich der Vorsitzende Richter wiederholt nach seinem Verhältnis zu Kindern. Offenbar hatten alle Erwachsenen ein gutes Gefühl dabei, wenn Silvio S. mit ihrem Nachwuchs spielte. „Man hat immer gedacht, Kinder lieben ihn irgendwie“, sagte der ehemalige Freund der Schwester.

Einmal allerdings wurde Silvio S. gesehen, wie er mit einem Kind händchenhaltend auf einer Hollywood-Schaukel saß. Das Mädchen habe für den jungen Mann geschwärmt und später sogar behauptet, man habe sich geküsst. Makaber ist ein weiteres Detail. Noch während der Suche nach Elias schickte Silvio S. eine Beileidskarte mit dem Poststempel 19. Juli an dessen Mutter: „In tiefer Trauer um den verstorbenen Elias. Todeszeitraum: In der Nacht vom 11.7. auf den 12.7. zwischen 22 Uhr und 6 Uhr. Todesursache: Ersticken. Sorry.“ Weil die Anschrift nicht stimmte, war die Karte an das Bestattungsunternehmen zurückgeschickt worden, das Silvio S. auf die Rückseite geschrieben hatte.

Für das Umfeld von Silvio S. war es ein Schock, dass ihr schüchterer Bekannter für die Verbrechen an zwei Kindern verantwortlich gemacht wird. So etwas habe man ihm nie zugetraut, hieß es am Dienstag mehrfach. Der ehemalige Schwager sagte: „Ich kann Silvio nichts Schlechtes nachsagen.“ Daraufhin war der Angeklagte so bewegt, dass er sich mit einem Taschentuch die Augen rieb. JULIA SCHAAF

Bitte nicht fotografieren!



Dieses Foto dürfte es womöglich gar nicht geben: Ein Bilderverbot verwirrt den Ostseestrand von Boltenhagen.

Foto dpa

Ein Piktogramm mit einem durchgestrichenen stilisierten Fotoapparat vermittelt die eindeutige Botschaft: Hier darf nicht fotografiert werden. Ein solches Piktogramm an den Strandzugängen von Boltenhagen an der mecklenburgischen Ostseeküste führt jedoch vor allem zu Irritationen. Wieso soll ausgerechnet am Strand nicht mehr fotografiert werden? Kinder in den Wellen, Strandburgen, Sonnenuntergänge – das muss man doch festhalten! Den Aufklebern sind inzwischen richtige Hinweisschilder gefolgt, die den Fall erklären, unter anderem auf Arabisch. Schon im vergangenen Jahr hatte es Ärger mit jungen arabischen Männern am Strand gegeben, die einen FKK-Strand noch nie gesehen hatten und das

Erlebnis per Handyfoto festhielten. Rechtzeitig zur Sommersaison hat deshalb das Sozialministerium in Mecklenburg-Vorpommern gegengesteuert – mit 25 000 Faltblättern, die in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Arabisch) die Bade- und Strandregeln an der Ostseeküste von Mecklenburg-Vorpommern erklären. Zu den üblichen Baderegeln – „Mit vollem Magen nicht ins Wasser gehen“ oder „Nicht in unbekanntem oder trübe Gewässer springen!“ – kamen neue hinzu. Unter anderem heißt es jetzt auch: „Bitte fotografieren Sie keine fremden Menschen ohne deren Zustimmung.“ Und unter Punkt sieben: „Alle Badegäste sind zu respektieren. Belästigungen, insbesondere von Frauen und Kindern, sind verboten.“ (F.P.)

Unterrichtsstoff für Psychiater

Vor 50 Jahren wurde der Kindermörder Jürgen Bartsch festgenommen

DÜSSELDORF, 21. Juni. Hinweise darauf, dass der nette Jürgen Bartsch ein außergewöhnlich gefährlicher, ein lustvoll-grausamer Mensch war, gab es früh. Im Juni 1961, Bartsch war noch keine 15 Jahre alt, lockte er Frank B., den Sohn eines Langenberger Malermeisters, in einen ehemaligen Luftschtzunker.

Noch mehrere Male gelang es Bartsch bis 1966, Jungen mit dem Versprechen in den Bunker zu locken, man könne gemeinsam einen Schatz suchen: im März 1962 den acht Jahre alten Klaus, im August 1965 zunächst Peter (13) und nur acht Tage später Ulrich (12), im Mai 1966 Manfred (11). Stets zwang Bartsch seine Opfer, sich zu entkleiden. Er quälte sie auf bestialische Weise, verging sich an ihnen und tötete sie. Die Leichen zerstückelte der Metzgergeselle. Die Instrumente seines Sadismus: Rasierklingen, Schinkenkordeln, Hammer und Fleischmesser.

Am 18. Juni 1966 war Bartsch in Wuppertal-Elberfeld unterwegs, um wieder ein Kind „an Land zu ziehen“, wie er später zu Protokoll gab. Er stieß auf Peter F. Auch der 14 Jahre alte Junge ließ sich von Bartsch, der so spannende Geschichten erzählen konnte, überreden, mit in den Bunker zu kommen. Peter musste sich ausziehen, Bartsch fesselte ihn. Zur Tat aber wollte Bartsch erst nach einem gemeinsamen Fernsehabend mit seinen

Eltern schreiten. Mit Peter F. wollte Bartsch die nächste Steigerungsstufe erleben. Er wollte sein Opfer bei lebendigem Leib häuten und zu Tode zu foltern. Aber als Bartsch den Bunker verlassen hatte, gelang es Peter F., seine Fesseln mit einer Kerzenflamme zu lösen.

Nach seiner Flucht fand die Polizei im Bunker die sterblichen Überreste der vier Mordopfer. Aber den letzten Schluss zog nicht die Ermittler. Das tat vielmehr Malermeister B., der die Behörden schon vier Jahre zuvor auf Bartsch aufmerksam gemacht hatte. Durch seine Hinweise konnte Bartsch am 21. Juni vor 50 Jahren festgenommen werden.

Bartschs Störung ist eine ausgesprochen seltene schwere Form einer sexuell-sadistischen, pädophil orientierten Perversion. Die Störung ist so selten, dass der Fall Bartsch bis heute für angehende Psychiater Unterrichtsstoff ist. Als eine Ursache der schweren Störung gilt Bartschs schwierige Kindheit. Seine leibliche Mutter war kurz nach seiner Ge-



Am 22. Juni 1966: Jürgen Bartsch wird von Justizbeamten aus der Polizeistation in Mettmann begleitet. Foto dpa

Ampeln aussenden. Boltenhagen wollte sich nun mit den Piktogrammen für die Saison wappnen, hat aber nur Spott auf sich gezogen und Verärgerung erzeugt. Denn am Strand ist ohnehin schon so viel verboten: Lagerfeuer, Surfen, Autos und Segeln. Ein generelles Fotografierverbot sei natürlich Unsinn, lässt der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern wissen. Die Aufkleberaktion sei „unglücklich gelaufen“. Aber das Thema an sich bleibt aktuell. Unter den zwölf Baderegeln heißt es jetzt bei Punkt vier: „Bitte fotografieren Sie keine fremden Menschen ohne deren Zustimmung.“ Und unter Punkt sieben: „Alle Badegäste sind zu respektieren. Belästigungen, insbesondere von Frauen und Kindern, sind verboten.“ (F.P.)

FSME-Infektion nach Konsum von Ziegenmilch

pps. FRANKFURT, 21. Juni. Zu einer seltenen Übertragung der Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) ohne Zeckenstich ist es im Landkreis Reutlingen gekommen. Wie das Kreisgesundheitsamt des Landratsamtes mitteilte, traten die grippeähnlichen Symptome bei zwei Personen auf, nachdem sie auf einem Hof in der Gemeinde Zwielfalten frische Ziegenrohmlachprodukte zu sich genommen hatten. Eine Untersuchung der Produkte ergab, dass sie tatsächlich das FSME-Virus enthielten. Offenbar waren die Ziegen zuvor von Zecken gestochen und infiziert worden. Milchvieh kann, auch wenn es nicht selbst an FSME erkrankt, den Erreger mehrere Tage lang über die Milch ausscheiden. Die Wahrscheinlichkeit, sich durch unbehandelte und mit dem Virus verseuchte Milch mit FSME zu infizieren, ist sogar höher als durch einen Zeckenstich. Früher kam sie so häufig vor, dass die Infektion auch „biphasisches Milchkrieb“ genannt wurde. Heutzutage ist sie sehr selten, da Nutztiere meist im Stall gehalten und regelmäßig tiermedizinisch versorgt werden. Milch ist zudem fast immer abgekocht oder pasteurisiert. Eine FSME-Infektion kann schlimmstenfalls zu einer Entzündung des Gehirns und der Hirnhäute führen. Häufigster Überträger in vielen Gebieten Süddeutschlands ist der Gemeine Holzbock. Gegen FSME kann man sich mit einem Impfstoff schützen.

Neues Gutachten zur Love Parade

reb. DÜSSELDORF, 21. Juni. Mit einem zusätzlichen Gutachten will die Staatsanwaltschaft Duisburg sicherstellen, dass es doch noch zu einem Strafprozess im Fall Love Parade kommt. Das Landgericht Duisburg hatte im April entschieden, die Anklage gegen zehn Personen, die an der Planung und Organisation der Duisburger Love Parade vor sechs Jahren beteiligt waren, nicht zur Hauptverhandlung zuzulassen, weil der zentrale Beweis, das Gutachten des britischen Massenforschers G. Keith Still, „nicht verwertbar“ sei. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Duisburg sofortige Beschwerde eingelegt, über die das Oberlandesgericht Düsseldorf noch entscheiden muss. Mit einem weiteren Gutachten werde „sichergestellt, dass der Weg der notwendigen juristischen Aufarbeitung der Love-Parade-Tragödie in einer öffentlichen Hauptverhandlung so schnell wie möglich beschrritten werden kann“, teilte die Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Bei der Love Parade waren am 24. Juli 2010 im Gedränge 21 Menschen umgekommen, mehr als 500 wurden verletzt.

Deutscher kommt in der Hitze Arizonas um

ceh. LOS ANGELES, 21. Juni. Bei einer Wanderung durch das Gebirge Santa Catalina in Arizona ist ein Deutscher umgekommen. Der Sheriff des Bezirks Pima teilte am Montag mit, Stefan G. sei an Dehydrierung gestorben, als er mit zwei Kollegen am Sonntag zu einer Anhöhe am Ventana Canyon aufbrach. Die Wanderer hatten bei Temperaturen von mehr als 40 Grad vermutlich zu wenig Wasser für die etwa acht Kilometer lange Strecke bei sich. Einer der Wanderer kehrte allein ins Hotel Loews Ventana Canyon Resort zurück. Er sagte, der dritte Teilnehmer der Exkursion, der 33 Jahre alte Marcus T., habe schon vor ihm den Rückweg eingeschlagen. Die Suche nach T. blieb aber bis Dienstag ohne Erfolg. Die drei Wanderer sollen sich zu einer Konferenz in Arizona aufgehalten haben. Bei Tucson herrschen Temperaturen von bis zu 46 Grad.

Kurze Meldungen

Anton Yelchin war in der Nacht zum Sonntag verstorben, als sein Wagen des Typs Jeep Grand Cherokee vor seinem Haus in Los Angeles die Einfahrt hinunterrollte, den Schauspieler erfasste und gegen einen Zaun drückte. Nach dem Unfalltod des Siebenundzwanzigjährigen hat nun auch der Autohersteller Fiat Chrysler Automobiles N.V. eine Untersuchung angekündigt. Laut der Nationalen Behörde für Straßen- und Fahrzeugsicherheit rief das Unternehmen, das den Jeep baute, im April mehr als 1,1 Millionen Wagen des Typs zurück. Wiederholt hatten sich Fahrer beschwert, da ihnen oft nicht klar war, ob sie die Parkoption des Automatikgetriebes betätigt hatten. Angeblich drohte das Auto loszurollen, wenn der Fahrer versehentlich die falsche Position wählte. Die Polizei von Los Angeles untersucht nun Yelchins Wagen. (ceh.)

Gregor Gysi soll Anfang 2017 zum 68. Ritter des Ordens wider den tierischen Ernst gekürt werden. Der Politiker der Linkspartei werde für seinen „messerscharfen Witz“ ausgezeichnet, teilte der Aachener Karnevalsverein am Dienstag mit. Gysi freute sich über die „höchste Auszeichnung, die man in Deutschland bekommen kann“. Die Laudatio wird der 67. Ritter, Markus Söder (CSU), halten. (reb.)

Wahrheit, nicht Vorurteil

Bundespräsident Joachim Gauck hat in Bukarest – wieder einmal – eine kluge Rede gehalten. Er hat es zwei Tage vor dem britischen Referendum nicht dabei belassen, die Argumente der Vernunft, die für die europäische Einigung sprechen, anzuführen und über die Kurzsichtigkeit jener erstarrenden nationalistischen Kräfte zu klagen, die auseinanderreißen wollen, was zusammengehört. Gauck hat auch die zerstörerische Kraft des Hochmuts der sich fortschrittlich dünkenden Milieus benannt, die als rückständig verunglimpfen, was nicht ihren Vorstellungen entspricht. Seine Forderung, „Argumente an uns heranzulassen, die unser eigenem Milieu zunächst ganz unplausibel erscheinen“, richtet sich an alle, die am öffentlichen Diskurs teilnehmen. Für eine solche Debatte gibt es freilich eine Voraussetzung, die Gauck ebenfalls erwähnt hat: Sie muss auf überprüfbaren Fakten basieren, darf nicht Vorurteile als Wahrheit ausgeben. Das tun vor allem EU-Gegner oft, die in ihren Behauptungen über „Brüssel“ ein freies Verhältnis zur Wirklichkeit pflegen. Das macht die Debatte über Europa so schwierig. rve.

Geballe Unvernunft

Selbst 49 Erschossene waren offenbar noch nicht genug. Zumindest legt das Verhalten der Damen und Herren Senatoren in Washington diesen Schluss nahe. Der Attentäter von Orlando konnte seine Mordwaffe völlig legal erwerben, obwohl er im Visier der Sicherheitsbehörden war. Gesetze, die so etwas erlauben, müssen dringend geändert werden. Aber in der amerikanischen Innenpolitik kommt man mit schlichter Vernunft heutzutage nicht weit. Wenn ja wenigstens die begründete Hoffnung bestünde, dass sich das nach den Wahlen im November dieses Jahres ändern könnte, wäre das zwar an sich immer noch ein Armutszeugnis für die Parlamentarier. Aber sie könnten zumindest auf etwas Verständnis hoffen, denn Wahlkampfzeiten sind besondere Zeiten. Mit einer Haltung, die sie jetzt zum wiederholten Male an den Tag gelegt haben, fördern die Senatoren den Widerwillen gegen parlamentarische Prozeduren. Traurige Ironie des Schicksals: Derjenige, der diesem Widerwillen politisches Gewicht verleihen will, steht genau für ein Waffenrecht, das Gewalttätern das Leben so sehr erleichtert. pes.

Meuthens Dilemma

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen ist zwischen alle Stühle geraten, auch wenn er das Richtige getan haben mag. Den Ausschluss eines Abgeordneten aus der Stuttgarter Landtagsfraktion wegen „glasklaren“ Antisemitismus zu fordern war um seiner Glaubwürdigkeit willen nötig. Diese Entscheidung an den eigenen Rücktritt zu binden führt aber geradewegs in ein Dilemma. Hätte Meuthen es nicht getan, müssten die AfD-Wähler weiter vergeblich auf ein Zeichen warten, dass die AfD-Führung sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten vom Extremismus distanzieren. Indem er es aber tat, ließ sich seine Drohung instrumentalisieren – allen voran von der AfD-Koordinatorin Frauke Petry, die sich gegen Meuthen, Gauland und Höcke durchsetzen will. Ebenso schwer wiegt nun, dass sich die Stuttgarter AfD-Fraktion erst einmal selbst lahmgelagert hat. Denn die Affäre „Gedeon“ wird sie und die AfD, da der Abgeordnete seine Fraktionsmitgliedschaft ruhenlässt, noch eine Weile beschäftigen. So lange ist auch Meuthen eine lahme Ente – und jenes Zeichen, das die AfD zum Überleben braucht, rückt wieder in weite Ferne. kum.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion bot Großbritannien eine überraschende Bündnisoption / Von Rainer Blasius

Hitlers Hoffnung, dass Großbritannien Ende Juni 1940 nach der Niederlage Frankreichs einlenken würde, erfüllte sich nicht. Und auch der deutsche Versuch, die Luftherrschaft über England als Voraussetzung für eine Invasion zu gewinnen, scheiterte kläglich. Die schlimmste Gefahr für Großbritannien, die einer deutschen Landung, war erst einmal gebannt. Doch den Krieg vermochte das Land nicht aus eigener Kraft zu gewinnen. Premierminister Winston Churchill wusste genau, wie sehr er auf die Vereinigten Staaten angewiesen war, die ihre offizielle Neutralitätspolitik allmählich zugunsten von Großbritannien aufgaben.

Am 18. Dezember 1940 ordnete Hitler in der Weisung für den „Fall Barbarossa“ an, die Wehrmacht müsse „auch vor Beendigung des Krieges gegen England“ die

Wegmarken der Geschichte **1941**
Vom 22. Juni an konnte sich die große Anti-Hitler-Koalition formieren.

Sowjetunion schnell niederwerfen können. Am 30. März 1941 sprach er vor 250 hohen Offizieren von Heer, Luftwaffe und Marine vom „Kampf zweier Weltanschauungen“ und der „Ausrottung“ des Kommunismus; zudem kündigte er die „Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und kommunistischen Intelligenz“ an. „Barbarossa“ war als „Blitzkrieg“ angelegt, wobei die militärische Stärke der Sowjetunion sowohl von Hitler selbst als auch vom Generalstab unterschätzt wurde; sträflich vernachlässigt wurde vor allem die deutsche Logistik.

Mehrere Warnungen – offizielle auf diplomatischen Kanälen zwischen London und Moskau, inoffizielle durch den Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ und Meisterspion Richard Sorge, der den deutschen Botschafter in Tokio auskundschaftete, sowie durch den Hitler-Gegner Harro Schulze-Wechsungen aus dem Luftfahrtministerium in Berlin – und viele Gerüchte wurden an Stalin herangetragen, dass Hitler einen Angriff vorbereite. „Der Schlüssel für Stalins Deutung war der Flug des Führerstellvertreters Rudolf Heß nach Großbritannien am 10. Mai 1941 und die politische Instrumentalisierung dieser spektakulären Aktion durch das Foreign

Office“, schreibt der Historiker Rainer F. Schmidt. Das Kabinett Churchill habe „ein Verwirrspiel“ inszeniert und „die Drohkulisse eines möglichen Separatfriedens im Westen“ entworfen. Schmidts britischer Kollege Ian Kershaw ergänzt, dass London damit Moskau zum Seitenwechsel und zu einem Bündnis veranlassen wollte: „Der Versuch schlug völlig fehl. Er steigerte nur Stalins Paranoia. Stalin fühlte sich „in seiner Überzeugung bestätigt, dass man den Briten nicht trauen könne“.

Am 15. Mai legten Marschall Semjon K. Timoschenko und Generalstabschef Georgi Schukow Stalin einen Plan für einen Präventivschlag gegen Deutschland vor und bezogen sich auf eine Rede Stalins von Anfang Mai vor Absolventen der Militärakademie mit dessen Schlussfolgerung: „Die Rote Armee ist eine moderne Armee, eine moderne Armee aber ist eine Angriffsarmee.“ Jedoch wies Stalin – so Kershaw – jetzt Präventivkriegs-Überlegungen brüsk zurück und schrieb: „Sind Sie verrückt geworden? Wollen Sie die Deutschen provozieren?“ Stalin blieb in den kommenden Wochen misstrauischer gegenüber Großbritannien als gegenüber Deutschland, trotz der immer konkreter werdenden Berichte seiner Militärs über den Aufmarsch der Wehrmacht.

Mit dem Angriff von 3,3 Millionen Soldaten der Wehrmacht begann in den frühen Morgenstunden des 22. Juni das „Un-

ternehmen Barbarossa“. Am Mittag wandte sich Außenminister Wjatscheslaw Molotow über Rundfunk an die „Bürger und Bürgerinnen der Sowjetunion“. Er stellte den Bruch des Nichtangriffspaktes mit Hitler von 1939 heraus, sprach von einem „Überfall“, den nicht das deutsche Volk, sondern „eine Clique blutrünstiger faschistischer Herrscher“ begangen habe.

Am Abend jenes 22. Juni hatte Churchill seinen großen Auftritt im Radio. Der ewige Bolschewismus-Warner, der dennoch seit 1936 in einer Allianz mit der Sowjetunion die einzige Möglichkeit zur Eindämmung des „Dritten Reiches“ gesehen hatte, stilisierte in seinem Hilfsangebot an Stalin die Sowjetbürger zu „unschuldigen Bauern“ und nannte den künftigen Verbündeten nur „Russland“. Immerhin gestand er ein: „Niemand war ein konsequenterer Gegner des Kommunismus als ich in den vergangenen 25 Jahren.“ Er nehme davon kein Wort zurück: „Aber dies alles verblasst vor dem Schauspiel, das sich nun abspielt.“ Er habe Stalin „präzise vor dem, was kommen werde, gewarnt“. Der „blutdürstige Straßenjunge“ Hitler lasse durch die Wehrmacht den „russischen Bauern, Arbeitern und Soldaten“ das „tägliche Brot stehlen“. Großbritannien werde „niemals mit Hitler oder irgendeinem aus seiner Bande verhandeln“; es habe Russland „jede technische und wirtschaftliche Unterstützung angeboten“, die in seiner



Über die Grenze: Deutsche Panzer im Sommer 1941

Foto: epd

Kein Grund zur Kritik

Wahlenthaltung kann viele Gründe haben / Von Georg Paul Hefty

kenntnis des politikwissenschaftlichen Realismus.

Die Wahlforscher Richard Hilmer (Berlin) und Thomas Petersen (Allensbach) waren die Kronzeugen für die seit Jahrzehnten wachsende Wahlenthaltung. Hatte 1998 82,2 Prozent der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl teilgenommen, so machten sich 2013 nur noch 71,5 Prozent diese Mühe. Landtagswahlen weisen regelmäßig eine geringere Beteiligung auf, Kommunalwahlen erst recht. Sorgen bereitet es Demokratieforschern wie Bettina Westle (Marburg), dass die Enthaltung besonders ausgeprägt in der Schicht der sozial Schwachen ist. 1998 nahmen 90 Prozent der Gutgestellten an der Bundestagswahl teil, jedoch nur 70 Prozent der Schlechtgestellten. 2013 sank der Anteil der Wähler unter den Wahlberechtigten der Oberschicht zwar auf 83 Prozent, unter den wahlberechtigten Bildungsfernen, Arbeitslosen und sozial Schwachen hingegen auf 54 Prozent. Zugespielt heißt dies, dass die Volksvertretung eines – wenn auch fernem Tages – zu einer Mittelstands- und Oberschichten-Vertretung werden könnte. Doch alle Wissenschaft muss sich auf Empfehlungen zu Verfahrensänderungen beschränken. Politische Inhalte zu formulieren, die den Wahlberechtigten zur Stimmabgabe reizen könnten, ist ihr, aber auch dem Gesetzgeber an sich verwehrt.

Derlei ist das Vorrecht der Politiker und ihrer Parteien. Nichts kann zurzeit solche Erfolge bei der Mobilisierung milder Wahlberechtigter aufweisen wie das Aufkom-

men populistischer Parteien und anderer bürgerlicher Unannehmlichkeiten. Daher forderte der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider die Einführung einer abzugebenden und zu zählenden Ablehnungsstimme, die dem regelgerechten Protest Gestalt und Nachweis gäbe. So ernsthaft und treffend die Aussagen jüngerer Bundestagsabgeordneter und Funktionsträger der klassischen Parteien auf dem Podium des Landtags auch waren, sie hätten die Wahlberechtigten nicht in dem Maße an die Wahlurnen geholt, wie es dem Auftritt der AfD in den jüngsten drei Landtagswahlen gelungen war. Der in dieser Radikalität neue „Wettbewerber“ hat laut Hilmer neben der Mobilisierung auch noch eine hohe Wechselbereitschaft und sogar Schwankungen in letzter Minute angestoßen. Erst das künftige Wählerverhalten und die vertiefte Wahlforschung werden zeigen, wie lange eine Protestpartei die Wahlberechtigten tatsächlich aufrufft. Es ist schon zu sehr in Vergessenheit geraten, dass einst auch Parteien wie die NPD oder die Republikaner erfolgreich die Werbetrömmel gerührt haben, aber weder die Wahlberechtigten insgesamt noch die tatsächlichen Wähler im Besonderen langfristig aufgewühlt haben.

Unbehandelt blieb das Thema der „Auswirkungen auf die Legitimation der Parlamente“. Diese zu quantifizieren wäre unmöglich, und so ist das Thema den Sozialwissenschaften nicht wirklich zugänglich. Ein Parlament ist durch die ordnungsgemäße und gewaltfreie Wahl legitimiert –

Macht stehe, weil es um die „Befreiung der Menschheit“ von Hitlers Tyrannei gehe. Dessen „Überfall auf Russland ist nur das Vorspiel zu einem Invasionsversuch der Britischen Inseln“. Auf die warmen Worte „für den alten Feind“ Sowjetunion angesprochen, sagte Churchill zu seinem Privatsekretär John Colville: „Wenn Hitler in die Hölle einfielen, dann würde ich im Unterhaus den Teufel zumindest positiv erwähnen.“

In Berlin meinte Joseph Goebbels über die Ansprache: „Eine tolle Schimpferei gegen den Führer. Sonst ist seine Rede eine einzige Bestätigung für die Zusammenarbeit zwischen London und Moskau gegen uns.“ Dem Propagandaminister kam es darauf an, Stalin als eigentlichen Pakt-Brecher hinzustellen, dem Hitler nur zuvorgekommen sei: „Unsere Taktik geht dahin, das englisch-russische Komplott aufzudecken. Dazu bietet Churchills Rede die beste Handhabe“, notierte Goebbels und setzte fortan auf eine „europäische Anti-Russland-Front“. Am 23. Juni erklärten die Slowakei, am 26. Juni Finnland und am 27. Juni Ungarn der Sowjetunion den Krieg.

Erst am 3. Juli rief Stalin selbst über Radio die „Brüder und Schwestern“ zum „Befreiungskrieg“ auf. Die Sowjetunion werde „treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist“. Ausdrücklich lobte er Churchills Rede und die angekündigte Hilfsbereitschaft der Amerikaner. Deren Kriegserklärungen und Lebensmittellieferungen sollten – wie Antony Beevor konstatiert – den entscheidenden Beitrag „zur Mobilität der Roten Armee“ leisten, weil „Großbritannien selbst arm war und dringenden Eigenbedarf hatte. Große Teile des an die Sowjetunion gelieferten Materials waren veraltet und ungeeignet.“

Großbritannien und die Sowjetunion sicherten sich am 12. Juli gemeinsames Handeln im Krieg gegen Deutschland zu und schlossen jeden Separatfrieden oder Waffenstillstand aus. Dies war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Anti-Hitler-Koalition, die der deutsche Diktator – kurz nach Japans Angriff auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor – erzwang durch die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten am 11. Dezember. In jenen Tagen scheiterte auch Hitlers Sturm auf Moskau, der 30 Kilometer vor der sowjetischen Hauptstadt im wahrsten Wortsinne erfror. Stalins Rote Armee ging in die Offensive, die erst dreieinhalb Jahre später in Berlin enden sollte.

unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung. Wäre es anders, wären viele deutsche Kommunalparlamente längst delegitimiert – mit unabsehbaren Rechtsfolgen. Die Nichtteilnahme an einer Wahl ist Bürgerrecht und kein eindeutiges Misstrauensvotum, sondern kann Gleichgültigkeit oder aber Zufriedenheit mit der Gesetzgebung ausdrücken. Die Parlamente als solche können ihre Legitimation auch nicht durch Wahlboykotte, Volksabstimmungen oder „Gegenwahlen“ verlieren – sondern auf verfassungsrechtlichem Wege allein durch Selbstauflösung, wo diese zugelassen ist. Selbst das Auflösungsrecht des Bundespräsidenten kann der Bundestag innerhalb einer Frist abwehren und so seine Legitimation wahren. Auch hängt die Legitimation nicht davon ab, wie viele Parteien sich in Freiheit zur Wahl stellen. Eine stufenweise Abnahme der Legitimation wegen geringer Wahlbeteiligung oder Zersplitterung der Mehrheitsverhältnisse ist gar nicht denkbar, und das Volk könnte auch keine solche vereinbaren. Auch eine Unterscheidung zwischen den grundsätzlich gleichen Stimmen nach sozialen oder Altersschichten würde nicht die Legitimation mindern, sondern das Vorhaben an sich ins Unrecht setzen. Die Legitimation eines Parlaments wirkungsvoll in Frage zu stellen ist somit ein revolutionärer oder anarchistischer Akt – und käme in Deutschland letztlich einem Fall nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz gleich. Daher kann die im Tagungstitel versteckte Frage nur mit einem Wort beantwortet werden: Keine.



Peter Michael HUBER

Foto: dpa

Umtrieb

Er ist ein Anhänger der direkten Demokratie. Das ist eher ungewöhnlich für einen Konservativen, aber gar nicht so ungewöhnlich für einen Bayern. Peter Michael Huber stellt gern die Frage, inwiefern die jahrzehntelange CSU-Herrschaft im Freistaat und die lange Tradition von Volksentscheiden einander bedingen. Die Parteien sind so gezwungen, dem Volk noch mehr aufs Maul zu schauen. Hubers frühere Mitgliedschaft im Kuratorium des mächtigen Vereins „Mehr Demokratie“ warf Fragen auf, als der Verein in Karlsruhe klagte und Huber dort schon Verfassungsrichter war.

Um Demokratie geht es auch im OMT-Urteil, für das Huber als Berichterstatter im Zweiten Senat unter Vorsitz von Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle federführend zuständig war. Dass letztlich jedes europäische Handeln auf den Bürger rückführbar sein muss, ist für ihn nicht verhandelbar.

Im Übrigen ist der Münchner Staatsrechtslehrer ein Handschlag in vielen Gassen. Nach einer Promotion zum Grundrechtsschutz und einer Habilitation zum Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht erhielt er nach der üblichen akademischen Wanderzeit einen Ruf nach Jena, wo das Mitglied von CSU und CDU und vernetzt war, bevor es ihn über Bayreuth nach München zurückzog. Huber saß in der Enquete-Kommission des Bundestages zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur wie in der Föderalismuskommission, war Mitglied des Bremer Staatsgerichtshofs, gehörte dem Thüringer Oberverwaltungsgericht an und leitete zehn Jahre lang den Juristen-Fakultätentag. Im Jahr 2009 berief ihn die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zum Innenminister. Doch schon ein Jahr später wurde er, wie schon länger vorgesehen, auf Vorschlag der Union zum Bundesverfassungsrichter gewählt.

Das Karlsruher Gericht kannte der 1959 geborene joviale Huber schon aus der Sicht des Prozessvollmächtigen. Im Zweiten Senat nun für das Europarecht zuständig, ist er auch ein Wanderprediger in Sachen europäische Integration und Rechtsstaatlichkeit. Die Erosion des Rechts treibt ihn um; man sieht ihm dann das Ringen des politisch aufgeladenen Professors mit dem zu Mäßigung verpflichteten Verfassungsrichter förmlich an. In dieser Zeitung schrieb er im vergangenen Oktober einen vielbeachteten Beitrag, in dem es hieß: „Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung steckt der durch das Grundgesetz verfasste Nationalstaat in einer Sinnkrise, der Rechtsstaat zeigt Erosionstendenzen, die Demokratie schwächelt, das Gewaltenteilungsgefüge hat sich weiter zugunsten der Exekutive verschoben, und die Entwicklung des Bundesstaats lässt eine Orientierung vermissen.“

Trifft das zu, so steht Huber, verheiratet mit einer Richterin am Bundespatentgericht und Vater zweier Töchter, in der Verantwortung den Rechtsstaat nicht erodieren zu lassen. Er weiß freilich auch, dass Volkswille und Herrschaft des Rechts in ein Spannungsverhältnis geraten können. REINHARD MÜLLER

Ein neues Kalifat?

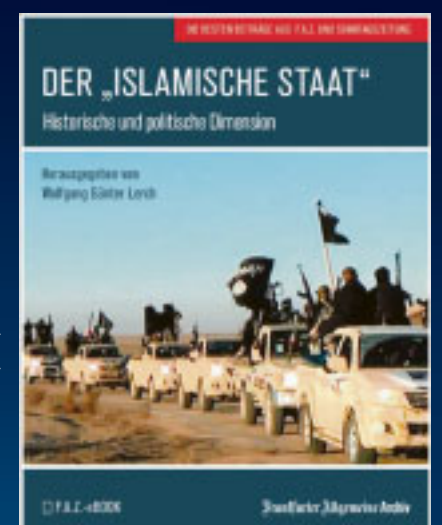
Das F.A.Z.-eBook über den „Islamischen Staat“

Krieg und Terror, religiöser Fanatismus und brutale Hinrichtungen im Namen des Islams entsetzen die westliche Welt. Woher kommen die Kämpfer des neuen „Kalifats“? Was sind die Motive und Ziele des „Islamischen Staates“? Wo liegen seine historischen Wurzeln?

F.A.Z.-Autoren analysieren die aktuelle Lage in der Region zwischen Türkei, Nordirak und Syrien und zeigen die politischen und religionsgeschichtlichen Hintergründe dieser Entwicklung ebenso wie die Auswirkungen auch in den westlichen Gesellschaften auf.

Das eBook mit Beiträgen von Wolfgang Günter Lerch, Rainer Hermann, Markus Bickel, Mehmet Ata, Imran Ayata, Till Fähnders u. a. hat ca. 300 Seiten mit 14 Abbildungen, einer ausführlichen Chronik des Islams und kommentierten Literaturempfehlungen.

Das eBook ist in allen eBook-Shops und unter www.faz-archiv-shop.de erhältlich.

Preis
7,99 €

Feuilleton

Wir Kindsköpfe

Der Papst hält die meisten Ehen für null und nichtig

Man kann dem Papst einiges zugutehalten. Recht hätte er beispielsweise, wenn er nur daran erinnern wollte, dass im Zustand des Verliebtheits die Zurechnungsfähigkeit abnimmt und man ebendeshalb mit Lebensentscheidungen nicht allzu forscht bei der Hand sein sollte. Die Moral solcher Geschichte müsste man sich dann so vorstellen: Triff keine Lebensentscheidung, solange die Brille noch rosarot ist.

Aber das meinte der Pontifex (welcher bei Freund und Feind inzwischen auch auf den Namen Spontifex hört) erkennbar nicht, als er neulich im Plauderton die Mehrzahl der christlichen Ehen für „ungültig“ beziehungsweise „nichtig“ erklärte – und damit in der Logik des Kirchenrechts für annullierbar. Ja, erläuterte er, das sei so, denn man lebe heute nun einmal in einer „Kultur der Vorläufigkeit“, und in einer solchen Kultur wüssten die Menschenkinder nicht, was sie sagen, wenn sie sich versprechen, beieinander zu bleiben, bis dass der Tod sie scheide.

Denn sie wissen nicht, was sie tun? Aus dem Mund eines Papstes erinnern diese Worte eher an das Bibelwort, mit dem Jesus um Vergebung für seine Hässlichkeit betet, als an den gleichnamigen Titel des James-Dean-Films aus den Fünfzigern. So oder so scheint der Papst seine Zeitgenossen für unselbständige Anhängsel ihrer Kultur zu halten, dergestalt, dass im 21. Jahrhundert die intentionalen Handlungsbögen nur von der Hand in den Mund reichen. Wörtlich meinte der Papst, die Ehe willigen würden zwar sagen: „Ja, für den Rest unseres Lebens.“ Aber sie wüssten nicht, was sie sagen. „Denn sie haben eine andere Kultur.“

Hat man richtig verstanden? Wird hier Entmündigung im großen Stil betrieben (egal ob im Videomitschnitt von der „großen Mehrheit“ oder in der verschriftlichten vatikanischen Korrekturfassung nur noch von einem „Teil“ der christlichen Ehen die Rede ist)? Es geht dem Papst weniger um jene Romantiker, die eine kirchliche Heirat nur als Folklore betrachten, als festlichen Rahmen ohne religiösen Ernst. Es geht ihm vielmehr um die Behauptung einer kulturellen Begriffsstutzigkeit, derentwegen ein Eheversprechen nicht für bare Münze genommen werden dürfe, auch wenn es explizit formuliert wurde. Selbst wenn diese Kindsköpfe wollen, sie können es nicht, lautet der Tenor. Das ist päpstlicher Paternalismus *à la best*, der einem buchstäblich die Sprache verschlägt.

Ob Franziskus aus seiner pauschalen Kulturkritik ein neues anthropologisches Grundgesetz ableitet (nach dem Motto: Menschen heute sind nicht bei Trost)?

Gabriele Wohmann

Alte Ehe

Wenn das mein Nächster
Ist den ich lieben soll
Wie mich selbst: kein
Problem mit dir
Keiner sonst
So nah.

Gabriele Wohmann,
21. Mai 1932 bis 22. Juni 2015

Und sollte dies dann maßgebend für die Theologie sein in dem Sinne, dass die „Lebenswirklichkeit des Vorläufigen“ (Franziskus) zum Maß der Normgebung wird (im Sinne von: Belästigen wir doch die Leute nicht weiter mit unseren Zumutungen, sie ticken sowieso nur im Modus des Vorläufigen, und wer sich von ihnen auf ewig bindet, weiß nicht, was er tut)?

Das sind Fragen, die im Sande verlaufen. Denn Fragen, wie es Franziskus letztlich gemeint hat, ob so oder doch ganz anders, verbieten sich wegen der gewollten Unschärfe seiner Worte generell, einer Unschärfe, die für das argentinische Pontifikat mittlerweile strukturbildend ist. Aufschlussreich ist doch aber die päpstliche Verhältnisbestimmung von Kultur und Glauben, die hier durchscheint. Da erfährt das biblische Gleichnis vom Sauerreiß seine Inversion: Kultur erscheint demnach als Salz der Erde, welches den Sauerreiß des Glaubens durchdringt – statt umgekehrt. In dieser Blickumkehr liegt das Überraschungsmoment sämtlicher Auftritte von Papst Franziskus. Er selbst spricht, medial gut vermittelbar, vom pastoralen Mehrwert, den die barmherzige Weiterentwicklung der Tradition abwerfe.

Aber ist das wirklich so? Wir Ehebrecher, wir sündiges Geschlecht, fühlen uns auf den Arm genommen. Wir lehnen es ab, uns ferndiagnostisch nachträglich für unzurechnungsfähig erklären zu lassen. Wenn wir dem Versprochenen später nicht gerecht werden, dann wollen wir das bitte so nennen dürfen: Ich bin meinem Versprechen nicht gerecht geworden, hier nicht und da nicht. Aber uns doch nicht von einem Papst spontan einreden lassen, wir hätten gar kein Versprechen abgeben können, als wir es taten (da wir doch zu den kulturell Vorläufigen gehören). Warum erwartet Franziskus von uns ein Normenvollbewusstsein (wer hat das schon im ganz normalen Wahnsinn der Liebe?) und stuft gleichzeitig die Norm zur Bewusstseinsstache herunter? Weiß der Papst, was er sagt?

CHRISTIAN GEYER



Vielalt: Das Würth Museum in Künzelsau (links), die Stoschek Collection in Berlin (oben), die Sammlung Zander in Bönningheim (unten links) und das Museum Frieder Burda in Baden-Baden Fotos Würth, dpa, Rodrun, niko-design



Wer jetzt kein Museum hat, baut sich eines

Die elf amerikanischen Museen, die kürzlich Post aus dem Senat in Washington erhielten, dürfen darüber wenig erfreut gewesen sein. Absender war der Vorsitzende des Finanzausschusses, Orrin G. Hatch, Senator in Utah. Sämtliche Adressaten waren Privatmuseen, darunter international bekannte Einrichtungen wie die Hall Art Foundation, die enge Verbindung zum Ashmolean Museum in Oxford unterhält. Oder The Broad, das von dem Unternehmer und Sammler Eli Broad gegründete Privatmuseum in Los Angeles, das im September eröffnete. Ausgelöst hatte den Brief ein Artikel in der „New York Times“, in dem der Frage nachgegangen wurde, inwiefern diese Einrichtungen im öffentlichen Interesse handeln.

Bei der Antwort geht es um Hunderte Millionen Dollar: Die angeschriebenen privaten Museen sind nämlich von sämtlichen Steuern befreit, ein Status, der in Amerika „tax exempt“ heißt. Diese Regelung ist nur so lange gültig, wie die Einrichtungen dem Wohl der Öffentlichkeit dienen. Der Brief des Abgeordneten Hatch hielt fest, dass „wohlthätige Organisationen eine wichtige Rolle in der Förderung des Guten in der Gesellschaft spielen“. Er äußerte jedoch Zweifel daran, ob nicht einige private Stiftungen Museen unterhielten, die nur einen minimalen Nutzen für die Gesellschaft hätten, es den Stiftern aber erlaubten, „substantielle Steuervorteile einzuheimen“. Dem Brief lag ein Fragenkatalog bei, der etwa die Zugänglichkeit des Museums und die Besucherzahlen abfragte. Kurzum: In den Vereinigten Staaten hat sich die Politik in die Debatte darüber eingeschaltet, ob der Museumsgedanke im einundzwanzigsten Jahrhundert von einigen nicht auf den Kopf gestellt wird. Der Stolz des bürgerlichen Museums und seiner Kunst lag einmal darin, private Reichtümer in öffentliche zu verwandeln. Was, wenn die Kunst und das Museum inzwischen einigen Leuten dazu dient, aus öffentlichen Geldern private zu machen?

Die Diskussion wirft ein Schlaglicht auf eine Entwicklung, die auch in Deutschland weit fortgeschritten ist: Privatmuseen gibt es nur noch in den Vereinigten Staaten, nämlich 43, und in Südkorea, wo die Sammlerdatenbank „Larry's List“ 45 zählt. Laut der aktuellen Ausgabe des „BMW Art Guide“, der sich als „globaler Führer zu privaten, doch öffentlich zugänglichen Sammlungen zeitgenössischer Kunst versteht“, ist Deutschland sogar das Land mit der weltweit höchsten Dichte an Privatmuseen.

Für den Aufstieg gibt es mindestens drei Gründe: Eckart Köhne, der Präsident des Deutschen Museumsbunds, nennt einen Mentalitätswechsel als den ersten: „Früher haben private Sammler ihre Werke in die Museen als bürgerliche Institutionen dauerhaft und meist als Geschenk eingebracht“, sagt Köhne, „heute errichten sie immer öfter eigene Museen oder binden sich nur auf Zeit an bestehende Einrichtungen.“ Illustrieren lässt sich dieser Befund

Nach Südkorea und den Vereinigten Staaten hat Deutschland die meisten Privatmuseen. Wie erklärt sich der Erfolg dieser Häuser hierzulande?

mit zahlreichen Fällen. Im Jahr 2006 zog das Galeristenehepaar Otto und Etta Stangl mehr als tausend Leihgaben aus dem Kunstmuseum Stuttgart ab, um diese an das Franz Marc Museum in Kochel am See zu geben, zu dessen Betreibern die Stiftung Etta und Otto Stangl gehört. In München bestanden die Sammler Udo und Anette Brandhorst auf ein eigenes Haus, das ihnen 2009 der Freistaat Bayern spendierte, direkt neben den Pinakotheken. In anderen Fällen, wie bei Frieder Burda in Baden-Baden, hat die öffentliche Hand nur das Grundstück gegeben, den Bau und die Betriebskosten trägt die Stiftung des Sammlers. Auch die Bau- und Betriebskosten der Museen der Würth-Gruppe werden privat getragen, durch die Adolf Würth GmbH & Co. KG; diese ist Teil der gesamten Würth-Gruppe, die ihrerseits in Familienstiftungen gegliedert ist. Einige andere Privatmuseen erfahren öffentliche Unterstützung, indem sie in den Genuss der Staatshaftung kommen und ihre Kunst auf diese Weise versichert ist.

Die Bezeichnung Privatmuseum meint dabei eine große Vielfalt von Einrichtungen. Weltweit weisen sie häufig Gemeinsamkeiten auf: Es handelt sich meist um Gründungen der vergangenen fünfzehn Jahre. Überwiegend sammeln diese moderne und vor allem zeitgenössische Kunst, die Hitliste der beliebtesten Künstler führen global Picasso, Warhol, Richter, Kiefer und Hirst an. Die Gründer der Museen sind fast immer Männer, nur neunzehn Prozent der Privatmuseen wurden von Sammlerinnen eingerichtet. Zu diesen Ausnahmen in Deutschland zählt das Privatmuseum von Julia Stoschek, das sie 2007 in Düsseldorf eröffnet hat und das seit kurzem eine Dependence in Berlin unterhält. Ebenso ungewöhnlich ist das 1996 von Charlotte Zander gegründete Museum in Bönningheim. Sowohl Stoscheks als auch Zanders Einrichtungen zeichnen aus, dass sie ein völlig eigenständiges Sammlungsprofil vorweisen, das nicht mit den umliegenden öffentlichen Museen konkurriert: Stoschek konzentriert sich auf Medienkunst, die Zander-Sammlung auf Outsider Art.

Zum zweiten lässt der Erfolg einiger Privatmuseen sich mit dem größeren Freiraum erklären, den diese besitzen, finanziell wie planerisch – ein Beispiel: Private Museen müssen Aufträge im Rahmen von Ausstellungen oder Projekten nicht dreifach ausschreiben, eine prinzipielle Auflage, die immer wieder Vorhaben an staatlichen Kunstmuseen zu Fall bringt. „Die Lo-

gik des billigsten Anbieters“, kritisiert Ulrike Lorenz, Direktorin der Kunsthalle Mannheim, „widerspricht der der Kunst.“ Billig habe weder Qualität, noch sei es nachhaltig. In der Schweiz sei diese Regelung, so Lorenz weiter, für öffentliche Museen gestrichen worden. Zu oft seien Billiganbieter pleitegegangen, den Schaden hat dann das Museum. Lorenz fordert darüber hinaus, die lähmende Bürokratie an öffentlichen Institutionen abzubauen, um „wirtschaftlich effizienter mit den von Kürzungen betroffenen öffentlichen Zuschüssen arbeiten zu können“.

Im Dickicht der Vorschriften, Formulare und Auflagen sieht Andreas Blümm, der ehemalige Direktor des Kölner Wallraf-Richartz-Museums, der nun das Groninger Museum in den Niederlanden leitet, auch einen Grund, warum viele deutsche Museumsdirektoren ins Ausland gehen: nach London an das British Museum oder das Victoria & Albert Museum, nach Florenz an die Uffizien oder nach Amsterdam an das Van Gogh Museum. Der Fall, den Blümm aus seinem ehemaligen Kölner Museumsalltag erzählt, klingt wie ein Slapstick: Der Antrag für den Erwerb eines Laptops, den ein Mitarbeiter dringend benötigte, brauchte in der Mühle der Behörden so lange, dass der Gerätetyp auf dem deutschen Markt nicht mehr verfügbar war. „Wir mussten das Laptop aus Taiwan importieren“, sagt Blümm; für ein anderes Gerät hätte ein neuer Antrag gestellt werden müssen.

Ein dritten Grund für das Wachstum der Privatmuseen führt der Rechtsanwalt Felix Ganteführer aus, in seinem Buch „Kunst im Kontext der Steuer“, das 2013 von der Gesellschaft für Moderne Kunst am Museum Ludwig in Köln veröffentlicht wurde. Ganteführer benennt drei Bereiche – Vererben, Verschenken, Stiften –, die steuerliche Vorteile für Kunstsammler bieten können, sowohl mit Blick auf die Einkommensteuer als auch auf die Erbschaftsteuer. Bei allen steuerlichen Überlegungen, so Ganteführer, spiele das Museum eine zentrale Rolle. Die Ersparnisse können Sammler nämlich nur für Werke in Anspruch nehmen, die an ein Museum gegeben werden – im Zweifelsfall an das eigene. Anders als in den Vereinigten Staaten gibt es hierzulande für Stiftungen keine vollständigen Steuerbefreiungen. Eine Kombination von verschiedenen Vergünstigungen ist allerdings möglich und für Sammler mit einem eigenen Museum insofern attraktiv, als die Gründer häufig in einer Doppelrolle auftreten: Sie sammeln privat Kunst und sind Vorsitzende der Stiftung, der die Museumsammlung gehört. Sie kaufen also in mindestens zwei Funktionen Werke ein.

Mit Blick auf den Privatsammler und die Erbschaftsteuer rät Ganteführer zu einer Umschichtung von Aktiendepots in Kunstwerke. Sie seien deshalb die besseren Anlagen, da sie weitaus günstiger vererbt werden können. Als vorteilhaft werden dafür die Ermäßigungsregeln für Kunst angeführt, die sich als Leihgabe in Museen befindet. Im Buch gibt es darüber

hinaus ein Rechenbeispiel zur Nutzung von Freibeträgen, die es ermöglichen, Kunst im Verkehrswert von acht Millionen Euro ohne Erbschaftsteuer auf zwei Kinder zu übertragen. Ganteführer schließt daraus: „Hätte es sich dabei um Wertpapiere gehandelt, so hätten die beiden Kinder nach Freibeträgen zweimal 608 000 Euro zahlen müssen, somit 1,216 Millionen Euro insgesamt.“

Steuerliche Vergünstigungen bieten auch Spenden in den Vermögensstock von gemeinnützigen Stiftungen oder solchen des öffentlichen Rechts. Die vollen Verrechnungsmöglichkeiten von Stiftungen sind, mit Blick auf die Einkommensteuer, weitaus vorteilhafter als diejenigen, die öffentliche Museen bieten können. Laut Ganteführer ermöglichen es die hohen Steuervorteile von privaten Kunststiftungen großen Sammlern, „ihr eigenes Finanzmodell“ daraus zu machen. Bei den meisten Privatmuseen ist daher eine Stiftung angeschlossen. Ausnahmen bilden auch hier die Sammlungen von Julia Stoschek und die von Charlotte Zander, die als Verein und als Gemeinnützige GmbH eingetragen sind.

Gerade in Zeiten des Kunstmarktbooms sind Schenkungen von Werken an Stiftungen aus steuerlicher Sicht besonders vorteilhaft. Der Wert einer Schenkung wird häufig nach dem zuletzt erzielten Höchstpreis für ein vergleichbares Werk bei einer Auktion beziffert. Wurde das Werk zuvor vom Sammler für einen niedrigeren Preis erworben, können durch Steuervergünstigungen also sogar Gewinne realisiert werden. Diesen Anreiz können auch Museen wie das Städel in Frankfurt oder das Ludwig Museum in Köln ihren Unterstützern bieten: Das Städel wurde bekanntlich bereits 1815 als Bürgerstiftung gegründet, das Museum Ludwig hat 2008 eigene eine Stiftung eingerichtet. Beide Sammlungen sind in den vergangenen Jahren rapide gewachsen.

Aus den Vereinigten Staaten wurde Anfang Juni gemeldet, dass die von Senator Hatch angeschriebenen Museen ihre Berichte beim Finanzausschuss eingereicht hätten. Auf Anfrage dieser Zeitung wollten weder der Senator noch die Hall Art Foundation oder The Broad zum laufenden Verfahren Stellung nehmen. Laut der digitalen Kunstzeitung „Hyperallergic“, der eine Zusammenfassung der Berichte vorliegt, sollen nun Richtlinien für die Führung von Privatmuseen erarbeitet werden. Gegenstand sei dabei auch die Doppelrolle, die einige Sammler als Stifter und Leiter des Museums einnehmen. Wie in Deutschland können Sammler in den Vereinigten Staaten, die ihrer eigenen Stiftung vorstehen, sich selbst Spendenquittungen ausstellen.

In Deutschland wird derzeit die geplante Reform des Kulturgutschutzgesetzes diskutiert. In der Debatte sind häufig die Stimmen am lautesten, die dem Staat vorwerfen, die Sammelkultur hierzulande zu gefährden. Erstaunlicherweise ist dabei so gut wie nie davon die Rede, dass Sammler und Privatmuseen von einem überaus großzügigen und tatkräftigen Mäzen unterstützt werden: dem deutschen Steuerrecht. JULIA VOSS

27 Millionen

Es war nicht nur der heftige Regen, der gestern das erste Gedenken an den Krieg des „Großdeutschen Reiches“ gegen die Sowjetunion störte, der vor 75 Jahren begann. Auch der Krach des Straßenverkehrs am Potsdamer Platz, das Getöse einer Lehrerdemonstration und die vielen hin und her hastenden Menschen beeinträchtigten die Feierstunde. Kulturstaatsministerin Monika Grütters und der russische Botschafter Wladimir Grinin eröffneten dort eine kleine Ausstellung über den „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–45“. Auf zehn Tafeln werden in mehreren Sprachen und mit zahlreichen Fotos der Vernichtungsfeldzug, seine Motive und die Rolle der beteiligten deutschen Institutionen aus Staat, Wirtschaft und NS-Bewegung dargestellt; werden an Beispielen die Opfer dieser Barbarei gezeigt – die verbrannten Dörfer und zerstörten Städte, die ermordeten Zivilisten, die Aushungerung ganzer Landstriche, um neuen „Lebensraum“ für die Deutschen zu schaffen, der ungeheuerliche Genozid an den Juden Europas, der dort in den Bloodlands und noch vor Auschwitz seinen Anfang nahm, nur wenige Tage nach Kriegsbeginn. Es ist ein lobenswertes, aber heikles Unterfangen, eine derart komplexe Geschichte auf engstem Raum mitten in die Stadt zu pflanzen, ein Denkzeichen mehr als eine gründliche historische Unterweisung. „Dieser Krieg hat bei uns – auch das gehört zur Wahrheit – aus vielerlei Gründen bis heute keinen angemessenen Platz im öffentlichen Bewusstsein“, sagte Monika Grütters. Ob sich das ändert mit diesen Tafeln, steht dahin. Immerhin erwähnte die Ministerin das Museum Berlin-Karlshorst, in dem seit zwei Jahrzehnten alles über den mörderischen Kommissarbefehl, das Verhungernlassen von Millionen Kriegsgefangenen, die unermesslichen Verwüstungen, die Blockade Leningrads und andere Kriegsverbrechen „im deutschen Namen“ zu erfahren ist. Aber ausgerechnet dieses Museum ist an der Ausstellung nicht beteiligt, die fünf große Gedenkstätten ausrichteten. Hier, lobte Botschafter Grinin den belebten Ort, bekämen aber vielleicht Tausende vor allem junger Menschen Gelegenheit, eine Wissenslücke zu schließen. Er erinnerte an die 27 Millionen Toten, überwiegend Zivilisten, die sein Land zu beklagen hatte. Ein Satz mit Widerhaken: Denn Opfer wurden ja nicht nur Russen, auch wenn deutsche Politiker dies erst in jüngster Zeit wieder so darstellten. Wenn Bundestagspräsident Norbert Lammert heute Nachmittag auf der Gedenkfeier im Deutschen Historischen Museum spricht, sind auch darum die Botschafter aller Staaten der ehemaligen Sowjetunion geladen, von Lettland bis Kasachstan, um der 27 Millionen toten Sowjetbürger zu gedenken, die dieser Krieg forderte. Rh

Politische Tiger

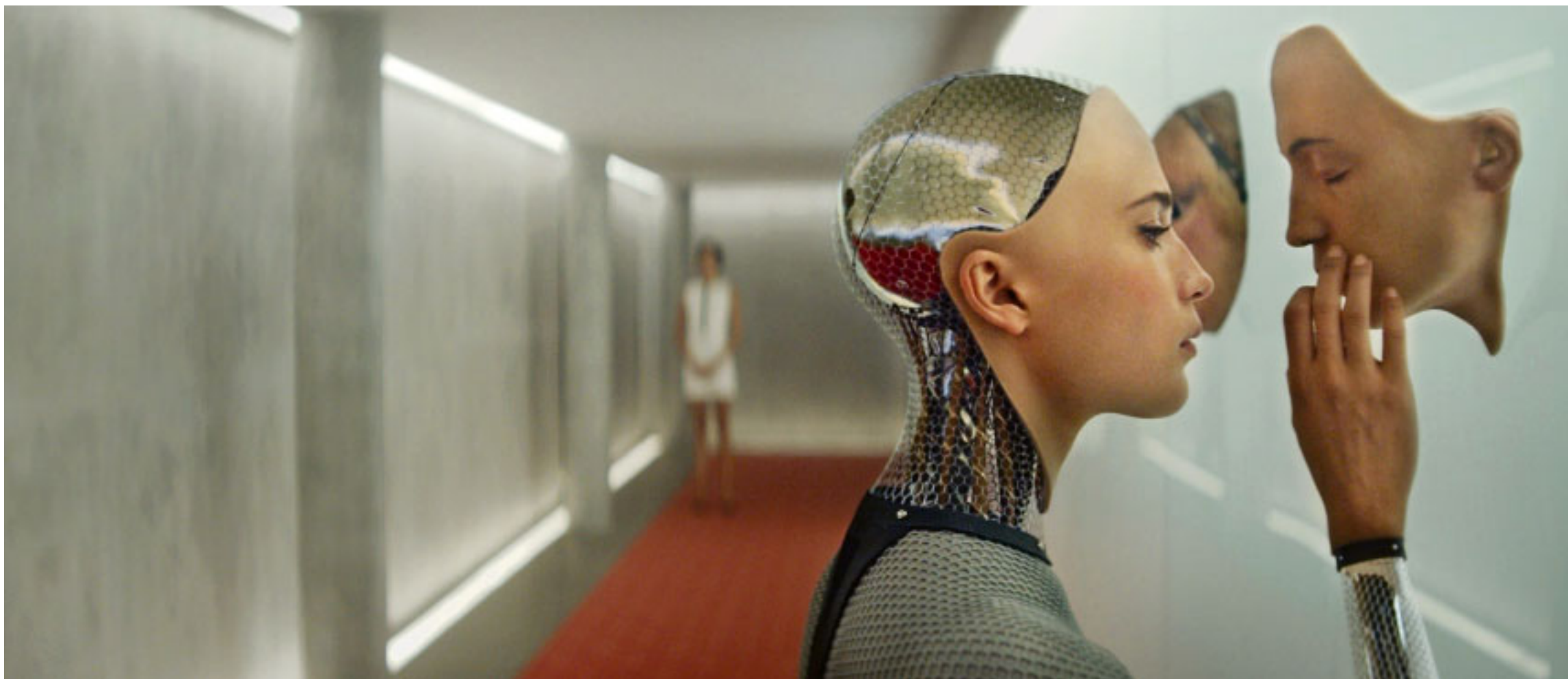
Amt untersagt „Flüchtlingssessen“

Der Berliner Stadtbezirk Mitte will den Tigerkäfig, das den Zentrum für Politische Schönheit für seine Aktion „Flüchtling fressen“ vor das Maxim Gorki Theater gestellt hat (F.A.Z. vom 21. Juni), abbauen lassen. Wie der Leiter des Straßen- und Grünflächenamts dem Sender rbb sagte, habe sein Amt die Sondernutzungserlaubnis zurückgezogen, da es sich um eine „bewusste politische Provokation“ handle und nicht um die angemeldete „Informationsveranstaltung“. Das Gorki Theater hält dagegen, die Aktion sei als Theaterprojekt genehmigt worden; es sei ein Eingriff in die Kunstfreiheit, wenn das Straßen- und Grünflächenamt dem Projekt nun seinen Kunstcharakter abspreche. Si.

Weimars Neuer

Reinhard Laube übernimmt HAAB

Der Historiker und Germanist Reinhard Laube wird neuer Direktor der Herzogin Anna Amalia Bibliothek (HAAB) in Weimar. Im Oktober übernimmt er diesen Posten, einen der wichtigsten der Klassik-Stiftung, von Michael Knoche, der am 30. September im Rahmen eines Festaktes zum großen Jubiläum der Bibliothek – sie wurde vor 325 Jahren gegründet – verabschiedet wird. Knoche hatte die HAAB seit 1991 geleitet. Bekannter, als es Bibliotheksdirektoren meist sind, wurde er durch den tragischen Brand im September 2004 und die erfolgreichen Bemühungen, die Bibliothek nicht nur wieder aufzubauen, sondern mit einem überzeugenden Konzept als moderne Forschungsbibliothek mit historischem Profil neu auszurichten. Der 1967 geborene Reinhard Laube wurde in Göttingen über „Karl Mannheim und die Krise des Historismus“ promoviert. Er arbeitete am Max-Planck-Institut für Geschichte Göttingen, seine bibliothekarische Ausbildung absolvierte er unter anderem an der Stevenson Library des Bard College New York und an der Bayerischen Staatsbibliothek. Nach Stationen im Literaturarchiv Marbach und an der Gottfried Wilhelm Leibniz-Bibliothek in Hannover leitete er seit drei Jahren die Staats- und Stadtbibliothek Augsburg. Rh



Die Vorstellung, dass Maschinen den Menschen durch Gefühle beeinflussen können, fasziniert nicht nur Drehbuchautoren: Alicia Vikander als Android Ava in dem Film „Ex Machina“ (2015)

Foto ddp/Capital Pictures

Fragen, die Maschinen nicht beantworten werden

Norbert Wiener wusste auch nicht so recht, wie es mit der Kybernetik weitergehen würde.

Die neue Wissenschaft befasste sich mit den Mechanismen von Steuerung und Kommunikation in Lebewesen und in Maschinen. Doch ob diese Maschinen, die um 1950 noch nicht selbstverständlich als Computer, sondern auch als „mechanical brain“ bezeichnet wurden, die Menschheit ruinieren oder ihr zu Diensten sein würden, war für Wiener eine offene Frage, der er sich für den Rest seines Lebens widmen sollte. Vor allem ist er sich darüber im Klaren gewesen, dass das von ihm selbst formulierte und schnell verbreitete universalistische Versprechen der Kybernetik, eine neue Einheitswissenschaft zu begründen, die Mensch, Wissenschaft und Gesellschaft für die Anforderungen des anbrechenden Computerzeitalters präparieren sollte, stets Gefahr lief, Mythen zu produzieren. Diese Mythen erweckten entweder falsche Hoffnungen auf eine friedliche, gerechte Welt, oder sie schürten Ängste bezüglich einer unkontrollierten Autonomisierung lernender Maschinen, die den Menschen irgendwann in die zweite Reihe setzen.

In der Nachkriegszeit erlebte die Kybernetik einen phänomenalen Aufstieg, um dann in den siebziger Jahren unter der Last ihrer wissenschaftlichen Ansprüche in sich zusammenzubrechen und als akademische Disziplin von der Landkarte zu verschwinden. Aber die Mythen blieben. An diesem Punkt setzt das Buch von Thomas Rid an. Er versteht die Geschichte der Kybernetik als permanentes Wechselspiel, bei dem auf der einen Seite Militärs und Geheimdienste die zerstörerischen Möglichkeiten der Maschinen für ihre Zwecke erforschen, auf der anderen Seite philanthropische Querdenker und Anarchisten das liberale Potential des Cyber zu heben versuchen.

Schon Friedrich Kittler hatte seinerzeit das Lieblingskind der Gegenkultur – die Rockmusik – als Missbrauch von

Mit welchen Mythen hat das Silicon Valley seine Milliarden verdient? Thomas Rids an sich lesenswerte Geschichte der Kybernetik lässt einige wichtige Entwicklungen unter den Tisch fallen.

Heeresgerät bezeichnet. Rid scheint eher der Ansicht zu sein, dass Cyberphantasien Missbrauch von gescheiterten Militärprojekten sind.

Ein Beispiel dafür ist die Geschichte des sogenannten Cyborg. 1960 von Manfred Clynes und Nathan Kline als eine Verschmelzung von Mensch und Maschine konzipiert, die den Körper an die Extrembedingungen im Weltraum adaptieren sollte, machte sich alsbald die Militärforschung daran, einen Kriegs-Cyborg zu bauen, der den gewöhnlichen Soldaten an zerstörerischer Kraft um ein Vielfaches übertrumpfen sollte. Es entstand ein über drei Meter großes Monstrum mit über einer Tonne Gewicht, das über Stock und Stein wanderte, ohne umzufallen, und 600 Kilogramm schwere Steine wie einen Fußball wegzucken konnte. Das Problem war nur, dass das Teil ungeheuer viel Hydraulikflüssigkeit schluckte und auch der Mensch, der im Gehäuse der Maschine sich mit dieser fortbewegte, nach ungefähr fünfzehn Minuten vor Erschöpfung pausieren musste.

So ließ sich der Vietnam-Krieg auch nicht gewinnen, und um 1970 war der Cyborg als wissenschaftliche Idee gestorben. Stattdessen reüssierte er nicht nur in Science-Fiction-Filmen, sondern wur-

de auch zum Hoffnungsträger postmoderner Theorien, die damit die biologische Festlegung des Geschlechts oder auch die Bevorzugung der menschlichen Spezies vor anderen natürlichen oder künstlichen Kreaturen neutralisieren wollten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kybernetik längst ihre Reise von der militärisch-technologischen Kälte der Ostküste in die mit Marihuana angereicherte Wärme der Westküste angetreten. Diese Veränderung ließ sich auch theoretisch festmachen. Das Vorbild der kalifornischen Subkultur war nicht mehr Norbert Wiener, der das Schreckgespenst einer ganzheitlichen Sichtweise mit dem Warnschild versah, dass „das Ganze“ der Wissenschaft prinzipiell nicht zu Gebote stehe. Stattdessen las man den Anthropologen Gregory Bateson, ebenfalls ein Kybernetiker der ersten Stunde, der in seinem Systemansatz so weit ging, die Grenzen zwischen Individuum und Umwelt aufzuheben.

Das ließ sich in drogenseligem Lesart auch als Entgrenzung und Verschmelzung verstehen, die den halluzinatorischen Erlebnissen beim LSD-Trip entsprach. Schon vor einigen Jahren haben der Dokumentarfilmer Lutz Dammbeck und unabhängig davon der Wissenschaftshistoriker Fred Turner die direkte Linie von der Counterculture zur Cyberculture dargestellt. Rid macht sich diese Sichtweise zu eigen. Seine Geschichte des Cyberspace setzt wiederum mit eher desillusionierenden Militärforschungen ein, bevor er sich den Hippies zuwendet. Für Stewart Brand, den Herausgeber des „Whole Earth Catalog“, stellte das Abtauchen in die virtuellen Welten der Computerspiele eine Art Wiederholung der halluzinogenen Reisen dar.

Rids Darstellung gerät hier zu einer Lifestyle-Geschichte amerikanischer Cyberhippies, denen es auf der ersten Zündstufe darum ging, ein so magisch aufgeladenes Instrument wie den Computer aus den Klauen militärischer Anwendungen

herauszuholen. Auf der zweiten Zündstufe ging es dann um den psychedelischen Kick bei der Reise durch den Cyberspace, der sich die Überschreitung der von Konventionen, Engstirnigkeit und Hemmungen geprägten individuellen Persönlichkeit zum Ziel setzte: das verpackte Menschlein des Alltagslebens wurde zum heroischen Punk, der aus den Tiefen des Netzes kommt.

Diese Geschichte wird kenntnisreich und plausibel erzählt, aber leider verlässt sich Rid etwas zu sehr auf deren Faszinationspotential. Nicht dass man hier eine Analyse erwartet hätte, die sich analog zu Klaus Theveleit die – ganz anders gearteten – Männerphantasien der kalifornischen Technofreaks im Fin de Siècle vornimmt. Das kann noch warten, aber es ist schade, dass Rid sich vor allem auf Militär und anarchistischen Lifestyle kapriziert und dabei jenen Bereich kaum streift, der doch im Hinblick auf die digitale Welt als so zentral erscheint: die Ökonomie.

Wenn er beispielsweise erwähnt, dass Jaron Laniers mit so vielen Hoffnungen verbundene Start-up-Firma bereits 1990 Konkurs anmelden musste, begründet Rid das damit, dass der Hype der virtuellen Realität völlig überzogen war. Das mag so sein, aber dann wüsste man gern etwas genauer, mit welchen Mythen das Silicon Valley eigentlich seine Milliarden verdient hat. Und so lesenswert Rids minutiöse Rekonstruktion des ersten großen russischen Cyberangriffs auf die Vereinigten Staaten auch ist, so erstaunlich ist es, dass die geheimdienstlichen Aktivitäten der Vereinigten Staaten kaum erwähnt werden und Edward Snowden nicht einmal im Personenregister vorkommt.

„Eine kurze Geschichte der Kybernetik“ heißt dieses Buch im Untertitel. Es ist kurzweilig, aber nicht kurz, und eine Geschichte der Kybernetik ist es nur zum Teil. Dabei fällt weniger ins Gewicht, dass es erbumungslos auf die Vereinigten Staaten fokussiert ist. Die zahlreichen

und sehr unterschiedlichen Geschichten der Kybernetik etwa in der Sowjetunion, in Chile, Großbritannien und Frankreich oder in den beiden deutschen Staaten haben da keinen Platz. Gravierender ist die wissenschaftshistorische Leerstelle dieser Darstellung: Nach 1948 hat die Kybernetik Disziplinen wie Molekularbiologie und Hirnforschung, Linguistik und überhaupt die Humanwissenschaften in erheblicher Weise umgeformt.

Diese Aspekte sind bereits gut untersucht und müssen nicht im Detail wiederholt werden, aber indem sie in diesem Buch ganz unter den Tisch fallen, erhält die Kybernetik zu sehr Schlagseite hin zu vergeblicher Militärforschung, Mythos und utopischen Erlösungsphantasien. Natürlich gehört all das zur Geschichte der Kybernetik hinzu, aber wenn das alles wäre, würde es sich kaum lohnen, sich weiterhin so gründlich mit ihr auseinanderzusetzen.

Was schließlich die jüngere Geschichte seit den neunziger Jahren betrifft, so ist es fraglich, ob sich digitale Praxis und mythische Überhöhung überhaupt so klar voneinander trennen lassen. Denn wenn sich diese kleinen oder größeren Überschüsse in Gestalt von Algorithmen inzwischen in die Geräte implementieren lassen, verschmelzen nicht Mensch und Maschine, sondern Mythos und Maschine zu einem undurchsichtigen Konglomerat, das uns die Leviten liest, ohne dass wir es bemerken. Wieners Frage, ob die intelligenten Maschinen und nützen oder schaden, bleibt also offen. Sicher ist nur, dass sie uns zur Beantwortung aufgegeben ist, nicht den Maschinen.

MICHAEL HAGNER



Thomas Rid: „Maschinen-dämmerung“. Eine kurze Geschichte der Kybernetik.

Aus dem Englischen von Michael Adrian. Propyläen Verlag, Berlin 2016. 496 S., geb., 24,- €.

Babyfotos von sich selbst haben Migranten selten

Ich habe ins Leere geschrieben, und du schreibst zurück: Senthuran Varatharajahs Romandebüt „Vor der Zunahme der Zeichen“

Als Senthuran Varatharajah vor zwei Jahren einen Ausschnitt aus seinem nun erschienenen Debütroman „Vor der Zunahme der Zeichen“ beim Klagenfurter Bachmannwettbewerb las, war nicht zuletzt die Einschätzung der Kritiker bemerkenswert. Der Facebook-Dialog zweier Studenten – er musste als Kind mit seinen Eltern vor dem Bürgerkrieg aus Sri Lanka fliehen, sie aus dem Kosovo – klinge, war da etwa zu hören, als hätten die beiden Deutsch bei Hegel oder Kant gelernt.

Das ist nun nicht sehr weit entfernt von dem verbreiteten Reflex, Menschen zu ihrem fabelhaften Deutsch zu gratulieren, weil ihr Äußeres darauf schließen lässt, dass in ihrer Familiengeschichte eine Migration stattgefunden hat – wie viele Generationen zuvor auch immer diese stattgefunden haben mag. Eine durchaus passende, wenngleich nicht sonderliche erfreuliche Reaktion der Kritik mithin, erzählt der 1984 in Sri Lanka geborene Varatharajah doch immer wieder auch von ebenjenen Ausgrenzungserfahrungen, die einen Menschen kaum aus den Randbereichen der Gesellschaft hinauskommen lassen.

Womöglich allerdings führt auch der von Varatharajah gewählte Rahmen, das Quasselplapperforum Facebook, dazu, dass die oftmals ins Lyrische strebende Sprache des Romans zunächst verwundert. Wer sich aber auf diese Setzung einlässt, der merkt bald, dass das soziale Medium nur der Raum ist, den der Autor benötigt, um darin eine Art existentieller

Versuchsanordnung zu installieren, die unbedingt eine rein sprachliche verbleiben will und deshalb unmittelbar körperliche Begegnungen vermeiden muss.

Wie bekommt man einen Zugang zu den eigenen Erinnerungen, und wie kann es auf diese Weise gelingen, Stück für Stück die eigene Identität zu ergründen und dabei gleichsam zu begründen? Eine Herausforderung, die besonders schwierig wird, wenn Fluchterfahrung einen Teil der Kindheit weggerissen hat. Einmal, so berichtet Valmira, die Studentin aus Varatharajahs Roman, sei ihr in der Schule aufgegeben worden, ein Babyfoto von sich mitzubringen. Ein Leichtes für den Rest der Klasse, eine Unmöglichkeit für sie. „Unter jedem Foto stand das Datum ihrer Geburt, ihr Name und ihr Gewicht“, erzählt Valmira über ihre Mitschüler. „Kosovo je Srbija, Kosovo sei Serbien, schrieb die Miliz auf das, was von unserem Haus übrig blieb.“

Dass diese Valmira Surroi von Senthil Vasuthevan auf Facebook angeschrieben wird, verdankt sich einem Zufall, womöglich einer Verwechslung, der vagen Ahnung, dass sie einander kennen könnten, was sich bald als unmöglich erweist, obgleich einige Lebensstationen sich überkreuzen, genauso, wie die Initialen ihrer Namen es tun. Je mehr sie einander mitteilen während der folgenden sieben Tage, die nicht zufällig den Tagen der Genesis entsprechen mögen, desto deutlicher wird, dass diese beiden jungen Menschen nicht das Spiegelbild des jeweils anderen abgeben. Dennoch aber wird im



Das Sprechenlernen ist von größter Bedeutung, aber manche Migration beginnt mit einem Verstummen: Kinder beim Unterricht in einer deutschen „Willkommensklasse“.

Foto Robert Gommlich

Schreiben an den anderen etwas zurückgeworfen, reflektiert, durch das jeder der beiden ein weiteres Detail von sich selbst erkennen kann. Einmal scheint Senthil sich zu bremsen: „ich würde mich in details verlieren“, heißt es da, „an ihnen würde ich mich aufhalten; in ihnen halten wir uns auf.“ Oftmals sind es nahezu poetisch-philosophische Aphorismen oder Sätze, in denen sich der philosophisch-theologische Hintergrund Varatharajahs zeigt.

Die Nachrichten, die er und Valmira schreiben, muten nur passagenweise wie ein Gespräch an, in dem Fragen oder Nachfragen gestellt werden. Vielmehr stoßen die Episoden, die preisgegeben werden, wechselseitig einen Akt des emanzipatorischen Erinnerns an: den Willen, gesehen zu werden, wohingegen in ihrer Kindheit das Gefühl der Scham und des Sich-verstecken-Wollens, mitunter auch Angst vor dem Verschwinden, stets wiederkehrte.

„die gegenstände, die wir berühren, berühren uns zurück, an stellen, an denen wir taub für sie sind. die dinge, die wir sehen, sehen zurück, an stellen, an denen wir blind für sie sind“, so erklärt Senthil das Prinzip des wechselseitigen Schreibens, „ich habe ins leere geschrieben, und du schreibst zurück, an stellen, an denen ich blind und taub für dich bin.“ Zum Sprechen gebracht werden auf diese Weise – wie es mit Blick auf die kunstwissenschaftliche Magisterarbeit Valmiras heißen könnte – die Schattenstellen der beiden Biographien.

Das Sprechenlernen ist der zentrale Aspekt, so wie er es schon immer gewesen ist, wenngleich unter anderen Vorzeichen. Die Geschichte der Migration beginnt also eine des Verstummens. Drei Monate, so haben es ihr die Eltern erzählt, habe Valmira nach der Flucht nicht gesprochen. Bei Senthil wiederum ist es der Verlust seiner ursprünglichen Sprache, des Tamil, der ihm immer wieder das Entwurzeltsein vor Augen führt, obgleich oder gerade weil er doch mit der neuen, der deutschen Sprache so differenziert umzugehen vermag.

Varatharajah hat mit „Vor der Zunahme der Zeichen“ eine dichte, mit feinsten Motivverknüpfungen und -variationen arbeitende Sensibilisierungsgeschichte geschrieben, in der auch die vermeintlich nebensächlichen Details von Migrationserfahrungen als wesentliche nachvollziehbar werden. Zugleich ist dieser Roman Ausweis der Möglichkeit einer intellektuellen und ästhetischen Identitätsstiftung, die natürlich nicht alle Verlustserfahrungen wettmachen kann, aber dabei hilft, sie benennen zu können. WIEBKE POROMBKA



Senthuran Varatharajah: „Vor der Zunahme der Zeichen“. Roman.

Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main 2016. 256 S., geb., 19,99 €.

Der wegadoptierte Bruder

Chico Buarques neuer Roman führt von Brasilien in den Prenzlauer Berg

Ende der zwanziger Jahre reist ein brasilianischer Journalist nach Berlin, verliebt sich dort in ein hübsches Fräulein, zeugt zusammen mit diesem Fräulein einen Sohn und kehrt Deutschland mit einer Mischung aus politischer Vorahnung und Heimweh den Rücken. Sein Sohn wird in Abwesenheit des Vaters geboren. Die Mutter, eine gewisse Anne Ernst, schreibt einen Brief, informiert ihren Liebhaber über den Namen des Kindes: Sergio Ernst heißt der Sohn einer ledigen Mutter vermutlich jüdischer Herkunft, Sérgio Buarque de Hollander heißt der Vater dieses deutschen Sohnes.

Sérgio Buarque de Hollander spielt im Kulturleben Brasiliens als Verfasser von „Die Wurzeln Brasiliens“, einem der wichtigsten Geschichtswerke der Nation, eine große Rolle. Sein zweiter Sohn, Chico Buarque, ist das sanfte Wunderkind des hochdekorierten Historikers. Als einer der jüngeren Interpreten des Bossa Nova hat er weltweit eine riesige Fangemeinde und steht bis heute mit irisierender Präsenz, blauäugig und kraushaarig auf der Bühne. Und auch als Autor mehrerer Romane hat Chico Buarque die Kritiker sofort für sich eingenommen. Zuletzt erschien sein schmaler Roman „Vergossene Milch“ in Deutschland, und darin zeigte sich das Können dieses Autors. Die „Plasticidade“, ein Ausdruck, den sein Vater für den typisch brasilianischen Ethnienmix geprägt hat, wurde von Chico Buarque in dieser amnestischen Erzählung eines hundertjährigen Abkömmlings der portugiesischen Upperclass ausbuchstabiert. Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Familie Assumpção war so virtuos arrangiert, dass man geneigt war, die brasilianischen „Buddenbrooks“ in diesem Werk zu sehen.

Nun gibt es ein neues Buch von Chico Buarque, und es handelt von dessen Halbbruder Sergio Ernst, der vor der Macht-ergreifung der Nationalsozialisten zur Adoption freigegeben wurde und in Obhut der Familie Günther zu einem Bürger der DDR heranwuchs. Wie Chico Buarque, der im Buch Ciccio heißt, bei einem Berlin-Besuch im Jahr 2013 herausfand, war auch sein Halbbruder Sergio Günther ein bekannter Sänger und arbeitete als Entertainer im Fernsehen der DDR. Ohne obsessive Züge anzunehmen, was die Sache ungläubig und kitschig gemacht hätte, handelt „Mein deutscher Bruder“ davon, wie Ciccio zufällig über eine Korrespondenz seines Vaters mit den NS-Behörden über eine mögliche Adoption von Sergio junior stolpert. Über diesen Fund entspinnt sich eine zwischen realen Ereignissen und Einbildungen mäandrierende Phantasie über den unbekannteren Verwandten. Dabei sind Teile der Geschichte wahr und andere hinzuerfunden, so dass eine Identifikation zwischen Erzähler und Autor nie ganz aufgeht. Dennoch schreibt Ciccio, schreibt Buarque: „Ich kann zum Beispiel einen Roman schreiben über die Geschichte der Anne Ernst, deren Foto mit meinem Bruder auf dem Schoß ich in der Hemdentasche trage und das anzuheben ich jeden Tag mehrmals das Bedürfnis habe.“

Sérgio Günther ist gewissermaßen das Missing Link zwischen einer europäischen Herkunftsgeschichte – die Hollanders stammen von Niederländern ab – und dem Trauma einer südamerikanischen Diktatur, wie sie auch Brasilien einige Jahre im Griff hatte. Im Buch hat Ciccio einen älteren Bruder, der reihenweise die Mädchen verführt und eine Art Antipode zu ihm ist. Er wird verlorengelassen in den Wirren der Repression – ein Verlust, den die italienischstämmige Mutter des Romans nie verwinden wird. Als sich nach dem Tod ihres bibliophilen Mannes die Antiquare bei der Witwe einschmeicheln, gewährt sie dem einen oder anderen Einblick in ihre Schatzkammer voller Originalausgaben. „Eines Sammler so kostbare Werke sehen zu lassen, ihren mit Bienenwachs polierten Ledereinband, ist fast das Gleiche, als putzte man Engel für einen Sittenstrolch heraus.“

Es wird viel gelesen in diesem Roman. Die Werke Ernst Jüngers lassen dem Vater die schwere Brille von der Nase rutschen. Der Sohn liest Fernando Pessoa, die Geliebte Rimbaud. Und doch ist dies kein Eingeweitenroman, geradezu beiläufig wird die Suche nach Sergio Günther mit Leserfrüchten des brasilianischen Bruders und seiner Entourage garniert. Als die Suche nach Günther schließlich im Prenzlauer Berg des Jahres 2013 endet und man dort einiges über das Vorleben dieses Ost-Berliner Bezirks erfährt – zum Beispiel über die Existenz einer Zigarettenfabrik der Marke „Problem“, erbaut von einem Sohn Sigmund Freuds –, hat man nicht das Gefühl, Zeuge eines Rührstücks über Adoptionen im „Dritten Reich“ geworden zu sein. Dem wunderbar leichtfüßigen Erzähler Chico Buarque ist ein sensibles Gesichtsbild gelungen, irgendwo zwischen Dichtung und Dokumentation. KATHARINA TEUTSCH

Chico Buarque: „Mein deutscher Bruder“. Roman.

Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Karin Schweder-Schreiner. Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main 2016. 255 S., geb., 19,99 €.

Der Geist des Nonkonformismus

Prima Klima in Großbritannien? Dass die politische Temperatur dort eher mild sein soll, mag man zurzeit nicht recht glauben. Aber herrscht nun wirklich Parteienhass auf Leben und Tod?

Am Tag nach der Ermordung von Jo Cox kamen Premierminister David Cameron und Oppositionsführer Jeremy Corbyn gemeinsam nach Birstall. Auf dem Marktplatz wandten sie sich an das Volk. Dort, im Zentrum des Städtchens in Yorkshire, wo die Market Street auf die Chapel Lane trifft, war die 41 Jahre alte Parlamentsabgeordnete unter freiem Himmel erschossen worden, nachdem sie in der Stadtbibliothek eine Sprechstunde abgehalten hatte. Im Fernsehen war hinter den in Trauer vereinten Parteiführern der Sockel eines Denkmals zu sehen. Es wurde 1912 errichtet und ehrt den großen Sohn der kleinen Stadt, Joseph Priestley (1733 bis 1804), einen Geistlichen, der zu einem der ersten Intellektuellen Englands wurde, universell gebildet und universalistisch engagiert. Das Priestley-Monument haben die Leute von Birstall in ein provisorisches Denkmal für Jo Cox verwandelt: Am Fuß der Statue haben sie Blumen abgelegt und Kerzen aufgestellt.

Der bronzene Priestley hält seit 104 Jahren eine brennende Kerze in der Hand. Das Standbild stellt Priestley als den Entdecker des Sauerstoffs dar und zeigt den Naturforscher bei seinem berühmtesten Experiment: Eine Kerze, über die man ein Glas stülpt, erlischt; wenn man einen Minzweig dazulegt, so fand Priestley heraus, lässt sie sich wieder entzünden. Auf dem winzigen Marktplatz gab es keinen anderen würdigen Ort für die Gebinde. Aber die spontane Umwidmung ergibt historischen Sinn. Joseph Priestley und Jo Cox verbindet eher mehr als Orlando di Lasso und Michael Jackson, dessen Münchner Fans das Denkmal des Hofkapellmeisters auf dem Promenadenplatz in Beschlag genommen haben.

Jo Cox war noch neu im Parlament und hat als Rednerin aus moralischer Leidenschaft doch einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Edmund Burke, dem größten Redner der Zeit Priestleys, warf ein Spötter vor, er habe der Partei die Talente geopfert, die für die Menschheit gedacht gewesen seien. Jo Cox, der einstigen Oxfam-Managerin, die sich für Syrer und Palästinenser einsetzte, wurde zugehört, die Menschheit über die Partei zu stellen. Dass sie für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union warb, ergab sich aus ihrem Bekenntnis zur Völkerverständigung.

Der humanitäre Enthusiasmus in der britischen Öffentlichkeit ist eine Tradition, die auf Priestley und dessen Freunde zurückgeht. In seiner Replik auf Burkes „Betrachtungen über die Revolution in Frankreich“ sagte er voraus, mit der „allgemeinen Vorherrschaft der wahren Grundsätze des Regierens“ würden „die Auslöschung aller nationalen Vorurteile“ und „die Durchsetzung des universalen Friedens“ einhergehen.

Solange dieser Endzustand der Geschichte nicht erreicht ist, bleiben auch im Innenleben der Nationen Frontlinien des Vorurteils erhalten. Es gibt eine Geographie der Loyalitäten. Birstall liegt in der Grafschaft West Yorkshire, einer Hauptregion der organisierten Unruhe des industriellen Zeitalters. Die Rotarier von Birstall bezeichnen sich in ihrem Clubnamen als Ludditen, Erben der Textilarbeiter, die die mechanischen Webstühle demolieren. Jo Cox wuchs in Heckmondwike, einer Nachbarstadt von Birstall, auf, wo auch Priestley die Schule besuchte, ebenso wie Charlotte Brontë. Elizabeth Gaskell charakterisierte die Einwohner von Heckmondwike in ihrer Biographie ihrer Schriftstellerkollegen als ein Volk, das in die Kapelle geht, in die „chapel“ einer Freikirche im Unterschied zur anglikanischen Pfarrkirche. Sie wachten kritisch über den Inhalt der Predigten und benahmen sich gegenüber den Geistlichen wie Tyrannen; im Politischen seien sie „violent radicals“, entschiedene (wörtlich: gewalttätige) Radikale. Die Wurzel des politischen Radikalismus in England ist der Dissent, das Sektenwesen. In ihrer Jungferrede am 3. Juni 2015 beschwor Jo Cox den „Geist des Nonkonformismus“ als das Geheimnis der Produktivität ihrer Heimat.

Mit der Parteinarbeit für die Französische Revolution zog Priestley einen Hass auf sich, der sich in Gewalt auf offener Straße entlud und ihn zur Emigration nötigte. Am 14. Juli 1791 attackierte ein Mob in Birmingham ein Hotel, in dem ein Bankett zur Feier des Sturms auf die Bastille stattfand. Das Versammlungshaus der freikirchlichen Gemeinde, deren Prediger Priestley war, wurde niedergebrannt, ebenso sein Haus mit Labor und Bibliothek. Vier Tage lang dauerten die Ausschreitungen. Die Konsequenz dieses Angehens von der Obrigkeit begünstigten Kontrollverlusts: Gemäß den Beobachtun-

gen von James Watt, dem Erfinder der Dampfmaschine, teilte sich die Stadtgesellschaft in zwei Parteien, die sich mit tödlichem Hass gegenüberstanden. Priestley, der Freund Thomas Jeffersons, starb im amerikanischen Exil. Wie das Oxford Dictionary of National Biography vermerkt, bleiben die „Priestley-Unruhen“ ein „Fleck auf der Geschichte der britischen Toleranz“. Parteienhass auf Leben und Tod passt schlecht zu der Behauptung, die „britische politische Temperatur“ sei „milder“ als die der anderen großen Länder Europas.

Diese klimatologische These stammt von David Abulafia, dem Professor für Geschichte des Mittelmeerraums an der Universität Cambridge, der einen Trupp von Fachkollegen zusammengebracht hat, die für den Brexit plädieren. In der Liste der „Historians for Britain“ stehen einige bekannte Namen. Sehr viel mehr Zunftgenossen haben einen Aufruf mit der entgegengesetzten Intention unterschrieben. Ein Mitstreiter Abulafias, Jonathan Clark, der im Exil in Kansas lehrte, dürfte Priestley, dem Experten für Brennstoffe, eine Mitschuld am Ausschlag der Fieberkurve in der Bürgerschaft von Birmingham geben. Clark erregte 1985 Aufsehen mit einem Buch namens „English Society 1688–1832“, das das Gegenteil von dem bot, was man bei diesem Titel erwartete. Den Übertritt Englands ins Zeitalter der Demokratie und der religiösen Gleichberechtigung erklärte Clark nicht mit langfristigen sozialen Prozessen, sondern mit dem entschiedenen Handeln von Außenstehern, Fremden im Land von Monarchie, Aristokratie und Staatskirche. Der Radikalismus begann als innere Radikalisierung: Priestley war typisch mit seiner Abkehr vom Dogma der Trinität.

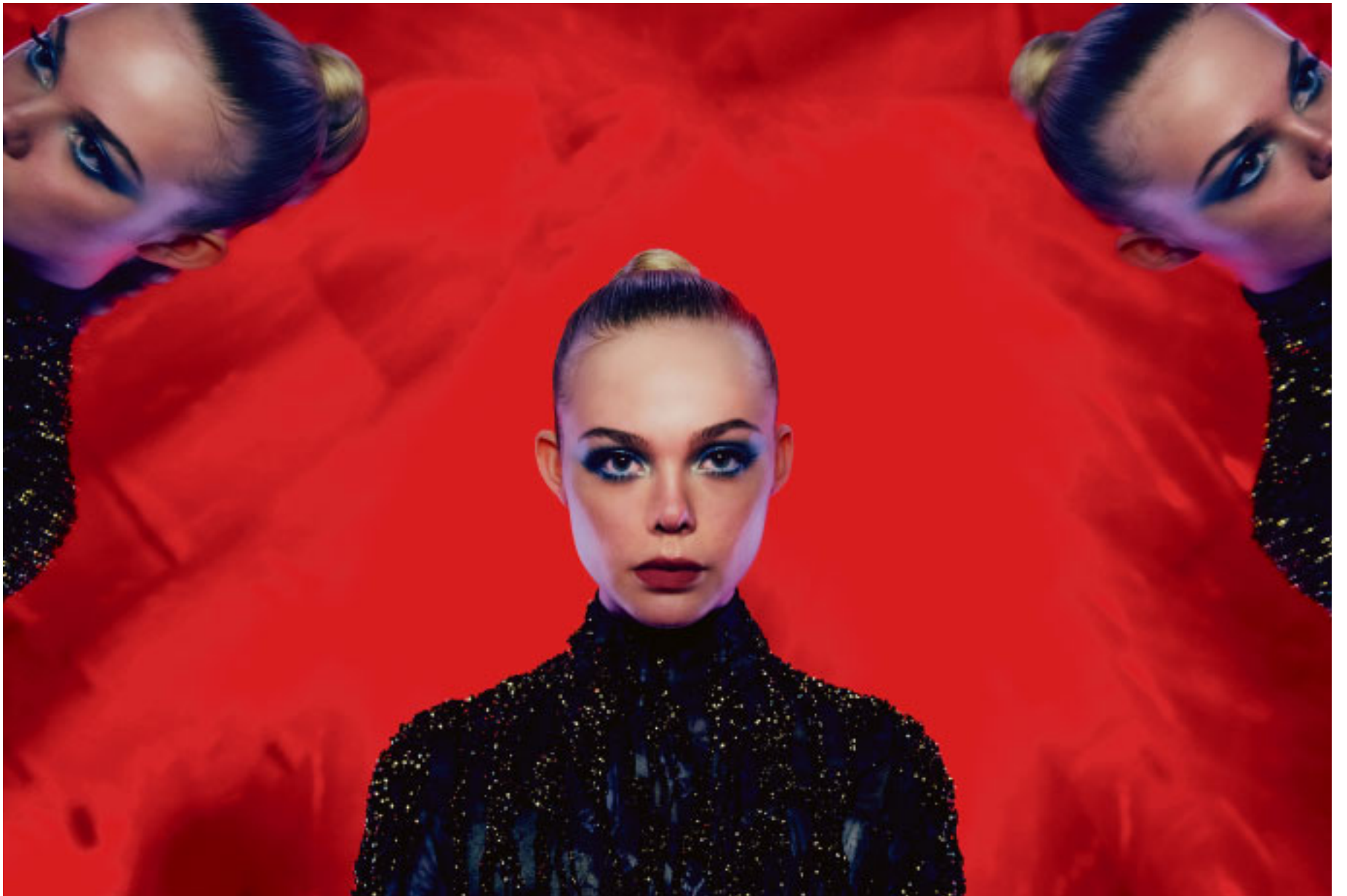
Laut Clark wurde mit der Gottheit Christi die vormoderne Soziallehre vom hierarchisch gegliederten Staatskörper obsolet. Bei Priestley fand er eine Konzeption des Widerstandsrechts, die in radikal-protestantischer Zuspitzung die Rettung der Nation in die Hände des Individuums legt. Wenn die Regierung ihre Aufgabe nicht erfülle, das Glück der Untertanen sicherzustellen, könne kein Retortitel sie „vor dem hochherzigen Angriff des edlen und mutigen Patrioten“ bewahren. Sollte das korrupte Unterhaus sich mit dem Hof zusammensetzen, um die Verfassung zu besetzen, müsste „jeder Engländer, bevor es zu spät ist, noch einmal die Geschichte seines Landes studieren und das tun, womit Engländer früher unter denselben Umständen Ruhm erworben haben“.

Dieser radikale Individualismus, der den englischen Ständestaat von links unterterminierte, kehrt heute makaberweise am rechten Rand wieder, in der Selbstermächtigung von Populisten, die für das korruptierte Volk in die Bresche zu springen meinen. Im äußersten Notfall muss ein Einzelner zur Tat schreiten. „Britannien zuerst!“, rief der Mörder von Jo Cox. Er handelte ohne Auftrag, als Richter und Henker von eigenen Gnaden. Vor dem Haftrichter nannte er „Tod den Verrätern, Freiheit für Britannien“ als seinen Namen. Solche Decknamen kennt man aus revolutionären Zeiten.

Camerons Justizminister Michael Gove, der intellektuelle Kopf des Brexit-Lagers, begründet seinen Standpunkt historisch. „Die Fähigkeit, unsere Regierenden zu wählen und Gesetze zu ändern, die uns nicht gefallen, würde für uns erkämpft von Liberalen und Radikalen, die die Macht unverantwortlichen Eliten abnahmen und dem Volk übertrugen.“ Als Kultusminister wollte Gove für den Geschichtsunterricht einen nationalchronologischen Leitfadens vorschreiben. Schon damals erregte er den Widerspruch der meisten Historiker, schon damals sprangen Abulafia und Clark ihm bei. Aber Goves jüngste Kurzfassung der englischen Geschichte kann eigentlich nicht nach Clarks Geschmack sein. Die Freiheit ein Geschenk von Radikalen wie Priestley: Das ist genau die partielle Verkürzung, die Clarks Lehrer Herbert Butterfield unter dem Begriff der Whig Interpretation of History als den Urfehler der liberalen englischen Geschichtsschreibung identifizierte, des Mythos vom Parlament, das immer mehr Macht ansammelt und kein Unrecht tun kann.

Gegenüber dieser Selbstgenügsamkeit riefen konservative Historiker wie Clark Momente der Ironie und Dialektik in Erinnerung, die verdrängte Gewalt gegen Katholiken und Kelten, aber auch die europäischen Verflechtungen dynastischer Politik. Boshaft wählte Clark ein französisches Wort, um das vordemokratische England als Variante eines gemeineuropäischen Typus zu kennzeichnen: ein Ancien Régime. Um die EU-Mitgliedschaft als Irrtum hinzustellen, müssen nun die „Historians for Britain“ die Legende vom insularen Sonderweg erneuern, von der ungestörten, lückenlosen Evolution des Parlamentarismus: Aus Ultra-Tories werden Whigs. Die Willkür dieser ideologischen Volten einer radikalen Phantasie hat etwas Gewalttätiges. Wie souverän kann ein Parlament sein, das durch Volksabstimmung genötigt wird, sich seine Rechte zurückzuholen?

Jo Cox, die ihre erste Unterhausrede in einer Debatte über die Arbeitsteilung zwischen Zentralregierung und Lokalverwaltung hielt, hatte eine realistische Vorstellung von der Handlungsfähigkeit des Parlaments: Der berufstätigen Mutter fehlte im Palast von Westminster die Kinderkrippe. PATRICK BAHNERS



Elle Fanning hat etwas, wofür andere Frauen in Nicolas Winding Refns Film „The Neon Demon“ töten würden: Natürliche Schönheit, aus Unschuld gespeist.

Foto Koch Film

Rot wie Blut, aber nicht ganz so gut

Nicholas Winding Refns Kino-Thriller „The Neon Demon“ ist hübsch widerlich

Auf dem Papier, also im Drehbuch, ist es die potentiell ekelhafteste Szene, im fertigen Film dafür die interessanteste: Eine Frau, deren Liebesverlangen nach einer anderen Frau von dieser abgewiesen wurde, vergeht sich in der Leichenhalle an einer Toten. Sie steigt auf den Körper, der nicht atmet, schmiegt sich an kein Herz. Dann zeigt der Film, dass die Küsse einsamer Menschen, die bei den Lebenden keine Liebe mehr finden, nicht immer trocken sind, dass Berührungen den Respekt vor der Schutzlosigkeit eines Körpers vergessen können, der sich nicht wehren kann. Beim Anblick des ebenso Schamlosen wie Grauenhaften regt sich Mitleid, aber bizarrerweise als eine Art Angst; man fragt sich: Wie schlimm wird das noch, was in „The Neon Demon“ Menschen tun, die nicht lieben dürfen oder können, aber von Schönheit umzingelt sind?

Es wird sehr schlimm und immer schlimmer. Es wird sogar ziemlich frauenfeindlich, unter anderem, und der Regisseur Nicholas Winding Refn rutscht mehrfach aus auf den abgekauften Klischees über frustrierte quasis lesbische Narzisstinnen, fängt sich dann aber immer wieder und geht jedenfalls nicht krachend zu Boden wie Brian De Palma mit seinem in mancherlei Hinsicht vergleichbaren Psycho-Blödsinn „Passion“ von 2012.

Was soll, was will, was ist „The Neon Demon“ eigentlich? Zunächst mal ein schön scheußliches Märchen: Elle Fanning, die hier Jesse heißt, aber auch Ascheröschchen oder Schneepüttel heißen könnte, will Model werden, begegnet aber statt einem Prinzen auf dem Laufsteg nur einer geometrischen Leuchtkon-

figuration aus der Hölle, der Retro-Achtziger-Disco-Version von Stanley Kubricks schwarzem Monolithen aus „2001 – A Space Odyssey“ (1968), verliert dabei ihre Seele und wird zum Schluss von drei Hexen in der Villa zur ausgestopften Winter-eule einem wüsten Ende zugeführt.

Es geht um Dinge, die den Körper sprachlos machen, Eindrücke, die stärker sind als Wörter, und die Berührung der Extreme des Schönen und Häßlichen. Am Anfang zeigt Refn uns Blut, von dem wir sofort erfahren, dass es künstlich ist, am Ende zeigt er uns mehr Blut, an das wir dann aber glauben sollen. Die Regie nimmt sich in dem Sinne zurück, in dem man das auch von einem geduldgigen Spanner sagen kann, der vor einem fremden Schlafzimmer in einer hohen Baumkrone hockt. Männer gibt's hier nur in der Peripherie und als Auslöser kleinerer Eskalationen – Desmond Harrington als Fotograf mit Säge statt Kreuzifix am Halsketten kann nichts außer Lauern, Keanu Reeves als Motelmanager ist schmierig genug, dass er nur mit seinen Blicken einen kompletten Lastwagenmotor ölen könnte. Der Gesamteindruck, den „The Neon Demon“ hinterlässt, ist nicht ungünstig, aber zwiespältig, Refn hat sich wie in allen seinen Filmen selbst herausgefordert, ja verprügelt, und kommt sozusagen mit einem ausreichend attraktiven blauen Auge davon.

Einige Bilder sind zwingend wie ein Schaufenster an der Einkaufsstraße in der Vorhölle, andere unnütz überstilisiert, manche Dialoge streifen klassische Noir-Konzision („Am I staring?“), andere sind fehl am Platz („Honey, people believe what they are told“, das glaubt man

höchstens Joan Crawford, aber doch keiner halbweisen Puppe), und dass Refn versucht hat, eine sowohl zeitgemäße wie hollywoodkompatible Sprache für das zu finden, was das italienische „Giallo“-Schmutzkrimi-Genre groß gemacht hat, ist als Forschungsprogramm jeden Respekt wert, auch wenn dabei eben kein so durchschlagender Hit rausgekommen ist wie bei der ebenfalls auf eine Hochzeit von Gewalt und Eleganz hin angelegten bisherigen Refn-Bestleistung „Drive“ (2011).

Man kann einiges in „The Neon Demon“ nicht anders nennen als mit dem paradoxen Adjektivpärchen „eiskalt liebevoll“, etwa den Moment, da der Film verstummt und das Licht ausgeht, woraufhin die Musik einsetzt wie der Atem des von den Toten auferweckten Lazarus: sehr gut. Oder die Stelle, an der die traumverlorene Heldin hoch über der Nachtstadt und ihren Lichtern den Mond beschwört, weil der wie ein großes Auge aussieht: „Do you see me?“

Überlässt man sich, von solchen Treffern charmiert, ein Weilchen dem Anschwellen und Abklingen der Erregungskurven, aus denen Refn diesen Film geflochten hat, seinen Rausch- und Ruhe-Rhythmen, wird man aber leider früher oder später immer wieder aus dem Traum geschmissen davon, wie obsessiv, ja zwanghaft genau hier alles zurechtgesteckt und festgezurrst ist. Die Kraftanstrengung, mit der jemand hier den garstigsten und zugleich leckersten Film über die Geschwisterliebe von Schönheit und Abscheulichkeit machen wollte, beeindruckt zwar als Kunstmühe, erschöpft dann aber auch alle Mittel, die sie auffährt.

Wer spielt denn heute noch Thomas Bernhard?

Einfach kompliziert: Oliver Reese und Tilman Allert diskutieren in Frankfurt über den Radikaldramatiker

Es wäre aber auch zu instinktiv gewesen, hätte Theaterintendant Oliver Reese im Rahmen der Frankfurter Bürger-Universität einen monologisierenden Vortrag über Thomas Bernhard gehalten, so, wie es sonst eigentlich in der Biographiereihe „Wie wir wurden, wer wir sind“ üblich ist. Denn wenn überhaupt jemand über Thomas Bernhard hätte einen Monolog halten dürfen, dann wäre es (naturgemäß) dieser selbst gewesen. Und selbst Bernhard hatte es bei Auftritten – etwa anlässlich von Preisverleihungen – bekanntlich immer wieder vorgezogen, Monolog und Vortrag zu verweigern. Angekündigt also war ein Gespräch Oliver Reeses mit dem Soziologen Tilman Allert, das flankiert wurde durch Bernhard-Rezitationen des Frankfurter Ensemblemitglied Peter Schröder. Das schien zu passen.

Wie sehr Thomas Bernhard noch immer zieht, war in der gastgebenden Frankfurter Stadtbücherei aber doch überraschend. Wegen Platzmangels im Parkett musste der erste Rang für die Zuschauer geöffnet werden. Und Reese setzte, ganz Bühnenmensch, kurz vor Beginn sogar noch einen oben drauf, indem er spontan dafür sorgte, dass die „Sichtachsen“ der Zuschauer durch Verlegung der geplanten Sitzrunde in eine Stehrunde am Lesepult verbessert wurden. Das erwies sich jedoch als Fehler.

Sollte der 2017 aus Berliner Ensemble wechselnde Intendant etwa die wichtigste Lektion im Werk Thomas Bern-



Thomas Bernhard, um 1957 Foto SZImagno

hards versäumt haben, dass nämlich die ganze Welt eine Bühne ist, in der es sehr darauf ankommt, ob und wo man steht oder sitzt? In Bernhards Dramen wird ja immer viel gessen und monologisiert („Minetti“, „Immanuel Kant“, „Ritter, Dene, Voss“, „Heldenplatz“). In Kombination geschieht dies aber meist nur aus artifiziellen Gründen. Stellt man jedoch einen Intendanten und einen Soziologieprofessor an ein Stehpult, beginnen sie ganz naturgemäß zu monologisieren, auch wenn sie es eigentlich nicht wollten.

Während Allert an seinem Ende des Pults, streng der Reihe nach, die wichtigsten Lebensstationen Bernhards soziologisch ausdeutete (die schwierige Kindheit, die Krankheit, der Lebensmensch Hedwig), verlegte sich Reese am anderen Ende des schmalen Katheders darauf, Schlaglichter auf die großen Kraftzentren in Bernhards Leben zu werfen: der Großvater, die Musik.

Dabei entstanden zwar unidialektische, zuweilen aber durchaus erhellende Momente. Vor allem Allert fand mit griffigen Formulierungen wie „Angst vor dem Authentizitätsverlust“ plausible Erklärungen für Bernhards Verweigerungshaltung. Sie hinterließen jedoch allesamt den Beigeschmack, gerade in ihrer Begrifflichkeit dem „Phänomen Bernhard“ dann doch nicht gerecht zu werden. Immer wieder gelangten Allerts Gedankengänge an einen Punkt, an dem die Soziologie in die Psychologie umschlug. Wobei sich als Nachteil dieser Betrachtungsweise erwies, dass sie den Blick auf Bernhards Ästhetik verstellte. So war es nur folgerichtig, dass Allert zugeben musste, sich im Grunde nicht vorstellen zu können, warum Bernhard nach seiner abgrundtief depressierenden Kindheit nicht zwangsläufig verstummt – eine Paradoxie, die aus ästhetischer Sicht leicht aufgelöst werden kann, ist sie doch eine Grundkonstellation auch bei Goethe, Kleist, Hofmannsthal, Wittgenstein oder Handke: Dichtung als Überwindung des Unausprechlichen – diese Formulierung findet sich bei jedem von ihnen.

Vielleicht hätte Refn entspannter arbeiten sollen, beruhigt von dem Wissen, dass er den besten, kaputtesten, verrücktesten Film zu seinem Thema sowieso nicht würde machen können, weil es den schon gibt, nämlich Dario Argentos „La sindrome di Stendhal“ (1996). Schon atmosphärisch-klanglich hatten die Synthesizer-Häkeldeckchen, mit denen Cliff Martinez „The Neon Demon“ auskleidet, nie die geringste Chance gegen die herrliche Ennio-Morricone-Sauce, in der Argento seinen Film gekocht hat, und dass die Hauptdarstellerin des Italieners, nämlich seine begnadete Tochter Asia, auch von Männern und Frauen schön gefunden werden kann, die nicht der Meinung sind, dass der Höhepunkt weiblicher erotischer Attraktivität kurz vor dem Verlust der letzten Spuren überforderter Kindlichkeit liegt, ist auch kein Schaden.

Vor allem aber hat Argento, den auch seine hingebungsvollsten Fans in akademisch-linken Kreisen nicht mit einem Feministen verwechseln würden, die immante Misogynie des frauenfressenden Genres dazu genutzt, die Frage „Wie hässlich ist Schönheit?“ mitten auf der Kreuzung zwischen Männerrolle und Frauenrolle, Kunst und Natur und drei Dutzend anderen schmerzhaften Gegensatzpaaren zu stellen, statt sich wie Refn von Soffporno-Glanzpapier-Modestrecken vorschreiben zu lassen, wie grell er die Küsse zwischen Sex und Tod inszenieren darf.

Immerhin: „Schlechter als Argento“ ist bei „The Neon Demon“ immer noch genug für ein Ziehen in der Brust, das, soviel muss man Refn lassen, wahrscheinlich von Herzen kommt. DIETMAR DATH

Auch über „Bernhard auf der Bühne“ hätte man gerne mehr erfahren. Wichtig aber war es Reese, ein Bekenntnis zum „Schauspielertheater“ abzulegen und die Tatsache, dass Bernhard vom vorherrschenden Regietheater gemieden werde, mit dem Umstand zu erklären, dass seine Dramen zu „formstrenge“ seien. Tilman Allert verpasste an dieser Stelle die Frage, warum Reese dann in seinen drei bisherigen Bernhard-Regiearbeiten immer nur dramatisierte Prosawerke auf die Bühne gebracht hat.

Zum Schluss erhoffte sich Reese eine Bernhard-Renaissance auf den Bühnen, denn gerade Bernhards Auseinandersetzung mit dem Fremdenhass sei aktuell wie selten zuvor. Ob zum Beleg dieser These allerdings die von Peter Schröder fulminant vortragene Passage aus Bernhards „Auslöschung“ gut gewählt war, in der die Figur Murau die Ausrottung seiner kindlichen Bedrohungs Momente (Nationalsozialismus und Katholizismus) mit größter Radikalität herbeimaginiert? Gehen die Bernhardschen Hassausden nicht deutlich über eine plane Kritik der Umstände hinaus?

So blieb Schröders atemlose Schlussrezitation vor allem aus einem Grund in Erinnerung: Sie machte die Anstrengung deutlich, die es Thomas Bernhard gekostet haben muss, seine tiefstehende Sprachskeptik zu überwinden. Dass Bernhard an diesem insgesamt anregenden Abend ein Geheimnis blieb, war wohl unvermeidlich. UWE EBBINGHAUS

Wie man in Leipzig den Teufel austreibt

In der Thomaskirche dirigiert William Christie die schnellste h-moll-Messe von Bach, Andris Nelsons springt im Gewandhaus für Riccardo Chailly ein.

Johann Sebastian Bach ist den Leipzigern, was Richard Wagner für Bayreuth: Ein Säulenheld, aber auch eine Marke. Zwar kann das hiesige Bachfest, immer noch eher gemütlich-lokal in Programm und Anmutung, nicht mit der weltweit präpotent tosenden Berichterstattung mithalten, welche die Bayreuther Festspiele alle Jahre wieder auslösen. Mag sein, das ist gut so, vielleicht, dass es der grundsätzlichen Verschiedenheit beider Künstler zuzuschreiben ist. Ein bisschen international geht es aber Mitte Juni in der Thomaskirche schon zu.

Maximal 1800 Menschen passen in diese Kirche hinein, das Publikum erfragt sich seine Plätze im Langschiff teils auf Englisch oder Französisch, und wer Karten will für das Abschlusskonzert 2017, sollte sich jetzt schon darum kümmern. Es ist ein Kult daraus geworden: Alljährlich endet das Bachfest mit einer Aufführung der Missa h-moll BWV 232, und jedes Mal wird ein anderer großer Interpret eingeladen. Heuer war dies William Christie, der Perfektionist, Cembalist und Dirigent, der die französische Barockmusikrenaissance ins Leben rief. Unter den Alte-Musik-Spezialisten ist Christie der Einzige, der noch keine Plattenaufnahme dieser Messe vorgelegt hat. Bisher stand von der Bach-Familie vor allem Carl Philipp Emanuel, auf Christies Agenda.

Mit der h-moll-Messe einzusteigen, bedeutet freilich, Bach von rückwärts aufzurollen. Zu Lebzeiten des Komponisten wurde diese Messe nie ganz aufgeführt. Irgendwann im neunzehnten Jahrhundert mit seinem historistischen Heroenkult

taufte man sie um in „Hohe Messe“. Der Musikverleger und Historist der ersten Stunde Hans Georg Nägeli, der 1845 die Erstausgabe besorgte, schwärmte vom „größten musikalischen Kunstwerk aller Zeiten und Völker“, heute zählt das Autograph zum Unesco-Weltkulturerbe.

Bedenkt man, wie lange Bach an dieser Messe gearbeitet hat, darin er einerseits eigne, früher komponierte, teils weltliche Kantaten noch einmal parodierte, andererseits den strengen *stile antico* kreuzte mit neuesten konzertanten Moden; wie hoch er dabei jeweils die Latte legte, um die ultimative Lösung zu finden für jedes kompositorische Problem; und wie er die Kollegen, vor allem aber sich selbst damit zu überbieten schien: Dann ist die enorme Aura, mit der sich diese viel gehörte Musik panzert, erst zu ermessen. Mit der h-moll-Messe, schrieb der Bachforscher Christoph Wolff, breite Bach, ähnlich wie in der „Kunst der Fuge“, noch einmal „das komplette Arsenal der Kompositionskunst in einer Breite und Tiefe“ aus, zur Selbstvergewisserung, aber auch als „Credo für die Mit- und Nachwelt“. Und dies ist Teil des Rezeptionsproblems.

Christie hat den auratischen Panzer gleich im ersten Anlauf geknackt, gemeinsam mit seinem Ensemble „Les Arts Florissants“ nebst vier hervorragenden jungen Solisten. Zwei davon, die Sopranistin und der Tenor, stammen aus seinem Sängernachwuchspool „Jardins des Voix“. Es ist dies das einzige Deutschlandkonzert einer h-moll-Messen-Tournee, die Christie aus Cuenca über Paris, Barcelona und Versailles nach Leipzig führte. Das Konzert fängt nicht ganz pünktlich an. Doch dafür hört es überraschend früh auf, denn in Christies Lesart handelt es sich um die weltliche und heiterste, aber auch eiligste hohe Messe, die man sich ausmalen kann.

Die Kyrie-Fuge, schlank im Stehen musiziert, fliegt im Nu vorbei. Die Solisten treten aus dem Chor an die Brüstung der Empore, für das von Violingirlanden umgarnte Christie eleison, eine Art Opernduet, gesungen von Sopran (Katherine Watson) und Altus (Tim Mead), wird aufgegeben, was an Geschwindigkeit und Süße nur möglich ist, bis an die Grenze des Sing- und Spielbaren. Anschließend,



William Christie (hinter dem Cembalo) rühmt mit den Himmeln des Ewigen Ehre, das Ensemble „Les Arts Florissants“ folgt ihm dabei.

Foto Bachfest Leipzig/Gert Mothes

von Nummer zu Nummer, scheint Christie, der mit weit ausholenden Gesten antritt und nur einige Solostücke sitzend vom Cembalo aus lenkt, immer noch schneller werden zu wollen.

Mit höchster Perfektion wird trotz rasender Tempi nie gehudelt. Die Chöre leuchten. Dabei bleibt die Stimmführung durchsichtig, die Phrasierung markant, bei den Instrumentalsoli im Gloria werden auch feinste Verzerrungen mit spektakulärer Akkuratess absolviert – etwa durch die Flöte im Domine Deus, die Oboe d'amore im Qui sedes und das Horn im Quoniam. Selbst das freudige Trompetengeschmetter, die Lobpreisungen begleitend, erlaubt sich noch ein paar Ornamente, mit betörender Virtuosität. Wobei dies alles, diese Leben sprühende, gewissermaßen naive Eleganz, mitten im Credo plötzlich zurückgenommen wird und den Platz

tauscht mit Ernst und Ergriffenheit. Dies ist das Herzstück der Messe: Gott wird scheltet zurück auf das *tempo giusto*, im Incarnatus feierlich in Pfundnoten abwärts schreitend, bassgestützt, und im Crucifixus auch noch die Dynamik zurückschraubend, das Licht ausdrehend, fast wird es dunkel, am hellen Nachmittag, in der Thomaskirche. Man mag das theatralisch nennen. Ist aber atemberaubend schön. Und wieso soll das Publikum, vielmehr die Gemeinde, nicht in allen Zungen im Stehen jubeln in der Kirche, nach sechsstimmigem Sanctus, tosendem Osanna, makellos absolviertem Altosolo und kollektiver Bitte um Frieden?

Nächstes Jahr wird das Gewandhausorchester unter seinem bewährten Ehrenkapellmeister Herbert Blomstedt antreten zur h-moll-Messe. Es wird ein führerloses

Interimsjahr für dieses Orchester, das vorzeitig verlassen wurde von Riccardo Chailly, der freilich, das haben einige Leipziger schon wieder vergessen, vor elf Jahren mit ähnlich üppigem Vorschusslorbeer begrüßt worden war, wie man sie jetzt seinem designierten Nachfolger Andris Nelsons zum Kranz windet.

Nelsons war am Freitag letzter Woche eingesprungen, um Chaillys letztes Abokonzert zu dirigieren. Gustav Mahlers Dritte, die Pan- und Himmels-Symphonie in d-moll, ist für ihn beinahe ein Heimspiel. Beeindruckend, wie bescheiden, defensiv, in der Gestensprache fast spartanisch der temperamentvolle Blitzbub diesmal auftrat. Und noch viel erstaunlicher, zuweilen bestürzend weihvoll wirkten die verschleppten Tempi, zumal im ersten Satz, ebenso die anhaltende Treue zum Mezzoforte. Freilich, dadurch fand gleich

jede Instrumentengruppe des Orchesters solistisch zu ihrem Recht und zum Aufblühen: Hörner, Trompeten, Posaunen, Oboen, Flöten, Klarinetten, Pauker und Streicher, allen voran der phantastische erste Konzertmeister Frank-Michael Erben mit seinem süßen Violinsolo.

Es war wirklich eine prachtvolle Leistung: Das Orchester in Bestform, auch der Kinderchor des Gewandhauses nebst den Damen des MDR-Chors inspiriert, dazu die fein geführte, runde Altstimme von Sarah Conolly, die im Misterioso sich dem Orchester unterordnete, sowie Nelsons, der auf der Fülle all der himmlischen Wohlhülle quasi freihändig selig ins Choral-Happend surfte. Sollte es auch Anfechtungen des Teufels geben in dieser Mahlerschen Schöpfungsgeschichte, an diesem Abend war davon nicht die Rede. Ovationen. ELEONORE BÜNING

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Erlesenes für kluge Köpfe

Als VIP mit der F.A.Z. nach Berlin

Gewinnen Sie 7 x 2 VIP-Tickets für unsere exklusive Abonnentenveranstaltung vom 26. bis 27. August im Rahmen des „Tages der offenen Tür der Bundesregierung 2016“ in Berlin inkl. Übernachtung.

Erleben Sie einen exklusiven Einblick hinter die Kulissen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und lernen Sie das politische Berlin hautnah kennen - es erwartet Sie ein spannendes Programm: So besichtigen Sie das Druckzentrum der F.A.Z. in Potsdam, und erhalten einen Einblick in die Redaktion des Hauptstadtbüros inklusive Podiumsgespräch mit einem Redakteur. Als Gewinner unserer Veranstaltung genießen Sie außerdem eine Führung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und erleben ein Treffen mit der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks.

Drei Abonnenten gewinnen zusätzlich zwei Übernachtungen im Doppelzimmer vom 26. bis 28. August inklusive Frühstück im **Steigenberger Hotel Sanssouci Potsdam**.

Gleich im Online-Service anmelden und gewinnen: www.faz.net/meinabo

*Sie sind noch nicht registriert? Unter www.faz.net/online-service erhalten Sie alle Informationen, die Sie für Ihre Erst anmeldung benötigen. Teilnahmechluss ist der 11. Juli. Die Teilnahme ist ausschließlich über die F.A.Z.-Vorteilswelt unter www.faz.net/meinabo möglich. Mitglieder der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der beteiligten Kooperationspartner sowie deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Eine Barabteilung ist nicht möglich. Eigene Anreise.



In Kooperation mit

STEIGENBERGER
HOTEL SANSOUCI
POTSDAM

Weltkrieg als Ferienspaß

Nikita Michalkow baut patriotischen Themenpark

Der russische Filmregisseur Nikita Michalkow hat im Gebiet von Nischni Nowgorod am Oka-Fluss ein Grundstück erworben, um dort einen patriotischen Erholungspark zu errichten, der Kindern und Jugendlichen die heroischen Aspekte der Geschichte ihres Vaterlands unterhaltsam vor Augen führt. Zur Anlage, die „Zitadelle“ heißen soll – wie Michalkows jüngster Weltkriegsfilm, der den russischen Staatshaushalt zig Millionen Euro kostete, wovon er nur einen Bruchteil wieder einspielte –, gehört insbesondere eine Erlebnisstätte für Skilangläufer, die mit verbrannten Panzern, Stacheldraht und Panzersperren als Schlachtfeld hergerichtet ist. Wobei all diese Requisiten aus Gummi bestehen und zwar furchterregend aussehen, aber vollkommen harmlos und kindgerecht sein werden, wie Michalkow versichert. Dazu soll ein Freizeitzentrum mit Schwimmbad, Massagesälen und einer historischen Kinokulissenstadt gehören, wo jungen Leuten beigebracht wird, dass Russland stets im eigenen Land Krieg gegen äußere Feinde führte, und wenn die russische Armee die Landesgrenzen überschritt, immer nur als Befreier auftrat. Sein Projekt „Zitadelle“ solle ein Gegengewicht zur Jugendarbeit des Jelzin-Zentrums in Jekaterinburg, der Heimat des ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin, darstellen, erklärt Michalkow. In Veranstaltungen und Filmen des Jelzin-Zentrums erfahren Jugendliche von Jelzins politischen Wegfahrten, dass in den neunziger Jahren die Macht in Russland sich erstmals legitimieren musste, dass politische Opposition eine Selbstverständlichkeit und außerdem klar war, dass ein Präsident nicht ständig wiedergewählt werden darf. Solche Lehren verdürben die Jugend, entrüstet sich Michalkow. In seiner „Zitadelle“ sollen daher die Offizierschule der zaristischen Armee und die russische Terrorbekämpfung ins rechte Licht gerückt, außerdem die Untaten Iwans des Schrecklichen mit Blick auf europäische Bestialitäten relativiert werden, verspricht der Regisseur, hochbegabte Lobbyist und Duzfreund von Präsident Putin. Die Journalistin Xenia Sobtschak vermutet indes, Michalkow bewerbe sich so um Zuwendungen aus dem Staatshaushalt. Auch im Jelzin-Zentrum interpretiert man Michalkows Angriff als blanken Geldbeschaffungschachzug. kho

Torben Jürgens – und nicht Martin Winkler, wie in dieser Zeitung irrtümlich zu lesen stand – war es, der in Viktor Ullmanns Oper „Der Kaiser von Atlantis“ am Teatro Real in Madrid den „Tod“ sang und darstellte. F.A.Z.



Spätberufene Feministin: Benoîte Groult

Foto 2011 Gamma-Rapho

Wie sie es gewünscht hatte

Zum Tod der Schriftstellerin Benoîte Groult

Benoîte Groult war immer eine Spätzüglerin. „Wenn sie mit neununddreißig Jahren gestorben wäre, hätte die Welt der Literatur nie von ihr Kenntnis genommen“, schrieb die Autorin in einer autobiographischen Notiz für ein Schriftstellerlexikon. Sie entstammte einer bürgerlichen Familie, besuchte eine Klosterschule, studierte Sprachen und war als Lehrerin, später Journalistin tätig. Ihr erster Mann starb kurz nach der Heirat, vom zweiten ließ sie sich schnell wieder scheiden. Vier Jahrzehnte lang war sie mit dem Schriftsteller Paul Guimard (1921 bis 2004) verheiratet, einem Freund und Berater des sozialistischen Präsidenten Mitterrand. In dieser Zeit leitete sie zusammen mit Simone de Beauvoir eine staatliche Kommission für die Feminisierung der französischen Sprache – der Feminismus war die große Causa dieser Tochter aus gutem Haus. Sie kämpfte für die Geburtenregelung und die Abtreibung, gegen den Papst, die Moral, die Ärzte und all die „freihheitsfeindlichen Ideologen“.

Ihre ersten Bücher schrieb sie zusammen mit ihrer Schwester Flora – vierhändig. Auch ihre Emanzipation dauerte etwas länger. In den sechziger Jahren wurde sie zu einer führenden Figur des französischen Feminismus und verfasste

mehrere seiner Standardwerke. Sie war fast siebzig, als sie vor drei Jahrzehnten den erotischen Roman „Salz auf unserer Haut“ veröffentlichte. Weltweit wurden mehrere Millionen Exemplare verkauft, auch hierzulande war das Buch ein Bestseller. Er handelt von der Affäre zwischen einer Pariser Intellektuellen und einem Fischer. Zahlreiche Bücher von Benoîte Groult sind weiterhin lieferbar. Sie tragen Titel wie „Die Dinge, wie sie sind“ und „Leben heißt frei sein“. „Meine Freiheit“ ist ihre Autobiographie.

Vor einem Jahrzehnt veröffentlichte sie ein Werk, in dem sie für die Sterbehilfe plädiert. Den Kampf für das Recht auf einen selbstbestimmten Tod war ihr so wichtig wie jener für die Abtreibung. Zahlreiche ihrer Angehörigen waren an Alzheimer gestorben. „Der Prozess des Alterns dauert zwanzig Jahre, so lange wie das Erwachsenwerden.“ Und bei ihr wie schon die Jugend etwas länger: Benoîte Groult starb in ihrem Haus am geliebten Meer, 96 Jahre alt ist sie geworden. „Und in der Nacht auf Dienstag friedlich einschlafen, ohne Schmerzen, wie sie es sich gewünscht hatte“, berichtet ihre Tochter. Frankreich trauert um eine große Feministin und Literatin des 20. Jahrhunderts. JÜRGEN ALTWEGG

Ein Gespräch mit dem norwegischen Historiker und Faschismusforscher Terje Emberland

Nordische Kolonisten für das Reich im Osten

Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, begann ein beispielloser rassistischer Vernichtungsfeldzug, über dessen Details in Deutschland erst Jahrzehnte nach dem Krieg gesprochen werden konnte. Dass es auch einige tausend norwegische Kriegsteilnehmer gab, ist kaum bekannt.

Herr Emberland, wie wurde in Norwegen, das ja in erster Linie Opfer der deutschen Aggression war, nach dem Krieg über diese Männer geredet?

Nach dem Ende der deutschen Besatzung 1945 wurden Gerichtsverfahren gegen die norwegischen Kollaborateure abgehalten, dabei wurden auch diejenigen bestraft, die als SS-Freiwillige für Deutschland gekämpft hatten. Allerdings war das Wissen, das die Gerichte damals über den Krieg im Osten besaßen, äußerst begrenzt. Und selbst dort, wo die Männer von ihren Einsätzen erzählten, ging es nicht um die Taten an sich. Es mangelte an gerichtsfesten Beweisen. So wurden die Männer am Ende nur wegen Landesverrats, der Mitgliedschaft in der Waffen-SS und für das verurteilt, was sie vor oder nach ihrem Fronteinsatz im besetzten Norwegen getan hatten.

Von wie vielen norwegischen SS-Freiwilligen reden wir?

Von etwa fünftausend. Sie kämpften zum Beispiel in der Division Wiking, die am „Unternehmen Barbarossa“ teilnahm, oder in der Freiwilligen-Legion, die später vor Leningrad kämpfte. Was genau sie

so wimmelte: Ende 1941 gab es im „Reichskommissariat Norwegen“ 30 000 deutsche SS-Männer. Der Einfluss der SS auf Norwegen war außergewöhnlich groß, weil Norwegen in einen SS-Staat verwandelt werden sollte, der später wiederum im „Großgermanischen Reich“ aufgehen sollte.

Woher rührten die Schwierigkeiten?

Himmler liebte und idealisierte die Norweger, aber die Norweger liebten ihn nicht. Selbst bei den fünf- bis achthundert Norwegern, die er vor dem „Unternehmen Barbarossa“ für die SS gewinnen konnte, beschränkte sich die Begeisterung mit Blick auf die „pangermanische“ Vision auf Lippenbekenntnisse. Die meisten waren Mitglieder der norwegischen Faschistenpartei „Nasjonal Samling“ und als solche eher nationalistisch gesinnt. Der Zulauf wurde erst größer, nachdem im Sommer 1941 eine dezidiert norwegische Einheit, „Den norske Legion“, gegründet und der Druck der SS in Norwegen größer wurde.

Vielleicht lag das auch daran, dass nun der Krieg gegen Russland begonnen hatte? Welche Rolle spielte der Antikommunismus bei der Rekrutierung?

Der Antikommunismus gehört zum nationalsozialistischen Weltbild. Ich glaube aber, dass er von den Veteranen während des Kalten Krieges bewusst überbetont worden ist. Die ersten norwegischen Freiwilligen wurden rekrutiert, als der Molotow-Ribbentrop-Pakt noch galt. Sie wollten die „jüdischen Plutokraten in England“ bekämpfen.

Fest steht, dass Norweger am Angriff auf die Sowjetunion teilnahmen.

Himmler achtete zunächst darauf, dass sie den verschiedensten Einheiten zugeordnet wurden. Er wollte die pangermanische Verschmelzung demonstrieren. Die Norweger nahmen ebenso an der Invasion teil wie an den Kriegsverbrechen, ob das nun die Erschießung von Juden oder andere Massaker waren. Sie waren genauso involviert wie deutsche Kämpfer auch. Einige von ihnen erzählten sogar heimischen Lokalzeitungen von ihren Taten, bevor die Zensur dies unterband.

Wurden die Norweger auch in den Vernichtungslagern im Osten eingesetzt?

Das scheint nur sehr bedingt der Fall gewesen zu sein, weil es nicht zentral für Himmlers Projekt war. Aber sicherlich zirkulierten auch einige dieser Norweger durch das SS-System, so wie es die Forschung auch für einige Dänen nachgewiesen hat.

Was erhofften sich die norwegischen SS-Kämpfer?

Innen wurde ein Bauernhof im Osten versprochen. Himmler, der ja auch „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ war, ging es um Kolonisierung und Germanisierung. Und für diese Aufgabe schienen ihm, um das noch einmal aus Sicht der SS-Ideologie zu beschreiben, die Norweger als „edle“ Germanen und Nachfahren der Wikinger besonders geeignet zu sein. Sie sollten nicht nur die Elite im neuen SS-Staat Norwegen werden – sondern eine Zeitlang auch „Wehrbauern“ im Osten. Das ist eine Seite des Vernichtungskrieges, über die man lange nicht gesprochen hat: die rassistische Vision für die Zeit nach dem Krieg. Es ist ja auch schwierig, darüber zu reden.

Wie lange dauerte es, bis der Glaube an solche Versprechungen implodierte?

Eigentlich war es ein Fiasko. Einige Norweger reagierten schon bei der Ausbildung empfindlich auf den harschen Ton, der von ihren deutschen Ausbildern angeschlagen wurde. Sie waren den verlangten Kadaveregehorsam und preußischen Drill nicht gewohnt. Davon schrieben sie auch ihren Familien. Himmler wurde rasend vor Wut, als er es erfuhr.



Belagerung von Leningrad: Zwei Soldaten der Norwegischen Legion beim Sonnenbad



Gemeinsam gegen den Bolschewismus: Deutsches Rekrutierungsplakat für die Norwegische Legion im Russland-Feldzug Foto Bridgeman

Weil er um den propagandistischen Wertverlust fürchtete.

Ja, Himmler ließ die deutsche Offiziere anweisen, tunlichst respektvoll mit den norwegischen SS-Freiwilligen umzugehen. Aber das verhinderte die Desillusionierung natürlich nicht. Viele Freiwillige empörte, was sie an der Front erlebten. Ich würde sagen, viele der norwegischen Freiwilligen wurden früher oder später desillusioniert. Aber es gab natürlich auch Norweger, die an der Ideologie festhielten. Und viele von ihnen hinterließen, ungeachtet ihrer Einstellung gegenüber deutschen Vorgesetzten, eine blutige Spur. Einige von ihnen kämpften bis zuletzt – in den Straßen von Berlin.

Haben die desillusionierten Kämpfer nach dem Krieg über das Erlebte gesprochen?

Nach außen hin gab es einen „Pakt des Schweigens“. Ich möchte sogar annehmen, dass über die Verbrechen nicht einmal bei den Veteranentreffen geredet wurde, die es gab und die für eine gewisse Vernetzung der Ehemaligen sorgten. Wenn sie vom Krieg erzählten, betonte sie sich das innerhalb eines eher verharmlosenden Narrativs, das sich herausbildete.

Haben Sie den Kontakt zu diesen Männern aufzunehmen versucht?

Ja, ich habe mit einigen Männern gesprochen, deren Taten ganz eindeutig in den Quellen dokumentiert sind. Einige Veteranen riefen auch mich an, um mir hinter vorgehaltener Hand zu erklären, sie hätten die Morde der deutschen Einsatzgruppen mit eigenen Augen gesehen. Sobald ich sie dann auf ihre eigene Rolle ansprach, behaupteten sie, alles vergessen zu haben. Was stimmen mag, wenn man Untersuchungen zur Traumabewältigung glaubt. Oder eben auch nicht.

Wie hat die norwegische Öffentlichkeit auf Ihre Forschungen reagiert?

Es dauerte eine Weile, bis der Mythos, die norwegischen Freiwilligen seien an den Verbrechen nicht beteiligt gewesen, verblasste, und natürlich sträubten sich auch die Veteranen dagegen. Wer noch lebte, hatte Angst, durch unsere Forschungen wieder vor Gericht gezogen zu werden. Aber darum geht es Historikern nicht, uns geht es um eine Rekonstruktion des Geschehens. Seit der Veröffentlichung unserer Forschungsergebnisse 2012 ist es um das Thema ruhiger geworden. 2013 hat ein Teilnehmer sogar im Fernsehen von den Verbrechen an der Ostfront geredet.

Jeder in Norwegen weiß heute, dass es – neben vielen deutschen Tätern, muss man sagen – auch einige Norweger gab, die nach dem Angriff auf die Sowjetunion schlimme Verbrechen begingen.

Welchen Wert haben Ihre Recherchen für den deutschen Blick auf den „Russland-Feldzug“?

Die Forschungslage zum Geschehen an der Ostfront ist mittlerweile sehr detailliert und beeindruckend. Wir haben bei unserem Projekt stark von deutschen Forschungen profitiert. Vielleicht kann das von uns beschriebene kleine norwegische Kapitel dieses Vernichtungskrieges dazu beitragen, die Utopien klarer zu begreifen, mit denen der Krieg im Osten verbunden war – die Bildung eines großgermanischen Reiches. Was natürlich nichts, aber auch gar nichts entschuldigen soll. Es geht darum, als Historiker die innere Logik der Ideologie zu verstehen, einschließlich der Idealisierung der „nordischen Rasse“. Wir müssen uns mit den Motiven hinter den Verbrechen befassen, so wie Kriminalisten sich mit dem Gedankengerüst eines Serienkillers auseinanderzusetzen haben.

Terje Emberland ist leitender Wissenschaftler am Zentrum für Studien über den Holocaust und religiöse Minderheiten in Oslo. Die Fragen stellte Matthias Hannemann.



Weibliche Angehörige einer norwegischen Freiwilligen-Legion werden vereidigt. Fotos Ullstein

Fulminanter Widerstand

Mitarbeiterprotest an der Berliner Volksbühne

Seit im April 2015 offiziell bekannt wurde, dass der belgische Kurator Chris Dercon im Sommer 2017 als Nachfolger des Intendanten Frank Castorf die Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz übernehmen soll, hören die Proteste gegen diese im stillen Kämmerchen ausgehandelte Senatsentscheidung nicht auf. Nun haben sich 180 Mitarbeiter aus allen Gewerken in einem offenen Brief an die Parteien im Abgeordnetenhaus von Berlin und die Kulturstatsministerin Monika Grütters gewandt. Zu den Unterzeichnern zählen auch prominente Schauspieler wie Sophie Rois, Birgit Minichmayr, Martin Wuttke und Regisseure wie Christoph Marthaler, Herbert Fritsch und René Pollesch. Sie alle sind in Sorge um die Zukunft des Hauses und fürchten, dass es sein künstlerisch radikales, unangepasst autonomes, inspirierend widerborstiges Profil verlieren soll. Und dass die traditionsreiche, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene und mit Namen wie Erwin Piscator und Benno Besson verbundene Volksbühne, wie es Claus Peymann schon vor Monaten so treffend formulierte, zum nächsten kommerziellen „Event-Schuppen“ in der Hauptstadt umgestaltet wird. Um die Kosten zu senken und weil der geplante Gastspielbetrieb sie ohnedies nicht benötigt, werden wohl viele der über zweihundert festangestellten Mitarbeiter gekündigt, Gewerke respektive Werkstätten aufgelöst.

Gesprochen werden soll nur noch englisch (entsprechende Castings laufen, so wird kolportiert) oder gar nicht, damit das neue Publikum alles mitkriegt und sich, wie bei den oft stundenlangen, wortgewaltigen Castorf-Inszenierungen, nicht überfordert fühlt, stattdessen bald wieder den Umsatz in den Bars und Clubs ankurbelt. So schreiben die Volksbühnen-Mitarbeiter denn auch: „Eine konzeptionelle Linie der künstlerisch-strukturellen Weiterentwicklung unseres Theaters ist in den Ausführungen Chris Dercons und seiner Programmdirektorin Marietta Piekenbrock nicht zu erkennen.“

Dieser offene Brief ist ein fulminantes Dokument des Widerstands, der in der schnelllebigen, kleinteiligen Welt des Theaters seinesgleichen sucht. Hier wehrt sich eine künstlerische Institution nämlich nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern tatsächlich zum Wohle der Kunst im Allgemeinen und der Stadt, der sie damit dient. Man muss nicht von jeder einzelnen Aufführung begeistert sein, um würdigen zu können, dass die Volksbühne unter Frank Castorf über Jahre als national wie international einflussreichstes und bedeutendstes deutschsprachiges Theater galt. Durch ihren Erfolg wurde sie allerdings für die Heuschrecken der Berliner Kulturpolitik zum attraktiven Spekulationsobjekt, mit dem jetzt so richtig Kasse gemacht werden soll: Produktionskosten senken, Einnahmen steigern. Dass die Magie und das Charisma der Volksbühne aber nicht mit Dercons konzeptuell beliebigem Gemischtwarenladen (Musiktheater, Film, Medienkunst, Performance) konserviert werden können, scheint im Roten Rathaus niemandem klar zu sein. Mit der Volksbühne hat Berlin ohne Zweifel ein hauptstädtisches Theater, mit Michael Müller (Regierender Bürgermeister und Kultursenator, SPD) und Tim Renner (Staatssekretär für Kultur, SPD) hingegen keine hauptstadtkulturfähigen Politiker. IRENE BAZINGER

Eindrücklicher Comic

Friedenspreis für Reinhard Kleist

Den von Radio Bremen und der Wochenzeitung „Die Zeit“ verliehenen Jahres-Luchs sowie den Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis hat er in diesem Jahr schon gewonnen. Nun erhält Reinhard Kleist für seinen für diese Zeitung gezeichneten und mittlerweile als Buch beim Carlsen Verlag veröffentlichten Comic „Der Traum von Olympia“ auch den Gustav-Heinemann-Friedenspreis. Der Comic erzählt die wahre Geschichte der somalischen Sprinterin Samia Yusuf Omar, die 2012 nach Europa fliehen wollte, um an den Olympischen Spielen von London teilzunehmen, was ihr Islamisten des eigenen Landes verboten hatten. Auf der illegalen Überfahrt im Mittelmeer erkrankte die junge Sportlerin.

Die Jury des Heinemann-Preises lobt den sechsvierzigjährige Kleist dafür, wie einfühlsam, diskret und unheimlich eindrucklich er durch seinen Comicstil Samias Geschichte Jugendlichen nahebringe. Der mit 7500 Euro dotierte Heinemann-Preis der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist die wichtigste Auszeichnung für deutschsprachige Kinder- und Jugendbücher mit friedenspolitischem Inhalt. Er erinnert an das Engagement des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann (1899 bis 1976) und wird seit 1982 vergeben. F.A.Z.

ANZEIGE

MORGEN IM REISEBLATT

Heimat

Wo sind wir zu Hause?
Die Sommerserie sucht Antworten

Unendliche Fahrt

Brauchen wir die Bahn?
Mit dem Fernbus durch Deutschland

Das goldene Ding

Was wurde aus der Inselhölle?
Der Charme von Brioni

Ortswechsel

Gibt es nur das Schloss?
Andere Routen durch Regensburg

Kostenloses Probeabo
0180 252 52, www.faz.net/probeabo
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



in diesen Jahren taten, wissen wir erst seit wenigen Jahren. Aber das war ja in Deutschland bis vor etwa zwei Jahrzehnten nicht anders. Das Interesse an den norwegischen SS-Freiwilligen war eine Reaktion auf die Forschungen und Debatten zu den deutschen Kriegsverbrechen im Osten. Es führte dazu, dass die norwegische Regierung im Jahr 2005 einen entsprechenden Recherche-Auftrag erteilte.

Fünftausend Freiwillige. Das klingt nicht sonderlich hoch. Wieso sind die Norweger trotzdem für das Gesamtbild des Krieges relevant?

Die Zahl der norwegischen Freiwilligen ist tatsächlich recht klein – setzt man sie in ein Verhältnis zur Bevölkerungsgröße, ist sie sogar kleiner als die Freiwilligenzahl anderer okkupierter Länder. Aber es geht nicht um Zahlen und erst recht nicht um militärische Erfahrung.

Worum geht es dann?

Entscheidend ist die Symbolik, die mit dem norwegischen Einsatz verbunden war. Heinrich Himmler war so stark an norwegischen Freiwilligen interessiert, dass er, der sogenannte „Reichsführer SS“, im Januar, Februar und Mai 1941 mehr als zwanzig Tage im Norden verbrachte. Die norwegischen Freiwilligen sollten eine wesentliche Rolle beim Aufbau einer rassistischen, von den Vorstellungen eines Hans F. K. Günther und Richard Walther Darré geprägten Herrschaft spielen.

In Norwegen, das 1940 von deutschen Truppen besetzt worden war?

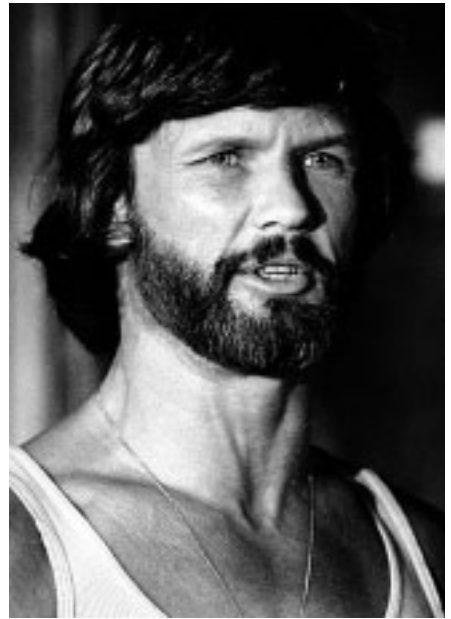
In Norwegen, aber auch darüber hinaus. Es war für das Gesamtprojekt wichtig, norwegische Freiwillige, die nordische „Creme de la Creme“, wenn man so will, vorweisen zu können. Himmler hatte schon 1932 von einer skandinavischen, ausgesprochen „nordischen“ Legion geträumt. 1938 bezeichnete er die SS als „pangermanische“ Organisation. Der „SS-Staat“ brauchte Norweger. Nur erwies sich die Rekrutierung dann als viel schwieriger denn erwartet, obwohl es in Norwegen von deutschen SS-Leuten nur

Da brät noch einer Hühnchen

Kris Kristofferson zum achtzigsten Geburtstag

Über die wichtigste Anekdote in der Karriere von Kris Kristofferson sind die Beteiligten uneins: Johnny Cash behauptet, Kristofferson sei irgendwann 1969 mit dem Helikopter auf seinem Anwesen gelandet und mit einem Bier in der einen, seinen Aufnahmen in der anderen Hand herausgetorkelt. Der Pilot meint, Cash sei an diesem Tag gar nicht zu Hause gewesen. Wie es auch war: Irgendwie muss Kristofferson den Country-Star beeindruckt haben, der dann sein Katerlied „Sunday Mornin' Comin' Down“ zu einem Nummer-eins-Hit machte.

Der Songschreiber durfte so, auch das ist legendär, in Nashville die Studios fortan nicht mehr nur putzen, sondern auch selbst darin aufnehmen, und sein Debüt „Kristofferson“ (1970) wurde ein Meilenstein des Outlaw Country mit Liedern wie „Just The Other Side Of Nowhere“, „Ca-



Kris Kristofferson

Foto Mauritius

sey's Last Ride“ und natürlich „Me and Bobby McGee“. Diesen später von Janis Joplin zur Hymne der Hippies gemachten Song hatte der Mann der Arbeiterklasse auf einer Ölbohrinsel geschrieben.

Seine frühen Songs, die er trotz eigener Bescheidenheit („Ich singe wie ein Frosch“) viel besser sang als die Legion ihrer Interpreten, hat er zwar nie übertrumpft, wurde dafür aber sehr erfolgreich in einer Schunkelphase mit Ehefrau Rita Coolidge, dann auch als Schauspieler und später mit den Highwaymen, einer Allstar-Countryband mit Cash, Willie Nelson und Waylon Jennings.

Unter Kristoffersons Filmen hebt man oft die weniger gelungenen wie den Klamauk „Convoy“ (1978), in dem er einen Trucker namens „Rubber Duck“ spielt, oder Michael Ciminos Riesenflop „Heaven's Gate“ (1980) hervor – dabei gibt es auch solche wie John Sayles' modernen Western „Lone Star“ (1996), in dem er sehr überzeugend den fiesigen Sheriff Wade spielt.

Der in Texas geborene Sohn eines schwedischstämmigen Luftwaffengenerals war vor seinem Durchbruch in Nashville schon auf bestem Weg, Schriftsteller und Literaturdozent an der Militärakademie Westpoint zu werden – zum Leidwesen seiner Mutter und zum Glück für die Musikgeschichte kam es anders.

Auf seinem jüngst erschienenen Doppelalbum „Cedar Creek Sessions“ (KK Records) spielt Kristofferson seine besten Songs in altersgemäßer Ausgeruhtheit – so schön hölzern, wie es sich für so einen knorrigen Mann geziemt. Seine Duettpartnerin heißt jetzt Sheryl Crow, und jenes Südstaatensonntagslied mit seinem süßen „smell of someone frying chicken“ klingt, als hätte er beim Singen auch ein ziemlich großes Hühnerbein im Mund. Am heutigen Mittwoch wird Kris Kristofferson achtzig Jahre alt. JAN WIELE

500 Minuten Bach

Reformationsjubiläum in Leipzig

Die Leipziger Thomaskirche plant zum nächstjährigen Reformationsjubiläum eine besondere Aktion: Am 8. Juni 2017, dem Tag vor der Eröffnung des Leipziger Bachfestes, soll von 15.17 Uhr an fünfhundert Minuten lang Kirchenmusik von Johann Sebastian Bach gesun-

gen werden. Dafür haben neben dem in Leipzig beheimateten A-cappella-Quintett Amarcord schon mehrere internationale Ensembles zugesagt. Die Gemeinde sucht noch nach Spendern, um die Kosten zu decken. Bach war von 1723 bis zu seinem Tod 1750 Thomaskantor und komponierte einen Großteil seiner geistlichen Musik für die Gottesdienste in Leipzig, darunter die „Johannespassion“ und die „Matthäuspassion“. F.A.Z.

Ihr erschütternder Ausdruckstanz

Ist man hier im Rockkonzert oder in einer Oper von Brecht und Weill? PJ Harvey gibt in Berlin eine große Schmerzenshow.

Wie soll man sich zur Musik von PJ Harvey bewegen? Eine Frage, die sich immer dringender stellt, je weiter ihre Karriere voranschreitet. War aller Anfang simpel, so fiel auch die empathische Publikumsbewegung leicht: Dort stand, Anfang der neunziger Jahre, eine junge, immens wütende Frau mit einer Gitarre, Teil eines punkigen Trios, und trieb lautstark Dämonen aus. Vor denen konnte man sich nun nickend wegducken oder konnte sie in sich fahren lassen, um wild umherzuzucken, wie es die gute alte Pogotradition hergab.

Die Zeit aber ging ins Land, und nicht nur die Hüften der Moshpitnutzer wurden mörsernd und der Ballast allmählich mehr – vor allem PJ Harvey schien niemals willens, bei der einmal gefundenen Ausdrucksform stehenzubleiben. Das wütende Mädchen, das man für eine durch den Zeitgeist fliegende Sternschnuppe gehalten hatte – zu schlicht schien ihr musikalisches Konzept, als dass da Großes hätte zu erwarten sein können – dieses wütende Mädchen wuchs über die Jahre zu einer meist semi-depressiv gestimmten, dann wieder überraschend lebensfrohen und jedenfalls stets überraschenden Frau, jede ihrer Langspiel-Lebensäußerungen war reifer, und vielschichtiger als die vorherige und doch zu jeder Sekunde als PJ Harvey erkennbar.

Punktuelle Wut wuchs sich aus zu allumfassender Melancholie, Lärm tropfte zur Erde und ließ die buntesten Geräuschblüten ersprießen, mit Bedacht ließ Harvey sich in den letzten Jahren mit ganz anderen Instrumenten fotografieren als der kratzbürstigen E-Gitarre, mit der alles begann. Für „Let England Shake“, ihr 2011 erschienen Album, stieg sie mit einer Autoharp in den Ring, einer Art Country-Zither. Für ihre aktuelle Tour nun hat sie sich mit ihrem neuen Schatz dynamisch ins Bild setzen lassen, der in Wirklichkeit eine alte Liebe ist:



In verlorenen Utopien vereint: PJ Harvey und ihr Saxophon

Foto David Baltzer

Saxophon hat sie schon in der Frühzeit ihrer Karriere gespielt, jetzt ist es wieder da. Und es ist kein funkiges Partysaxophon, das da spielt. Es spielt den Klang des eingegrabenen Schmerzes, den Klang der verlorenen Utopien.

Das Konzert, das PJ Harvey und ihre Begleiter am Montagabend in der Berliner Zitadelle spielen, ist von „Let England Shake“ und dem neuen „The Hope Six Demolition Project“ geprägt, und in dem das vierte Stück des neuen Albums, „Chain Of Keys“ nach vorne gerückt wird, ermöglicht es Polly und ihren Mitstreitern einen theatertauglichen Aufmarsch: Mit Pauken und Blasinstrumenten kommen sie getragenen Schritts auf die Bühne marschiert und geben die Rich-

tung vor, mit der aufpeitschenden wie disziplinierenden Wirkung von Feldzugsgetrommel, grundiert von der schleppenden Traurigkeit eines Begräbnisumzugs, New-Orleans-Style: PJ Harvey hat die Gefilde der Introspektion verlassen, seit „Let England Shake“ ist sie nicht mehr die Heroldin des Privatismus und der Seelenbrutzelei, sondern hat sich, auf angenehm uneindeutige Weise, ins Politische gewendet. Und so geht es auch auf der Bühne nicht mehr um den Star, der sich in einem Stellvertreteranfall für uns alle als armes geplagtes Individuum produziert, sondern es geht ums große Ganze: Um britische Kriegseinsätze, um die Vereinten Nationen, um radikale Gentrifizierung – um nur die offensichtlicheren The-

men zu nennen. Folgerichtig stellt PJ Harvey, als große Musikerin, sich immer auch in den Dienst der Mannschaft: Still, ohne große Geste tritt sie zur Seite, um ihren Jungs das Feld zu überlassen, gerne reißt sie sich ins allgemeine Treiben der Trauerbläser ein, um sich dann wieder als Sängerin in sämtlichen denkbaren, doch stets mit Bedacht eingesetzten Tonlagen zur Verfügung zu stellen. Fast vollständig ist der Auftritt dabei von den neueren Stücken geprägt, mit seltenen Ausnahmen wie den Klassikern „50 Foot Queenie“ oder „To Bring You My Love“, es ist ein Abend wie aus einem Guss, und man kann staunen, wie viel amtliches Material alleine die beiden letzten Alben bereitstellen.

Wie man sich nun allerdings zu PJ Harveys Musik zu bewegen hat, wenn man zu den Glücklichen gehört, die das einzige Deutschlandkonzert der aktuellen Tour bezeugen durften, darüber war man allerdings weitgehend ratlos: Gab die Musik doch ebenso Signale eines Rockkonzerts wie solche, man wohne gerade einer Brecht/Weill-Oper bei. Und so tanzte der eine oder andere in den hinteren Reihen versuchsweise die Freundin mit einem Hüftschwinger an, die darauf so gar nicht einging, weil sie zu sehr auf Polly fokussiert war, so brachten es nur ganz wenige fertig, mit je einem transparenten Bierbecher in der Hand, festumklammert sich schwappend hin- und herzuwiegen, so beschränkten sich andere Paare aufs gemeinsame kräftige Kaugummikauen, derweil der feingeistigere Beobachter gerne mal, von der reinen Schönheit der Musik erfüllt, schwelgend den Blick zum Himmel hob, wo das eine oder andere Flugzeug dicht über der Bühne vorüberzog, einer ungewissen Zukunft entgegen.

Wie man sich aber wirklich zu PJ Harveys Musik zu bewegen hat, das wusste nur eine Person an diesem Abend in der Zitadelle Spandau: Mal ließ sie den kleinen schlanken Körper im Rhythmus selbstironisch und hochhackig marschieren, mal kokettierte sie stilvoll ins Publikum, meist aber floss sie mit der Musik hinein in einem anmutigen Ausdruckstanz, der genau das richtige Maß an Genkenntnis hatte, um die Zuschauer zu beglücken, und genau das richtige Maß an Nachlässigkeit, um die Tänzerin bei sich selbst und bei ihrer Musik zu belassen und um ja dem Punkt fernzubleiben, an dem alles zur Perfektion durchdefiniert ist und wo Polly Jean Harvey, die größte Popkünstlerin dieser Zeit, zu einem Produkt erstarrt wäre. KLAUS UNGERER

Nach einem langen und erfüllten Leben verstarb unser lieber Vater,
Schwiegevater, Großvater und Bruder

Professor Dr.

Hans-Werner Thieme

geb. am 13. Oktober 1923 in Celle gest. am 16. Juni 2016 in Celle

Dr. Jan Thieme und Lydia Stoltenberg-Thieme geb. Stoltenberg
Dr. Johann Thieme und Almut Thieme geb. Greiner
Lisa Thieme

Dr. Hinrich Thieme und Marlehn Thieme geb. Dohse
Johanna Thieme
Sophie Thieme

Dr. Viva-Katharina Volkmann geb. Thieme
und Dr. Hans-Jörg Volkmann

Ilse Faust geb. Thieme
Dorothea Thieme

Traueranschrift: Berggartenstraße 14, 29223 Celle

Die Trauerfeier findet am Samstag, dem 2. Juli 2016, um 11.30 Uhr
in der Neuenhäuser Kirche, Kirchstraße 49, Celle,
mit anschließender Beisetzung auf dem Neuenhäuser Friedhof statt.

Beerdigungsinstitut Fr. Niebuhr, Hannoversche Straße 11, 29221 Celle



KURT KRÖCHERT

SUNAKI 22. Juni 1941 – fünfmal verwundet
THORN † 13. August 1941

IN MEMORIAM

In Gedenken an die Autorin

Gabriele Wohmann

† 22. Juni 2015

Reiner Wohmann

Traueranzeigen und Nachrufe

Meine geliebte und hoch geachtete Mutter

Dr. Eva-Maria Siegrist

geb. Hecht

* 21. März 1930 † 17. Juni 2016
Dresden Taunusstein

ist ihrem Wesen entsprechend friedlich und würdevoll entschlafen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Hanns Jochen und Judith mit Kester und Danus Siegrist
auch für ihren vorverstorbenen Ehemann Dr. Karl-Eberhard und
ihren vorverstorbenen Sohn Stefan Siegrist

Die Urnenbeisetzung findet am Mittwoch, den 29. Juni um 12 Uhr
in der Feuerhalle des Waldfriedhofs Stuttgart statt.

Wir laden jeden ein, der sich von meiner Mutter verabschieden möchte,
und bitten um kurze Mitteilung, 0170/5629909.

Schriftliche Beileidsbekundungen bitte an die Borner Str. 10A
in 65232 Taunusstein.

Was tun bei ARTHROSE?

Die Schultergelenke und die Hände gehören zu den beweglichsten Gelenken des Körpers und sind für alles, was wir tun, von größter Bedeutung. Eine Arthrose dieser Gelenke ist mit heftigen Schmerzen und starken Einschränkungen verbunden. Was aber kann man selber bei Arthrose tun? Welche Grundsätze sollte man unbedingt kennen? Mit Unterstützung internationaler Experten gibt



die Deutsche Arthrose-Hilfe regelmäßig wichtige Hinwei-

se zu allen Arthroseformen. In ihren übersichtlichen Ratgeber-Heften, den „Arthrose-Infos“, veröffentlicht sie nützliche praktische Tipps, die sich vielfach bewährt haben und die jeder kennen sollte. Informationen hierzu können kostenlos angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt/Main (bitte gerne eine 0,58-€-Briefmarke für Rückporto beifügen).

Auskünfte und Beratung unter:
Telefon (069) 75 91-22 79
Telefax (069) 75 91-80 89 23
E-Mail: traueranzeigen@faz.de

Alle Anzeigen und Informationen
auf www.lebenswege.faz.net

Frankfurter Allgemeine
LEBENSWEGE

Fragwürdiges Sportrechtssystem

Zu „Es lebe der Sport!“ von Christian Duve und Karl Ömer Rösch (F.A.Z. vom 9. Juni): Alle sprechen nach der BGH-Entscheidung vom Sport, dessen „Autonomie“ als (Schein-)Rechtsgut und dem „System“, das erhalten und lediglich hier und da zum Besseren reformiert werden solle – aber niemand spricht von dem Systemopfer Pechstein. Ist das nicht eigenartig?

Das Internationale Olympische Komitee (IOC), der International Council of Arbitration for Sport (ICAS), die Nationale Anti-Doping-Agentur (Nada) und die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada), auch der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), die Internationalen Eislaufunion (ISU) und die Sportpolitiker Dagmar Freitag und Thomas de Maizière haben ein Sportrechtssystem etabliert beziehungsweise politisch verteidigt, das eben auch ein krasses Fehlurteil wie bei Pechstein hervorbringen kann und hervorgebracht hat. Die Erfinder hatten Webfehler eingebaut, die sie nicht oder zu spät korrigierten und deren kollaterales Opfer Pechstein wurde. Muss Pechstein jetzt damit leben, auf alle Zeiten ein Sportjustizopfer sein zu sollen? Der BGH hat mit seinem Urteil nicht nur Pechstein auf den Sportrechtsweg verwiesen, sondern auch dessen Erfinder, Webfehlerverantwortliche und seine sportpolitischen Protagonisten

in Regierung und Bundestag verpflichtet, dort, am Ort der Unrechtsentscheidung und nicht vor staatlichen Gerichten, für die Rehabilitation und Entschädigung ihrer selbstverursachten Sportjustizopfer zu sorgen. Dieser Pflicht haben sich die Erfinder des Sportrechts bisher entzogen. Die Förderung des DOSB an den Internationalen Sportgerichtshof (CAS) und die ISU aus dem Jahr 2014, ein Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Pechstein einzuleiten, ist ungehört verpufft. Will der Sport aber autonom sein, so muss er sich auch emanzipiert und erwachsen seinen Irrtümern und dessen Opfern stellen, statt sich einen Unfehlbarkeitsnimbus anzudichten.

Solange sich IOC-Chef Bach, der DOSB, der CAS, auch de Maizière und die Sportpolitikerin Freitag dieser moralischen Pflicht zur Rehabilitation von Sportrechtsoffern durch das Sportrechtssystem selbst nicht stellen, werden ihre Statements über Fairness im und Unabhängigkeit des Sports zur ungläubwürdigen Farce.

Nicht nur Claudia Pechstein, sondern auch alle anderen Spitzensportler zum Beispiel in der Bundespolizei beobachten sehr genau, wohin sich die Glaubwürdigkeitsschale der Verbandsfunktionäre und Sportpolitiker neigt.

SVEN HÜBER, BERLIN

Durch den Kakao

Zu „Beitragszwang“ (F.A.Z. vom 17. Juni): Ich zahle Fernsehgebühren, obwohl ich seit bald 40 Jahren nicht mehr am Fernsehen teilnehme (wie ein bis zwei Millionen andere Bürger). Nach dem bemerkenswerten Gutachten von Paul Kirchhof brauchen die Sendeanstalten von den Gerichten nichts mehr zu befürchten. Ich kann mich dagegen nicht wehren, aber ich kann auch keine Parteien wählen, die so etwas durchgesetzt haben. Ich möchte – frei nach Erich Kästner – den Kakao, durch den sie mich ziehen, nicht auch noch trinken.

PROFESSOR DR. THEODOR IKCLER, SPARDORF

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.

Keine Ausschüttungskassen der Kommunen

Zielführend wäre es, nach dem Auftrag einer öffentlichen Sparkasse und danach zu fragen, mit welchem Geschäftsmodell sie diesem Auftrag gerecht zu werden suchen. Hanno Mußler dagegen kommentiert in seinem Wirtschaftsleitartikel „Wem die Sparkasse gehört“ (F.A.Z. vom 14. Juni), dass die Kommunen als Träger von Sparkassen mitentscheiden sollten, ob und wie viel eine Sparkasse von ihrem Jahresgewinn an ihren Träger ausschüttet. Dabei sind Sparkassen – anders als Geschäftsbanken – nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern in ihrem regionalen Bereich zur Förderung des Mittelstandes berufen und dem Gemeinwohl verpflichtet, somit alles andere als Ausschüttungskassen zur Mehrung der allgemeinen Deckungsmittel von Kommunen. Sparkassen-Vorstände sind gut beraten, wenn sie stets einen Teil des Jahresgewinns zur Stärkung des Eigenkapitals verwenden, weil nur so die jüngst immer wieder erlebten Banken-Stützungsaktionen vermieden werden können, die dann von allen Bürgern getragen werden müssen. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass die kommunalen Vertreter in Sparkassengremien weder an Weisungen ihrer Entscheider gebunden noch in Parteien oder Fraktionen berichterstattungspflichtig sind.

Ich hatte Gelegenheit, vielfältige Einblicke in die Sparkassenorganisation zu gewinnen, bis in den Präsidialausschuss des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Dass es da oder dort einmal einen Sündenfall gab, ist mir nicht verborgen geblieben, aber insgesamt lebt die Organisation die bewährte Sparkassenphilosophie zum Nutzen der Menschen im jeweils überschaubaren Lebensbereich. Und wenn die 400 deutschen Sparkassen jährlich annähernd 3 Milliarden Euro Ertragssteuern zahlen und noch dazu, zum Teil über eigene Stiftungen, etwa 400 Millionen Euro an Spenden verteilen, dann nicht um den Vorständen die Chance zu geben, sich als Gönnern feiern zu lassen; sondern um zu belegen, dass den Sparkassen die Förderung des Gemeinwohls nicht nur Satzungsauftrag, sondern auch Herzensanliegen ist. Unzählige Vereine und Verbände können es bestätigen. Die Kommunen der Herr im Hause einer Sparkasse, wie Mußler meint? Nein, so nicht. Zwischen Sparkassen, Städten und Landkreisen bewährt sich Tag für Tag ein partnerschaftliches Verhältnis, hierzulande profitieren fast alle davon, und im Ausland beneidet man uns darum. Deshalb: Sparkasse, bleibe, was und wie du bist.

DR. WOLFGANG HAMBERGER, OBERBÜRGERMEISTER A. D., FULDA

Das System Heller

Sandra Kegels Artikel „Von diesem Mann hängt Österreichs Schicksal ab“ (F.A.Z. vom 21. Mai) wäre allein schon ein Abonnement der F.A.Z. wert. Schöner hat das System Heller noch keiner eingesalzen, aber pikant. Und nicht nur dieses, es leuchtet pars pro toto nämlich das ganze felix Austria durch, in seiner gerissenen Bestechlichkeit. Wer würde dort nicht gerne als Claqueur eines Staatskünstlers mit Deutungshoheitsmonopol auftreten? Da kann man dann geschmeidig dazugehören zur privatjettransportierten Clique. Genau dasselbe Funktionsprinzip liegt der österreichischen Nachkriegspolitik zugrunde, man schmiert, antichambriert und bleibt irgendwie mit oben auf der Nudelsuppe wie die Fettaguen im Sacher. Insofern hat Heller einen gleich doppelten Schlüsselroman, häftig wohl ohne nähere Absicht, bombastikpoetisch zusammennudelt, bei Kenntnis des bisherigen Opus kann man sich das lebhaft zusammenträufeln. Österreich, jedenfalls der noch denkende Teil, sollte diesen Text lesen. Es muss in der Politikprosa schon recht schlimm zugegangen sein, damit fast fünfzig Prozent einen solchen Kandidaten wählen, weitgehend, ohne ihn zu kennen. Insofern auch ein großartiger Politikkommentar zum rechten Zeitpunkt.

THOMAS FRIEDRICH, BERLIN

„Ich höre auf zu leben,
aber ich habe gelebt.“
J. W. Goethe

Nach einem aktiven, ereignisreichen und erfüllten Leben ist

Detlef Kleinert

* 26. Juli 1932 † 17. Juni 2016

nach kurzer, schwerer Krankheit von uns gegangen.

In Liebe und Dankbarkeit,
voller Erinnerungen, verabschieden wir uns:

Till und Jana Kleinert
Doris Kleinert-Pott, Jürgen Pott und Ann-Sophie Pott

Die Trauerfeier findet im Familien- und Freundeskreis statt.

Anstelle freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende für: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, IBAN DE56 2504 0066 0383 8380 00, BIC COBADEFF250, Kennwort: Detlef Kleinert.

Wiese Bestattungen, Baumschulallee 32, 30625 Hannover, Telefon: (05 11) 957 857

Plötzlich und nach kurzer, schwerer Krankheit
wurde unser Gründungsvorstand, Aktionär und Aufsichtsrat

Detlef Kleinert

* 26. Juli 1932 † 17. Juni 2016

aus unserer Mitte gerissen.

Wir haben von seiner Überzeugungskraft und seiner Erfahrung gelernt,
seinen hintergründigen Humor und seinen guten Rat geschätzt.

Unternehmensgründung, erste Erfolge und kleinere Rückschläge hat Detlef Kleinert
als Vorstandsmitglied seit Gründung kollegial, souverän und geschickt begleitet.

Die Entwicklung zu einem soliden, profitablen und erfolgreichen
Marktführer ist ohne ihn als Aufsichtsrat kaum vorstellbar.

Detlef Kleinert hat im Sinne des Unternehmens mit uns diskutiert, uns motiviert und inspiriert.

Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten, weit über diesen Tag hinaus.

Vorstand, Aufsichtsrat und alle Mitarbeiter
AGILA Haustierversicherung AG

Unerwartet und nach kurzer schwerer Krankheit nehmen wir Abschied von

Detlef Kleinert

* 26. Juli 1932 † 17. Juni 2016

Seit 1963 begleitete Detlef Kleinert als Rechtsanwalt und Notar, als Vorstand, Aktionär,
Berater und Aufsichtsratsmitglied die Unternehmensgruppe.

Bis 2004 war er im Vorstand der WERTGARANTIE und prägte in den 35 Jahren
seiner Vorstandstätigkeit alle juristischen Belange der Konzerngesellschaften mit höchster
Sorgfalt, Pragmatismus und Menschlichkeit.

Die Entwicklung der WERTGARANTIE Group zu ihrer heutigen Größe und Bedeutung
ist ohne Detlef Kleinert nicht vorstellbar. Seine Erfahrung, sein Rat und sein Humor werden fehlen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand, Aufsichtsrat, Aktionäre, Betriebsrat und alle Mitarbeiter
WERTGARANTIE Group



Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft trauert um

Detlef Kleinert

* 26. Juli 1932 † 17. Juni 2016

Detlef Kleinert gehörte der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft seit November 1970 an und war von April 1981 bis Januar 1999 Mitglied in unserem Vorstand, von Mai 1983 als zweiter Stellvertreter des Präsidenten. Wegen seiner herausragenden Verdienste um die Gesellschaft wurde Detlef Kleinert von der Mitgliederversammlung im Dezember 2009 zum Ehrenmitglied gewählt.

Politisch galt das besondere Engagement unseres hochgeschätzten Kollegen der Rechtspolitik. Ebenso überzeugt, lebensfroh und mit Herz hat sich Detlef Kleinert für die Ziele unserer Gesellschaft eingesetzt.

Mit Detlef Kleinert verlieren wir einen allseits sehr geschätzten und treuen Freund.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für den Vorstand und die Mitglieder
der Präsident
der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft
Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, MdB

Ihre Spende hilft schwer kranken Kindern!

www.kinderhospiz-bethel.de

Die Mitglieder der Vereinigung Liberaler Juristen e. V.
trauern um ihren Gründer, langjährigen Vorsitzenden
und Ehrenvorsitzenden

Detlef Kleinert

* 26. Juli 1932 † 17. Juni 2016

Detlef Kleinert hat als Bundestagsabgeordneter
von 1969 bis 1998 und langjährig engagierter Liberaler
die Rechtspolitik Deutschlands maßgeblich mitgestaltet.
Mit seinem großen Engagement, seiner Schaffenskraft in
Politik und Ehrenamt und seiner positiven,
großzügigen Lebenseinstellung war er Vorbild
für viele seiner Weggefährten.

Sein Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer.

Vorstand und Mitglieder
der Vereinigung Liberaler Juristen e. V.
Hartfried Wolff
Vorsitzender



TRAUER- & KONDOLENZSPENDEN
FÜR MENSCHEN IN NOT

Einen Menschen zu verlieren ist sehr schwer. Doch gerade in Trauersituationen möchten viele Menschen ein Zeichen der Hoffnung setzen. Trauer- und Kondolenzspenden ermöglichen es, Menschen in großer Not zu helfen.

Aktion Deutschland Hilft ist ein Bündnis viele renommierter Hilfsorganisationen. Gemeinsam helfen wir den Opfern schwerer Naturkatastrophen ihre Zukunft neu zu gestalten. Helfen Sie mit – mit Ihrer Kondolenzspende.

Ihr Kontakt:
Frau Birgit Kruse, Tel.: 0228 / 242 92-430 oder online:
www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/Kondolenz

Aktion
Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

Leben und Lachen
Sterben und Trauern

Das Kinder- und Jugendhospiz
bietet todkranken Kindern, jugendlichen und deren Familien von der Diagnose bis über den Tod des Kindes hinaus Unterstützung und Begleitung.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto: Kinder- und
Jugendhospizstiftung Balthasar
Verwendungszweck: Zustiftung
Pax-Bank Köln
BLZ 37060193 · Konto 19011
Sparkasse Olpe
BLZ 46250049 · Konto 55558
Telefon: 027 61 92 65-40
kontakt@kinderhospizstiftung-
balthasar.de

Balthasar
Kinder- und Jugendhospizstiftung

GFO
Ja zur Menschewürde.

Unser Kind hat einen
Herzfehler.
Was jetzt?

Broschüren
und Infomaterial

erhalten Sie bei der

Spendenkonto 90 003 503
Commerzbank AG Frankfurt
(BLZ 500 800 00)
Mehr Infos unter
www.kinderherzstiftung.de

FIT FÜR JOB UND KARRIERE



Hartwin Möhrle
Krisen PR

In jeder Krise liegt die Chance, sie besser oder schlechter zu managen. Wie der kommunikative Umgang mit Risikothemen gelingen kann, zeigt dieses Handbuch für Kommunikationsprofis.



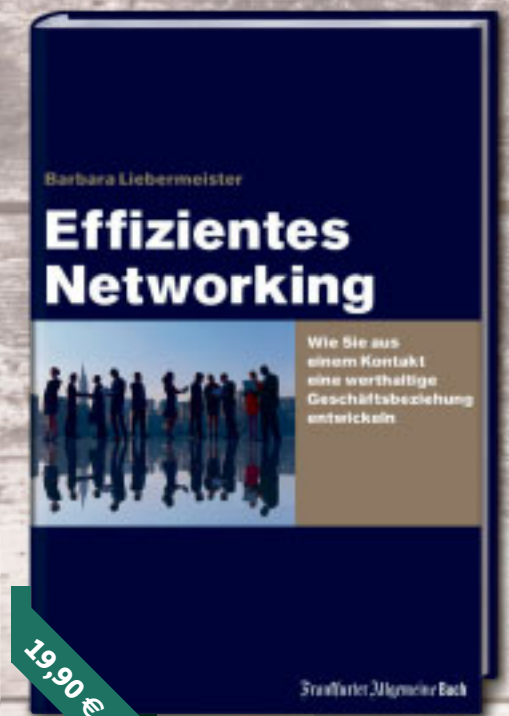
Alexander Koeberle-Schmid
Der Beirat

Der Ratgeber setzt Familienunternehmen in die Lage, einen neuen oder existierenden Beirat nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Mit vielen Checklisten und Praxisvorlagen.



Peter H. Dehnen (Hg.)
Der professionelle Aufsichtsrat

Das Buch liefert das nötige betriebswirtschaftliche Wissen, über das ein Aufsichtsrat heutzutage zwingend verfügen muss. Fokussiert und für die Praxis geschrieben.



Barbara Liebermeister
Effizientes Networking

Nicht die meisten treffen, sondern die Richtigen: Mit diesem Ratgeber lernen Sie die 10 Gebote und die 4 Todsünden für ein nachhaltiges Kontaktmanagement kennen – offline wie online.



Jan Brecke
So wollen Top-Talente arbeiten

Der Ratgeber zeigt anschaulich, wie Unternehmen nachhaltig und profitabel in die Zukunft steuern. Und welche Unternehmenskultur bei Top-Talenten punktet.



F. Uebernickel, W. Brenner, T. Naef, B. Pukall, B. Schindlholzer
Design Thinking

Sie wollten schon immer wissen, wie sich Innovationen im Berufsalltag wirklich kreieren und umsetzen lassen? „Design Thinking“ zeigt Ihnen, wie es geht!

Drum lese, wer sich ewig an Europa bindet

Welche Richtung sollen die Briten einschlagen? Zeitungen im Vereinigten Königreich wissen es genau. Die einen wollen unbedingt raus aus der EU, die anderen bleiben. Die Presse ist gespalten wie das Land.

LONDON, 21. Juni
Der fast zum geflügelten Wort gewordene Spruch einer britischen Tierschutzstiftung, „Ein Hund ist fürs Leben, nicht bloß für Weihachten“, dessen Prägung übrigens fast so weit zurückliegt wie das Europa-Referendum von 1975, ließe sich jetzt auf die historische Entscheidung abwandeln: Europa – ja oder nein? Parlamentswahlen wiederholen sich zwar nicht so regelmäßig wie das Christfest, aber Wähler wissen, dass sie alle paar Jahre die Gelegenheit haben, die Schurken rauszuschmeißen“, wie die „Sunday Times“ es dieser Tage formulierte. Keine demokratische Regierung währt ewig. Ein Brexit jedoch wäre „fürs Leben“ oder zumindest für eine nicht absehbare Zeit. Das Wissen darum spiegelt sich in der Heftigkeit der Debatte über die Entscheidung. Sie findet naturgemäß in der Berichterstattung Niederschlag. Die Druckmedien gerieren sich allerdings auch als Akteure des nationalen Dramas, das der „Sunday Telegraph“ zu Recht einen „Schlüsselmoment in der Geschichte dieses Landes“ nannte.

Die meisten Blätter haben sich von Anfang an positioniert, aber erst in der letzten Woche, manche sogar erst am Dienstag, zwei Tage vor dem Stichtag, offen Stellung bezogen. Der patriotisch kalauernde Aufruf der „Sun“, an Großbritannien zu glauben und die EU zu verlassen, „BeLeave in Britain“, kam ebenso wenig überraschend, wie die Brexit-Appelle des „Daily Express“ und der „Daily Mail“ sowie die Empfehlungen der „Financial Times“ und des „Guardian“ für den Verbleib unerwartet waren. Der „Express“, dessen Auflage auf 430.000 geschrumpft ist, gehört seit dem Jahr 2000 dem ehemaligen Pornoverleger Richard Desmond. Er unterstützt die rechtspopulistische Partei United Kingdom Independence Party (Ukip), deren Name für sich spricht. Der Erfolg ihrer euroskeptischen Linie war eine der Haupttriebfedern für Camerons fatale Entscheidung, die Bürger über die Zugehörigkeit zur EU abstimmen zu lassen. Desmond hat der Partei mehr als 1,3 Millionen Pfund gespendet.

Tag für Tag wettet sein „Express“ mit reißerischen Titelgeschichten gegen die EU-Mitgliedschaft. Diese Haltung hat Tradition. In den sechziger Jahren, als die Auflage noch bei rund vier Millionen lag, war der „Daily Express“ beinahe die einzige Zeitung, die sich mit aller Entschiedenheit dem britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft widersetzte. Im Oktober 2013 erregte das Blatt Anstoß mit dem Aufruf zu einem Kreuzzug gegen die „neue Flut von rumänischen und bulgarischen Migranten“. Auch jetzt setzt der „Express“ auf das Zuwanderungsargument. Die Empörung vor drei Jahren hält die Zeit-



Aufwärts oder abwärts, rein oder raus? Die Frage beantwortet sich für die Briten am Donnerstag.

Foto Bloomberg

ung nicht davon ab, in der Debatte über das Referendum unablässig belastete Begriffe wie „Schleusentore“ und „Kreuzzug“ zu verwenden. Auf der Titelseite wirbt der „Express“ mit dem emblematischen Bild eines Kreuzritters neben der Parole „Holt uns aus der EU heraus“ für den Brexit.

Auch die „Daily Mail“, die sich als Stimme „Mittelenglands“ versteht, womit die konservative und untere Mittelschicht gemeint ist, legt den Schwerpunkt auf die Ausländerfrage. „Camerons Migrationsbeitrag“, entrüstete das Blatt sich am Dienstag. Der Premierminister habe schon vor vier Jahren erfahren, dass sein Ziel, die Zuwanderung auf einige Zehntausende zu begrenzen, unerreichbar sei, berichtete die „Daily Mail“ unter Berufung auf seinen ehemaligen Strategen Steve Hilton. Der plauderte auf den inneren Seiten nicht zum ersten Mal aus dem Nähkästchen, um das Brexit-Argument zu stärken. Anstand und Toleranz der Briten würden aufs Spiel gesetzt, behauptet Hilton. Die insulare Herrscherklasse verteuere den Zorn der Bevölkerung, den sie doch selbst schüre: indem sie das Bedürfnis der Menschen nach Kontrolle über die Dinge, die ihnen wichtig sind, missachte. Die völlig angemessene Erwartung, dass eine gewählte Regierung die Macht haben sollte, ihre Versprechen einzuhalten, täten die Regierenden einfach ab. „Unerfüllbare Versprechen.

Ein unregierbares Land. Ein politisches Establishment, dem nicht vertraut werden kann.“ Das seien die Zustände, zu denen die EU beigetragen habe. Hiltons Gastbeitrag ist von den redaktionellen Texten nicht zu unterscheiden. Dass die „Daily Mail“ am Tag nach dem Anschlag von Orlando titelte: „Zorn über Verschwörung, 1,5 Millionen Türken nach Großbritannien zu lassen“, statt wie alle anderen Zeitungen mit dem Attentat aufzumachen, verrät, wo die Prioritäten liegen.

Bezeichnend ist allerdings, dass die „Mail on Sunday“ so vehement für den Verbleib in der EU plädiert wie ihre Schwesterzeitung für den Austritt. Die Sympathien des Verlegers, Lord Rothermere, liegen dem Vernehmen nach beim „Remain“-Lager. Er gehört jedoch nicht zu den Zeitungsbesitzern, die sich in die Arbeit der Redaktion einmischen, und dürfte zudem wissen, was er an Paul Dacre, dem überaus erfolgreichen Chefredakteur der „Daily Mail“ hat. Dacres Verhältnis zu Geordie Greig, dem Chefredakteur der Sonntagszeitung, soll allerdings gespannt sein. Die unterschiedlichen Positionen der beiden Titel soll nicht zuletzt Ausdruck eines persönlichen Wettstreits sein. Greig war Literaturchef der „Sunday Times“ und Chefredakteur des Hochglanzmagazins „Tatler“, er ist bestens vernetzt in literarischen Kreisen, die Dacre meidet, und konnte dem Schrift-

steller Ian McEwan ein Plädoyer für den EU-Verbleib entlocken.

Während die Tages- und Sonntagszeitung der „Telegraph“-Gruppe mit einer Stimme für den Austritt aus der Europäischen Union sprechen, sind die Murdoch-Blätter gespalten. In der Vergangenheit hat sich Rupert Murdoch als entschiedener Kritiker der EU hervorgetan. Auf die Frage, weshalb dies so sei, soll er erklärt haben: „Wenn ich in die Downing Street gehe, machen die, was ich sage. Wenn ich nach Brüssel gehe, beachten sie mich nicht.“ Als der Justizminister Michael Gove sich im Februar offen auf die Brexit-Seite schlug, twitterte Murdoch seine Gratulation. Seit seiner Heirat mit Jerry Hall herrscht jedoch Schweigen auf seinem Twitter-Konto. Zyniker meinen, dass Murdoch sich nach allen Seiten absichern wolle, indem er zulasse, dass die „Sun“ und die „Sunday Times“ sich für Brexit aussprechen, während die „Times“ ihr Argument für den Verbleib an die Vision eines neuen von Großbritannien geführten Bündnisses souveräner europäischer Nationen knüpfte, die sich dem freien Handel und der Reform verpflichten.

Die Stellungnahme der „Times“ soll innerhalb der Redaktion heftig debattiert worden sein. Am Beispiel der Unterschiede zwischen der schottischen, irischen und englischen Ausgabe der „Sun“ wird deutlich, dass es nicht nur um hehre Grundsät-

ze geht. Im europhilen Schottland erschien die Zeitung ohne den „BeLeave“-Leitartikel, der in der englischen Ausgabe die Titelseite füllte. Ebenso in Nordirland, wo die Wähler gespalten sind zwischen den Brexit befürwortenden Unionisten und dem EU-Verbleib zuneigenden Nationalisten. Auch der „Telegraph“, der am Dienstag predigte, dass er sich mit der Bejahung des Brexits nicht nach einer „goldenen britischen Ära“ zurücksehne, sondern vorwärtsblicke auf einen Neubeginn für das Land, weiß durch Umfragen, dass die Mehrheit seiner Leser euroskeptisch ist. Dabei stellt sich die alte Frage nach der Henne und dem Ei. Wird der Leser durch die Zeitung geprägt, oder richtet sich die Zeitung nach der vorgefassten Meinung ihrer Klientel?

Beim Referendum von 1975 sprachen sich lediglich der kommunistische „Morning Star“ und die Wochenzeitschrift „Spectator“ gegen die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG aus. Diesmal sind die britischen Zeitungen mehr oder weniger gleichmäßig in EU-Befürworter und -Gegner aufgeteilt, obwohl das in Oxford ansässige Reuters-Institut für das Studium des Journalismus Ende Mai in dem vorübergehenden Ergebnis einer Studie befand, dass die Berichterstattung in den ersten zwei Monaten der Kampagne stark verzerrt gewesen sei: zugunsten des Brexits. GINA THOMAS

Antiterrorereinsatz?

Türkei verhaftet Journalisten

Wozu die von der türkischen Regierung erlassenen „Antiterrorergesetze“ taugen, zeigte sich am Montag. Da wurden der Türkei-Experte der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, Erol Önderoglu, und zwei weitere Regierungskritiker verhaftet, die Vorsitzende der Türkischen Menschenrechtsstiftung, Sebnem Korur Fincanci, und der Journalist Ahmet Aziz Nesin. Önderoglu hatte eine Öffentlichkeitskampagne der prokurdischen Zeitung „Özgür Gündem“ unterstützt, die sich gegen den zunehmenden Druck auf die Zeitung richtet. Er habe sich persönlich hinter die Aktion gestellt, nicht im Auftrag von „Reporter ohne Grenzen“, sagte Önderoglu der Deutschen Presse-Agentur. Nun wird ihm und den beiden anderen Verhafteten „Terrorpropaganda“ vorgeworfen. Die Anklage richtet sich gegen sie und gegen einunddreißig weitere Journalisten. Sie alle beteiligten sich an der Solidaritätsaktion für die Zeitung „Özgür Gündem“, bei der seit dem 3. Mai, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, jeden Tag ein anderer den Posten des Chefredakteurs besetzt.

Önderoglu veröffentlichte, den Angaben von „Reporter ohne Grenzen“ zufolge, zudem mehrere Artikel in „Özgür Gündem“, die sich mit Machtkämpfen innerhalb der türkischen Sicherheitskräfte und dem Vorgehen gegen kurdische Rebellen befassten. „Es ist unfassbar, dass die Türkei nicht einmal davor zurückschreckt, ihre zutiefst undemokratischen Antiterrorergesetze gegen derart prominente Verteidiger der Pressefreiheit einzusetzen“, sagte der Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“ in Berlin, Christian Mihr. Önderoglu arbeite seit zwanzig Jahren für die Organisation: „Wir fordern die sofortige Freilassung unseres Korrespondenten und aller anderen in der Türkei inhaftierten Journalisten.“ geht

Größenwahnsinnig sind immer die anderen

„Neunzig Prozent originell“: Schweizer Medienzampano Roger Schawinski setzt mit einem Buch neue Maßstäbe

GENÈ, 21. Juni
Jetzt, im Alter von 71 Jahren, will Roger Schawinski offenbar das Reinheitsgebot intellektueller Erzeugnisse neu definieren. Und die berühmte „Appellation d'origine contrôlée“ der Franzosen – die bekanntlich das Urheberrecht erfanden, für Wein und Käse und andere edle Produkte mit lupenreiner Herkunft –, nach den veränderten Kriterien des Internetzeitalters modernisieren. Erstaunlich ist das nicht: Schawinskis erste Liebe war der Konsumentschutz. Am Anfang seiner glorreichen Karriere erfindet er das Magazin „Kassensturz“ für das Schweizer Fernsehen. Auch noch als Pionier gründete er den Piratensender „Radio 24“, der aus Italien sendete und für den die Zürcher Jugend auf die Straßen zog. Der Sender machte ihn zum Unternehmer.

Ihren internationalen Höhepunkt erreichte seine Laufbahn mit der Erneuerung zum Geschäftsführer von Sat.1. Dem damaligen Eigentümer der Sendergruppe, Haim Saban, ebneten Schawinski und seine Mitstreiter den Weg zu einem Milliardenverdienst, den Saban beim Verkauf der Sender erzielte. Von sich selbst sagt Schawinski im Rückblick: „Als Chef von Sat.1 entwickelte ich eine gewisse Demut.“ Diese Weisheit formulierte er gerade in einem der vielen Interviews, die er zum Erscheinen seines neuen Buchs gab. Es ist gewissermaßen die Fortsetzung seiner Autobiographie „Wer bin ich?“, mit der er seinen Siebzigsten gefeiert hatte, und bekam den Titel, der jetzt die Antwort gibt: „Ich bin der Allergrößte“ (Verlag Kein & Aber).

Muhammad Ali ist gerade gestorben. Er hatte in Schawinskis Jugend dem Begriff „the greatest“ eine neue – politische – Dimension verliehen, die in den Nachrufen gewürdigt wurde. Mit dem Titel von den „Allergrößten“ suggeriert Roger Schawinski, dass er es ironisch meint. Doch fragt man sich, wie er das einzulösen glaubt. Er schreibt über Menschen wie Jörg Kachelmann, Josef Ackermann, Sepp Blatter, Daniel Vasella (den Exchef von Novartis), Marcel Ospel (Exchef der UBS). Erstaunlich viele Schweizer kommen in dem Buch vor. Lance Armstrong, Steve Jobs und Franz Beckenbauer. Ihm bescheinigt Schawinski – immer im Vergleich zu seiner eigenen Wenigkeit – eine „größere Fallhöhe, denn er war der Kaiser“. Das steht im selben Interview mit dem „Blick“, in dem Schawinski davon spricht, eine „gewisse Demut“ entwickelt zu haben. Um welche Art Demut auch immer es sich dabei handelt.

Wichtige Titel der Sonntagspresse hatte Roger Schawinski für die Lancierung seines Buchs gewinnen können. Die NZZ brachte einen Vorabdruck. Am vergangenen Montag begann der Verkauf – den der „Tages-Anzeiger“ so richtig zu vermiesen verstand. Die Kulturredaktion der Zeitung entlarvte den Autor als Abschreiber bei Wikipedia und „Spiegel online“. Das sei „die Schawinski-Methode“. Die Zeitung hatte auch gleich noch ein Interview mit Ulrich Nolte, Lektor im Verlag C.H. Beck, zur Hand: „Das ist Betrug am Leser.“ Nolte verfügt über einschlägige Erfahrungen mit einem Buch über historische Seeschlachten, das seinerzeit vom Markt genommen wurde, obwohl es sich, wie eine juristische Prüfung ergeben habe, nicht um eine Urheberrechtsverletzung gehandelt habe. Aber es habe „gegen die guten Sitten“ verstoßen.



Nicht nur die Schweizer kennen ihn aus Funk und Fernsehen: Roger Schawinski Foto AP

Sehr viel entlarvender als die Recherche des „Tages-Anzeigers“ ist die Verteidigung von Roger Schawinski, der sich in einem Interview mit dem Medienportal „persönlich“ rechtfertigte. „Sack-schwach“ sei die „Beweisführung“ der Ankläger und „verräterisch“. Er kenne sehr wohl die Unterschiede zwischen einem Sachbuch, das kein Fachbuch ist, und einer Dissertation – eine Politikerin hatte er in dieser Hinsicht in seiner Fernsehsendung einmal scharf attackiert. In seinem Fall beruft er sich auf einen „kompilatorischen Teil“ und den „originellen Teil mit vielen Primers, Begegnungen, Zitaten und Einschätzungen“, der „weit über 90 Prozent ausmache“. Auf „originäre Quellen“ habe er stets hingewiesen, sagte er mit Blick auf die Kritik des „Tages-Anzeigers“: „Ich habe mich völlig korrekt verhalten (...) Aber mit meinem Namen und einem riesigen Bild will man offensichtlich Aufmerksamkeit für den bedenklich schwächelnden Kulturteil holen. Nur vom Buch erfährt man nichts. Das nenne ich Service.“

Das Buch handelt von Männern, die nach Geld und Macht gieren. „Doch wo endet ihr Streben nach oben?“ Auf dem Klappentext wird die Frage gestellt und beantwortet: „Roger Schawinski findet den gemeinsamen Nenner dieser Männer in der Hybris: eine extreme Form der Selbstüberschätzung und Hochmut“, der bekanntlich vor dem Fall kommt. Aus der Summe dieser Existenzen konstruiert Schawinski sein eigenes Über-Ich. Seine Leser werden sich unweigerlich fragen, an welchen Stellen des Buchs sich der Autor selbst meint. Ob er an seine Abstriche beim intellektuellen Reinheitsgebot (neunzig Prozent Original, zehn Prozent kopiert) glaubt? Unsererseits hätten wir ihm ein klein wenig mehr Geschick bei der Abrechnung mit dem Größenwahn der anderen zugestanden. JÜRGEN ALTWEGG

8.17 Uhr

Im Deutschlandfunk packt ein einstiger EU-Kommissar aus

Wodurch zeichnen sich die Institutionen der Europäischen Union aus? Durch „Fremdbestimmung“, ein hohes „Ausmaß der Bürokratie“, „demokratische Defizite und „zu viel Harmonisierung und Gleichmacherei“. Wer sagt das? Es ist nicht der Ukip-Chef Nigel Farage und auch kein anderer Befürworter des Brexit, sondern jemand, der weiß, wovon er spricht. Denn er hat bei alldem lange mitgemacht und ist weiterhin felsenfest davon überzeugt, dass es für alle von Vorteil ist, wenn die Briten Mitglied in der Europäischen Union bleiben. Ein Austritt Großbritanniens hingegen wäre – so seine persönliche Meinung – eine Katastrophe, denke man allein an die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Man traute seinen Ohren nicht, all das im Morgeninterview des Deutschlandfunks zu hören, der einen mit seiner stupenden, vierundzwanzig Stunden am Tag erbrachten Informationsleistung fast mit der Privatfliegerei der öffentlich-rechtlichen Sportkollegen bei der Fußball-EM in Frankreich verhöhnt (F.A.Z. vom 21. Juni). Denn da sprach von „Fremdbestimmung“ – was der Moderator Dirk-Oliver Heckmann eigens vermerkte, an diesem Dienstag „im Deutschlandfunk um 8.17 Uhr“ – Günter Verheugen, seines Zeichens ehemaliger Vizepräsident der EU-Kommission und pensionierter Erweiterungskommissar. Er machte deutlich, wie berechtigt die Kritik an der Verfasstheit der EU war und ist, und erinnerte an die Zeit vor dem chauvinistischen Überschwang, mit dem heute von Europa gesprochen und in einigen europäischen Ländern Politik gemacht wird. Die Frage ist nur, warum all die Jahre, in denen die Briten und andere, wie Verheugen meint, Fehlentwicklungen „präzise“ benannten, in der EU-Kommission, im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat niemand die richtigen Schlüsse zog. Der ehemalige Erweiterungskommissar, das muss man Verheugen zugutehalten, hatte schon während seiner Amtszeit (1999 bis 2010) gemahnt und im Jahr 2005 bemerkt, dass würde sich die EU um den Beitritt zur EU bewerben, man sagen müsste: „demokratisch ungenügend“. Vor elf Jahren also gab es für die EU im Hauptfach Demokratie eine glatte Sechse. Und gestern, um 8.17 Uhr, war es im Ringen um den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union fünf vor zwölf – vor dem möglichen Austritt einer Nation, der wohl in Sachen Demokratie niemand ein „ungenügend“ attestieren würde. Wo ist bloß die Zeit geblieben? miha.

Döpfners Worte

Erdogan unterliegt vor Gericht

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat im Rechtsstreit mit dem Springer-Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner eine Niederlage erlitten. Das Oberlandesgericht Köln wies Erdogans Beschwerde gegen eine Entscheidung des Landgerichts Köln ab. Jetzt kann Erdogan noch den Verfassungsbeschwerden einlegen. Döpfner hatte sich in einem Zeitungstext mit dem ZDF-Moderator Jan Böhmermann solidarisiert und dessen „Schmähhkritik“-Gedicht auf Erdogan gelobt. Das OLG wertete Döpfners Einlassung als vom Grundgesetz geschützte zulässige Meinungsäußerung. F.A.Z.

In medias res

Gegen den kleinen Alltagsfrust helfen per SMS diese Bildzeichen: Blitz, Revolver, Bombe, Messer, Totenschädel mit gekreuzten Knochen, Schwert, Hammer, Spitzhacke und dann vielleicht noch die Rakete zum Aufdenmond-Schießen. Das sind geeignete Emojis, um fluchbeladene Sprechblasen zu tippen, wie sie Asterix und Obelix alle Ehre machen würden. So verschafft man sich medial zumindest ein kleines bisschen Luft, wenn schon cholerische Anfälle in der Öffentlichkeit sozial geächtet sind und Krakeeler als Fall für Zen-Meditationskurse gelten. Einatmen, ausatmen, seine Wut loslassen. Ob das so gesund ist? Apple und Microsoft jedenfalls wollen den gesimsten Wutausbrüchen künftig Grenzen setzen. Als das Unicode-Konsortium unlängst sieben neue Emojis vorstellte, die 2017 die internationale Bildsprache ergänzen sollten, montierten die beiden Digitalkonzerne ein geplantes Jagdgewehr-Zeichen. Es soll die Sportwaffe eines Biathleten darstellen. Auch die stilisierte Pistole eines Modernen Fünfkämpfers erregte Anstoß. Die Unternehmen äußerten sich nicht zu ihrer ablehnenden Haltung, aber Medienberichte legen nahe, dass Schusswaffen nach dem Anschlag von Orlando in Amerika nicht mehr als geeignete Kandidaten für lustige Piktogramme gelten. Was eine einigermaßen absurde Empfindlichkeit wäre angesichts der Tatsache, dass man in den Vereinigten Staaten ohne Schwierigkeiten alle möglichen Waffen kaufen und man auf Facebook einen Doppelmord live streamen kann. Das sind Gründe für Empörung, die allerdings nach stärkeren Ausdrucksformen verlangen als eine mit Waffenbildchen gespickten Emojii-Wutblase. eer.

Fernsehen am Mittwoch Aktualisiertes und ausgewähltes Programm

ARD	ZDF
<p>5.30 ZDF-Morgenmagazin 9.05 Rote Rosen 9.55 Sturm der Liebe 10.45 Gefragt – Gejagt 11.35 Seehund, Puma & Co. Umzug und Einweisung 12.00 Tagesschau 12.15 ARD-Buffet. Heute zeigt Sören Anders, wie man Arjomalho (portugiesische Gazpacho) mit getränten Garnelen zubereitet 13.00 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 Tagesschau 14.10 Rote Rosen 15.00 Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe 16.00 Tagesschau 16.10 Panda, Gorilla & Co. Geschichten aus dem Zoo Berlin und dem Tierpark Berlin 17.00 Tagesschau 17.15 Brisant. Boulevardmagazin 18.00 Wer weiß denn sowas? 18.50 Hubert und Staller. Krimiserie. Die Radieschen von unten 19.45 Wissen vor acht – Werkstatt 19.50 Wetter 19.55 Börse vor acht</p>	<p>5.30 ZDF-Morgenmagazin 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne – Service täglich. Europa vor dem Brexit? Talk mit Antje Pieper 10.30 Die Rosenheim-Cops. Krimiserie. Tod auf Waikiki 11.15 SOKO Wismar. Krimiserie. Über sieben Brücken 12.00 heute 12.10 drehscheibe. EM-Fankneipe in Dortmund: Stimmung vor Deutschland – Nordland 13.00 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 heute – in Deutschland 14.15 Die Küchenschlacht 15.00 heute Xpress 15.05 Bares für Rares 16.00 heute – in Europa 16.10 SOKO Wien. Krimiserie. Das schwarze Schiff 17.00 heute Xpress 17.05 ZDF EM Live. Aus Paris 18.00 Fußball. EM. Aus dem Stade de France, Saint-Denis bei Paris. Vorrunde, Gruppe F: Ungarn – Portugal. Kom.: Béla Réthy</p>
<p>20.00 Tagesschau 20.15 Herbstkind Dt. Drama mit Katharina Wackernagel, Felix Klare, Saskia Vester. Regie: Petra Katharina Wagner, 2012. Die Hebamme Emilia und ihr Mann Christoph erwarten ihr erstes Kind. Doch Emilia spürt bald, dass sie dieses Kind nicht lieben kann und gleitet nach der Geburt immer stärker ab in eine Depression. 21.45 Mordkommission Istanbul Der Preis des Lebens Dt. Krimi mit Erol Sander, Oscar Ortega Sánchez, Katja Studt. Regie: Michael Kreindl, 2011 23.15 Tagesthem 23.45 Maischberger Sprengstoff Brexit: Fliegt Europa auseinander? Zu Gast: Francis Fulton-Smith, Wolf von Lojewski, Anja Kohl, Jean Asselborn, Roger Köppel 1.00 Nachtmagazin 1.20 Herbstkind Dt. Drama mit Katharina Wackernagel, 2012</p>	<p>20.00 ZDF EM live Aus Paris. Highlights. Analysen, Interviews Fußball EM. Aus dem Stade Pierre-Mauroy, Lille. Vorrunde, Gruppe E: Schweden – Belgien Kommentar: Oliver Schmidt Die „Roten Teufel“ mit Kevin De Bruyne mussten in ihrem ersten Gruppenspiel eine 0:2-Niederlage gegen Italien hinnehmen. Jetzt bekommen sie es im Stade de Nice mit Schweden zu tun. 23.00 ZDF EM Live Highlights 23.30 auslandsjournal spezial Bye-bye EU? Großbritannien vor der Brexit-Entscheidung auslandsjournal – die dok Das gespaltene Königreich – Die Briten und der Brexit 0.00 heute+ Magazin 0.30 Die Akte VW – Geschichte eines Skandals Dokumentation 1.30 Kommissar Lucas Die sieben Gesichter der Furcht. Dt. Krimi mit Ulrike Kriener, 2012</p>

ARTE	3 sat	RTL
<p>6.05 Frankreichs mythische Orte 6.30 Xenius 7.00 Abgedreht! 7.35 Journal Junior 7.45 Kanadas Nationalparks 8.30 Xenius 9.25 Welt unter Strom (1-3/3) 12.35 Das Glück liegt auf dem Teller 13.20 ARTE Journal 13.55 Treibsand. Franz. Tragikomödie. 2013 15.20 Reise durch Amerika. Mexiko – Pfeifsprache der Indianer Oaxacas 15.50 Wie das Land, so der Mensch. Spanien: Palmenhain von Elche 16.15 Im Bann der Jahreszeiten. Sommer: Gluthitze 17.00 Xenius. Fußballstudio: Hinter den Kulissen 17.30 Der Streitwagen des Pharaos. Dokumentation 18.25 Tierisch abgehoben (3/3) Ein Flügelschlag genügt 19.10 ARTE Journal 19.30 Die Kanarischen Inseln. Gran Canaria und La Gomera</p>	<p>5.10 Mit dem Zug durch... Finnland 6.20 Kulturzeit 7.00 nano 7.30 Alpenpanorama. Reihe 9.00 ZIB 9.05 Kulturzeit 9.45 nano 10.15 NDR Talk Show Classics 11.15 Mit Milbergs im Museum 11.30 Über den Berg – Mit dem Rennrad zu neuem Lebensmut 12.00 Laufen bis zum Umfallen – Die Schuttester von Sachsenhausen 12.30 Zwischen Traum und Trauma 13.00 ZIB 13.20 Terra X 14.50 Deutschlands Traumstraßen (1/5) Die Burgenstraße 15.30 Deutschlands Traumstraßen (2/5) Die Alleenstraße 16.15 Deutschlands Traumstraßen (3/5) Die Alpenstraße 17.00 Deutschlands Traumstraßen (4/5) Die Weinstraße 17.45 Deutschlands Traumstraßen (5/5) Die Silberstraße 18.30 nano 19.00 heute 19.15 Kulturzeit</p>	<p>6.00 Guten Morgen Deutschland 8.30 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap 9.00 Unter uns. Soap 9.30 Betrugsfälle. Doku-Soap 10.00 Die Trovatos – Detektive decken auf. Doku-Soap 11.00 Die Trovatos – Detektive decken auf. Doku-Soap 12.00 Punkt 12. Das RTL-Mittagsjournal 14.00 Der Blaulicht-Report. Aufregende Geschichten aus dem Berufsalltag von Polizisten, Sanitätern und Notärzten 16.00 Verdachtsfälle. Doku-Soap 17.00 Betrugsfälle. Doku-Soap 17.30 Unter uns. Soap. Mit Tabba Heynig 18.00 Explosiv – Das Magazin 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin 18.45 RTL aktuell 19.03 Wetter 19.05 Alles was zählt. Soap. Mit Silvan-Pierre Leirich 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap. Mit Janina Ulsh</p>
<p>20.15 Die geliebten Schwestern Dt./Österr./Schweiz. Historienfilm mit Hannah Herzsprung, Florian Stetter, Henriette Confurius, Regie: Dominik Graf, 2014. Der junge Friedrich Schiller verliebt sich in die Schwestern Charlotte und Caroline von Lengfeld und verbringt mit ihnen eine glückliche Zeit. Doch am Ende des Sommers gerät die Liebe in Gefahr. 22.55 Die große Literatur (4/4) Hans Christian Andersen's Orient 23.45 Der Richter Dän./Engl. Drama mit Peter Gantzler, Mickey Skeel Hansen, Benjamin Bøe Rasmussen. Regie: Gert Fredholm. 2005 Der Richter Jens Christian Poulsen, Vorsitzender des dänischen Flüchtlingskomitees, verweigert dem Georgier Sergo Bladze das Bleiberecht. Daraufhin gerät der Jurist massiv unter Druck. 1.15 The Legacy (4-6/10) Drama-serie. Mit Trine Dyrholm</p>	<p>20.00 Tagesschau 20.15 Der Doc und die Hexe (2/2) Dt. Komödie mit Christiane Paul, Dominic Raacke, Katrin Saß Regie: Vivian Naefe, 2010. Die Amnesie scheint Dr. Wu in einen anderen Menschen verwandelt zu haben. Er schätzt Sophie nun sogar als kompetente Ärztin. Was ändert sich jedoch, als Dr. Wu sein Gedächtnis zurückerlangt. 21.45 Best of Lars Reichow (2/2) Show 22.30 Kalahari Gensmen Show 22.55 Das Leben vor meinen Augen Amerik. Thriller mit Uma Thurman, Evan Rachel Wood, Eva Amurri Martino. Regie: Vadim Perelman, 2007. Diana hat einen Amoklauf an ihrer Schule überlebt. Als sie nach 15 Jahren den Ort des Grauens aufsucht, erlebt sie eine Überraschung. 0.15 Der Bestatter (3/4) Krimiserie Von Null auf Hundert 1.15 ECO Magazin</p>	<p>20.15 Die 10 (3/5) – absurdesten TV-Ideen. Der Glückssucher / Prinz sucht Prinzessin. Moderation: Sonja Zietlow. Der Finne Petri Luukkainen sperrt all seine Habseligkeiten in ein Depot, um herauszufinden, was wirklich glücklich macht. Der 26-Jährige geht dabei besonders radikal vor. Wo landet er im Ranking? 21.15 I Like the 90's (3/5) Show Moderation: Jan Köppen 22.15 „Stern“ TV Gefährliche Motorradclubs: Wie Bernd W. vom Rocker zum Gejagten wurde / Hauptschule – und dann? stern TV begleitet Teenager auf ihrem Weg ins Arbeitsleben / Extremsport Kitesurfen: Shootingstar Marius Hoppe will Weltmeister werden / Jakobsweg geschäftl! So erfüllte sich ALS-Patientin Sabine Niese ihren großen Traum. Moderation: Steffen Hallaschka 0.00 RTL Nachtjournal</p>

SAT 1
<p>5.05 Auf Streife 5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen. Magazin 10.00 Auf Streife – Die Spezialisten. Reportagerihe 11.00 Richterin Barbara Salesch. Show 12.00 Richter Alexander Hold. Show 13.00 Richter Alexander Hold. Show 14.00 Auf Streife. Reportagerihe 15.00 Auf Streife – Die Spezialisten. Reportagerihe 16.00 Auf Streife. Reportagerihe 16.55 Sat.1 Nachrichten 17.00 Fußball. EM. Vorrunde, Gruppe F: Island – Österreich. Moderation: Matthias Killing, Frank Buschmann. Kommentar: Matthias Stach. Die isländische Elf traf bisher nur dreimal auf die österreichische Nationalmannschaft, wobei sie keines der Spiele für sich entscheiden konnte. Zuletzt endete ein Freundschaftsspiel im Jahr 2014 mit 1:1.</p>
<p>20.20 Fußball EM. Aus dem Stade Pierre-Mauroy, Lille. Vorrunde, Gruppe E: Italien – Irland Moderation: Matthias Killing, Frank Buschmann. Kommentar: Hansi Küpper, Die Italiener schossen den Sieg im Spiel gegen Schweden auf den letzten Drücker und errangen damit ihren zweiten Gruppensieg. Die „Azzurri“ kamen somit einen Schritt weiter im Turnier. Irland hingegen war nicht imstande, sich gegen die Belgier durchzusetzen und musste eine 0:3-Pleite hinnehmen. Die Iren können bisher nur einen einzigen Punkt vorweisen. 23.45 EM Talk – Expertenrunde Moderation: Frank Buschmann 0.45 Fußball Copa América Vorbericht und Highlights 2.00 Fußball Copa América. Aus dem Soldier Field in Chicago (USA) 2. Halbfinale: Kolumbien – Chile</p>

Radio am Mittwoch

HÖRSPIEL
<p>20.00 „Die Juden“ – NDR Kultur Nach Gotthold Ephraim Lessing, ca. 61 Min. 20.03 „Die Fieberkurve“ (1) – BR 2 Nach Friedrich Glauser, ca. 57 Min. 21.00 „Das Zeitmesser“ – HR 2 Von Johannes Tröndle, ca. 90 Min. 21.30 „Im Inneren des Landes“ – DKultur Nach Dirk Brauns, ca. 60 Min.</p>
<p>KLASSIK 20.03 Konzertabend – BR-Klassik Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 7 „Dur, „Leningrader“ (Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks, Leitung: Mariss Jansons), Aufnahme vom 21. März 2016 in der Mailänder Scala, ca. 72 Min. 20.03 Schwetzingen Festspiele – DKultur Joseph Haydn: Sonate für Klavier Nr. 60 C-Dur, Nr. 61 D-Dur, Nr. 62 Es-Dur (András Schiff, Klavier), ca. 87 Min.</p>
<p>20.04 Kammerkonzert in NRW – WDR 3 J.S. Bach: Sonate g-Moll BWV 1020, Debussy: Prélude à l'après-midi d'un faune, Saint-Saëns: Fantaisie op. 124; Hovhannès: The Garden of Adonis op. 245; Caplet: Deux petites pièces; Doppler/Zamara: Casilda Fantaisie (Queens Duo), ca. 116 Min.</p>
<p>FEATURE & MAGAZIN 6.05 Musik – WDR 3 Das Reich: Deutschland als multireligiöser Staat – eine Herausforderung 6.05 Kulturfrühstück – HR 2 Ferhat: Udo Lindenberg in der Frankfurter Festhalle 8.30 KulturTalk – BR 2 Ua: „Am I Dandy?“ – Anleitung zum extravaganteren Leben“ im Schwulen-Museum Berlin ca. 30 Min. 10.05 Netzbuch – BR 2 Hartz IV und das EU Recht, ca. 55 Min. 10.10 Länderzeit – DLF Köln Welche Gefahren gehen heute von der Atomkraft aus?, ca. 80 Min. 11.55 Verbrauchertipp – DLF Köln Sonnencremes, ca. 5 Min. 12.05 Doppelkopf – HR 2 Mit Jochen Hörisch, Medienwissenschaftler ca. 55 Min. 14.04 Scala – WDR 5 Ua: Wie Tracking-Programme die Literatur verändern, ca. 55 Min. 14.35 Campus und Karriere – DLF Köln Studentischer Protestkultur, ca. 25 Min. 14.55 Die Buchkritik – SWR 2 Dominique Manotti: Schwarzes Gold ca. 5 Min. 16.05 Eins zu Eins – BR 2 Gast: Wigald Boning, Entertainer, ca. 55 Min. 16.10 Zu Gast – RBB Kulturradio Georg Blochmann, Leiter des Goethe-Instituts in Warschau, ca. 35 Min. 16.10 Büchermarkt – DLF Köln Ua: Anne Cottar: Verbannt! ca. 20 Min. 17.05 Forum – SWR 2 Partei ohne Tabus? Der Fall Gedeon und die AfD, ca. 45 Min. 17.35 Kultur heute – DLF Köln Ua: Filmförderung – worum geht es eigentlich?, ca. 25 Min. 18.05 Der Tag – HR 2 Prügel, dopen, dementieren – Fairplay auf Russisch, ca. 5 Min. 18.05 IQ – Wissenschaft und Forschung – BR 2 Ua: Wo soll Gentherapie aufhören? ca. 25 Min. 19.05 Zündfunk – BR 2 1000 Jahre Sex, ca. 55 Min. 19.15 Zur Diskussion – DLF Köln Die SPD vor dem Wahlkampfjahr 2017 ca. 40 Min. 19.30 Feature – DKultur Der Weltmachtwahn, Hitlerdeutschland im Zweiten Weltkrieg, ca. 30 Min. 20.04 Tischgespräch – WDR 5 Mit der Journalistin Lisa Ortgies, ca. 56 Min. 20.10 Aus Religion und Gesellschaft – DLF Köln Wie Christen und Muslime mit Religionskritik umgehen, ca. 20 Min. 20.30 Das Forum – NDR Info Eingesperrt im Paradies: Australien und seine Flüchtlingspolitik, ca. 20 Min. 21.05 Redezeit – NDR Info Warum bekommen Frauen weniger Gehalt als Männer?, ca. 55 Min. 21.05 Dossier Politik – BR 2 Aus den Augen aus dem Sinn? Die Lage der Flüchtlinge in Europa, ca. 55 Min. 22.00 Feature – MDR Kultur, RBB Kulturradio Vom Überfall auf die Sowjetunion, ca. 60 Min. 22.03 ARD radiofeature – SWR 2 Folterkammer Eritrea. Feature über die Finanzierung einer Diktatur, ca. 57 Min. 23.05 Fazit – DKultur Ua: Michel Houellebecq kuratiert sich selbst im Palais de Tokyo, ca. 55 Min.</p>

Pro Sieben	Hessen
<p>5.20 How I Met Your Mother 6.05 Two and a Half Men 7.55 2 Broke Girls 8.45 The Big Bang Theory 10.30 Mike & Molly 11.25 How I Met Your Mother 12.20 Two and a Half Men 14.10 2 Broke Girls 15.05 The Big Bang Theory 17.00 taff 18.00 Newstime 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo 20.15 Bad Sitter. Amerik. Komödie, 2011 21.50 Fun Size – Süßes oder Saures. Amerik. Komödie, 2012 23.30 Carriers. Amerik. Horrorthriller, 2009 1.05 Fringe</p>	<p>5.25 Rudi Rüssel 5.55 hallo hessen 6.35 hessenschau 6.50 hallo hessen 7.40 In aller Freundschaft 8.25 Brisant 9.05 Maintower 9.30 hessenschau 10.00 Gira & Co. 10.50 Was macht die Zeit, wenn sie vergeht? (5/6) 11.20 Rote Rosen 12.10 Sturm der Liebe 13.00 Uta Danel-la: Tanz auf dem Regenbogen. Dt. Melodram, 2007 14.30 Liebe im Haltverbot. Dt. Komödie, 2008 16.00 hallo hessen 16.45 hessenschau 17.00 hallo hessen 17.50 hessenschau 18.00 Maintower 18.25 Brisant 18.50 Service: Trends 19.15 Alle Wetter! 19.30 hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Mex – Das Markt-magazin 21.00 Alles Wissen 21.45 Klinik: Check Hesse (2) 22.30 hessenschau kompakt 22.45 defacto 23.15 Zwei Tage Paris. Franz./Dt. Liebeskomödie, 2007 0.50 ist Paris. Franz. Romantikkomödie, 2008</p>
Phoenix	NDR
<p>7.30 Können Tiere denken? 8.15 Täuschen und Tarnen 9.00 Vor Ort 9.10 Das Tagesgespräch zum EU-Referendum in Großbritannien 9.30 Brexit XXL 11.15 Gemeinschaft war gestern: Europa ohne Zukunft 18.30 Können Tiere denken? 19.15 Tauschen und Tarnen 20.00 Tagesschau 20.15 Sowjetarmee geheim 21.45 ZDF-History 22.15 Phoenix-Runde 23.00 Der Tag 0.00 Phoenix-Runde</p>	<p>6.00 Sesamstraße 6.20 mareTV kompakt 6.35 Abenteurer Diagnose 7.20 Rote Rosen 8.10 Sturm der Liebe 9.00 Nordmagazin 9.30 Hamburg Journal 10.00 SH-Magazin 10.30 Regional 11.00 Hallo Niedersachsen 11.30 Die fantastische Reise der Vögel 12.15 In aller Freundschaft 13.00 NaturNah 13.30 Brisant 14.00 NDR/aktuell 14.15 Bilderbuch 15.00 NDR/aktuell 15.15 Die Ostküste der USA 16.00 NDR/aktuell 16.10 Mein Nachmittag 17.10 Seehund, Puma & Co. 18.00 Regional 18.15 Wie geht das? Großmarkt 18.45 DAS! Zu Gast: Christian Kuhn, Sabine Meyer, 19.30 Regional 20.00 Tagesschau 20.15 Expeditionen ins Tierreich 21.00 Der XXL-Ostfriese 21.45 NDR/aktuell 22.00 Großstadtrevier 22.50 Neues aus Büttendorfer 23.15 Tatort. Zeitzeugin. Dt. Krimi, 1990 0.45 Kommissar LaBréa – Mord in der Rue St. Lazare. Dt. Kriminalfilm, 2010</p>
Teles 5	RBB
<p>5.40 Reich und schön 6.00 Joyce Meyer 6.24 Dauerwerbesendung 7.25 Joyce Meyer 7.54 Dauerwerbesendung 14.05 Star Trek – Deep Space Nine 15.05 Star Trek – Das nächste Jahrhundert 16.05 Star Trek – Raumschiff Voyager 18.05 Star Trek – Deep Space Nine 19.00 Star Trek – Das nächste Jahrhundert 20.05 Hörschilde Konzentration 20.15 Demoted. Amerik. Komödie, 2011 22.10 Elevator. Amerik. Thriller, 2011 23.50 Open House – Willkommen in der Nachbarschaft. Amerik. Thriller, 2010 1.20 Final Approach – Im Angesicht des Terrors (1/2) Amerik. Actionfilm, 2007</p>	<p>6.20 Rote Rosen 7.10 Sturm der Liebe 8.00 Brandenburg aktuell 8.30 Abend-schau/Brandenburg aktuell 9.00 zibb 9.55 ARD-Buffet 10.40 Heimat ist kein Ort. Dt. Drama, 2015 12.10 Verrückt nach Meer 13.05 Schloss Einstein 13.30 Der Berlin-Brandenburg Check 14.15 Planet Wissen 15.15 Von Helsinki nach Karelien 16.00 rbb UM4 17.05 Panda, Gorilla & Co. 18.00 rbb UM6 18.30 zibb 19.30 Abend-schau/Brandenburg aktuell 20.00 Tagesschau 20.15 Die große Show der Naturwunder 21.45 rbb aktuell 22.15 was! 22.45 My Blueberry Nights. Hongkong/Chin./Franz. Liebesfilm, 2007 0.15 Heimat ist kein Ort. Dt. Drama, 2015</p>
KIKA	WDR
<p>6.30 Ben & Holly 6.55 Ene Mene Bu 7.05 Tauch, Timmy, Tauchi! 7.25 Die Sendung mit dem Elefanten 7.50 Pocoyo 8.00 Sesamstraße 8.25 Dinosaurier 8.50 Die Abenteuer von Lolulu und Malalua 9.00 Prinzessin Lillifee 9.25 Roary, der Rennwagen 9.45 Abby's fliegende Feenschule 9.55 Au Schwart! 10.18 Kikaninken 10.25 Mook, der Weltreisebär 10.50 Die Meeresprinzessinnen 11.15 Lassie 11.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo 12.05 Talabuga 12.25 Garfield 12.55 Rocket & Ich 13.15 Pietsi irer Pleiten 13.40 Die Pfefferkörner 14.10 Schloss Einstein 15.00 In Your Dreams 15.50 Stoked 16.20 Pippi Langstrumpf 17.10 Der kleine Ritter Trenk 17.35 Die Abenteuer des jungen Marco Polo 18.00 Der kleine Nick 18.15 Ben & Hollies kleines Königreich 18.35 Lilly Strandschatz Eiland 18.50 Sandmännchen 19.00 Lassie 19.25 pur+ 19.50 logo! 20.00 Ki.Ka Live 20.10 Die Mädchen-WG</p>	<p>6.00 Landesschau 7.00 Geo-Tour (1/4) 7.35 Schätze der Welt 7.50 Treffpunkt 8.20 Eisenbahn-Romantik 8.50 Landesschau Rheinland-Pfalz 9.35 Landesschau BW 10.20 natürlich! 10.50 ARD-Buffet 11.35 Panda, Gorilla & Co. 13.15 Planet Wissen 14.15 Eisenbahn-Romantik 15.15 Erlebnis Erde 16.05 Kaffee oder Tee 18.00 Landesschau aktuell 18.15 made in Süd-</p>



ARTE, 20.15 Uhr, Die geliebten Schwestern, Charlotte von Lengfeld (Henriette Confurius) hat sich in Friedrich Schiller verliebt. Foto: ARTE

Anna. Dt. Melodram, 2005 16.00 WDR aktuell 16.15 daheim & unterwegs 16.00 WDR aktuell / Lokalzeit 18.15 Servicezeit 18.45 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Der Discounter-Check 21.00 Die ErnährungsDocs 21.45 WDR aktuell 22.10 Die Story im ersten 22.55 Nacht und nachhaltig – Portland ist anders 23.25 Das Bonn-Berlin Duell 0.10 Heimatabend Bonn 1.00 Domian west 18.45 Landesschau BW 19.30 SWR Landesschau aktuell 20.00 Tagesschau 20.15 betrifft... Alpen abgezockt – Berge, Schnee und Billiglöhne 21.00 Hin und weg am Flughafen 21.45 Landesschau aktuell 22.00 Pfarrer Braun, Drei Särge und ein Baby. Dt. Krimi, 2006 23.25 Die mit dem Bauch tanzen. Dt. Dokumentarfilm, 2013 0.40 Die Zukunft gehört uns. Dt. Dokufilm, 2014 1.40 Die Alpen – Unsere Berge von oben. Dt. Dokufilm, 2013

MDR	Bayern
<p>6.20 LexiTV 7.20 Rote Rosen 8.10 Sturm der Liebe 9.00 Brisant 9.40 Einfach genial 10.05 Verrückt nach Meer 11.00 MDR um elf 11.40 In aller Freundschaft 12.25 Stagecoach – Höllenfahrt nach Lordsburg. Amerik. Western, 1986 14.00 MDR um zwei 15.00 LexiTV 16.00 MDR um vier 17.45 MDR aktuell 18.10 Brisant 18.54 Sandmännchen 19.00 Regional 19.30 MDR aktuell 19.50 Tierisch, tiensch 20.15 Die besten Hits aller Zeiten (2/5) 22.30 MDR aktuell 22.50 Polizeiruf 110. Die Frau des Fleischers. Dt. Krimi, 2001 0.20 Kanzleramt Pforte D 1.05 Rockp-last 1.55 Sonnwend. Dt. Drama, 2013</p>	<p>5.20 Faszination Wissen 6.00 Dahoam is Dahoam 6.30 Sturm der Liebe 7.20 Tele-Gym 7.35 Panoramasbilder / Bergwetter 8.35 Tele-Gym 8.50 Giraffe, Erdmännchen & Co. 9.40 Eisbär, Affe & Co. 10.30 Flamenco der Liebe. Österr. Melodram, 2002 12.00 Ohne Dich. Dt. Thriller, 2014 13.30 In aller Freundschaft 14.15 Löwen 15.00 Bayern über 80 15.35 Café Meineld 16.00 Rundschau 16.15 Wir in Bayern 17.30 Abendschau 18.30 Rundschau 19.00 Stationen 19.30 Dahoam is Dahoam 20.00 Tagesschau 20.15 Die Alpen von oben 21.45 Rundschau Magazin 22.00 Die Briten und Europa 22.45 Kino-kino 23.00 Solo für Klarinette. Dt. Kriminalfilm, 1998 0.30 Rundschau Nacht 0.40 Ohne Dich. Dt. Thriller, 2014</p>
SWR	RTL 2
<p>6.00 Landesschau 7.00 Geo-Tour (1/4) 7.35 Schätze der Welt 7.50 Treffpunkt 8.20 Eisenbahn-Romantik 8.50 Landesschau Rheinland-Pfalz 9.35 Landesschau BW 10.20 natürlich! 10.50 ARD-Buffet 11.35 Panda, Gorilla & Co. 13.15 Planet Wissen 14.15 Eisenbahn-Romantik 15.15 Erlebnis Erde 16.05 Kaffee oder Tee 18.00 Landesschau aktuell 18.15 made in Süd-</p>	<p>5.05 Autopsie – Mysteriöse Todesfälle 5.55 Privatdetektive im Einsatz 8.55 Frauentausch 10.55 Family Stories 11.55 Dein neuer Style – Entdecke deine Schönheit! 12.55 Köln 50667 13.55 Berlin – Tag &</p>

Nacht 14.55 Hilf mir! Jung, pleite, verzeiwelt... 16.00 All about Love (8), 17.00 Die Straßencops – Jugend im Visier (9) 18.00 Köln 50667 19.00 Berlin – Tag & Nacht 20.00 RTL II News 20.15 Teenie-Mütter – Wenn Kinder Kinder kriegen (3) Doku-Soap 22.15 BABYs! Das erste Jahr (2) Doku-Soap 0.15 Autopsie – Mysteriöse Todesfälle

Super RTL
<p>5.35 Lenny der Laster 6.00 Mike der Ritter 6.35 Milli+Maunz 7.05 Calmero 7.35 Caillou 8.00 Peter Hase 8.30 Leo Laumaise 8.50 Wolf 9.20 Benjamin Blümchen 9.45 Thomas und seine Freunde 10.00 Lazy Town 10.30 Die Wächter der Träume 10.55 Zip Zip 11.25 Dinotrix 11.50 Loop – Täglich Montag 12.15 Go Wild! 12.45 Turbo FAST 13.10 Tom und Jerry 13.40 Mr. Bean – Die Cartoon-Serie 14.05 ALVINNN!!! und die Chipmunks 14.40 TOGGGO Serien EM 16.40 Go Wild! 17.10 Coop gegen Kat 17.40 TOGGGO Serien EM 19.45 Inspector Gadget 20.15 Dr. House. Arztserie 0.45 Informals</p>

Kabel 1
<p>5.00 Body of Proof 5.45 Numb3rs 6.35 Without a Trace 7.35 Cold Case 8.30 Navy CIS 9.25 The Mentalist 10.20 Castle 11.10 Without a Trace 12.05 Numb3rs 13.00 Cold Case 14.00 Navy CIS 14.55 The Mentalist 15.50 News 16.00 Castle 16.50 Abenteuer Leben täglich 17.55 Mein Lokal, Dein Lokal – Spezial 18.55 Achtung Kontrolle! Einsatz für die Ordnungshüter. Sprung ins Ungewisse 20.15 Stadt der Engel. Amerik./Dt. Drama mit Nicolas Cage, 1998 22.25 Shrooms. Irisch./Engl./Dän. Horrorthriller, 2007</p>

Vox
<p>5.05 CSI: NY 6.40 Verlag mich doch! 10.55 Mein himmlisches Hotel 11.55 Shopping Queen 12.55 4 Hochzeiten und eine Traumreise 13.55 Mein Kind, dein Kind – Wie erzieht du denn? 14.55 Shopping Queen 16.00 4 Hochzeiten und eine Traumreise 17.00 Mein himmlisches Hotel 18.00 mieten, kaufen, wohnen. Doku-Soap 19.00 Das perfekte Dinner – Wunschmenü. Tag 3: Lars, Hamburg 20.00 Prominent! Magazin 20.15 Rizzoli & Isles 22.05 Revenge 23.55 Rizzoli & Isles 0.50 wox nachrichten 1.05 Rizzoli & Isles 1.50 Medical Detectives – Geheimnisse der Gerichtsmedizin</p>

ARD-alpha
<p>5.45 alpha-Centauri 6.00 Tele-Gym 6.15 Zurück in die Steinzeit 6.30 Schau in meine Welt! 7.00 Checker Can 7.30 Grips Englisch 8.00 Englisch für Anfänger 8.30 AVEC plaisir 9.00 Grundkurs Englisch 9.30 alpha-Campus Diskurs 10.00 Best of Enemies (5/6) 10.15 Alles Wissen 11.00 Planet Wissen 12.15 alpha-Jazz 13.00 alpha-Forum 13.45 Ich mach's! 14.00 ach</p>

sol fragen – forschen – verstehen 14.30 Checker Can 15.00 Planet Wissen 16.00 lesenwert 16.30 nano 17.00 Best of Enemies (4/6) 17.15 Reisewege 18.00 Grips Mathe 18.30 Grundkurs Multimediale Deutsch 19.00 alpha-Campus Auditorium 19.30 W wie Wissen 20.00 Tagesschau 20.15 alpha-Forum. Zu Gast: Manfred Weber 21.00 Reisewege 21.45 Best of Enemies (6/6) 22.00 Planet Wissen 23.00 alpha-Österreich 23.45 Die Tagesschau vor 25 Jahren 0.00 alpha-Forum 0.45 Phase 3 1.15 Bob Ross – The Joy of Painting 1.45 Space Night

N24
<p>Stündlich Nachrichten 5.15 Superflugzeuge 12.45 Börse am Mittag 13.05 Die Transporter – Let's move it! 14.05 Top Gear USA 15.25 N24 Cassini 16.05 Mayday – Alarm im Cockpit 17.05 Herzinfarkt im Cockpit – Hilflös über dem Wolken 18.15 Börse am Abend 18.25 N24 Cassini 19.10 Welt der Wunder 20.05 The Final Countdown – Genialprobe für ein Kreuzfahrtschiff 21.00 Hamburger Hafen – Deutschlands Tor zur Welt 22.00 20.000 Tonnen Luxus – Ein Kreuzfahrtschiff wird gebaut 23.00 Geheimnisse der Tiefe 23.50 Superschiffe 0.45 Auf Tauchstation – Jobs unter Wasser 1.25 The Final Countdown – Generalprobe für ein Kreuzfahrtschiff</p>

n-tv
<p>Stündlich Nachrichten 5.15 Das Geheimnis des Bermuda-Dreiecks 6.05 Teleshore 12.30 News Spezial 13.10 Teleshore 13.30 News Spezial 14.10 Teleshore 14.30 News Spezial 15.20 Ratgeber Bauen & Wohnen 15.40 Teleshore 16.10 Überleben! 18.20 Teleshore 18.35 Ratgeber: Geld 19.10 PS – Das Automagazin 20.15 Wunder der Technik. Der Super-Tanker / Brückenbau am Limit 22.10 Flugzeug-Katastrophen 23.05 Tatort Straße: Illegale Motorrad-Stunts 0.10 Evel Knievel – Mythos einer Stunt-Legende 1.00 Wunder der Technik</p>

CNN
<p>5.00 Amanpour 5.30 Supercharged 6.00 CNN Newsroom (with World Sport) 7.00 CNN Newsroom 10.30 CNN World Rugby 11.00 Amanpour 11.30 Leading Women 11.45 Make, Create, Innovate 12.00 CNN Money View with Nina Dos Santos 13.00 CNN Newsroom 13.30 World Sport 14.00 News Stream (with World Sport) 15.00 CNNMoney with Maggie Lake 16.00 International Desk (with World Sport) 17.00 Connect the World with Becky Anderson 18.00 International Desk 18.30 Leading Women 18.45 Make, Create, Innovate 19.00 Wolf 20.00 Amanpour 20.30 State of the Race with Kate Bolduan 21.00 The World Right Now with Hala Gorani 22.00 Quest Means Business 23.00 Amanpour 23.30 World Sport 0.00 State of the Race with Kate Bolduan 0.30 CNN Today (with World Sport)</p>

Journalismus:

Tipps für Einsteiger und Profis

Überall im Buchhandel erhältlich.

Der Ratgeber ist unverzichtbar für alle, die in den Journalismus streben oder schon im Beruf Fuß gefasst haben. Das Standardwerk führt nicht nur Praxis und Forschung zusammen, sondern gibt einen Einblick in Arbeitsweisen und Anforderungen im Berufsalltag von Journalisten. Dabei werden auch aktuelle Einflussfaktoren wie Digitalisierung und Medienkonvergenz, soziale Netzwerke sowie Suchmaschinen thematisiert.

Hardcover · 314 Seiten · ISBN 978-3-95601-155-9 · 29,90 €

[WWW.FAZBUCH.DE](http://www.fazbuch.de)
(07 11) 78 99 – 21 13
FAZ@KNO-VA.DE

Karlsruhe gibt der EZB den Weg frei

Das Verfassungsgericht hat die EZB-Notkäufe unter Auflagen gebilligt. Ökonomen staunen, wie weit das Gericht gegenüber früheren Aussagen zurückgerudert ist.

pp. FRANKFURT, 21. Juni. Deutsche Wirtschaftswissenschaftler haben teils sehr skeptisch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum umstrittenen EZB-Notkaufprogramm OMT reagiert. Der Präsident des ifo-Instituts, Clemens Fuest, kritisierte das Karlsruher Gericht: „Die Richter haben gegenüber ihrem Vorlagebeschluss von 2014 eine Kehrtwende vollzogen und es nicht gewagt, die Europäische Zentralbank beim Kauf von Staatsanleihen stärker in die Schranken zu weisen als der Europäische Gerichtshof“, sagte er am Dienstag nach der Urteilsverkündung. „Das ist schade, denn es ist offensichtlich, dass das OMT-Programm in erster Linie das fiskalische Ziel verfolgt, hochverschuldeten Staaten den Zugang zu Krediten zu erhalten.“ Die damit verbundenen Risiken trügen die deutschen Steuerzahler mit, ohne dass der Bundestag zugestimmt habe, kritisierte Fuest. Die Schranken für eine Beteiligung der Bundesbank an OMT-Anleihekäufen (Outright Monetary Transactions) fielen zu schwach aus, sagte er. Das OMT-Programm wurde im September 2012 angekündigt, aber noch nie ausgeführt.

Härsche Kritik äußerte der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark. „OMT ist eine Kompetenzüberschreitung“, sagte Stark dieser Zeitung. Durch die Verknüpfung mit Reform- und Konsolidierungsauflagen greife es in die Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Einer der Kläger gegen das OMT-Programm, der Tübinger Ökonom und Europaabgeordnete Joachim Starbatty, bedauerte, das Verfassungsgericht habe sich dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) untergeordnet und ein politisches Urteil gefällt. Die EZB habe nun einen Freibrief, Staaten mit Geld zu versorgen. Der Verband der Familienunternehmer beklagte: „Heute ist kein guter Tag für Europa.“ Die EZB habe einen Frei-



Potzblitz: Wie milde das Verfassungsgericht das Vorgehen der EZB bewertet, wundert die Fachwelt.

Foto Claus Setzer

fahrtschein mit nur weichen Auflagen bekommen.

Auch der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, sprach von einem Rückzieher des Bundesverfassungsgerichts. „Ich hätte erwartet, dass man härtere und spezifischere Bedingungen aufstellt“, sagte Fratzscher, der zu den EZB-Unterstützern zählt. Er begrüßte das Urteil. Damit sei der Vorwurf vom Tisch, die EZB betreibe mit dem OMT-Programm monetäre Staatsfinanzierung. Nun sei es höchste Zeit, dass Deutschland einen Schlussstrich unter die Streitigkeiten mit der EZB ziehe, forderte Fratzscher. Die Volkswirte der DZ Bank sprachen von einer herben Schlappe für die EZB-Kritiker. Umgekehrt beklagte die eurokritische AfD, dass die EZB ihre Kompetenzen weiter überschreiten dürfe. Deutschland werde „zur Haftungsmasse“, sagte das AfD-

Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel. Die EZB-Programme bedeuteten eine Vergemeinschaftung von Schulden. Der Vizechef der Unionsfraktion Ralph Brinkhaus (CDU) teilte hingegen mit, es sei gut, dass jetzt Klarheit über Grenzen des EZB-Mandats herrsche.

Der Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Achim Wambach, lobte den Karlsruher Beschluss. Die Richter beschritten einen klugen Mittelweg: „Einerseits akzeptiert das Gericht, dass die EZB auf dem Höhepunkt der Krise einen Grundsatzbeschluss zur Stabilisierung der Märkte treffen musste. Andererseits unterstreichen die Richter, dass Bundestag und Bundesregierung bei einer eventuellen Aktivierung des Programms wachsam bleiben müssen.“

Aus dem Sachverständigenrat („Wirtschaftsweise“) kam verhaltene Zustimmung zum Karlsruher Urteil. Der Freibur-

ger Finanzwissenschaftler Lars Feld erklärte, die Richter hätten einen Konflikt mit dem Luxemburger Europäischen Gerichtshof vermeiden wollen. Sie seien zwar etwas zurückgerudert, hätten aber das OMT-Programm begrenzt. Er hob hervor, dass die EZB nach dem Urteil nur Anleihen solcher Staaten kaufen dürfe, die prinzipiell noch einen Zugang zum Markt für Kredite hätten. Die Finanzexpertin Isabel Schnabel, ebenfalls Mitglied des Sachverständigenrats, erklärte, durch den Karlsruher Beschluss verliere das OMT-Programm an Feuerkraft, doch es sei nicht tot. Das sei gut so.

DIW-Chef Fratzscher sagte, er glaube nicht, dass das OMT-Urteil aus Karlsruhe Auswirkungen auf die laufenden Anleihekäufe im Rahmen der „quantitativen Lockerung“ (QE) der Zentralbank habe. Jürgen Stark meinte bedauernd, der EZB sei für QE der Weg freigegeben worden.

Schäuble: Auch mit Briten muss sich etwas ändern

„Sonst werden die Menschen sagen: Ihr habt nicht verstanden“ / Warnungen und Mahnungen vor dem Referendum

mas. BERLIN, 21. Juni. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) warnt vor der politischen Versuchung, sich in Europa weiter durchzuwurscheln, falls Großbritannien an diesem Donnerstag für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union votieren sollte. Für den Fall eines Austritts der Briten („Brexit“) sagte der CDU-Politiker einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden voraus. „Aber auch wenn sie sich mit einer Mehrheit, die wahrscheinlich doch deutlich über 100 Prozent liegen wird, für einen Verbleib entscheiden, werden wir nicht einfach so weiter machen können“, sagte der Minister auf einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrats. „Sonst werden die Menschen sagen: Ihr habt nicht verstanden.“ Die jüngsten Umfragen deuten weiterhin auf eine knappe Entscheidung; nach dem Mord an der Labour-Abgeordneten Jo Cox in Leeds haben die Befürworter eines Verbleibs etwas Aufwind erhalten.

Nach den Worten Schäubles ist Europa nicht in guter Verfassung. „In mehr und

mehr Mitgliedstaaten wächst die Zahl der Menschen, die Zweifel an dem europäischen Einigungsprojekt haben.“ Als Vorteil des Referendums in Großbritannien hob er hervor, dass die Deutschen nicht mehr nur die Last sehen, die sie in Brüssel übernehmen. Wirtschaftlich, aber auch politisch ziehe Deutschland in der Mitte Europas den größten Vorteil aus der Integration. Die Gefahr des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs mache manchem in Deutschland wieder klar, wie stark man von dem gemeinsamen Markt profitiere. „Ein Austritt Großbritanniens wäre auch für uns ein erheblicher Schaden.“

Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem betonte, EU-Skeptizismus gebe es nicht nur in Großbritannien. Er sei in allen Ländern zu beobachten. Das sei aber kein Grund, die Europäische Union zu verlassen, man sollte stattdessen anfangen, sie besser zu machen. Der Niederländer warnte vor übereilten Maßnahmen hin zu einer immer engeren Zusammenar-

beit in Europa. „Wir sollten keine neuen gewagten Schritte unternehmen für eine weitere Integration“, sagte der Sozialdemokrat. Die Union müsse vielmehr das, was sie angefangen habe, fortsetzen und abschließen. Sie müsse die Bankenunion vollenden, die Kapitalmarktion herstellen und den einheitlichen Binnenmarkt vertiefen. In diesem Punkt erhielt Dijsselbloem die Zustimmung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, John Cryan. „Leider wird heute das Bankensystem allzu oft als eine nationale Angelegenheit verstanden“, sagte er auf der Veranstaltung. Nur in einem Finanzmarkt ohne Schranken könnten sich die Banken entwickeln, wie Europa sie brauche. Dijsselbloem kündigte an, er werde Großbritannien auffordern, eine größere Rolle zu übernehmen, um die EU zu stärken, sollte sich eine Mehrheit für den Verbleib in der Union aussprechen.

Ein Brexit würde nach Einschätzung der amerikanischen Notenbank deutliche Folgen für die Konjunktur haben. Sie rech-

ne mit bedeutenden wirtschaftlichen Auswirkungen, sagte Fed-Präsidentin Janet Yellen im Senat. Die Notenbank werde die globalen Entwicklungen daher genau verfolgen, kündigte sie an. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im Falle eines Austritts vom Tisch, dass die Europäische Zentralbank rasch einschreite. „Wenn es zu einem Brexit kommen würde, wären Verwerfungen unvermeidlich“, sagte Präsident Marcel Fratzscher in Berlin. „Die EZB würde sicherlich am Interbankenmarkt Liquidität einschießen.“ Er rechnet nach eigenem Bekunden ein gemeinsames Signal der wichtigsten Industrieländer, dass man Währungsreserven zur Verfügung stellen will. Der britische Premierminister David Cameron appellierte in London an seine Landsleute, gegen den Brexit zu stimmen. Die Älteren sollten an die nachfolgenden Generationen denken. „Diese Entscheidung wird ihre Zukunft betreffen, die ihrer Kinder und ihrer Enkelkinder“, mahnte Cameron.

EU-Staaten beschließen Paket gegen Steuervermeidung

Konzerne sollen im Ursprungsland besteuert werden / Orientierung an OECD-Standards

wmu. BRÜSSEL, 21. Juni. Die EU-Staaten haben sich auf ein neues Gesetzespaket im Kampf gegen Steuervermeidung durch grenzüberschreitend tätige Unternehmen geeinigt. Der Kompromiss, den die EU-Finanzminister im Grundsatz schon am Freitag auf ihrem Treffen in Luxemburg erzielt hatten, wurde in der Nacht zum Dienstag mit der notwendigen Einstimmigkeit endgültig beschlossen. Zuvor hatten Belgien und Tschechien, die sich zunächst ein Einspruchsrecht vorbehalten hatten, die dafür vorgesehene Frist verstreichen lassen. Das Gesetzespaket enthält fünf Maßnahmen, die weitgehend den auf OECD-Ebene vereinbarten Vorgaben gegen Gewinnkürzung und -verlagerung („Base Erosion and Profit Shifting“, BEPS) entsprechen. Die Bundesregierung hat entsprechende Gesetze teilweise schon unabhängig von den nun beschlossenen Vorgaben vorangetrieben.

Die EU-Kommission hatte den betreffenden Richtlinienvorschlag im Januar vorgelegt. Die Staaten schwächten ihn

jetzt in einigen Punkten ab. Dennoch ist die neue Richtlinie nach Ansicht der EU-Behörde geeignet, den „am häufigsten genutzten Schlupflöchern und aggressiven Steuerplanungsstrategien“ internationaler Konzerne ein Ende zu setzen. Ziel des neuen Gesetzes ist, Gewinne möglichst dort zu besteuern, wo sie entstehen. Im Januar hatte die Kommission die dem Fiskus durch Steuervermeidung entgehenden Beträge auf 50 bis 70 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Am Dienstag hieß es aus der Kommission, der Steuerausfall sei „per Definition“ schwer zu beziffern.

Mit der ersten Regelung soll ein EU-Staat künftig alle Gewinne besteuern können, die eine auf seinem Territorium ansässige Muttergesellschaft in Tochterunternehmen in Steueroasen oder Niedriglohnländern ausgelagert hat. Die Regelung soll greifen, wenn der effektive Steuersatz weniger als 40 Prozent des Satzes im Land des Mutterkonzerns beträgt. Im Drittland bezahlte Steuern sollen verrechnet werden. Vorgesehen ist zweitens eine Zins-

schranke, die Konzerne davon abhalten soll, Schulden künstlich in Länder mit günstigeren Abzugsmöglichkeiten zu verlagern. So soll der abziehbare Nettozinsbetrag maximal 30 Prozent des steuerpflichtigen Gewinns oder 3 Millionen Euro betragen, je nach dem, was höher ist. Drittens sollen EU-Staaten Vermögenswerte, die ihr Hoheitsgebiet verlassen, der Wegzugsbesteuerung unterwerfen können. Damit soll zum Beispiel verhindert werden, dass ein Pharmakonzern Entwicklungskosten für ein neues Medikament zu Hause von der Steuer absetzt und das Produkt später in einem anderen Land patentieren lässt, so dass Gewinne aus dem geistigen Eigentum unversteuert bleiben. Viertens sollen in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich behandelte Einkommen von den Unternehmen nicht mehr für Steuerarbitrage genutzt werden können, sondern immer im Ursprungsland besteuert werden. Ferner sieht die Richtlinie eine Abrundungsklausel vor, die neue „kreative“ Steuervermeidungsstrategien unterbinden soll.

Der Grünen-Abgeordnete Sven Giegold kritisierte, der Kompromiss bleibe erheblich hinter dem Kommissionsvorschlag zurück und sei in wichtigen Punkten „sogar noch schwächer“ als das BEPS-Paket. Giegold zielte vor allem darauf, dass die Staaten einen weiteren von der Kommission vorgeschlagenen Punkt komplett strichen. Demnach hätten Unternehmen den Erhalt von Dividenden, Kapitalerträgen und Betriebsstättengewinnen aus Drittstaaten mitteilen und angeben müssen, ob sie dafür anderswo Steuern bezahlt haben. Bei gar keiner oder sehr niedriger Besteuerung hätte die Steuerbefreiung verweigert werden können. Diese Regelung scheiterte am Widerstand von Malta, Großbritannien, Schweden, Zypern, Lettland, Polen, Irland und Estland. Das Europaparlament muss in Steuerfragen angehört werden, hat aber kein Mitentscheidungsrecht; deshalb ist die Richtlinie mit der Ministerentscheidung beschlossen. Die Mitgliedstaaten müssen sie bis Ende 2018 in nationales Recht umsetzen.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Spielverderber vom Rat

Von Heike Göbel

Unvermeidlich

Von Werner Mussler

Wenn der CDU-Wirtschaftsrat ruft, kommen sie alle. Der Wirtschaftstag ist ein Pflichttermin nicht nur für Vorstände und Unternehmer, neben der Bundeskanzlerin ist auch das halbe Kabinett anwesend und europäische Prominenz. Doch eine eindrucksvolle Gästeliste ist das eine, politischer Einfluss das andere. Der gemeinsame Auftritt ist viel Fassade, der Kanzlerin klatscht so mancher zähneknirschend zu. Der Wirtschaftsrat hat zwar als außerparlamentarischer Teil des Wirtschaftsflügels der CDU größere Freiheitsgrade als die in die Fraktionsnähe eingebundenen wirtschaftsnahen Abgeordneten. Deshalb riskiert er offenere Worte. Doch ist unüblich, dass sich die Regierung um die Kritik wenig schert. Die berechtigte Warnung, sich nicht selbstzufrieden nur ums Verteilen zu kümmern, sondern um bessere Bedingungen für das Erwirtschaften, verhallt seit längerem folgenlos. Es fehlt der Resonanzboden. Dank guter Beschäftigung und Konjunktur geht es den meisten Bürgern wirtschaftlich von Jahr zu Jahr besser. Der Wirtschaftsrat ist da nur der Spielverderber, der die Party stört. Dass die Wirtschaft (zu) viel Einfluss auf die Politik hat, ist eine linke Mär. Tatsächlich hat sie längst zu wenig.

Die Haftungsgemeinschaft

Von Holger Steltzner

Der Europäische Gerichtshof hat der Europäischen Zentralbank einen Blankoscheck ausgestellt, und das Bundesverfassungsgericht hat ihn jetzt unterschrieben: Es hat das zwar niemals aktiviert, aber weiterhin existente Kaufprogramme für Staatsanleihen unter dem Kürzel OMT abgesegnet. Die EZB darf dies als weitgehende Zustimmung zu allen möglichen Käufen von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und anderen Vermögenswerten feiern.

Das Bundesverfassungsgericht war so etwas wie die letzte Hoffnung für diejenigen, die von der Sinnhaftigkeit einer rechts- und regelgebundenen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion überzeugt sind. Hatten doch die höchsten Richter Deutschlands die Erwartung geschürt, dass auch in Zeiten einer „alternativlosen“ Rettungspolitik weiterhin marktwirtschaftliche Prinzipien gelten und der EU-Vertrag von Maastricht mit dem ausdrücklichen Verbot der Haftung eines Eurolandes für ein anderes nicht außer Kraft gesetzt ist. Das Verfassungsgericht selbst hatte die Rechtswidrigkeit des OMT-Programms festgestellt, als es den Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB als eine Umgehung des Verbots der monetären Staatsfinanzierung beurteilte. Auf einmal macht sich das Verfassungsgericht die Auslegung des Europäischen Gerichtshofs zu eigen, nachdem es erstmals in der Geschichte eine Entscheidung an den Gerichtshof der EU weitergereicht hatte.

Die Verfassungsrichter äußern zwar weiter Bedenken, doch sie fühlen sich an die Rechtsprechung der Luxemburger Richter gebunden. Sie nennen wachsweiße Bedingungen, wonach „nicht offensichtlich gegen das Verbot monetärer Haushaltsfinanzierung“ verstoßen werde, wenn man Käufe von Staatsanleihen nicht ankündigt oder diese begrenzt. Die Kontrollvorbehalte seien „europarechtsfreundlich auszuüben“, auch der Gerichtshof der EU besitze „Anspruch auf Fehlertoleranz“, sagte Andreas Voßkuhle, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. So darf man wohl auch die Kehrtwende der höchsten Richter lesen. Kann man daraus wirklich den Schluss ableiten, dass die europäische Rechtsgemeinschaft gestärkt aus diesem Verfahren hervorgeht?

Das OMT-Programm ist längst Geschichte. Unter dem Programmkürzel QE kauft die Zentralbank schon seit mehr als einem Jahr Anleihen von Eurostaaten und seit kurzem Unternehmenspapiere – im Gesamtvolumen von mehr als 1,7 Billionen Euro. Der Ausgang der anhängigen Verfassungsklage gegen dieses Programm ist nun vorhersehbar. Auf Kritik von Ökonomen, dass selektive Kreditpolitik für Firmen doch keine Geldpolitik sei und eine Notenbank Unternehmens-

anleihen nicht am Primärmarkt, also direkt von Unternehmen kaufen sollte, entgegnet die EZB, dass dies keinen großen Unterschied mache. Da fragt man sich, warum der Kauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt keine Staatsfinanzierung sein soll. Jeder kann natürlich juristisch so argumentieren, wie es ihm hilft. Ob das jedoch der Glaubwürdigkeit der Zentralbank dient, zumal der Nutzen ihrer extremen Geldpolitik immer geringer, die schädlichen Folgen hingegen immer sichtbarer werden?

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Der Markt für Pfandbriefe ist schon leergekauft. Dasselbe dürfte

Entgrenzte Geldpolitik: Kunst, Häuser und Firmen kaufen. Undenkbar? Das gibt es – in Europa.

bald für Unternehmensanleihen gelten. Kauft die EZB dann Aktien wie die Bank von Japan? Oder Kunst oder Häuser oder ganze Unternehmen? Das kann man sich nicht vorstellen? Aber das gibt es schon – und zwar in Europa. Manche Notenbank in der EU nimmt die Aufforderung von EZB-Präsident Mario Draghi („whatever it takes“) wörtlich. Die Banque de France etwa hat vor kurzem auf Wunsch der klammen französischen Regierung ein teures Bild von Rembrandt der Familie Rothschild abgekauft und an den Louvre weitergereicht. Die ungarische Notenbank, von der Regierung an der ganz kurzen Leine gehalten, kauft im Auftrag ihres Dienstherrn Häuser und sogar die Wertpapierbörse des Landes. Hierfür übernahm Ungarns Notenbank einfach die Begründung der EZB zum Kauf von Staatsanleihen, angeblich sei der „Transmissionsriemen“ der Geldpolitik gestört. Auf diese Weise hält Ungarn den Anhängern einer entgrenzten Geldpolitik in der Eurozone den Spiegel vor.

Sind unterschiedliche Zinsen für Staaten und Unternehmen eine Folge der Störung des geldpolitischen „Transmissionsriemens“? Oder sind sie das Ergebnis der jeweiligen Risikoeinschätzung von Bonität und Wirtschaftslage durch Investoren? Ein Einheitszins für die unterschiedlichen Volkswirtschaften der Eurozone wäre nur dann gerechtfertigt, wenn in der Eurozone ein Staat für den anderen vollumfänglich haften würde. Ist es das, was die EZB mit ihrer extremen Geldpolitik und dem Kauf von Wertpapieren anstrebt? In der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht ließ der Vertreter der EZB tief blicken. Von Fragen bedrängt, stellte er das Nichtbeistandsgebot des Maastrichter Vertrags auf den Kopf, als er feststellte: Die Währungsunion ist eine Haftungsgemeinschaft.

Heißer Renten-Herbst

Die private und die betriebliche Vorsorge will Andrea Nahles noch reformieren. Viel zu tun. Seite 21

Futuristische Elektronik

Neues Zentrum für Innovationen: Siemens gönnt sich einen neuen Firmensitz. So sieht er aus. Seite 23

Wer wirklich hinter VW steckt

Schon in der dritten Generation wird es unübersichtlich. So sind die Besitzverhältnisse. Seite 24



Auf dem Weg in eine linke Republik? Die Podemos-Politiker Monica Oltra und Pablo Iglesias im Wahlkampf

Foto Reuters

Spanien vor der Wahl zwischen Stabilität und Krise

Banken und Unternehmen warnen vor einem Investitions- und Reformstopp. Die Partei Podemos ist im Aufwind.

wie. MADRID, 21. Juni. Kurz vor den spanischen Wiederholungswahlen am kommenden Sonntag gab es für die „geschäftsführende“ Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy noch zwei gute Nachrichten. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im Mai erstmals wieder unter die Vier-Millionen-Grenze, obschon vorwiegend dank der vielen Kellner, die saisonal im boomenden Tourismusgewerbe gebraucht werden. Und die Europäische Kommission gab dem Defizitständer ein Jahr zusätzlichen Spielraum und verschob wohlwollend die Entscheidung über eine Geldbuße bis nach der Abstimmung.

Dennoch sind die Unsicherheiten, was den Ausgang des Urnengangs angeht, unverändert groß. Die letzten Umfragen sehen Rajoy's konservative Volkspartei (PP) als Gewinner ohne Mehrheit. Die Linkspopulisten von Podemos („Wir können“) sind als voraussichtlich zweitstärkste Kraft im Aufwind. Die Sozialisten ste-

cken so wie ihre sozialdemokratischen Schwesterparteien anderswo in Europa auch in Spanien in einer Identitätskrise. Und die vierte, die Partei der liberalen Ciudadanos („Bürger“), ist in der Vierer-Konstellation der schwächste Teil. Nach den Erhebungen dürfte es für eine Mitte-Rechts-Koalition keine parlamentarische Mehrheit geben. Hingegen könnte das mit den grünen Kommunisten gemeinsam antretende „Unidos Podemos“-Bündnis, falls es von den Sozialisten und einigen Regionalnationalisten unterstützt würde, mit bunten Flickenteppich-Paketen an die Macht gelangen.

Dies ist ein Schreckensszenario für die Wirtschaft. Mehrere internationale Banken warnten in ihren jüngsten Berichten an Investoren vor einer möglichen Rezession mit Reformstopp. Unter einem dem Griechen Alexis Tsipras ähnlichen Ministerpräsidenten Pablo Iglesias könnten, so ihr Ausblick, in- und ausländische Investitionsentscheide negativ ausfallen, wichtige weitere Strukturformen ausbleiben und auch der interne Konsum aus Furcht vor frischer ökonomischer Ungewissheit oder sogar Rezession schrumpfen. Die gleichen Befürchtungen äußerten die Vertreter der größten Unternehmen des Landes, die dazu von der Wirtschaftszeitung „Expansión“ befragt worden waren.

Während etwa Wirtschaftsminister Luis de Guindos auf das robuste Wachstum – voraussichtlich zwischen 2,5 und 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in diesem Jahr – verweist und stolz sagt, dass Spanien damit „30 Prozent zum Wachstum in der Eurozone“ beitrage, ist die Stimmung in der Bevölkerung nach acht Jahren Krise unverändert skeptisch. 82 Prozent der Befragten bezeichneten in einer „Metroscopia“-Umfrage für die Zeitung „El País“ die wirtschaftliche Lage als „schlecht oder sehr schlecht“. Nur die potentiellen Wähler der Volkspartei gaben Rajoy Kredit für ein solides, wenn auch schmerzliches Krisenmanagement. Die Gegenseite, also die Anhänger von Podemos, die sich als die hauptsächlichlichen „Krisenopfer“ bezeichnen, lehnen den Wirtschaftskurs der „politischen Klasse“ rundheraus ab und verlangen eine neue Sozialpolitik – sei es auch auf Pump und wider alle Vorgaben des europäischen Stabilitätspakts.

Die Zeit ohne eine reguläre und handlungsfähige Regierung seit den letzten Wahlen am 20. Dezember hat Spanien schon einiges gekostet. Die Großbank BBVA rechnete dies auf bis zu 1 Prozent des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr, also einen Verlust von rund 8 Milliarden Euro – genau dieser Betrag müsste

nach dem Defizitauseisner demnächst „angepasst“ werden – und rund 150 000 nicht geschaffene „gute“ Arbeitsplätze hoch. Doch auch solche Analysen, verbunden mit den Warnungen von anderen durch die Krise diskreditierten spanischen Banken und Unternehmen, scheinen auf die Wähler links der Mitte wenig Eindruck zu machen.

Derweil versprechen sowohl Podemos als auch die Sozialisten der Unter- und Mittelschicht Steuererleichterungen und höhere Sozialleistungen, die von neuen „Reichensteuern“ finanziert werden sollen. Nur die Volkspartei und Ciudadanos wollen zum Beispiel als Stimulus für Wirtschaft und Konsum die Lohnsteuer querbeet und die Körperschaftsteuern für Unternehmen senken. Dafür werden sie von ihren Rivalen als „Knechte des Kapitals“ und treue Vertreter einer überkommenen politischen „Kaste“ gebrandmarkt. In der viertgrößten Ökonomie der Eurozone waren Politik und Wirtschaft seit der „Transición“ (Übergang) von der Franco-Diktatur zu einer Demokratie vor 39 Jahren noch nie so stark zwischen völlig konträren Konzepten polarisiert. Ähnlich wie zuletzt in Griechenland – und mit bislang maßvolleren Folgen in Portugal – steht nun das dritte mediterrane Land vor einer besonders heiklen Richtungsentscheidung.

Tarifindex legt Anhebung des Mindestlohns auf 8,77 Euro nahe

Statistisches Bundesamt liefert Daten für die Kommission

dc. BERLIN, 21. Juni. Am nächsten Dienstag beschließt die Mindestlohnkommission ihren Vorschlag für die erste Erhöhung der neuen Lohnuntergrenze von 8,50 Euro je Stunde. Folgt sie dem Durchschnitt der allgemeinen Tariflohnerhöhungen, wird der Mindestlohn zum 1. Januar 2017 auf 8,77 Euro steigen. Dies ergibt sich aus neuen Daten des Statistischen Bundesamts: Wie die Behörde am Dienstag mitteilte, hat sich der sogenannte Tarifindex im Juni um weitere knapp 0,2 Prozentpunkte erhöht. Für den Zeitraum von Ende 2014 bis Juni 2016, den die Mindestlohnkommission betrachtet, errechnet sich damit eine Gesamtsteigerung des Indexwerts um 3,2 Prozent. Dies würde, bezogen auf den aktuellen Mindestlohn von 8,50 Euro, einer Steigerung um 27 Cent entsprechen.

Wie eng sich die Kommission an den Index halten wird, scheint derzeit allerdings offen zu sein. Zwar heißt es in ihrer Geschäftsordnung, sie setze die Anpassung im Regelfall „gemäß der Entwicklung des Tarifindex fest“. Doch besteht zum einen die Möglichkeit, dass sich die je drei Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter auf eine Rundung des Mindestlohns einigen – beispielsweise auf 8,75 oder 8,80 Euro, falls der vereinbarte Ausgangswert der „krumme“ Betrag von 8,77 Euro sein sollte.

Zum anderen haben in den vergangenen Wochen mehrere Gewerkschaftsvertreter die Forderung erhoben, von dem Tarifindex nach oben abzuweichen. Sie begründen dies vor allem damit, dass der Mindestlohn nach ihrer Ansicht zügig auf 10 Euro steigen müsse. Darüber

hinaus kritisieren sie, dass die jüngsten Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes sowie der Metall- und Elektroindustrie noch nicht im Juni-Wert des Tarifindex enthalten seien. Deswegen müssten diese Abschlüsse nun nachträglich hineingerechnet werden.

Das Bundesamt berücksichtigt Tarifabschlüsse in dem Index traditionell erst dann, wenn das Geld bei den Arbeitnehmern ankommt. Der Abschluss des öffentlichen Dienstes gilt zwar rückwirkend zum 1. März, die Auszahlung soll aber erst im Juli oder August erfolgen. Die Tarifierhöhung für die Metaller tritt dagegen erst im Juli in Kraft und damit nach dem Stichtag 30. Juni. Dass der Juni-Indexwert schon vor dem Monatsende vorliegt, hat damit zu tun, dass alle fraglichen Tarifierhöhungen bereits bekannt sind. Würde die Kommission die Abschlüsse für den öffentlichen Dienst und die Metaller zusätzlich zum Index in den Mindestlohn hineinrechnen, könnte sie damit auf eine Erhöhung um bis zu 4,4 Prozent auf 8,87 Euro kommen.

Jenseits davon setzt sich die SPD in der großen Koalition derzeit dafür ein, die im Mindestlohngesetz enthaltene Ausnahmeklausel für Langzeitarbeitslose zu streichen. Die Klausel sieht vor, dass Langzeitarbeitslose nach einer Neuanstellung für bis zu sechs Monate einen geringeren Lohn erhalten dürfen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat für das Arbeitsministerium ermittelt, dass die Klausel in der Praxis kaum genutzt wird. Da sich die Klausel „nicht bewährt“ habe, solle sie gestrichen werden, forderte die SPD-Arbeitsmarktpolitikerin Katja Mast.

Mindestlohn war teurer als erwartet

Der Mindestlohn hat nach Einschätzung des Ifo-Instituts Dresden eine größere Reichweite als erwartet. Viele Unternehmen hätten den Lohnabstand zwischen Hoch- und Geringqualifizierten nach Einführung des Mindestlohns beibehalten, also Löhne oberhalb von 8,50 Euro erhöht. Das teilte das Institut für Wirtschaftsforschung am Dienstag mit. Allein im Freistaat Sachsen gab in einer Umfrage jeder dritte vom Mindestlohn betroffene Betrieb an, auch Löhne oberhalb von 8,50 Euro angehoben zu haben.

„Der Kostendruck auf die Unternehmen dürfte demnach höher sein, als bislang in den maßgeblichen Schätzungen berücksichtigt wurde“, urteilte Arbeitsmarktfor-

scher Michael Weber. Die Unternehmen hätten auf die Mehrkosten reagiert, indem sie Preise erhöhten, Sonderzahlungen für die Beschäftigten strichen oder die Arbeitszeiten verringerten. Den Angaben zufolge haben 13 Prozent der ostdeutschen und 17 Prozent der westdeutschen Unternehmen ihre eigene Betroffenheit vom Mindestlohn unterschätzt.

Dass es bisher keinen massiven Stellenabbau gab, ist laut Ifo-Institut neben den Anpassungsreaktionen der Unternehmen vor allem der insgesamt günstigen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verdanken. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland hat sich seit Frühjahr 2015 um rund 550 000 Personen erhöht. dpa

RECHT UND STEUERN



Niederlage gegen Adblocker

Das Medienunternehmen WeltN24 GmbH ist mit einer Klage gegen Filterprogramme für Werbung gescheitert. Das Oberlandesgericht Stuttgart machte der Firma im Prozess am Donnerstag wenig Hoffnung – daraufhin zog das Unternehmen die Berufung zurück (Az.: 2 U 3/16). Die Vorinstanz sah in dem „Blocker“ genannten Programm keine „gezielte Behinderung“ im Sinne des Wettbewerbsrechts. hw.

Monopol durch Intransparenz

Das Bundesverwaltungsgericht hat das Vorgehen des Landes Rheinland-Pfalz gegen private Sportwettenanbieter ausbremsen lassen. Das Land könne dem Unternehmen die Vermittlung von Sportwetten nicht allein mit der Begründung untersagen, dieser habe keine Erlaubnis beantragt, denn es könnte sein, dass die Voraussetzungen für ein solches Erlaubnisverfahren gar nicht öffentlich bekanntgegeben wurden. Dann wäre das Verfahren „intransparent“ und würde das staatliche Glücksspielmonopol faktisch fortbestehen lassen, argumentierten die Richter (Az.: 8 C 5.15). Sie stützten sich dabei auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Der Fall liegt nun wieder beim Oberverwaltungsgericht. hw.

Auskunft wider Willen

Das Verwaltungsgericht des Saarlandes hat vorläufig Kläger ausbremsen lassen. Die Auskünfte aus dem Finanzministerium über Steuerdaten-CDs verhindern wollten. Hintergrund ist ein Auskunftsverlangen des Landtagsausschusses für Finanzen und Haushaltsfragen. Die Antragsteller fürchteten, dass dadurch ihre privaten Steuerdaten an die Öffentlichkeit gelangen. Doch das Verwaltungsgericht des Saarlandes entschied nun, dass ihnen zuzumuten sei, eine Entscheidung der Finanzbehörden abzuwarten. Ohne ihr Wissen und ohne Gelegenheit, Rechtsschutz vor den Finanzgerichten zu beantragen, würden keine personenbezogene steuerliche Daten herausgegeben, hieß es (Az.: 3 L 765/16). hw.

Der eingezäunte Vorstand aus Amerika

Einige Iran-Sanktionen stehen noch – sie erfordern kreative Lösungen

HAMBURG/NEW YORK, 21. Juni. Seit die internationale Atomenergiebehörde bestätigt hat, dass Iran die Vorgaben des Atomabkommens erfüllt, ist immer wieder die Schlagzeile zu lesen: „Die Sanktionen gegen den Iran sind gefallen.“ Die deutsche Wirtschaft hofft auf einen regelrechten Iran-Boom in den kommenden Jahren. Doch dem großen Potential stehen erhebliche Herausforderungen gegenüber. Dies sind zum einen weiche Faktoren, wie etwa eine Geschäftskultur, die nicht immer den internationalen Gepflogenheiten entspricht. Zum anderen ist durch die iranische Bankenlandschaft der Zugang zu internationalem Kapital nach wie vor eingeschränkt. Daneben bleibt die hohe Korruption im Land ein großes wirtschaftliches und rechtliches Risiko für internationale Investoren.

Vor allem aber müssen deutsche Unternehmen trotz der Aufhebung der nuklearbezogenen Wirtschafts- und Finanzsanktionen vor einem geplanten Markteintritt noch immer eine präzise sanktionsrechtliche Einzelprüfung vornehmen. Denn entgegen der landläufigen Meinung wurden nicht sämtliche Sanktionen gegen Iran aufgehoben. In Kraft geblieben sind die nicht nuklearbezogenen Sanktionen und insbesondere die sogenannten Amerikanischen Primärsanktionen. Diese richten sich zwar in erster Linie gegen Amerikaner, können aber auch für deutsche Unternehmen eine besondere Relevanz entfalten – nämlich dann, wenn sie Staatsbürger aus den Vereinigten Staaten beschäftigen (auch Doppel- und Mehrstaater), Inhaber einer Greencard oder nichtamerikanische Personen mit (auch nur vorübergehendem) Aufenthalt in Amerika oder die an dortigen Gesellschaften beteiligt sind. Ihnen allen ist die Vornahme oder auch nur die bloße Unterstützung von Geschäften mit Iran oder seiner Regierung untersagt.

Besonders wichtig wird dieses Thema für deutsche Aktiengesellschaften, die einen (Wieder-)Einstieg in den iranischen Markt erwägen, in deren Vorstand jedoch Amerikaner sitzen. Um etwaige strafbewehrte Sanktionsverstöße zu vermeiden, darf das betroffene Vorstandsmitglied nach amerikanischem Recht an dem Willensbildungsprozess im Vorstand und an der Beschlussfassung über den Iran-



Persische Pistazien: Manches Geschäft mit Iran ist heikler.

Foto: Christian Charisius/dpa

Markteintritt nicht mitwirken. Gleichzeitig ist ein Vorstand nach deutschem Gesellschaftsrecht jedoch verpflichtet, die ihm zugewiesenen Pflichten zur Leitung und Geschäftsführung der Gesellschaft vollumfänglich zu erfüllen. Entsteht dadurch eine Konfliktlage, die sich nur durch ein Ausscheiden der betroffenen Person aus dem Vorstand lösen lässt?

Die wissenschaftliche Debatte steht hier noch am Anfang. Im Ergebnis kann der Konflikt zwischen internationalem Sanktions- und deutschem Gesellschaftsrecht aufgelöst werden, indem das Vorstandsmitglied – temporär und auf das konfliktbelastete Iran-Geschäft beschränkt – von seinen Leitungs- und Geschäftsführungspflichten entbunden wird. Konkret muss das betroffene Vorstandsmitglied von der Beschlussfassung zu den Iran-bezogenen Geschäftsführungsangelegenheiten und von der Vorbereitung und Umsetzung entsprechender Beschlüsse ausgeschlossen werden („ringfencing“). Technisch gelingt dies durch eine entsprechend ausgerichtete Ressortverteilung in der Satzung oder Geschäftsordnung. Daneben empfiehlt sich die Ab-

gabe einer Abstandserklärung bezüglich der Iran-Geschäfte durch die betroffenen Vorstandsmitglieder („recusal letter“).

Die Entbindung von der Leitungs- und Geschäftsführungspflicht dürfte jedoch nur in dem Umfang zulässig sein, wie sie zur Bewältigung der Konfliktlage erforderlich ist. Einem Amerikaner ist nach Sanktionsrecht beispielsweise nicht untersagt, nachträglich Informationen über das konfliktbelastete Iran-Geschäft zu erhalten und bei Zweifeln an der Rechtmäßigkeit die Stimme dagegen zu erheben. Nach deutschem Gesellschaftsrecht dürfte das betroffene Vorstandsmitglied aufgrund seiner horizontalen Überwachungspflicht hierzu sogar verpflichtet sein. Hier zeigt sich auch, dass zwischen dem traditionellen Verständnis der Vorstandspflichten und immer strengeren nationalen und internationalen Regelungen Kompromisse möglich bleiben müssen, die die Handlungsfähigkeit auch von international tätigen Unternehmen erhalten. AMIR-SAID GHASSABEH / ANAHIITA THOMS

Die Autoren sind Rechtsanwälte bei Freshfields Bruckhaus Deringer.

Schwierige Vereinfachung

Das Steuerrecht wird innovativ – bleibt es gerecht?

GROSSHANS DORF, 21. Juni. Die nicht explizit im Grundgesetz genannte Pflicht jeden Bürgers, Steuern zu zahlen, müsste stillschweigend das Recht begründen, die Steuerlast maximal zu senken. Andererseits ist die Komplexität des deutschen Steuerrechts, welches eines der umständlichsten der Welt gilt, bekannt. Und statistisch gesehen zahlen die deutschen Steuerpflichtigen im Schnitt regelmäßig mehr Steuern, als sie es nach dem Gesetz müssten.

Schon 1965 stand in einem Urteil des Bundesgerichtshofes: „Wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, der hat auch das Recht, Steuern zu sparen.“ Bereits in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 legte Bundeskanzler Willy Brandt das Ziel fest, ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem „von relativem Ewigkeitswert“ zu schaffen. Die Initiatoren nannten ihr Projekt das „bedeutendste und umfassendste der deutschen Nachkriegsgeschichte“ und wollten die Flut von jährlichen Ermäßigungsanträgen eindämmen und das gänzlich undurchsichtige Abgabewesen lichten.

Diese Versprechen, die Steuern zu senken und eine größere Steuergerechtigkeit zu schaffen, konnten nicht eingehalten werden. Zunehmende Unzufriedenheit über die wachsende Steuerlast war die Folge. Die vermeintliche „Gerechtigkeit“ bestand nun darin, dass Steuerzahler mit höheren Einkommen auch teilweise die höchsten Vergünstigungen erhielten. Im Jahr 2003 stellte schließlich der CDU-Politiker Friedrich Merz sein als „Bierdeckelsteuer“ bekanntes Vereinfachungskonzept vor.

Der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof setzte sich 2005 für eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts ein. Er forderte nur einen einzigen Steuersatz in Höhe von 25 Prozent und den Wegfall von 534 Steuervorteilen. Mit seinen Vorschlägen ist Kirchhof gescheitert, 2011 hat er es etwas vorsichtiger und mit jeder Menge guter Ideen erneut versucht – ebenfalls ohne Erfolg. Der jüngste Versuch ist demnach auf dem Weg ins Bundesgesetzblatt: Gerade hat das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens den Bundesrat pas-

sirt. Es soll zu Beginn des Jahres 2017 in Kraft treten. Die endgültige Umsetzung folgt schrittweise bis 2022 und soll eine bessere elektronische Kommunikation nebst einer Optimierung der Einkommensteuerveranlagung bieten. Dies erfordert naturgemäß weitere Verfahrensanpassungen und zahlreiche rechtliche Änderungen. Die elektronischen Kommunikationswege zwischen Finanzverwaltung und Steuerpflichtigen sollen konsequent erweitert werden. Eine durchgängige automationsgestützte Fallbearbeitung soll die Finanzverwaltung entlasten und so eine schnellere Bearbeitung ermöglichen.

Innovativ ist, dass das Finanzamt bei der Aufklärungspflicht zukünftig Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte berücksichtigen darf. Das Verhältnis zwischen voraussichtlichem Arbeitsaufwand und steuerlichen Auswirkungen soll in die Fallbearbeitung miteinbezogen werden und die Arbeit der Finanzbehörden rationalisieren. Diese Änderung könnte eine Durchbrechung der bisher herrschenden Besteuerungsprinzipien bedeuten. Zudem können diese Zweckmäßigkeitüberlegungen die Gerechtigkeit des Besteuerungsverfahrens in Frage stellen – die höchstfinanzgerichtliche Rechtsprechung wird dies klären müssen.

Durch das neue Gesetz soll einiges vereinfacht und über mehrere Jahre erreicht werden. Und wenn dann die meisten der Änderungen schließlich umgesetzt sind, dürften erfahrungsgemäß bereits einige weitere inhaltliche Vereinfachungsgesetze erlassen worden sein. Demzufolge gilt weiterhin: Wer am Ball bleibt, wird den Überblick behalten, um nicht zu viel Steuern zu zahlen und die persönliche Steuerbelastung zu optimieren. So bleibt die Erfüllung der Pflichten bei gleichzeitiger Inanspruchnahme der Rechte auch in Zukunft ein spannendes Spielfeld – es werden aber weiterhin nur diejenigen gewinnen, die die Spielregeln gut kennen.

SWETLANA MUTH

Die Autorin ist Steuerberaterin.

Mehr zum Thema Recht & Steuern im Internet auf unseren Seiten www.faz.net/recht

Blog: www.faz.net/dasletztewort

Koalition steuert auf heißen Renten-Herbst zu

Ministerin Nahles plant einen Dialog über die private und betriebliche Vorsorge. Wohin könnte die Reise gehen?

Von Kerstin Schwenn

BERLIN, 21. Juni. An diesem Donnerstag kommen die Bundesregierung und die Sozialpartner wieder auf Schloss Meseberg zusammen. Die Frequenz der Treffen ist zurzeit hoch. Erst vor kurzem waren die Arbeitgebervertreter ins Kanzleramt geladen: Dort trafen Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer und sein Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner auf Kanzlerin Angela Merkel, CSU-Chef Horst Seehofer, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Arbeitsministerin Andrea Nahles (beide SPD). Es ging um die Rente – also um das Thema, das durch Seehofers und Gabriels Lamentieren über ein sinkendes Rentenniveau zum Wahlkampfstrahler des nächsten Jahres werden könnte. Zur Überraschung der Arbeitgeber, die auf alle Fragen von Altersarmut bis Betriebsrente eingestellt waren, blieb jedoch ein Thema bei dem Treffen komplett außen vor: das Rentenniveau.

Von Nahles ist zu hören, dass sie die von Gabriel befeuerte Rentenniveau-Debatte am liebsten ganz vermeiden hätte – wohlwissend, dass im komplizierten Rentensystem das Isolierte Drehen an einer Stellschraube eine Unwucht anderswo nach sich zieht. Die Ministerin hat deshalb für den Herbst ein „umfassendes Rentenkonzept“ versprochen. In Berlin wird erwartet, dass sie ihre Pläne zusammen mit dem jährlichen Rentenversicherungsbericht und dem alle vier Jahre erscheinenden Alterssicherungsbericht der Bundesregierung Ende Oktober oder Anfang November präsentieren wird.

Was in dem Rentenkonzept stehen soll, will Nahles „im Dialog“ ermitteln. Dazu hat sie Sozialpartner, Wissenschaftler und Sozialpolitiker für den 8. Juli eingeladen, 18 Fachleute sollen dann zusammensitzen. Schon an diesem Donnerstag beginnen auf Arbeitsebene die Vorbereitungen für das Treffen, auf dem es vorrangig um die private und betriebliche Altersvorsorge gehen soll. Anfang Oktober stehen dann Veränderungen bei der gesetzlichen Rente auf der Dialog-Agenda. Für den 20. Oktober ist eine Abschlussitzung mit Kommuniké geplant.

Die Union kocht derzeit ihr eigenes Renten-Süppchen. Finanzstaatssekretär Jens Spahn und Gesundheitsstaatssekretär Karl-Josef Laumann sind beauftragt, dem Parteipräsidium Anfang Juli ihre Ideen zur Alterssicherung zu präsentieren – allerdings ohne ein formelles Papier vorzulegen. Gerüchte besagen, dass an einem solchen Papier im Kanzleramt gearbeitet wird. Verwirrungen sollen daher vermieden werden. Erst kürzlich war Seehofer von der Absicht abgerückt, im Herbst ein eigenes CSU-Rentenkonzept vorzulegen. Die bayerische Sozialministerin Emilia Müller (CSU) soll nun vielmehr Spahn und Laumann zuarbeiten.

In einem Punkt sind sich die Koalitionspartner grundsätzlich einig: Die Rahmenbedingungen der betrieblichen Altersvorsorge sollen verbessert werden. Wenn die zusätzliche Vorsorge attraktiver wird, so der Gedanke, schrumpft auch das Risiko der späteren Altersarmut. Mit den Be-



Andrea Nahles hat noch einige Aufgaben vor sich.

Foto dpa

triebsrenten befasst sich das Nahles-Ministerium schon seit zwei Jahren. Da es auch um die steuerliche Förderung geht, ist die Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium eng. Ein grundlegendes Gutachten des Würzburger Professors Dirk Kiesewetter liegt seit langem auf dem Tisch. Sozialstaatssekretärin Yasmin Fahimi und Finanzstaatssekretär Johannes Geismann basteln an einem Gesetzentwurf, den Nahles aber erst nach dem Dialog-Treffen am 8. Juli an die Ressorts verschicken wird. Zum einen will sie die Spannung nicht aus dem Prozess nehmen, zum anderen sind immer noch wichtige Fragen offen – etwa die Arbeitgeberhaftung für die Betriebsrenten. Gerade auch für kleinere Betriebe soll es interessanter werden, für ihre Mitarbeiter vorzusorgen. Finanzminister Wolfgang Schäub-

le (CDU) ist bereit, sich die steuerliche Begünstigung oder dem Riester-Modell ähnliche Zulagen für die Betriebsrenten einzusetzen zu lassen. Ein Betrag über der Milliardengrenze sei allerdings tabu, heißt es in Berlin.

Würden sich die Koalitionspartner einig, könnte das neue Betriebsrenten-Gesetz Mitte September vom Kabinett verabschiedet werden und dann in den Bundestag gehen. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens könnten weitere Aspekte aufgesetzt werden, wenn denn die Renten-novelle wirklich so umfassend werden sollte wie manchmal unterstellt. Sozialpolitiker der Koalition warnen aber derzeit vor zu hohen Erwartungen. Man dürfe das als „groß“ angekündigte Rentenkonzept nicht überfrachten. Sonst stehe man am Ende mit leeren Händen da. Die Fach-

politiker treibt die Sorge um, auch Verbesserungen bei der betrieblichen Altersvorsorge könnten am Ende unterbleiben, wenn man sie mit den übrigen heiklen Punkten zu sehr vermische, die in der Sackgasse endeten.

Zu den übrigen heiklen Punkten gehört die bessere Alterssicherung der Selbständigen. Während die SPD zu der Variante neigt, alle Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, um so zu einer Mindestabsicherung gegen Altersarmut zu kommen, denkt die Union über Wahlmöglichkeiten nach. Danach könnte vielleicht eine sogenannte Rürup-Rente als Nachweis einer Absicherung für das Alter genügen oder gar Immobilieneigentum. Ein Kompromiss könnte sein, so eine Option zu befristen oder sie besonders armutgefährdeten Solo-Selbständigen vorzuenthalten.

Ein zweites heißes Eisen ist die „solidarische Lebensleistungsrente“, ein leicht abgewandeltes Lieblingsvorhaben der vormaligen Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU). Sie sorgte in den Koalitionsverhandlungen 2013 dafür, dass das Projekt Eingang in den Koalitionsvertrag fand. Nahles muss mit diesem Erbe leben. Ziel ist es, Arbeitnehmern, die jahrzehntlang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben und die auch zusätzlich vorgesorgt haben, Altersbezüge oberhalb des Betrages der staatlichen Grundsicherung zu verschaffen – auch um die Legitimation der Rentenversicherung zu stärken. Das Manko der Lebensleistungsrente ist die Vermischung von Versicherung und Fürsorge. Das Prinzip, dass sich die Auszahlungen nach den Einzahlungen richten, würde weiter aufgeweicht. Und der Plan käme den Finanzminister teuer, würde nach Schätzungen des Ministeriums im Jahr 2030 rund 3 Milliarden Euro kosten. Im nächsten Haushalt hat Schäuble vorsorglich 180 Millionen Euro dafür eingeplant.

Mit spitzen Fingern fassen die Koalitionäre nach wie vor das Thema Ostrenten an. Die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West steht seit Jahren auf der Agenda. Weil eine bezahlbare Angleichung jedoch – entgegen der Werbung der Linken – besonders Nachteile für jüngere Ostdeutsche brächte, wird die Regierung sie in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff nehmen. Geplant ist nur noch ein Bericht zu den Ostrenten.

Der letzte heikle Punkt: Das schrumpfende Rentenniveau, das Steckenpferd Seehofers und Gabriels. Im Wahlkampf könnte das Stichwort die Parteien zu einem Überbietungswettbewerb reizen, der die nächste Bundesregierung teuer zu stehen kommt – ähnlich wie beim letzten Mal die Versprechen der „Rente mit 63“ und der Mütterrente. Offiziell reicht die Prognose der Bundesregierung zum Rentenniveau bislang nicht über 2030 hinaus. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen sagen auch für die Zeit danach ein langsam weiteres Absinken voraus. Eine elegante Lösung zur Vermeidung von Wahlkampfschlächten geistert schon durch die Hauptstadt: Die Koalition könnte die für 2030 anvisierte Untergrenze von 43 Prozent der Durchschnittsverdienste im Gesetz vorsorglich bis 2040 fortzuschreiben. (Gibt es den dritten Weg in der Altersvorsorge? Seite 35.)

Schwierige Bevölkerungszählung

Fachleute bemängeln Schwächen der Zensus-Methode

Jen. FRANKFURT, 21. Juni. Das Ergebnis klingt eindeutig: Am 9. Mai 2011 hatte Deutschland 80.219.695 Einwohner. Das waren 1,5 Millionen weniger, als man vor der Erhebung 2011 angenommen hatte. Die Bevölkerungszahl ist wichtig, denn wie viele Menschen an welchem Ort leben, entscheidet über Zuweisungen für die Kommunen, die Geldverteilung im Länderfinanzausgleich und Stimmgewichte in der EU. Doch wie verlässlich sind die amtlichen Bevölkerungszählungen in Deutschland, die alle fünf Jahre stattfinden?

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) kommt in einer Stellungnahme, die am Dienstag dem Bundesinnenministerium übergeben wurde, zu einem negativen Schluss. Mit der Methode, mit der Zensus-Daten erhoben und bereitgestellt werden, sei Deutschland international nicht auf der Höhe der Zeit. Zudem fehle eine nennenswerte Begleitforschung, es dauere viel zu lange, bis Forscher Zugriff auf die Daten bekämen. „Für Deutschland vermisst der RatSWD zielführende Aktivitäten, die zu den erforderlichen grundsätzlichen Veränderungen führen können“, heißt es in der Stellungnahme, in der die Fachleute eine Reihe von Empfehlungen für künftige Bevölkerungszählungen formulieren.

Ulrike Rockmann, frühere Leiterin des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg und Hauptautorin der Stellungnahme, vermisst vor allem eine bessere Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen wie den Einwohnerregistern und den Statistikämtern. „In den skandinavischen Ländern und seit einiger Zeit auch in Österreich und der Schweiz wird vorge-macht, wie es funktionieren kann“, sagt die Statistikerin. Das Problem: In Deutschland werden für den Zensus zwar Daten der Melderegister genutzt – doch diese könnten nicht hinreichend auf Fehler überprüft werden, so die Kritik. In Österreich hingegen werden den Statistikern Daten mehrerer unterschiedlicher

Verwaltungsbehörden zur Verfügung gestellt. Personen werden dabei anonymisiert, ihre Daten aus verschiedenen Ämtern können dennoch verknüpft werden. „Wenn Sie in einem Register als 35-jähriger Mann mit Diplomabschluss geführt werden und in einem anderen als 37-jähriger ohne Hochschulabschluss, fällt das sofort auf“, erklärt Rockmann. So könne die Qualität der Erhebungen und der Daten deutlich verbessert werden. Rockmann bemängelt, dass es in Deutschland in dieser Hinsicht leider „null Bewegung“ gebe. Ein Verknüpfung mehrerer Datenquellen halten Fachleute auch deshalb für sinnvoll, weil zum Beispiel kommunale Verwaltungen ein Interesse daran haben können, möglichst hohe Zahlen zu nennen, um finanziell zu profitieren.

Der Flüchtlingszustrom des vergangenen Jahres verschärfe die Problematik. Im Gutachten heißt es dazu: „Die aktuell zu beobachtende Dimension der Migrationsbewegung erfordert mehr als je zuvor eine möglichst aktuelle und valide Datenbasis im Hinblick auf Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsbewegung.“ Autorin Rockmann befürchtet, dass einige Flüchtlinge gar nicht, andere dafür doppelt gemeldet seien – und die Melderegister „völlig außer Kontrolle geraten“.

Die weiteren Kritikpunkte der Fachleute zielen unter anderem darauf, dass es vier Jahre gedauert habe, bis die 2011 erhobenen Zensus-Daten in einem Datenzentrum zur Verfügung gestellt wurden. Wenn Forscher nun mit diesen Daten arbeiten, seien ihre Studien nicht mehr auf dem aktuellen Stand. Zudem fehlten wichtige Informationen dazu, wie die Bevölkerungszahlen genau errechnet und geschätzt wurden. Dadurch würde es unmöglich, die Angaben exakt nachzuprüfen. Von 2024 an fordert die Europäische Union ein, Bevölkerungsdaten in jährlichen Abständen zu melden – nicht wie in Deutschland bislang alle fünf Jahre. Spätestens dann müssten die beschriebenen methodischen Mängel behoben sein.

Viele Väter nutzen Elterngeld – nur für kurze Zeit

dc. BERLIN, 21. Juni. Immer mehr Väter nehmen nach der Geburt ihres Kindes eine berufliche Auszeit und beziehen Elterngeld. Allerdings beschränkt sich die Auszeit bisher meist auf die für den Bezug von Elterngeld vorgegebene Mindestdauer von zwei Monaten. Demgegenüber sind es weiterhin in aller Regel die Mütter, die die volle Bezugsdauer von zwölf Monaten ausschöpfen. Das zeigt die vom Statistischen Bundesamt am Dienstag vorgelegte Elterngeldstatistik für das Jahr 2014. Von insgesamt 715 000 Kindern, die 2014 geboren wurden, haben den Daten zufolge 244 000 einen Vater, der mit Hilfe des Elterngelds mindestens für zwei Monate mit einer beruflichen Pause einlegte. Das entspricht einem Anteil von 34,2 Prozent. Im Jahr 2013 hatten die Statistiker 32 Prozent gezählt. Noch wesentlich stärker fällt der Anstieg aus, wenn man etwas weiter zurückblickt: Im Jahr 2008, dem ersten Jahr nach Einführung des Elterngelds, belief sich die sogenannte Väterbeteiligung auf lediglich 21 Prozent; 2010 waren es 25 Prozent gewesen. Das einst von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) eingeführte Elterngeld ist eine staatliche Einkommensersatzleistung für Mütter und Väter, die zugunsten ihrer Kinder eine berufliche Auszeit nehmen. Besonders beliebt ist die 2007 eingeführte Leistung unter sächsischen, bayerischen und thüringischen Vätern: In den drei Freistaaten beträgt die Väterbeteiligung mehr als 40 Prozent.

Rechnung ist Rechnung

Flämische Sprachvorgaben sind unzulässig

Es klingt wie eine Anekdote aus Absurdistan: Das italienische Unternehmen GPPH erhält von seinem belgischen Geschäftspartner New Valmar eine Rechnung auf Italienisch. Statt die Rechnung angesichts dieses Entgegenkommens zügig zu zahlen, weigern sich die Italiener, überhaupt zu zahlen. Die Begründung? Das belgische Unternehmen, das in Flandern sitzt, hätte die Rechnung nach regionalem Recht in der Landessprache, sprich auf Niederländisch, ausstellen müssen. Die Belgier liefern darauf eine niederländische Übersetzung der italienischsprachigen Rechnung nach Italien. Das aber erkennen die Italiener ebenfalls nicht an und bekommen vor einem flämischen Gericht grundsätzlich recht. Das Handelsgericht Gent legt den Fall aber dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Prüfung vor.

Union und SPD einigen sich auf Fracking-Gesetz

rike. BERLIN, 21. Juni. Die Fraktions-spitzen von Union und SPD haben sich offenbar auf einen Kompromiss bei dem schon lange geplanten Fracking-Gesetz geeinigt. Schon an diesem Freitag soll der Bundestag über das Gesetz entscheiden. Es sei ein Ländervorbehalt für Probebohrungen vereinbart worden, sagte Armin Laschet, Vorsitzender der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, am Dienstag über den gefundenen Kompromiss. „Das heißt, die jeweilige Landesregierung muss zustimmen.“ SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte, das unkonventionelle Fracking, das Umweltschützer besonders kritisieren, solle unbefristet verboten werden. Der Einigungsdruck war zuletzt gestiegen, weil Niedersachsen angekündigt hatte, Fracking künftig wieder zu erlauben – und zwar nach altem Bergrecht, da das geplante Bundesgesetz seit einem Jahr nicht vorangekommen ist. Um dem Bund Zeit für ein nationales Gesetz zu geben, hatten die Erdgasunternehmen zuvor fünf Jahre lang auf Fracking-Anträge verzichtet. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte angesichts der Ankündigung aus Niedersachsen auf eine rasche Verabschiedung des Gesetzes gedrängt. Es sieht strengere Wasserschutzvorschriften für die Erdgasförderung in tiefen Gesteinsschichten vor als die bisherige Rechtslage.

Der Gerichtshof hat nun am Dienstag in der Rechtssache C-15/15 entschieden und die flämischen Sprachvorgaben für unvereinbar mit dem EU-Recht erklärt. Die Vorgaben behinderten den freien Warenverkehr in der Europäischen Union, urteilten die Richter. Sie hinderten die Geschäftspartner daran, eine Sprache, die alle beherrschten, für die Abfassung ihrer Rechnungen zu wählen, und schreibe ihnen stattdessen eine andere Sprache vor. Das könne den Empfänger dazu verleiten, sich auf sein tatsächliches oder vorgebliches Unvermögen zu berufen, den Inhalt dieser Rechnungen zu verstehen, um die Zahlung zu verweigern, begründen die Richter ihre Entscheidung. Auf dass sie die Italiener damit nur nicht auf dumme Gedanken gebracht haben, wenn demnächst doch eine Rechnung auf Niederländisch kommt. hmk

DAK Gesundheit will 1600 Stellen streichen

rike. BERLIN, 21. Juni. Die DAK Gesundheit, die nach Mitgliedern drittgrößte Krankenkasse, will 1600 Stellen streichen. Das habe der Krankenkassenvorstand am Dienstag zu Beginn der Tarifverhandlungen bekanntgegeben, teilte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi mit. Eine Sprecherin der Krankenkasse bestätigte die Zahl. Hintergrund des Personalabbaus ist nach Angaben von Verdi der rapide Mitgliederverlust der Kasse: Nachdem sie den zweithöchsten Zusatzbeitrag aller Krankenkassen erheben musste, habe die DAK Gesundheit seit Jahresbeginn mehr als 180 000 Mitglieder verloren. Insgesamt allerdings hat sich die finanzielle Lage der Gesetzlichen Krankenversicherung nach den Beitragssteigerungen Anfang des Jahres verbessert. Das Bundesgesundheitsministerium teilte am Montag mit, die Krankenkassen hätten im ersten Quartal einen Überschuss von 406 Millionen Euro erzielt; die Finanzreserven seien bis Ende März auf 14,9 Milliarden Euro gestiegen. Die Einnahmen je Versicherten stiegen um 4,3 Prozent, die Ausgaben um 3,2 Prozent. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) sprach von einer „sehr soliden Grundlage“.

Juncker sieht Athen über dem Berg

ATHEN, 21. Juni (dpa/AFP/Reuters). Griechenland hat nach der Erfüllung der meisten Reformen die schwierigste Phase seiner Finanzkrise hinter sich gelassen. Diese Einschätzung vertrat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nach einem Treffen mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras. „Griechenland ist über den Berg“, sagte Juncker. Er forderte, dass die anderen EU-Länder sich solidarisch zu Griechenland zeigen, damit das Land mit der Flüchtlingskrise fertig wird. Griechenlands internationale Gläubiger haben die nächste Finanztranche für das finanziell angeschlagene Land freigegeben. Athen werde noch am Dienstag Hilfgelder über 7,5 Milliarden Euro erhalten, kündigten der Direktor des europäischen Rettungsfonds ESM, Klaus Regling, und Juncker unabhängig voneinander an. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwägt nach den Worten ihres Präsidenten Mario Draghi, Griechenland wieder an die normale Geldversorgung über die Zentralbank anzuschließen. Der Rat der EZB wird sicherlich die erforderliche Sonderregel für griechische Anleihen in Betracht ziehen, sagte Draghi im Europa-Parlament.

Hohe Einkommen in München

Bayerns Metropole liegt 27 Prozent über dem Durchschnitt

dc. BERLIN, 21. Juni. Bayern ist das reichste deutsche Bundesland und Mecklenburg-Vorpommern das ärmste, wenn man das Nettoeinkommen der dortigen Bürger als Maßstab nimmt. Mit durchschnittlich 22 764 Euro verfügten bayerische Haushalte 2012 über gut 5700 Euro mehr als die Haushalte im nordöstlichsten Bundesland. Das zeigen Daten aus dem Statistikfundus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

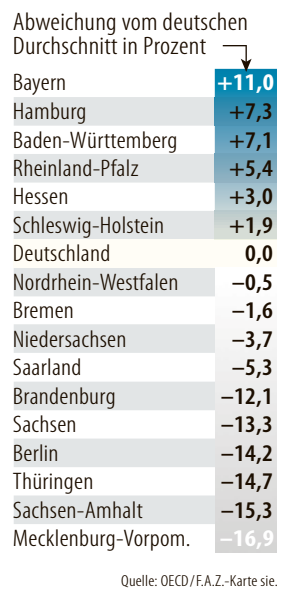
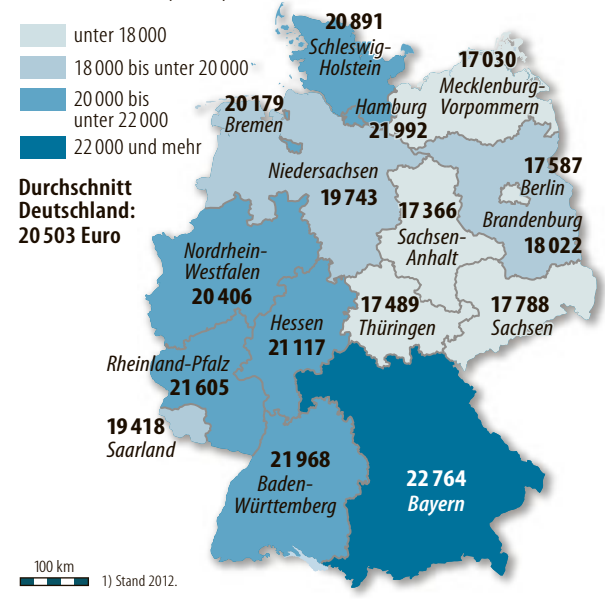
Besonders weit vorn liegen Haushalte in München, wo das Leben aber auch teurer ist als auf dem Land: Ein Durchschnittshaushalt in der bayerischen Metropole hat 26 127 Euro, in der Region Vorpommern aber nur 16 716 Euro. Letzteres sind 18 Prozent weniger als der deutschlandweite Durchschnitt von 20 503 Euro. Bayern liegt 11 Prozent darüber, München 27 Prozent. Über dem Mittelwert bewegen sich aber auch die Nettoeinkommen in Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen,

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. In Hessen ist das Rhein-Main-Gebiet mit 22 089 Euro weit vorn; in Nordhessen sind es 2000 Euro weniger. Und während Baden-Württemberger im Landesdurchschnitt fast gleich viel haben wie Hamburger, liegen Stuttgarts Haushalte mit 22 842 Euro auf bayerischem Niveau.

Die östlichen Länder hingegen liegen noch immer allesamt deutlich unter dem deutschen Durchschnitt. Auffällig dabei: Brandenburg profitiert von wohlhabenden Haushalten im Berliner Umland und liegt damit innerhalb des Ostens auch insgesamt vorn. Im internationalen Maßstab sind die innerdeutschen Unterschiede freilich durchweg eher klein. Das zeigte kürzlich eine OECD-Studie: Beträgt die Spanne zwischen dem reichsten und dem ärmsten Bundesland hierzulande 28 Prozentpunkte, so liegt der entsprechende Wert etwa für Frankreich bei 36 Prozentpunkten. In Großbritannien sind es 51, in den Vereinigten Staaten 87 Prozentpunkte.

Wohlstand in Deutschland

Nettoeinkommen pro Kopf nach Bundesländern in Euro¹⁾



Quelle: OECD/FA.Z-Karte.

Kion wettet auf das Warenlager der Zukunft

Der zweitgrößte Hersteller von Gabelstaplern auf der Welt gibt 2,1 Milliarden Dollar für ein amerikanisches Unternehmen aus. Er will moderner werden und erklärt das Wettrennen gegen den Rivalen Toyota für beendet.

umx. FRANKFURT, 21. Juni. Es ist nicht so, dass Gordon Riske Verstecken gespielt hätte. Der Amerikaner, Vorstandschef des Gabelstapler-Herstellers Kion aus Wiesbaden, hat beim Thema Wachstum durch Zukäufe zuletzt ganz gerne Andeutungen über Möglichkeiten und Ziele gemacht. Erstens: Kion sei ein Unternehmen, zu dessen Geschichte Übernahmen immer dazugehörten; es waren rund ein Dutzend in den vergangenen zehn Jahren, von denen allerdings keine jenseits der 100-Millionen-Euro-Grenze lag. Zweitens: Geld sei auch genug vorhanden.

Bei solchen Andeutungen wirkte es nicht so, als hätte Riske mit aller Macht etwas zu verheimlichen. Am Dienstag nun hat Kion bestätigt, dass die Überlegungen in der Führungsriege nicht nur theoretischer Natur waren. Der M-Dax-Konzern, der in diesem Jahr mit einem Umsatz von 5,2 bis 5,3 Milliarden Euro rechnet, hat die größte Übernahme seiner Geschichte auf den Weg gebracht: Er wird das amerikanische Unternehmen Dematic übernehmen und rechnet mit einem Kaufpreis von 2,1 Milliarden Dollar, fällig im vierten Quartal dieses Jahres. Dematic kam mit knapp 6000 Mitarbeitern im vergangenen Jahr auf einen Umsatz von rund 1,8 Milliarden Dollar, wovon 166 Millionen Dollar als bereinigter operativer Gewinn übrig blieben. Verkäufer sind der Finanzinvestor AEA Investors und der Pensionsfonds Ontario Teachers' Pension Plan. Kion selbst hat aktuell rund 23 500 Mitarbeiter.

Die Übernahme ist eine geographische und inhaltliche Positionierung gleichermaßen. Während Kion in China, dem größten Einzelmarkt für Gabelstapler, die Nummer 1 ist – die Beteiligung von Weichai Power vor einigen Jahren mit knapp 40 Prozent der Anteile gilt als Positivbeispiel deutsch-chinesischer Zusammenarbeit –, waren die Vereinigten Staaten bisher eine Art weißer Fleck auf der Landkarte des Konzerns. Oder allenfalls ein hellgrauer. Dieser Markt soll nun be-



Schlauer stapeln: Moderne Lagersysteme wie von Dematic sind vernetzt und sollen Zeit sparen.

Foto Wilfried Maisy/REA/Laif

trächtlich gestärkt werden. Gleichzeitig will sich Kion noch vehementer als Anbieter vollautomatischer und vernetzter Logistik-Lösungen etablieren. Das Profil von Dematic weist in diese Richtung: Es besteht unter anderem aus fahrerlosen Transportsystemen, hochmodernen Lager-, Sortier- und Fördersystemen sowie dem Einsatz jeder Menge Software.

Die sogenannte Intralogistik soll für Kion demnach immer wichtiger werden und das klassische Geschäft mit Gabelstaplern ergänzen. Es geht, verkürzt, um das Lager der Zukunft, in dem die Wege kürzer und die Prozesse schneller werden – das Ganze bei intensiver Vernetzung. Das starke Wachstum im Online-Handel ist ein Treiber dieser Entwicklung, auf den Riske und Co. bei Kion verstärkt setzen. Der Intralogistik wird mehr als 25 Prozent des Konzernumsatzes zugetraut, das klassische Staplergeschäft liegt bei etwa 35 Prozent, der Service bei 40 Prozent. Die Geschäftsfelder von Dematic

hatten zuletzt zweistellige prozentuale Wachstumsraten zu bieten – davon kann bei den Gabelstaplern keine Rede mehr sein.

In Wiesbaden heißt es, Kion habe sich schon längst zu einem ganz neuen Unternehmen gewandelt, und dieser neue, sehr große Schritt sei die Fortsetzung dieser Evolution. Gabelstapler-Hersteller beschreibe das, was die aus dem Linde-Konzern hervorgegangene Gruppe heute mache, nur unzureichend. „Mit dem Kauf von Dematic verändern und bauen wir erheblich aus, was die Kion-Gruppe ist und baut“, sagte Riske. Finanzvorstand Thomas Toepfer benutzte die Formulierung „transformierende Transaktion“. Kion soll also ein anderer Konzern werden. Das hatte sich mit der einen oder anderen Übernahme zwar schon angedeutet, ist aber erst jetzt gewissermaßen vollzogen. Der Zukauf werde zunächst durch einen Brückenkredit über drei Milliarden Euro finanziert, der von einer Gruppe von Ban-

ken fest zugesagt worden sei. Zudem plant Kion eine Kapitalerhöhung, an der auch der chinesische Großaktionär Weichai Power teilnehmen wird. Auf der jüngsten Hauptversammlung war die Ausgabe von bis zu 10 Prozent neuer Aktien genehmigt worden. Der aktuelle Kurs gab am Dienstag allerdings gehörig nach. Das Minus betrug zwischenzeitlich 7 Prozent.

Der Zukauf sorgt auch dafür, dass der Wettlauf mit dem Marktführer Toyota beendet ist. Riske hat dieses Duell um die größte Zahl verkaufter Gabelstapler zwar immer heruntergespielt, aber dann und wann schimmerte es doch durch – namentlich mit den vergeblichen Bemühungen, den japanischen Anbieter Unicars zu übernehmen. Spätestens seit Dienstag ist es amtlich: Kion überlässt Toyota ganz bewusst die Fokussierung auf die Fahrzeug-Hardware und begibt sich entschlossener denn je auf den Weg zum Software-Unternehmen mit Staplerproduktion. (Kommentar Seite 26.)

Thyssen-Krupp blickt neidisch auf Amerikas Strafzölle

Der Stahlkonzern leidet unter Billigimporten aus China

lid/bü. NEW YORK/DÜSSELDORF, 21. Juni. Heinrich Hiesinger, der Vorstandsvorsitzende des deutschen Industrie- und Stahlkonzerns Thyssen-Krupp, ist gerade auf einer einwöchigen Geschäftsreise in den Vereinigten Staaten. Es ist ein Markt, der für fast ein Viertel des Umsatzes der Deutschen steht und auf dem der Konzern sich zuletzt über einen besonders prestigeträchtigen Auftrag in seiner Aufzugsparte freuen konnte. Thyssen-Krupp hat alle Aufzüge und Rolltreppen für das „One World Trade Center“ geliefert, den Nachfolgebau der am 11. September 2001 zerstörten Zwillingstürme. Die Vereinigten Staaten sind sogar ein Land, mit dem Hiesinger in gewisser Weise gerne tauschen würde. Nämlich wenn es um den Umgang mit Billigstahl aus China geht, der westlichen Stahlherstellern im Moment schwer zu schaffen macht.

„Wir sind neidisch auf die Vereinigten Staaten“, sagte Hiesinger im Gespräch mit Journalisten in New York mit Verweis auf die extrem unterschiedlichen Strafzölle, die derzeit in Amerika und Europa auf Stahlimporte aus China erhoben werden. Die amerikanische Regierung hat vor einigen Monaten einen Strafzoll von 266 Prozent auf kaltgewalzenen Stahl verhängt, der zum Beispiel bei der Produktion von Autos oder Haushaltsgeräten zum Einsatz kommt.

„Das ist eine klare Entscheidung, den Markt dichtzumachen“, sagte Hiesinger. Europa ist dagegen bisher viel zaghafter vorgegangen und beschränkt sich vorläufig auf Zölle zwischen 13,8 und 16 Prozent. Zwar prüft die EU-Kommission weitere Schritte, aber nach Einschätzung von Hiesinger ist bislang noch nicht absehbar, ob die Zölle weiter angepasst werden. Ein Grund dafür ist das Tauziehen darum, ob China der Status einer Marktwirtschaft verliehen wird. Obwohl es dann noch schwieriger würde, Dumping-Praktiken wirksam zu unterbinden, scheint die EU-Kommission dem Drängen Chinas nachkommen zu wollen. Chinesische Stahlhersteller versuchen ange-

sichts einer Abschwächung auf ihrem Heimatmarkt seit einiger Zeit verstärkt, ihre Ware zu exportieren, und konkurrieren dabei über den Preis. Dadurch seien die Preise in der Branche auf ein „unvernünftiges“ und „nicht realistisches“ Niveau gesunken, klagt Hiesinger. „Wir sind offen für Wettbewerb, aber unter fairen Bedingungen.“ Thyssen-Krupp hat wegen des Verfalls der Stahlpreise im Mai seine Geschäftsprognose für das laufende Wirtschaftsjahr zurücknehmen müssen. Statt eines Betriebsgewinns von 1,6 bis 1,9 Milliarden Euro werden nun nur noch 1,4 Milliarden Euro erwartet.

Die Stahlausfuhren aus China haben im vorigen Jahr einen neuen Höchststand erreicht, so dass der Handelsstreit schärfer wird. China hat zugesagt, in den kommenden fünf Jahren Stahlwerke mit einer Kapazität von 100 bis 150 Millionen Tonnen stillzulegen. Zum Unmut der Handelspartner kommt dieser Plan aber nur schleppend voran. Nicht nur bei den Preisen sieht der Chef von Thyssen-Krupp unfaire Bedingungen, sondern auch mit Blick auf den Umweltschutz. Chinesische Hersteller leisten sich in ihrer Produktion einen viel höheren Kohlendioxidausstoß als etwa Thyssen-Krupp. Hiesinger sagte auch, er habe noch nie einen chinesischen Hersteller gesehen, der das Wasser in der Produktion recycelt, so wie dies in seinem Unternehmen üblich sei.

Dass die amerikanische Regierung ihrer Stahlbranche mit solch massiven Strafzöllen unter die Arme greift, ist auch vor dem Hintergrund des laufenden Wahlkampfes bemerkenswert. Donald Trump, der voraussichtliche Kandidat der Republikanischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen im November, wirft dem gegenwärtigen Präsidenten Barack Obama regelmäßig vor, er lasse sich von China und anderen Handelspartnern über den Tisch ziehen. Trump verspricht, er werde mehr Härte als der derzeitige Amtsinhaber zeigen und faire Handelsbedingungen für die Vereinigten Staaten schaffen.

Deutsche Bank vor Einigung

Bald Entscheidung zum Abbau von Filialen und Personal

gb. FRANKFURT, 21. Juni. Die Verhandlungen in der Deutschen Bank über einen Abbau von Filialen in Deutschland und den daraus folgenden Personalabbau sind dem Vernehmen nach weit fortgeschritten. Eine Einigung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat sei noch in dieser Woche möglich, ist in Finanzkreisen zu hören. Ursprünglich hatte die Geschäftsleitung gehofft, bis Ende Mai eine Einigung zu erzielen. Anfang des Jahres betrieb die Deutsche Bank in Deutschland rund 720 Filialen; nach den Vorstellungen des Vorstands soll diese Zahl bis Ende 2017 auf rund 500 sinken. Insgesamt will die Deutsche Bank in ihrem Heimatland etwa 4000 Stellen abbauen, davon die meisten im Geschäft mit Firmen- und Privatkunden. Es handelt sich um einen Bestandteil eines globalen Programms zur Senkung der Kosten, mit dem der Vorstandsvorsitzende John Cryan die Ertragskraft des Hauses steigern will. Die Deutsche Bank erwirtschaftet zwar im Jahr rund 35 Milliarden Dollar Erträge, dennoch

wies sie für das vergangene Jahr wegen hoher laufender Kosten und Sonderlasten unter anderem für Strafzahlungen einen Verlust von 6,8 Milliarden Euro aus.

Da sich die Deutsche Bank auch von ihrer Tochtergesellschaft Postbank trennen will, steht sie vor einer erheblichen Reduzierung ihres Niederlassungsnetzes in Deutschland. Im Gegenzug will die Bank mehrere spezialisierte Beratungszentren einrichten und ihr digitales Angebot verbessern, in dem sie bisher keineswegs zu den Trendsettern auf dem deutschen Markt gezählt hat. Kürzlich waren mehrere Millionen Kunden von einer peinlichen Computertapen betroffen; einige Kunden konnten deswegen kurzzeitig keine Barauszahlungen aus Geldautomaten erhalten. Neben der Deutschen Bank wollen im Jahresverlauf auch Sparkassen und Volksbanken Niederlassungen schließen. Wegen der niedrigen Zinsen und der Digitalisierung des Bankgeschäfts müssen die Kreditinstitute eine strenge Kostendisziplin üben.

Obama hilft Deutscher Messe

geg. FRANKFURT, 21. Juni. Die Deutsche Messe AG, Hannover, hat im abgelaufenen Jahr von der guten Messekonjunktur profitiert. Der Umsatz ist von 280 Millionen auf 329 Millionen Euro gestiegen. Die Deutsche Messe, die in Hannover das größte Messegelände der Welt betreibt, ist damit vom Umsatz her auf den zweiten Platz unter den deutschen Messegesellschaften vorgerückt. Mit großem Abstand Nummer eins ist die Messe Frankfurt mit 645 Millionen Euro Umsatz. Auf den dritten Rang abgerutscht war die Messe Düsseldorf, die aber schon im laufenden Jahr wegen eines dichten Messeprogramms den zweiten Platz wieder zurückerobern wird.

Die Deutsche Messe wird in diesem Jahr wieder einen leichten Umsatzrückgang hinnehmen müssen, obwohl alle Einzelveranstaltungen gegenüber den meist vor zwei Jahren stattgefundenen Vorveranstaltungen gut abschneiden. Wie die meisten Großmessen in Deutschland haben auch die hannoverschen Veranstaltungen gute bis sehr gute Zuwächse bei der Zahl der Aussteller und der Besucher zu verzeichnen. Extrem gut sei die Bodenbelagsmesse Domotex gewesen, aber auch die Computermesse Cebit oder die Hannover Messe, die durch den Besuch des amerikanischen Präsidenten Barack Obama viel mehr Aufmerksamkeit, Aussteller und Besucher auf sich zog. Einzig die Cemat, eine Messe für innerbetriebliche Logistik (Gabelstapler und Fließbänder), war weniger stark. Sie wird von 2018 an wieder in die Hannover Messe integriert.

Trotz guter Umsatzentwicklung wird die Messegesellschaft aber wieder einen Verlust machen. Nachdem sie im abgelaufenen Jahr die 9,6 Millionen Euro Verlust des Jahres 2014 in einen Gewinn von 9,4 Millionen Euro verwandelt hat, geht der Vorstand für 2016 wieder von 6 Millionen Euro Verlust aus. Es soll in diesem Jahr der letzte Verlust sein. Der Vorstandsvorsitzende Wolfram von Fritsch hat sich zum Ziel gesetzt, von 2017 an in jedem Jahr Gewinn zu erwirtschaften, auch um die Investitionen in das Gelände und in Zukäufe aus eigener Kraft finanzieren zu können. Dafür arbeitet die Messegesellschaft seit 2008 zwei Kostensenkungsprogramme ab. Dazu gehören auch noch laufende Verhandlungen mit den Arbeitnehmern über die Tarifstruktur. Die Deutsche Messe gehört als einzige Messegesellschaft zum Bereich der IG Metall und hat damit im Vergleich zu Mitbewerbern um 30 bis 40 Prozent höhere Personalkosten. Sowohl Arbeitnehmervertreter als auch der Vorstand haben signalisiert, zu einem positiven Abschluss der Verhandlungen zu kommen.

Ärger nach Breitbandkompromiss

Die Telekom-Konkurrenz spricht von Kosmetik

bü/hmk. DÜSSELDORF / BRÜSSEL, 21. Juni. Der Kompromiss zwischen Brüssel und der Bundesnetzagentur über den Ausbau des schnellen Internet in Deutschland stößt bei den Wettbewerbern der Deutschen Telekom auf scharfe Kritik. Statt echter Verbesserungen gebe es nur „kosmetische Veränderungen“, im Ergebnis bekomme die Telekom ein „weitgehendes Infrastrukturmonopol“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der drei Konkurrenzverbände VATM, Breko und Buglas. Die Vorgehensweise werten sie als einen „zweifelhafte Vorgang“, weil das vorgesehene EU-Prüfungsverfahren teilweise umgangen werde.

Die Telekom will mit der Vectoring-Technik alte Kupferleitungen aufrüsten, um darüber rund 6 Millionen Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen. Aus technischen Gründen will die Netzagentur der Telekom dafür im Gegenzug erlauben, Konkurrenten unter bestimmten Voraussetzungen den Zugang zur letzten Meile, also den Leitungen in die Haushalte, zu versperren.

Den ersten Vorstoß der Netzagentur hatte auch die EU-Kommission als Wettbewerbsverzerrung beanstandet. Die Kommission werde sicherstellen, „dass der Wettbewerb nicht eingeschränkt wird und es einen echten Anreiz für Investitionen in zukunftsrichtige Netzwerke gibt“, hatte Digitalkommissar Günther Oettinger Anfang Mai gesagt. Mit dem am Dienstag in seinen Einzelheiten veröffentlichten neuen Plan der Netzagentur hoffe er auf die „Quadratur des Kreises: Vectoring + Wettbewerb + Anreize für Investitionen.“ Bei der Überarbeitung ihres Entwurfs hat sich die Netzagentur eng mit

der Kommission abgestimmt. Es ist deshalb kaum damit zu rechnen, dass die EU-Behörde abermals Einwände erhebt. Formal hat sie für die Prüfung des rund 330 Seiten langen Texts einen Monat Zeit. Erst dann wird sie offiziell Position beziehen können.

Die Telekom bemängelte, dass mit dem neuen Entwurf ein größerer Teil der Ausbaugelände an die Konkurrenz gehen werde. Außerdem bekämen Wettbewerber nun noch mehr Möglichkeiten, die Infrastruktur des Konzerns mitzubenutzen. Dagegen ändert sich nach Darstellung der Verbände nur wenig an den Exklusivrechten der Telekom. Wettbewerber sollen die Vectoring-Technik nur dann einsetzen dürfen, wenn sie in einem Anschlussgebiet mindestens 40 Prozent der Schaltkästen bereits mit eigenen Glasfaserleitungen erschlossen hatten.

Gegenüber der alten Schwelle von 50 Prozent sieht das zwar nach einer Verbesserung aus. Doch damit Wettbewerber zum Zuge kommen, muss ihr Anteil an der Glasfaserschließung nun zusätzlich den der Telekom um mindestens 33 Prozentpunkte übersteigen. Das werde die Schwelle teilweise sogar über 50 Prozent heben, rechnen die Wettbewerber vor.

Neutrale Zahlen darüber, wie sich die Verhältnisse durch die Neuregelung verschieben werden, gab es noch nicht. Auf der Basis des ersten Entwurfs wären nach Angaben der Kommission nur etwa 6 Prozent der Hausanschlüsse an die Wettbewerber gegangen. Die Konkurrenten warteten vor „fatalen Folgen“ für die Breitbandversorgung und forderten Oettinger auf, ein neues vertieftes Prüfungsverfahren einzuleiten.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

30 JAHRE
JUGEND SCHREIBT

Die F.A.Z. sucht Lehrer und Schüler für das Projekt „Jugend schreibt“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird im nächsten Jahr zum 30. Mal in Zusammenarbeit mit dem IZOP - Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (Aachen) das Projekt „Jugend schreibt - Zeitung in der Schule“ anbieten. Das Projekt richtet sich an Klassen und Kurse der Sekundarstufe II von Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsschulen.

Alle teilnehmenden Lehrer und Schüler erhalten vom 1. Februar 2017 an ein Jahr lang ein für sie kostenfreies F.A.Z.-Abonnement (E-Paper) und damit die Chance, im Unterricht mit der Zeitung zu arbeiten. Die Schüler werden aber nicht nur die F.A.Z. lesen, sondern auch selbst journalistische Texte schreiben. Ausgewählte Beiträge werden auf der Seite „Jugend schreibt“ in der F.A.Z. veröffentlicht. Lehrer, die mit einer Klasse oder einem Kurs teilnehmen möchten, bewerben sich bitte schriftlich mit folgenden Angaben: Schule, Schultyp, Bundesland, Klasse (Kurs), Schülerzahl, unterrichtete Fächer und Zahl der Wochenstunden in dieser Klasse.

Teilnahmebedingungen: Die Klasse (der Kurs) muss nach dem Schuljahreswechsel unter derselben Leitung weitergeführt werden. Die Teilnahme des Lehrers an dem dreitägigen Einführungsseminar vom 18. Januar bis 20. Januar 2017 in Frankfurt am Main ist verpflichtend (bei Erstteilnahme).

Bewerbungen und Anfragen bitte bis 31. Oktober 2016 an: IZOP-Institut, Heidchenberg 11, 52076 Aachen, Kennwort: „Jugend schreibt“
Telefon (0 24 08) 58 89-18, www.izop.de

Weitere Informationen auch unter
WWW.FAZSCHULE.NET



Eine neue Heimat für Siemens

Die Konzernzentrale in München wird Freitag eröffnet. Ein so offenes Konzept gibt es sonst nicht. Im Erdgeschoss kann jeder wandeln. Das Projekt steht für Transparenz und einen Neuanfang.

kön. MÜNCHEN, 21. Juni. Die leicht geneigten, nach oben sich öffnenden Glasfassaden sind von unten kaum zu erkennen, doch der Effekt ist enorm: Die insgesamt fünf Innenhöfe sind lichtdurchflutet. Ohnehin wirkt das neue Areal neben dem Wittelsbacher Platz in München freundlich und einladend, hell und offen. Die riesigen Glasfronten bieten viel Durchsicht. Sie erstrecken sich über insgesamt 16 000 Quadratmeter, so groß wie vier Fußballfelder. Im Atrium, das sich sechs Etagen nach oben bis zu einem riesigen Glasdach erhebt, lässt es sich promenieren und wandeln, mit der Bronzeskulptur „Schwesterngruppe“ des Künstlers Georg Baselitz als Blickfang. Nur am Rand stehen die hüfthohen Glasfronten, die den Zugang zu den Aufzügen versperren und nur noch für die Mitarbeiter zugänglich sind.

Am Freitag wird die neue Siemens-Zentrale eröffnet. Künftig wird es dann nicht mehr Wittelsbacher Platz als Synonym für den Weltkonzern mit 350 000 Mitarbeitern, vertreten in 200 Ländern, heißen. Von un an kommen Besucher für den Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser oder die anderen 1200 Mitarbeiter in der Werner-von-Siemens-Straße 1 über eine extra gebaute Straße an der Westfront des großen Areals mitten in der Altstadt von München an. Die Auffahrt ist geschmückt mit einer 10 Meter hohen glänzenden Skulptur des Architekten Daniel Libeskind. An ihr werden auch normale Passanten, Münchner wie Touristen, vorbeilaufen und das Areal des Unternehmens im Erdgeschoss betreten, über Höfe schlendern, am Casino für die Siemensianer in einem Café oder einem Restaurant sitzen. Durch die Lobby können Familien ihre Kinderwagen schieben oder Rucksacktouristen wandeln.

Rund 90 Prozent der Erdgeschossfläche sind öffentlich zugänglich, weshalb Thomas Braun von einem „gläsernen Erdgeschoss“ spricht. Als Projektmanager von Siemens ist er dafür verantwortlich gewesen, dass die neue Perle in der Innenstadt nach sechs Jahren Planungs- und Bauphase pünktlich und vor allem im Kostenrahmen mit einem niedrigen dreistelligen Millionenbetrag fertig geworden ist. Was am Freitag von Kaeser, Aufsichtsratschef Gerhard Cromme im Beisein von Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und der



15. Juli 2013: Nur scheinbar ist die Siemens-Welt noch in Ordnung. Vorstandsvorsitzender Peter Löscher (Zweiter von rechts), Joe Kaeser, damals Finanzvorstand, und Aufsichtsratschef Gerhard Cromme (links) geben sich mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (Mitte) und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (rechts) bei der Grundsteinlegung locker. Wenige Tage später war Löscher weg und Kaeser neuer Chef. Er eröffnet auch am Freitag nach drei Jahren Bauzeit die neue Zentrale. Das Atrium (oben) ist ein Höhepunkt des Entwurfs des dänischen Büros Henning Larsen Architects.

Fotos dpa, Picture Alliance

bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und mit einem Familienfest für die Mitarbeiter gefeiert wird, sucht seinesgleichen: Eine Konzernzentrale, die sich so dem Publikum öffnet, gibt es in dieser Form nicht.

Mit der ersten Minute der Planung war klar, dass ein offenes, transparentes Gebäude im Herzen der bayerischen Landeshauptstadt zu bauen ist, das Leichtigkeit, Lebendigkeit und Lässigkeit ausstrahlt; kein Verriegeln, kein Abschotten. „Wir demonstrieren bewusst Öffentlichkeit“, sagt General Manager Braun. Denn als der Beschluss für eine neue Unternehmenszentrale 2010 fiel, war der Ende 2006 bekanntgewordene Korruptionsskandal noch sehr präsent. Das war der Wille des Vorstands mit Peter Löscher als Vorsitzendem und Joe Kaeser als Finanzvorstand. Es sollte optisch ein Schlussstrich unter die Affäre und die schwerste Krise des Unternehmens gezogen werden. Nur langsam verzogen sich deren dunkle Wolken, die noch am 15. Juli 2013 zu sehen waren, obwohl am Tag der Grundsteinlegung die Sonne

über dem Wittelsbacher Platz schien. Der Konzern musste in jenen Tagen gegen Kartellvorwürfe in Brasilien ankämpfen.

Noch mehr dunkle Wolken zogen in jenen Wochen des Julis auf, an dessen Monatsende Löscher in einem kurzen Machtkampf abtreten musste, nur wenige Tage nach dem großen Akt vor dem Wittelsbacher Palais. Denn sein damaliger Finanzchef grätschte mit süffisanten Bemerkungen hinein in die Veranstaltung und sagte eher beiläufig, dass Siemens im Augenblick mit der „Reparatur eines Blechs Schadens“ beschäftigt sei. Im Unternehmen brannte es schon seit Wochen lichterloh. Das Jahre zuvor von Löscher und auch von Kaeser aufgelegte Strategieprogramm „Siemens 2014“ scheiterte kläglich, mit dem die Schlagkraft des angeschlagenen Konzerns verbessert werden musste. Zwei Wochen später, am 31. Juli, musste Löscher nach einem einwöchigen Machtkampf und einer weiteren bitteren Ergebnisprognose nach unten abrupt abtreten. Der Beginn des Neubauvorhabens, gerade ein paar Tage alt, bot eine perfekte Botschaft: Baustelle Siemens.

Der neue Siemens-Chef Kaeser ließ im Unternehmen keinen Stein auf dem anderen und musste ein neues Fundament gießen. So wie das alte, vom Stararchitekten Leo von Klenze 1825 errichtete klassizistische Wittelsbacher Palais entkernt wurde, versuchte Kaeser auch im Konzern die alten Kerne zu beseitigen. Mit den von Löscher eingeführten Sektoren wurde eine Hierarchieebene gestrichen. Bürokratie sollte abgebaut, mit sieben operativen Divisionen die Prozesse schneller, Innovation wieder vorangebracht, Versäumnisse in Forschung und Entwicklung aufgeholt, milliardenteure Qualitätsmängel durch ein verbessertes Projektmanagement verhindert werden. Zwei Jahre hat Kaeser für den Umbau benötigt. In diesem Jahr, dem dritten, geht es aus seiner Sicht um Optimierung, damit er im nächsten Jahr erste durchgreifende Erfolge mit höheren Ergebnissen liefern kann. Nach drei Jahren Bauzeit ist nun auch die neue Konzernzentrale fertig.

Sie soll für eine neue, offene Kultur stehen, die im Unternehmen gelebt wird. Das Duzen – Unternehmenssprache ist

Englisch, damit das „you“ ohnehin unverfänglich –, die fehlende Krawatte oder das Tragen von Jeans sind oberflächliche Zeichen. Neue Bürokonzepte, wie sie in anderen Unternehmen längst Einzug gehalten haben, spielen von nun an auch in der Werner-von-Siemens-Straße eine Rolle. Kommunikationszonen, große offene Flure mit Lounge-Charakter sollen Treffpunkte zu informellen Gesprächen unter den Mitarbeitern werden. Der Gedankenaustausch in kleinen Besprechungszimmern ähnelt denen von Start-ups. „Es geht um mehr Austausch, es wird Wert auf Kommunikation gelegt“, sagt Projektleiter Braun.

Und es entsteht Dynamik, mit der Kaeser die einstige Behäbigkeit des Konzerns aufbrechen will. Beweglichkeit und Flexibilität kommen mit dem „Desk Sharing“ hinein. Nicht jeder Mitarbeiter hat einen fest zugeordneten Arbeitsplatz. Das Bild von der Familie, Unterlagen und Bücher haben am Ende des Arbeitstages in einem Schränkchen zu verschwinden. Am nächsten Tag könnte dort schon ein anderer Mitarbeiter sitzen, der von draußen kommt die Zentrale besucht. Denn jeder

der 1200 Beschäftigten ist auch einmal aushäusig. Zwischen 30 bis 40 Prozent der Arbeitsplätze sind oftmals leer.

Wenn Joe Kaeser Freitag die Eröffnungsrede hält, wird der Neubau als Symbol für den Wandel von Siemens strapaziert werden. Das Konzept, auch das muss gesagt werden, wurde aber unter seinem Vorgänger Löscher auf den Weg gebracht, der mit dem Aufräumen in der Korruptionssaffäre zu tun hatte und Siemens auf die Reise zum nachhaltigen Konzern mit nachhaltigen und grünen Produkten bringen wollte. Transparenz und Volksnähe sind in der neuen Zentrale zumindest optisch umgesetzt. Umweltfreundlich ist sie auch, verbraucht sie doch 90 Prozent weniger Strom im Vergleich zum Altbau – selbst wenn das von einem, jedoch durchgefallenen Architektenentwurf vorgesehene Windrad auf dem Dach fehlt. Mit dem großen Strategiewandel scheiterte Löscher kläglich. Den Erfolg, eine neue Siemens geschaffen zu haben, beansprucht Kaeser. Dafür steht letztlich nun der Wittelsbacher Platz – pardon: die Werner-von-Siemens-Straße 1.

Ladendiebe lieben LEDs, Kaffee und Rasierklingen

Handel beklagt mehr Diebstähle / Profis und organisierte Banden verstärkt am Werk

B.K. DÜSSELDORF, 21. Juni. Deutschlands Einzelhändler beklagen weiter gestiegene Schäden durch Ladendiebstähle. Vor allem die Fälle schwerer Ladendiebstähle haben in den zurückliegenden Jahren drastisch zugenommen. Dabei sind immer mehr Profis und organisierte Banden am Werk. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des auf den Handel spezialisierten Kölner Forschungs- und Beratungsinstituts EHI. Das Institut beziffert den entstandenen Schaden auf rund 2,24 Milliarden Euro. Das wären rund 100 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

„Einen Löwenanteil daran muss man wohl dem gewerbsmäßig organisierten Diebstahl, besonders den organisierten Bandendiebstählen zuordnen“, kommentiert Frank Horst als Verfasser der Studie die Entwicklung. Nach EHI-Schätzungen entfällt darauf wertmäßig inzwischen rund ein Viertel aller Diebstähle. Nachdem die Zahl der angezeigten Ladendiebstähle in den Jahren 2006 bis 2013 kontinuierlich zurückgegangen ist, gab es laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik im vergangenen Jahr abermals einen Anstieg, und zwar um 7 Prozent auf 391 401 Fälle. Die Dunkelziffer wird dabei allerdings mit gut 98 Prozent veranschlagt.

Die Ladendiebstähle sind mit einem Anteil von rund 55 Prozent auch die Hauptursache für die sogenannten Inventurdifferenzen, die das EHI auf insgesamt rund 4 Milliarden Euro (bewertet zu Einzelhandelspreisen) beziffert. Knapp 810 Millionen Euro der Differenzen werden dem eigenen Personal angelastet. Waren im Wert von etwas mehr als 340 Millionen Euro dürften durch kriminelles Handeln seitens der Lieferanten und Servicekräfte verschwunden sein. Die restlichen 640 Millionen Euro entfallen nach den Erkenntnissen der Studie auf organisatorische Mängel.

Durch Inventurdifferenzen und geschätzte 1,3 Milliarden Euro an Investitio-

nen zu deren Vermeidung gehen dem Einzelhandel rund 1,3 Prozent des Umsatzes verloren, wie das Kölner Institut vorrechnet. Als Sicherheitsmaßnahme bauen die Ladenbesitzer immer mehr auf die offene, von den Kunden sichtbare Kameraüberwachung. Allerdings kommt auch der Schulung und Sensibilisierung des Personals eine Schlüsselrolle zur Vermeidung der Diebstahlschäden zu.

Auf den Listen des beliebtesten Diebesgutes stehen Parfüms, Kosmetika, Rasierklingen, Tabakwaren und Spirituosen ganz oben, aber auch Sekt, Kaffee und Babyernahrung. Im Bekleidungshandel sind unter Langfingern neben Accessoires wie Gürtel und Tücher hochwertige Damenmodemarken und Funktionswaren besonders begehrt. Im Elektronikbereich ist der Schwund bei Tonträgern und Smartphones samt Zubehör besonders hoch. In Baumärkten werden am liebsten Akkus, Schrauben, Werkzeuge und LED-Leuchtmittel geklaut.

Top-Innenstadtlagen ziehen wieder mehr Kunden an

Von allen bedeutenden Einkaufsstraßen Deutschlands hat die Kölner Schildergasse im vergangenen Jahr den größten Kundenandrang verbucht. Mit bis zu 16 835 Passanten in der Stunde hat sich die Konsummeile den Siegereitel zurückgeholt, den sie im Vorjahr an die Kaufingerstraße in München verloren hatte. Diese wiederum liegt nach der jüngsten Erhebung des Immobilienunternehmens JLL inzwischen auf Platz vier, und zwar nach der Münchner Neuhauser Straße und der Frankfurter Zeil. Zu den Straßen, auf denen besonders dichtes Kundengefümmel herrscht, zählen zudem die Schadowstraße in Düsseldorf, die Mönckebergstraße in Hamburg, die Georgstraße und die Bahnhofstraße in Hannover, der Dortmunder Westenhellweg und die Königstraße in Stuttgart.

Zwar wird im Einzelhandel derzeit allgemein über ein Nachlassen der Kundenfrequenzen in den Einkaufsstraßen und Läden geklagt. Die Immobilien spezialisten kommen aber zu einem anderen Ergebnis. Zwar nicht in



Kaufen in Köln

Foto Imago

allen, aber in vielen Städten wurden auf den großen Einkaufsstraßen deutlich mehr Kunden registriert als in den Vorjahren. Der wachsende Online-Handel werde demnach als Ergänzung und nicht als Ersatz wahrgenommen.

Städte wie München und Berlin haben zwar die höchste Dichte an Hochfrequenzlagen mit jeweils mehr als 5000 Passanten in der Stunde. Es fällt aber auf, dass die Hauptstadt mit der Tauentzienstraße erst auf Platz 20 der begehrtesten Einkaufsstraßen liegt. In Relation zu den jeweiligen Einwohnerzahlen tauchen die Wiesbadener Kirchgasse, die Bielefelder Bahnhofstraße, die Kaiserstraße in Karlsruhe, die Bahnhofstraße in Gelsenkirchen und die Ludgeristraße in Münster als die bestbesuchten Einkaufsmeilen der mittelgroßen Städte mit 250 000 bis 500 000 Einwohnern auf. Bezogen auf die Kaufkraft der Kunden, hält die Düsseldorfer Königsallee seit Jahren die unangefochtene Spitzenposition, mit einigem Abstand gefolgt vom Neuen Wall in Hamburg und der Goethestraße in Frankfurt. B.K.

Wir sind dazu aufgerufen, uns auf die christlichen Grundlagen Europas zu besinnen, indem wir ein demokratisches Modell der Herrschaftsausübung aufbauen, das durch Versöhnung eine Gemeinschaft der Völker in Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Frieden entstehen lässt, das zutiefst in den christlichen Grundwerten verwurzelt ist.

Robert Schuman

Dieter Holzer

* 14. 11. 1941
Quierschied / Saar

† 16. 6. 2016
Quierschied / Saar

In tiefer Trauer und Dankbarkeit

Souade Holzer

Dr. Nikolaus Holzer

Dr. Alfred Holzer

im Namen aller Angehörigen

Die Trauerfeier findet am 25.6.2016 um 11 Uhr in der Pfarrkirche Mariahilf in Quierschied statt. Wir bitten von Blumen abzusehen und stattdessen um eine Spende zu Gunsten der ALS Ambulanz der Charité. Kasse der Charité, IBAN DE 53 1005 0000 1270 0055 50, Verwendungszweck: DH - 89751010

MENSCHEN & WIRTSCHAFT



Käfer-Konstrukteur Ferdinand Porsche

Foto dpa

Wer hinter Volkswagen wirklich steckt

Sie sind Pädagogen, Diamantenhändler und Journalisten: Die Mitglieder der VW-Familien Porsche und Piëch interessieren sich längst nicht nur für Autos.

Von Susanne Preuß

Die Kaiserin Elisabeth legt pünktlich um 11.30 Uhr von der Esplanade in Zell am See zur ersten Panoramafahrt des Tages ab. 13,50 Euro kostet das Vergnügen, das nostalgische Erinnerungen an Sissi wecken soll, und bei gutem Wetter ist der Ausblick grandios. Die Spitze des Großglockners kann man vom See aus sehen, das Kitzsteinhorn und natürlich die Schmittenhöhe, den Zeller Hausberg. Der Alltag scheint weit entfernt. Doch während die betagte Kaiserin Elisabeth mit ihren Ausflugsfahrten halbwegs zuverlässig und skandalfrei ihren Eigentümern Geld in die Tasche spült, tobt in Hannover, auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG, gleichzeitig der Kampf um die Zukunft des von der Diesellaffäre schwer gebeutelten Autokonzerns. Das eine hat mit dem anderen viel zu tun: Sowohl bei der Volkswagen AG wie auch bei der Schmittenhöhebahn AG haben die Familien Porsche und Piëch das Sagen.

Das Vermögen des Clans mag im Volkswagen-Konzern stecken, doch das Leben vieler Familienmitglieder spielt hier in Österreich, in Zell am See und drum herum. Erlhof und Peilgut, Areit-alm und Porschealm, Flugplatz und Bergbahnen und das in ein Hotel umgewandelte Schloss Prielau am Nordufer des Sees: Die Einheimischen wissen sehr wohl, was in der Region der Familie zuzurechnen ist, zumal der Prominenteste unter ihnen, Wolfgang Porsche, jeden Herbst beim Almbetrieb seiner 200 Rinder mit dabei ist. Dem Sprecher der Porsche-Familie gehört das Schüttgut, jener 600 Jahre alte Bauernhof, den die Familie im Zweiten Weltkrieg als Zufluchtsort gewählt hat. Auf dem Schüttgut haben Wolfgang Porsche und sein Cousin Ferdinand Piëch, der bis im vorigen Jahr als VW-Patriarch im Scheinwerferlicht stand, schon als kleine Jungs zusammen gespielt – und gestritten.

Außer den scheinbar ewig zerstrittenen Cousins ist noch nie einer aus dem Clan so richtig ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Viele von ihnen schweigen be-

harrlich, allen voran Ferdinand Oliver Porsche, der als Einziger aus der Urenkel-Generation des Käfer-Konstrukteurs Ferdinand Porsche schon seit einigen Jahren machtvolle Posten im Volkswagen-Konzern hat. Der 55 Jahre alte Jurist und Wirtschaftsprüfer ist Vorsitzender des mächtigen Prüfungsausschusses im Volkswagen-Aufsichtsrat. Er sitzt zudem im Aufsichtsrat der Porsche Automobil Holding SE in Stuttgart, die quasi als zentraler Vermögensverwalter des Clans fungiert. Zwar ist die Hälfte des Kapitals im Streubesitz, die Stimmen aber liegen alle bei den Porsches und Piëchs. Wer genau wie viel besitzt, ist ein großes Geheimnis. Ferdinand Porsche hatte zwei Kinder und acht Enkel, und schon in dieser dritten Generation wird es unübersichtlich. Hier gab einer nichts auf die Dynastie und verkaufte seine Anteile, dort spannte der andere seinem Cousin die Frau aus und schwängerte sie. Die vierte Generation hat 34 Mitglieder. Die Älteste, Louise Kiesling, wird im kommenden Jahr schon 60, und die Jüngste, Diana Porsche, ist noch nicht einmal 20 Jahre alt.

Einen gewissen Geldbedarf scheint es in der Sippe durchaus zu geben. Nur so ist zu erklären, warum die Familienmitglieder den Dividendenvorschlag des Porsche-Vorstands ganz einfach gekippt haben. Dieser sah vor, dass die Porsche-Dividende auf ein Zehntel schrumpft, weil ja schließlich wegen des Diesel-Skandals auch kaum etwas von VW kommt, der einzigen Einnahmequelle der Porsche SE: nur 17 Millionen Euro. Doch die Familie akzeptierte lediglich eine Halbierung der Dividende. So wird die Porsche SE nach der HV kommende Woche 309 Millionen Euro ausschütten, der Familie bleiben also knapp 155 Millionen Euro. Ein paar weitere Millionen kassieren Familienmitglieder, die an der Volkswagen AG direkt 2,4 Prozent halten. Wobei auch hier wieder gilt: Wer wie viele Anteile hat, wird geheim gehalten.

Selbst erfolgreich werden ist die Empfehlung von Wolfgang Porsche gegen alle große Abhängigkeit vom Familienkonzern: „Ich stehe auf dem Standpunkt, dass jeder in unserer Familie etwas Anständiges lernen sollte, etwas, das ihn erfüllt. Es ist nicht gut, wenn ein Erbe einfach nur die Hand aufhält.“ Sein ältester Sohn Christian, Jahrgang 1974, ist ein Beispiel dafür. Er betreibt als Facharzt für Neurologie eine Praxis in Salzburg.

Ganz unabhängig vom Familienerbe positionieren sich auch einige der zwölf Kinder des einstigen VW-Patriarchen Ferdinand Karl Piëch, allen voran sein ältester Sohn, den er Ferdinand nannte, wie übrigens 13 Jahre später ein weiterer Sohn (von einer anderen Frau) ebenfalls den Namen Ferdinand bekam. Der ältere von beiden, Jahrgang 1965, zur besseren Un-

terscheidung Nando genannt, ist ein bedeutender Immobilienunternehmer in Stuttgart. Erst vor kurzem hat er für 101 Millionen Euro ein Geschäftshaus mit fast 20 000 Quadratmetern Fläche gegenüber dem Stuttgarter Hauptbahnhof gekauft. Davor hatte er am anderen Ende der City die Calwer Passagen übernommen, ein Gebäude der Deutschen Rentenversicherung und wahrscheinlich noch vieles mehr, was unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung geblieben ist. Wer in Stuttgart nach dem Einkaufsbummel noch ein Glas Champagner genießen will, bekommt das bei Feinkost Böhm, ebenfalls in Nando Piëchs Besitz. Und da man in Stuttgart Reichtum nicht so gern zeigt, passt auch eine weitere unternehmerische Aktivität von Ferdinand Piëch prima zu Stuttgart: Über die ID Diamonds bietet er Diamanten als Geldanlage an, hübsch in High-Tech-Kästchen verpackt. Zumindest bis Ende 2014 war dies, ausweislich den Angaben im Bundesanzeiger, freilich ein Verlustgeschäft.

Anders als Nando hat sein Halbbruder Anton Piëch sich dem Thema Auto auf Umwegen wieder genähert. Nachdem er im amerikanischen Princeton Sinologie studierte, war er als Journalist in China tätig, berichtete unter anderem für die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Peking und

fasste über den Kontakt zu Thomas Gottschalk im chinesischen Entertainment-Business Fuß. Seine Produktionsfirma in Peking produzierte unter anderem eine Dokumentation für Mercedes. Mittlerweile ist er noch einen Schritt weiter. Er will aus seinem Familiennamen Piëch eine Automarke machen. Der Plan: Durch Filme will er das Publikum für die von seiner in Zürich ansässigen Piëch Design AG entworfenen Autos begeistern. Mit mehreren Herstellern sei er im Gespräch, sagte er vor wenigen Tagen, die Namensrechte hat er sich für die ganze Welt gesichert.

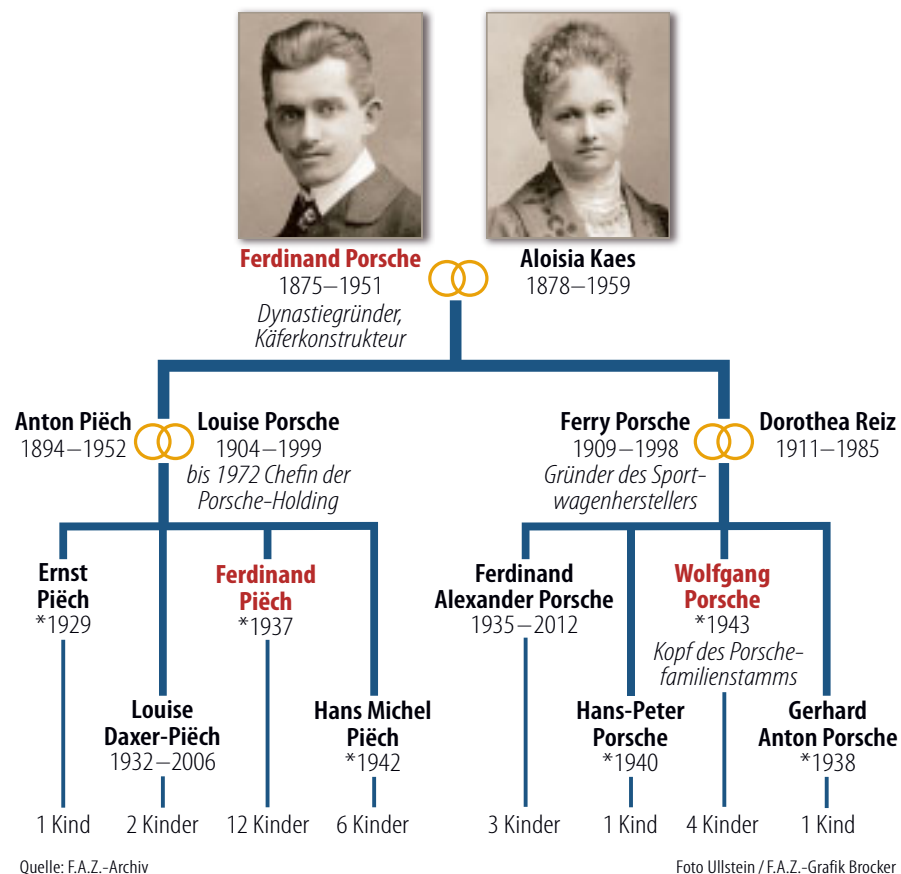
Im Mediengeschäft ist auch Stefan Piëch tätig, der 1970 in Wien geborene Sohn von Hans Michel Piëch, dem Sprecher des Familienstamms Piëch. Er studierte in Schottland und promovierte über eine kommunikationstheoretische Analyse der Filmindustrie, bevor er 2002 zu griff, als der Spielekonzern Ravensburger die erfolgreiche börsennotierte Kinderfilmtochter RTV loswerden wollte. Die verlustträchtige Start-up-Phase hat die Your Family Entertainment AG (hierzulande tätig mit dem Bezahlsender Fix & Foxi) längst überwunden. Die Hauptversammlung, die am Mittwoch zeitgleich mit der Volkswagen AG in München stattfindet, soll beschließen, einen Bilanzgewinn von 3,5 Millionen Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Schillerndste Figur in der vierten Generation ist wohl Peter Daniell Porsche. Der Waldorf-Pädagoge und Musiktherapeut, Jahrgang 1973, wurde lange als eine Art Sozialromantiker dargestellt, der seine Millionen in wohltätige Einrichtungen steckte. Im Gegensatz zu allen anderen Vertretern der vierten Generation ist er Einzelkind und hat daher ein entsprechendes Budget. Mittlerweile kommt ihm auch das Wort Rendite über die Lippen – wenn sie denn aus Aktivitäten mit Gemeinwohlnutzen kommt. Und ohnehin stellt er sich offenbar auf umfangreichere Funktionen im Familienkonzern ein: Sein Vater Hans-Peter Porsche hat sich mit 75 Jahren einen langgehegten Wunsch erfüllt und im vorigen Sommer das Spielzeug-Museum „Traumwerk“ im Berchtesgadener Land eröffnet, und gleichzeitig hat Sohn Daniell einige Funktionen vom Vater übernommen, darunter den Beiratsitz bei Porsche Design, den Platz im Skoda-Aufsichtsrat und einen Posten im Kuratorium der VW-Belegschaftsstiftung.

„Nun hat eine neue Phase begonnen“, kündigte Peter Daniell Porsche gegenüber österreichischen Wirtschaftsjournalisten an. Das gilt übrigens auch für weitere Vertreter der vierten Generation, die durch die Umwälzungen des vergangenen Jahres zu einflussreichen Posten gekommen sind, darunter die Designerin Louise Kiesling, die mittlerweile dem VW-Aufsichtsrat angehört, und die Immobilienkauffrau Julia Kuhn-Piëch, die zwar nach einem kurzen Intermezzo im VW-Aufsichtsrat erst einmal Hans Dieter Pötsch Platz machen musste, aber wohl bei nächster Gelegenheit wieder einziehen dürfte.

Verglichen mit früheren Jahren jedenfalls, ist das Geldverdien für die Porsches und Piëchs schwieriger geworden. Bis 2009 war der Zugriff wesentlich direkter. Da gehörte der Familie die Porsche Holding in Salzburg, der größte Autohändler Europas, und die Porsche AG in Stuttgart, jener Sportwagenbauer, der mit Autos und Finanzkunststücken so viele Milliarden verdiente, dass er den Angriff auf VW wagte. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise mussten die Verhältnisse in dramatischen Verhandlungen neu geordnet werden. Sowohl der Salzburger Autohändler wie auch der Stuttgarter Sportwagenbauer gingen im VW-Konzern auf, im Gegenzug hält die familiendominierte Porsche SE heute 52,2 Prozent an der Volkswagen AG. Anders als bei der Porsche SE funktioniert Durchregieren aber nicht, schon weil das Land Niedersachsen ein Vetreue in der VW-Satzung gesichert hat. Einen Verkauf von Anteilen schließt Wolfgang Porsche, Familienoberhaupt des Porsche-Clans, aus: „Die Familie ist sich ihrer Verantwortung für die 600 000 Mitarbeiter bewusst. Wir sind kein Finanzinvestor, sondern denken in Generationen.“

Die Porsche-Piëch-Dynastie



Kurze Meldungen

Maxdome in ICE-Zügen

Der Fernsehkonzern Pro Sieben Sat 1 wird sein Videportal Maxdome in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn anbieten. Vom Jahresende an sollen Zugreisende eine Auswahl von 1000 Filmen und Serien auf ihren Laptops und Mobilgeräten über W-Lan empfangen können. Das gab Pro Sieben Sat 1 und die Deutsche Bahn am Dienstag bekannt. Die Deutsche Bahn zählt jedes Jahr rund 80 Millionen ICE-Reisende. Sie sind das Kundenpotential für Maxdome, das sich gegen die starken Konkurrenten Netflix und Amazon behaupten muss. hpe.

Wende im Teldafax-Verfahren

Das Landgericht Bonn hat in dem Strafverfahren um die Pleite des Energieanbieters Teldafax die meisten Vorwürfe fallen gelassen. Auf der Anklagebank sitzen drei ehemalige Vorstände. Die Staatsanwaltschaft hatte sie der Insolvenzver-

schleppung, des Bankrotts und des gewerbsmäßigen Betrugs in 241 Fällen beschuldigt. Im Kern geht es in den Vorwürfen darum, dass sie lange vor der Pleite im Juni 2011 um die ausweglose Situation des Unternehmens gewusst haben sollen. Nur dank eines Schneeballsystems, in dem neue Kunden mit ihren Vorauszahlungen für Liquidität sorgten, sei es gelungen, die Pleite hinauszuzögern. Am Ende waren mehrere hundertausend Kunden ohne Gegenleistung in Vorkasse gegangen, der Gesamtschaden soll sich auf rund eine halbe Milliarde Euro belaufen. Mit Blick auf die angeklagten Betrugsdelikte und die meisten Bankrottvorwürfe sei das Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft vorläufig eingestellt worden, teilte das Gericht mit. Zur Begründung wird darauf verwiesen, dass in der Beweisaufnahme „keine tragfähigen Feststellungen zu einer möglichen Insolvenzsituation“ für 2010 und

2011 getroffen werden konnten. Das Gericht vermutet deshalb, dass nicht mit einer Verurteilung wegen Betruges und Bankrotts zu rechnen sei. Denn Voraussetzung dafür wäre, dass die Ex-Manager beim Abschluss neuer Verträge ab Mitte 2010 billigend in Kauf genommen hätten, dass sie diese Verträge aufgrund einer absehbaren Pleite nicht erfüllen konnten. bü.

„Clash of Clans“ wird chinesisch

Der chinesische Internetriesen Tencent übernimmt für eine Milliardensumme die Mehrheit am finnischen Spieleentwickler Supercell Oy. Für die bisher vom japanischen Telekommunikationskonzern Softbank gehaltenen Anteile würden 8,6 Milliarden Dollar (7,6 Milliarden Euro) bezahlt, erklärte Tencent am Dienstag in einer Mitteilung an die Hongkonger Börse. Das Geld werde in drei Tranchen überwiesen. Von Supercell stammen beliebte

Spiele-Apps wie Clash of Clans und Hay Day. Das 2010 gegründete Unternehmen soll laut Tencent weiter unabhängig arbeiten und seinen Sitz in Finnland behalten. Softbank hatte 2013 zunächst einen Anteil von knapp 51 Prozent an Supercell erworben und dafür 1,53 Milliarden Dollar bezahlt. Im vergangenen Jahr erhöhte der Konzern seine Beteiligung auf gut 73 Prozent. Der vom japanischen Milliardär Masayoshi Son geführte Telekommunikations- und Medienriesen Softbank bemüht sich derzeit, seine Bilanzen in Ordnung zu bringen. Erst vor rund drei Wochen machte das Unternehmen einen Teil seiner Aktien am chinesischen Online-Konzern Alibaba zu Geld. Softbank hatte in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Firmen aufgekauft, darunter auch den Mobilfunkriesen Sprint für 16 Milliarden Dollar. Die Zukäufe vergrößerten die Schuldenlast, sie belief sich Ende März auf 96 Milliarden Euro. AFP

David Morgenthaler

Einer der Väter der Risikokapitalbranche, David Morgenthaler, ist im Alter von 96 Jahren gestorben. Er setzte im Jahr 1968 zunächst eigenes Geld ein, um in junge Firmen zu investieren. Danach hob er rund drei Milliarden Dollar und steckte sie in mehr als 300 Start-ups. In den 70er Jahren war er als Präsident des amerikanischen Verbandes der Risikokapitalgeber an einer Gesetzesänderung beteiligt, mit der Rentenfonds in Unternehmen der Branche investieren konnten. Das öffnete die Schleusen für eine Geldflut, die auch das spätere Wachstum der Internetfirmen beschleunigte. Sein Unternehmen war an der zweiten Finanzierungsrunde von Apple Ende der 70er Jahre beteiligt. Morgenthaler starb am Freitag in Cleveland, wie seine Investmentgesellschaft in der Nacht zum Dienstag mitteilte. Er sei bis zum Schluss am Geschäft der Firma beteiligt gewesen, sagte sein Sohn Gary dem „Wall Street Journal“. dpa

Der Wunsch des Facebook-Gründers wird erfüllt

Aktionärsversammlungen sind oft nur eine Formalie. Das gilt vor allem in Unternehmen, die von nur wenigen oder sogar nur einem einzigen Aktionär kontrolliert werden. So ist das beim sozialen Netzwerk Facebook. Dessen Mitgründer und Vorstandsvorsitzender Mark Zuckerberg verfügt über rund 60 Prozent der Stimmrechte. Damit kann er das Geschehen bei Facebook diktieren. Und er kann sich auch Kniffe einfallen lassen, die dafür sorgen, dass er seine bestimmende Rolle behalten kann. Genau das wurde jetzt auf der Aktionärsversammlung beschlossen. Eine von Zuckerberg gewollte neue Aktienstruktur wurde zwar von einer Investorin kritisiert, aber dennoch genehmigt. Ein genaues Abstimmungsergebnis wurde zunächst nicht bekannt.

Der Plan sieht vor, eine neue Klasse von Aktien auszugeben, die keinerlei Stimmrechte haben. Facebook hatte schon bislang zwei Klassen von Aktien: Es gibt die börsennotierten A-Aktien mit einem Stimmrecht und B-Aktien mit zehn Stimmrechten. Zuckerberg verfügt über den Großteil der B-Aktien, was ihm die Stimmrechtsmehrheit sichert. Jetzt sollen alle Besitzer von A-Aktien und B-Aktien, darunter auch Zuckerberg, zusätzlich jeweils zwei C-Aktien bekommen, die keine Stimmrechte haben. Das hat den Effekt, dass Zuckerberg Aktien bekommt, die er verkaufen kann, ohne seinen Stimmrechtsanteil zu vermindern. Genau dies ist sein Plan, denn Ende vergangenen Jahres hat der Facebook-Chef angekündigt, im Laufe seines Lebens 99 Prozent der Aktien, die er mit seiner Frau Priscilla hält, wohltätigen Zwecken zukommen zu lassen.

Auf der Aktionärsversammlung gab es noch eine andere Entscheidung mit Zündstoffpotential. Alle Mitglieder des Verwaltungsrats wurden wiedergewählt. Das gilt somit auch für Peter Thiel, den deutschstämmigen Investor, der zuletzt für Schlagzeilen gesorgt hat, weil er zugegeben hat, eine Klage gegen das Klatschportal Gawker finanziert zu haben. Diese Klage hatte mit ihm selbst nicht direkt etwas zu tun. Thiel unterstützte den Wrestling-Star Hulk Hogan, der Gawker wegen Veröffentlichung eines Sex-Videos verklagt hatte und dafür 140 Millionen Dollar Schadensersatz zugesprochen bekam. Thiel hatte aber eine Rechnung mit Gawker offen, denn das Portal hatte ihn 2007 als homosexuell geoutet. Der Investor beschrieb seine Aktion als „wohltätige Sache“, weil Gawker das Leben von Menschen „ohne jeden Grund“ ruiniert habe. Kritiker sahen darin allerdings einen hinterhältigen Eingriff in die Pressefreiheit. Und sie fragten, ob Thiel als Verwaltungsrat von Facebook zu halten sei, umso mehr, weil das soziale Netzwerk sich öffentlich gerne als Ort der Meinungsvielfalt rühmt. lid.

Neuer Kopf für Kodex-Kommission

Der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex steht ein personeller Wechsel bevor. Der derzeitige Vorsitzende Manfred Gentz will im Frühjahr des kommenden Jahres sein Amt an den Wirtschaftsprüfer und Honorarprofessor Rolf Nonnenmacher übergeben. Gentz hatte den Vorsitz im Jahr 2013 übernommen und sich wiederholt für begrenzte Bestellungszeiten eingesetzt. Nonnenmacher wurde nun zum 20. Juni ins Gremium berufen. Erstmals wird der Aufsichtsrat eines M-Dax-Unternehmens den Vorsitz übernehmen. Das Gremium will sich stärker auf Unternehmen unterhalb des Dax konzentrieren, hieß es. Der 61-Jährige ist Mitglied des Aufsichtsrats und Prüfungsausschussvorsitzender beim Autozulieferer Continental, der Kunststofffirma Covestro und der ProSiebenSat1 Media SE. Er war Vorstandssprecher im Beratungsunternehmen KPMG. Nonnenmacher begibt sich dennoch auf bekanntes Terrain: Er saß bereits im Jahr 2000 in der Baums-Kommission, auf deren Empfehlungen der Corporate Governance Kodex beruht. hw.

Number26 findet bekannte Geldgeber

Einer der reichsten Männer Asiens hat sich über seinen Finanzinvestor Horizons Venture an dem nur über eine Handy-App erreichbaren deutschen Banken-Start-up Number26 beteiligt. Wie das Berliner Fintech am Dienstag mitteilte, war Li Ka-Shing, aktuell drittreichster Asiate, der Anführer einer Finanzierungsrunde, in der insgesamt 40 Millionen Dollar (35,5 Millionen Euro) zusammenkamen. Weitere prominente Investoren waren der Paypal-Mitgründer Peter Thiel und die Vorstandsmitglieder von Zalando. Number26 hatte kürzlich für Aufsehen gesorgt, weil sie mehreren hundert Kunden die Konten gekündigt hatten, weil sie zu häufig Geld abgehoben hätten. Valentin Staff, Gründer von Number26, kündigte an, das Geld für die Expansion in weitere europäische Märkte zu nutzen und neue Spar- und Kreditprodukte zu entwickeln. Bisher nutzen nach Angaben von Number26 insgesamt 200 000 Kunden in acht Ländern die mobilen Bankangebote des Unternehmens. kann.

Im Juli Urteil gegen frühere Biotest-Vertreter

smo. FRANKFURT, 21. Juni. Im Russland-Prozess gegen ehemalige Mitarbeiter des Pharmakonzerns Biotest steht Mitte nächsten Monats das Urteil an. Das Landgericht Darmstadt plant die Verkündung für den 14. Juli, wie das Gericht auf Anfrage dieser Zeitung mitteilte. Das börsennotierte Unternehmen wird seit langem von dem Prozess belastet sowie durch inhaltlich damit zusammenhängende Ermittlungen gegen weitere ehemalige und jetzige Mitarbeiter. Der Prozess am Landgericht Darmstadt läuft seit gut einem Jahr. Verantworten müssen sich die frühere Leiterin der russischen Biotest-Repräsentanz und ihr Ehemann, der Biotest-Produkte importierte. Die Vorwürfe drehen sich um Bestechung, Untreue und Steuerhinterziehung. Am Montag lief ein weiterer Prozessstag, mit Plädoyers. Die Staatsanwaltschaft forderte nach Angaben eines Prozessbeschülers - der zuständige Staatsanwalt war am Dienstag nicht erreichbar - sieben Jahre Haft für die Frau und sechs Jahre für den Mann. Die Verteidigung plädiert auf Freispruch. Die Angeklagte soll laut Anklageschrift 2005 bis 2013 mit Hilfe ihres Mannes „Bestechungsdelikte sowie Untreuehandlungen zum Nachteil der Biotest AG durch die Bildung sogenannter Schwarzer Kassen“ begangen haben, Steuern sollen hinterzogen worden sein. Seit 2013 vertreibt Biotest seine Produkte in Russland über den Pharmakonzern Merz. Über den Prozess hinaus wird gegen mehrere Beschäftigte von Biotest ermittelt, und zwar frühere ebenso wie aktuelle.

Operativer Leiter verlässt Techem

smo. FRANKFURT, 21. Juni. Schon wieder ein Wechsel in der Geschäftsführung des Immobilienleisters Techem. Christoph Heymann verlässt das Unternehmen nach nur etwas mehr als einem Jahr zum Ende dieses Monats; er ist als „Chief Operations Officer (COO)“ im Führungsgremium zuständig für das operative Geschäft wie Montage, Ablesung und Abrechnung, Einkauf, IT und die Qualitätssicherung. Man trenne sich in beiderseitigem Einvernehmen, teilte Techem am Dienstag mit. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Frank Hyldmar, werde die Funktion des COO interimweise übernehmen, bis ein geeigneter Nachfolger gefunden sei. Heymann war im vergangenen April in sein Amt berufen worden, er kam von Druckchemie und hatte zuvor unter anderem für den Techem-Konkurrenten Ista gearbeitet. Seine Berufung wurde damals gleichzeitig mit dem Abgang des Techem-Chefs Hans-Lothar Schäfer verkündet - unter dessen Nachfolger Hyldmar er das Unternehmen nun verlässt.

Auch Biobauern fürchten Preisverfall

Weil viele Bauern auf Biomilch umstellen, dürften auch sie bald unter niedrigen Preisen leiden. Derweil senkt die Molkeerei DMK den Milchpreis auf 20 Cent. Doch nicht alle Bauern schimpfen.

jaqr. FRANKFURT, 21. Juni. Auch Biobauern, die derzeit gut an der Milch verdienen, fürchten sinkende Einnahmen. Der Grund ist, dass in den vergangenen Monaten viele konventionelle Milchbauern auf biologische Erzeugung umgestellt hatten. Sie wollten den Preis für Bio-Milch ausweichen, denn die Preise für konventionelle Milch sind seit einhalb Jahren im Sinkflug. Damit zeichnet sich allerdings ab, dass auch die Menge an Biomilch steigen wird. „Dass es die Gefahr fallender Preise für Biomilch gibt, das ist derzeit offensichtlich“, sagte der Vorsitzende des Bio-Lebensmittelverbandes BÖLW, Felix Prinz zu Löwenstein, dieser Zeitung. Mittlerweile hätten sämtliche Biomolkereien deswegen entschieden, nicht noch mehr „Umsteller“ aufzunehmen. Genaue Zahlen darüber, wie viele Bauern „umgestellt“ haben, gibt es noch nicht.

Für Milchbauern ist ein solcher Schritt attraktiv geworden, weil der Preisabstand immer größer wird. Ein Kilo - so das gebräuchliche Maß - Biomilch ist den Molkeereien knapp 50 Cent wert. Der Preis blieb stabil hoch, während der für konventionelle Milch von fast 40 auf gut 20 Cent einbrach. Am Dienstag gab es für die Milchbauern eine weitere Hiobsbotschaft. Inmitten einer Preiskrise, die schon Hunderte Höfe zur Aufgabe gezwungen hat, senkte die größte deutsche Molkeerei Deutsches Milch-Kontor (DMK) abermals den Preis, den sie den Landwirten auszahlt, um einen weiteren Cent von 21 auf 20 Cent je Kilo. Dafür gab es aus unternehmerischer Sicht einen Grund: Der Umsatz 2015 sank im Jahresvergleich wegen des Preisverfalls für Milchprodukte von 5,3 auf 4,6 Milliarden Euro.

Während das DMK auf seiner Bilanzpressekonferenz in Bremen verkündete, es halte wegen langsam sinkender Melkungen ein Ende der Preiskrise noch in diesem Jahr für wahrscheinlich, schimpften Landwirtschaftsvertreter. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) nannte die Preissenkung „unverantwortlich“. Stattdessen hätte die DMK längst Boni an die Bauern zahlen sollen, die freiwillig weniger melken, wie es für einige Wochen etwa die Molkeerei Friesland Campina getan hatte. „Die Quittung sind fallende Milchpreise, zu denen die Milchbauern durch die Bank Verluste machen. Die Spitze dieser Genossenschaftsmolkerei handelt unverantwortlich“, ließ sich der Geschäftsführer der AbL, Georg Janßen, zitieren. „Die Molkeerei bedient sich nach Gutsherrenart.“

Als Ursache der Preisrisiko für Milch gilt ein globaler Angebotsüberschuss. In vielen Ländern stieg das Angebot, auch in der EU nach dem Wegfall der Milchquote. Der Importstopp Russlands kam



Ein Produkt, so billig wie selten zuvor

Foto Matthias Lüdecke

hinzu. Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) kündigte zuletzt Maßnahmen für die Exportsteigerung von Milch an. Am Dienstag sagte er, er setze auch auf ein Ende des Handelskriegs der EU mit Russland, „in absehbarer Zeit“.

Der Bioverband BÖLW hat derweil andere Vorschläge ausgearbeitet. Der Staat solle Bauern fördern, die von importiertem Soja und Maissilage auf Grünfütterung aus extensiver Bewirtschaftung umstellen. „Das Problem der Überproduktion kann dauerhaft nur mit Veränderungen auf der Inputseite gelöst werden“, heißt es in einem Papier des BÖLW. Soja- oder Maissilage sollten durch heimisches Grünfütterung ersetzt werden. Extensiv gefütterte Kühe gäben etwa ein Drittel weniger Milch. Die Überproduktion sei Krisenursache, sagte der Verbandsvorsitzende Prinz zu Löwenstein. Denn Staatshilfen - wie sie nun wie-

der an Milchbauern gezahlt werden - , die an der Ursache nichts änderten, seien ordnungspolitisch sinnlos und „verschwendetes Geld“. Zudem müsse der Staat, wenn er heute Milchbauern „rette“, morgen wohl auch Ferkelbauern und übermorgen Winzern mit Geld helfen.

Uneinig sind sich die Deutsche Bauernverband, der überwiegend konventionelle Bauern vertritt, und der BÖLW bezüglich der Verantwortung von Handelsketten wie Lidl, Aldi, Edeka oder Rewe. Sie hatten den Milchpreis je Liter für den Kunden auf mindestens 46 Cent je Liter gesenkt. Während der Bauernverband dem Handel eine Mitschuld für die Not der Bauern gibt, sieht dies der BÖLW-Vorsitzende Löwenstein anders. „Ich halte von dieser Beschimpfung nicht viel“, sagte er: „Wenn von einem Produkt zu viel am Markt ist, sinkt nun mal der Preis.“

Die Produkte von Evonik sollen jünger und innovativer werden

Abbaubare Implantate und vegetarisches Fischfutter

B.K. DÜSSELDORF, 21. Juni. Wird bei einem Knochenbruch zur Stabilisierung der Knochen ein Implantat aus Metall eingesetzt, so muss dies meist später in einer zweiten Operation wieder entfernt werden. Wäre das Implantat aus bioabbaubaren Materialien, bliebe dem Patienten der zweite Eingriff erspart. Der Spezialchemiekonzern Evonik forscht derzeit an solchen Composite-Materialien. Sie bestehen aus Polymeren, die nach der Beschreibung des Unternehmens der Körper selbst abbauen kann, und aus Substanzen, die natürlicherweise im Knochen vorkommen. Noch stehen die Forscher ganz am Anfang, aber mit den Produkten könnte der Essener Konzern eines Tages einen wachstumstarken Markt in der Medizintechnik bedienen.

Dies ist ein Beispiel aus dem Forschungslabor von Evonik. Ein weiteres ist ein Projekt aus dem Geschäftsfeld Nutrition (Ernährung), das sich unter anderem mit Tierfütterungsdadditiven befasst. Hier arbeiten Wissenschaftler daran, bei der Fütterung in Aquakulturen gehaltener Fische langfristig auf Fischmehl und Fischöl verzichten zu können, und zwar durch die Zugabe spezieller Aminosäuren und ihrer Derivate. Damit könne man Lachse, Garnelen oder Forellen zu Vegetariern machen und wichtige Ressourcen aus den Meeren sparen, wie es Evonik formuliert. Ein drittes Beispiel sind Biotenside für Waschmittel, Shampoos oder Duschgels, die anders als herkömmliche Tenside nicht auf der Basis von Erdöl oder tropischen Ölen wie Palmkernöl hergestellt werden, sondern sich der Hilfe von Hefen oder Bakterien bedienen. Für den Vorstandsvorsitzenden Klaus

Engel ist Innovation kein Selbstzweck, sondern wichtiger Treiber für profitables Wachstum und Hebel zur Erschließung neuer Märkte. Wie er in einer Veranstaltung zu den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Evonik sagte, sollen in den nächsten zehn Jahren mehr als 4 Milliarden Euro in die Forschung und Entwicklung fließen. Allerdings ist das kein hohes Ziel, denn im vergangenen Jahr beliefen sie sich schon auf 434 Millionen Euro - entsprechend rund 3,2 Prozent des Umsatzes, was ein branchenüblicher Wert ist.

„Wir wollen eines der innovativsten Unternehmen der Branche werden“, sagte Engel. So wird angestrebt, mittelfristig 16 Prozent des Umsatzes mit Produkten und Anwendungen zu erzielen, die jünger sind als fünf Jahre. Derzeit liegt der Anteil noch bei 10 Prozent. Nach Angaben von Ulrich Küsthardt, im Konzern verantwortlich für das Thema Innovation, wird man sich dabei auf weniger, dafür aber größere Projekte konzentrieren. Denn so werde man auch in der Forschung schneller und effektiver. Als Schwerpunkte gelten die sechs Wachstumfelder nachhaltige Tierernährung, Nahrungsergänzungstoffe, Lösungen für die Pharmaindustrie, Inhaltsstoffe für die Kosmetik, Membrane und innovative Materialien. Diese Aktivitäten sollen bis zum Jahr 2025 mit neuen Produkten und Lösungen mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich zum Umsatz beitragen. Eine Stärkung der eigenen Innovationskraft erhofft sich der Vorstand aus der geplanten Übernahme des Spezialadditiv-Geschäfts des amerikanischen Air-Products-Konzerns, für das Evonik rund 3,5 Milliarden Euro bezahlt.

WGZ-Aktionäre wollen Fusion

99,9 Prozent Zustimmung / Warnstreiks bei DZ Bank

esc. DÜSSELDORF, 21. Juni. Nach mehreren gescheiterten Versuchen scheint es dieses Mal tatsächlich zu klappen: Die angestrebte Fusion der Frankfurter DZ Bank und der Düsseldorfer WGZ Bank zum drittgrößten Kreditinstitut in Deutschland (nach Deutscher Bank und Commerzbank) befindet sich auf der Zielgeraden. Am Dienstag haben die Anteilseigner der WGZ Bank, die 182 Volks- und Raiffeisenbanken aus Nordrhein-Westfalen, die Verschmelzung auf die viermal größere DZ Bank mit 99,9 Prozent der Stimmen beschlossen. Nun steht nur noch die Zustimmung der Aktionäre der DZ Bank aus, die sich an diesem Mittwoch zur Hauptversammlung treffen. Widerstand ist nicht zu erwarten. Der Aufsichtsrat hat das Vorhaben schon Ende April abgesegnet.

„Die überwältigende Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag zeigt, dass unsere Aktionäre von den Vorteilen der Fusion überzeugt sind“, sagte WGZ-Vorstandsvorsitzender Hans-Bernd Wolberg. Der Zusammenschluss werde den Eigentümern hohen strategischen und betriebswirtschaftlichen Nutzen stiften und neue Wachstumschancen eröffnen. Nach Abschluss der Integration werden Einsparungen von mindestens 100 Mil-

lionen Euro erwartet. Das Projekt liegt Wolberg zufolge im Zeitplan. Am 1. August soll das neue Spitzeninstitut für die gut 1000 Volks- und Raiffeisenbanken an den Start gehen. Die WGZ-Anteilseigner werden mit 25,6 Prozent an der neuen DZ Bank beteiligt. Die Fusion der letzten verbliebenen Zentralbanken ist ein Einschnitt in der Finanzgruppe. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es mehr als 50 genossenschaftliche Zentralbanken, bis 2011 ging die Zahl auf zwei zurück. DZ Bank und WGZ Bank hatten mehrmals vergeblich einen Anlauf zur Fusion unternommen.

Im Kampf um einen Haustarifvertrag bei der DZ Bank hat die Gewerkschaft Verdi unterdessen für diesen Mittwoch abermals zu einem Warnstreik an den Standorten Frankfurt, Hannover, Stuttgart und München aufgerufen. „Es ist ein Affront des Vorstandes gegenüber den Beschäftigten, sich einer passgenauen tarifvertraglichen Lösung zu verweigern“, sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Christoph Meister. Bis zum Jahr 2019 wollen DZ und WGZ Bank bisherigen Angaben zufolge zusammen rund 700 Stellen abbauen. In der DZ Bank sollen 550 von 4200 Stellen wegfallen, in der WGZ Bank 150 von 1300 Stellen.

Table with 4 columns: Firm Name, Seite, Firm Name, Seite. Lists various companies and their page numbers.

Die F.A.Z.-Wetterinformationen im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

Table with 4 columns: Location, Di., Mi., Do., Fr. Lists weather data for various German cities.

Heute

Mit südlicher Strömung gelangt nun schwüle und heiße Mittelmeerluft über die Alpen nach Deutschland.

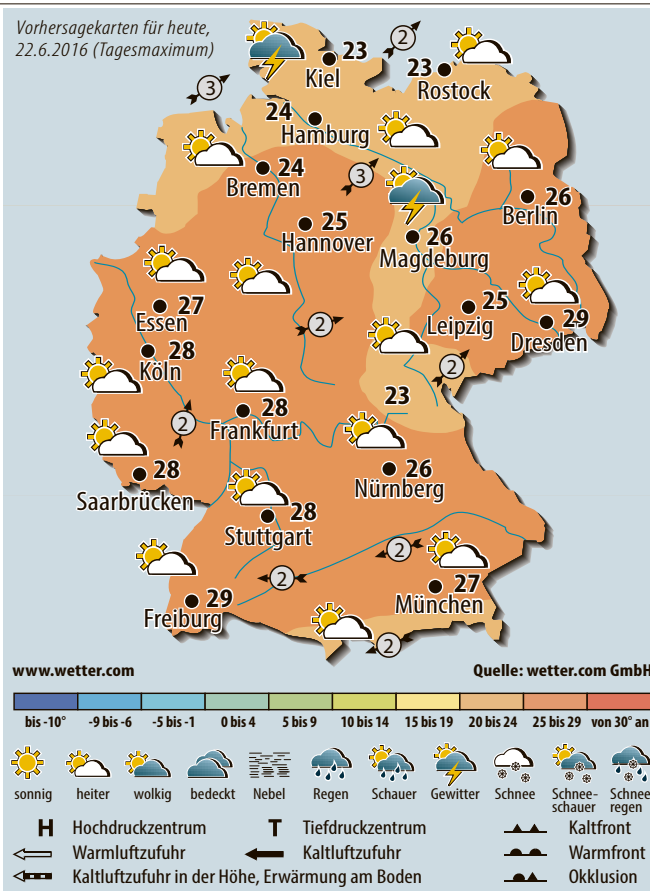
Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Sonnenschein und Wolken wechseln sich ab. Im Laufe des Tages entstehen örtlich Schauer oder Gewitter. An den meisten Stellen bleibt es trocken. Bei schwachem Südwestwind steigen die Temperaturen auf 25 bis 29 Grad.

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: Wir erleben einen Wechsel von Sonne und Wolken. Vor allem östlich der Elbe sind ab der Mittagszeit einzelne Schauer oder Gewitter möglich. Die Höchstwerte liegen bei etwa 24 Grad. Auf den Inseln bleibt es kühler. Der Wind weht schwach, vorübergehend mäßig aus südwestlicher Richtung.

Baden-Württemberg und Bayern: Nach örtlichem Frühnebel und Auflösung von Restwolken dominiert Sonnenschein. Später sind über dem Schwarzwald und den Alpen isolierte Gewitter nicht ganz auszuschließen. Die Höchsttemperaturen liegen am Nachmittag mit schwachem Ostwind zwischen 23 und knapp 30 Grad.

Sonne & Mond

05:13/21:41Uhr | 22:51/07:24Uhr Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) für Frankfurt/Main.



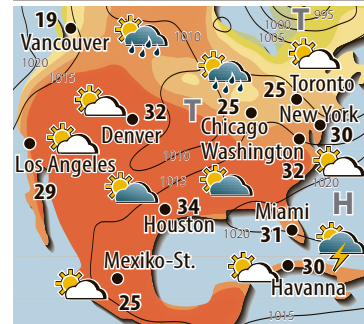
Aussichten

Am Donnerstag scheint verbreitet die Sonne. Im äußersten Nordwesten kommen teils unwetterartige Gewitter auf. Die Temperaturen erreichen vielerorts 30 bis 34 Grad. An den Küsten, auf den Inseln und im Bergland bleibt es kühler. Am Freitag ist es in der Osthälfte nochmals den ganzen Tag sonnig und bis etwa 33 Grad heiß. In den anderen Regionen muss dagegen im Tagesverlauf mit kräftigen Gewittern, Hagel, Platzregen und Sturmböen gerechnet werden!

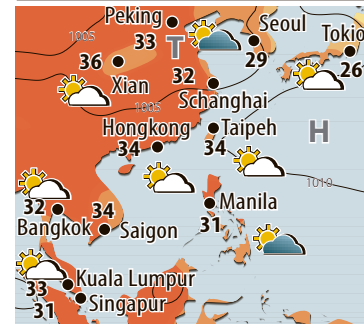
Biowetter und Pollenflug

Die plötzlich höheren Temperaturen in Verbindung mit zunehmender Schwüle belasten manche wetterföhlige Menschen. Kopfschmerzen, Kreislaufbeschwerden und Schwindelgefühle treten vermehrt auf. Auch Schlafstörungen sind möglich. Außerdem kann es zu Konzentrations- und Leistungsschwächen kommen. Das Risiko für Unfälle im Straßenverkehr steigt. Der Gräserpollenflug ist verbreitet mäßig bis stark. Dazu gibt es leichten Flug von Roggenpollen.

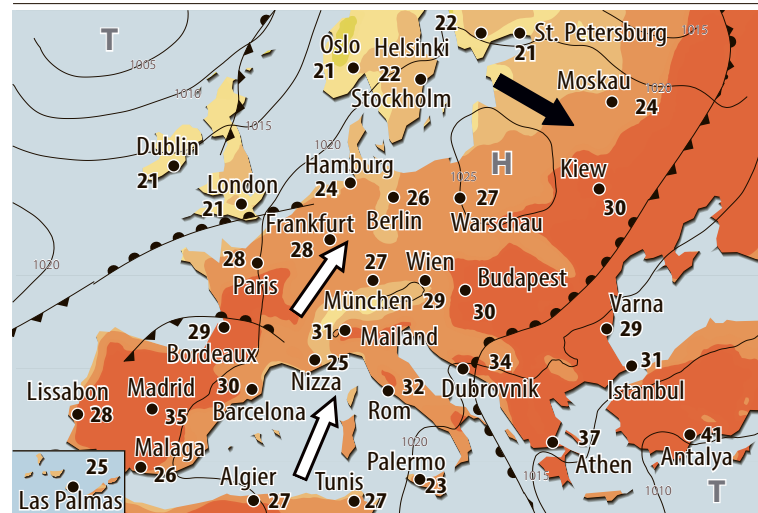
NORDAMERIKA



ASIEN



EUROPA



Reisewetter in Europa - Vorhersage für die nächsten Tage

Österreich, Schweiz: Viel Sonne und hochsommerlich. Über den Bergen Quellwolken mit einzelnen Nebenniederschlägen. 24 bis 34 Grad. Frankreich, Benelux: In Nordwestfrankreich schwül und gewitterig. In den anderen Regionen zunächst recht sonnig, später auch Gewitter. 22 bis 35 Grad. Griechenland, Türkei, Zypern: Sonnig und heiß. Zwischen 31 und 42 Grad. Spanien, Portugal: Verbreitet sonnig. An der Biskayaküste zeitweise wolkig mit einzelnen Schauern. 24 bis 38 Grad. Balearen, Sardinien, Korsika: Meist

sonnig bei Werten von 26 bis 32 Grad. Italien, Malta: Oft Sonne, an den Alpen sowie in Südtalien einzelne Schauer und Gewitter. 23 bis 35 Grad. Großbritannien, Irland: Wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, in England auch Gewittern. 15 bis 25 Grad. Skandinavien: Sonne und Wolken, einzelne Schauer, in Dänemark und Südschweden ab morgen auch Gewitter. 14 bis 27 Grad. Polen, Tschechien, Slowakei: Verbreitet sonnig, in Nordpolen anfangs noch wolkig. Höchsttemperaturen: 24 bis 34 Grad.

Städte Wetter im Ausland

Table with 4 columns: Continent, City, Di., Mi., Do., Fr. Lists weather forecasts for various international cities.

Entlastung spaltet den Aufsichtsrat von Volkswagen

Wegen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Braunschweig wollen einige Kontrolleure den Vorstand noch nicht entlasten.

Von Carsten Germis

HAMBURG, 21. Juni
Im Aufsichtsrat von Volkswagen gibt es einen offenen Bruch über die Frage, ob Vorstand und Aufsichtsrat auf der Hauptversammlung an diesem Mittwoch in Hannover komplett entlastet werden sollten. Wie diese Zeitung erfuh, lehnten einige Mitglieder des Aufsichtsrats die Entlastung ab, nachdem die Staatsanwaltschaft Braunschweig am Montag gegen den früheren VW-Chef Martin Winterkorn und ein weiteres damaliges Vorstandsmitglied Ermittlungen wegen des Verdachts auf Marktmanipulation Ermittlungen eingeleitet hat.

Der Aufsichtsrat hatte den Aktionären noch am 11. Mai empfohlen, der kompletten Führungsspitze das Vertrauen auszusprechen. VW sieht in den Ermittlungen weiterhin kein Hindernis. Zwar werde der Aufsichtsrat, der sich am späten Nachmittag traf, wie geplant noch einmal über die geplante Entlastung beraten; doch „sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine eindeutigen und schwerwiegenden Pflichtverletzungen von aktuellen oder ehemaligen Vorstandsmitgliedern festgestellt worden“, heißt es in einer Erklärung von VW vom Vorabend. Die Staatsanwälte gingen nur einem Verdacht nach, sagten aufsichtsratsnahe Kreise am Dienstag. Nur wenn es wahrscheinlich sei, dass sie ihre Pflichten verletzt haben, müsse man Vorständen die Entlastung verweigern. Das sei derzeit nicht der Fall. Die Entlastungsempfehlung des Aufsichtsrats gilt damit nach Ansicht des Vorstands weiter. Die Mitteilung der Staatsanwaltschaft „führt keine neuen Tatsachen oder Erkenntnisse über eventuelle schwerwiegende Pflichtverletzungen der beschuldigten Vorstandsmitglieder an“, sagte ein VW-Sprecher nach Bekanntwerden der Ermittlungen.

Nichts Neues also bei VW? Genau das sehen die Kritiker im Aufsichtsrat anders. Interne Ermittlungsergebnisse von VW, die den Vorstand entlasten, dürften nicht den staatlichen Ermittlungen vorgreifen. Unklar war, ob die Kritiker sich durchsetzen und ob der gesamte Vorstand oder nur



Es war einmal: Auf der Automobilmesse in Frankfurt im September vergangenen Jahres standen Martin Winterkorn und Herbert Diess noch eng zusammen.

Foto Picture Alliance

Winterkorn und VW-Markenvorstand Herbert Diess in Hannover von den Aktionären nicht entlastet werden. Diess ist der zweite Mann, gegen den die Staatsanwälte ermittelt. Der Verdacht gegen die beiden ist, dass sie bereits vor dem 22. September 2015 von den manipulierten Dieselmotoren und von den finanziellen Risiken des Abgasskandals wussten.

Auslöser der Ermittlungen waren Untersuchungen der Braunschweiger Staatsanwälte und eine Anzeige der Finanzaufsicht Bafin. Die Anzeige begründet den Verdacht, dass Volkswagen bewusst zu spät über die finanziellen Folgen der Manipulation an elf Millionen Dieselfahrzeugen informiert hat. Die Ermittler sehen dafür „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“. Wie Oberstaatsanwalt Klaus Ziehe, der Sprecher der Braunschweiger Staatsanwaltschaft, dieser Zeitung sagte, könnten sich die Ermittlungen auf weitere

Vorstandsmitglieder ausweiten, wenn die Ermittlungen einen Anfangsverdacht ergeben. Meldungen, dass die Bafin Anzeige gegen den gesamten damaligen Vorstand erhoben habe, bestätigte er nicht.

Winterkorn war schon früher ins Blickfeld der Ermittler geraten. Er soll 2014 über die Probleme in Amerika informiert worden sein, weil die dortigen Behörden die zu hohen Abgaswerte der Motoren kritisierten und Aufklärung verlangten. Die amerikanischen Ermittlungsbehörden hatten den Abgasskandal am 18. September letzten Jahres enthüllt. Winterkorn bestreitet, von den Manipulationen an den Dieselmotoren gewusst zu haben. Auch die VW-internen Ermittlungen entlasten ihn. Danach hat der Vorstand die Probleme in den Vereinigten Staaten als ein Produktthema unter vielen behandelt und die Risiken nicht vorhersehen können. Dass mit den Ermittlungen der Staatsanwälte nun

ausgerechnet der neue VW-Markenvorstand Herbert Diess ins Feuer gerät, passt manchem in Wolfsburg gut in den Kram. Der VW-Markenchef, der von BMW kam, gilt als knallharter Sanierer und als guter Analytiker. Im Umgang mit Menschen habe er allerdings Defizite, sagen seine Kritiker. Mit Betriebsratschef Bernd Osterloh geriet Diess deswegen schnell aneinander. Auch der bisweilen hemdsärmelige Konzernchef Matthias Müller kann mit dem spröden Diess nicht viel anfangen, sagen enge Vertraute Müllers. Im Konflikt mit Gewerkschafter Osterloh legte der Konzernchef den ehrgeizigen Markenchef deswegen schnell an die kurze Leine.

Diess hat zwar erst am 1. Juli 2015 bei VW angefangen und kann damit für den Skandal – der VW-intern bis heute als „Dieselthematik“ verharmlost wird – nicht verantwortlich sein. Doch er nahm am 27. Juli mit Winterkorn bei einer regel-

mäßigen Besprechung über Schadens- und Produktthemen teil. Dort soll am Rande auch über die Probleme mit den Dieselmotoren in Amerika gesprochen worden sein, heißt es. „Konkrete Details dieser Besprechung sind derzeit noch nicht rekonstruiert“, teilte VW dazu mit, als das Unternehmen im März seine Klageerwidlung gegen die zahlreichen Klagen von Anlegern einreichte. Auch dieses Treffen untersuchen nun die Braunschweiger Ermittler.

Für viele Investoren und Analysten wie Arndt Ellinghorst vom Londoner Evercore ISI bleibt Diess dennoch einer der Hoffnungsträger bei Volkswagen. „Es war sicherlich schwer, wenn nicht unmöglich, die Tragweite des Skandals in den ersten Tagen im neuen Job zu erfassen“, sagt Ellinghorst über Diess. „Abgesehen davon, ist er ein harter Hund. Ich glaube nicht, dass es seinem Image intern großartig schadet.“

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Oetkers gutes Händchen

Von Christian Müßgens

Für den Oetker-Konzern könnte die Lage kaum schwieriger sein. In Europa wird der Wettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt immer härter, in den Schwellenländern schwächt sich das Wachstum ab. Politische Krisen und bewaffnete Konflikte in vielen Teilen der Erde sorgen für zusätzliche Unsicherheit. Außerdem verhartet die Containerschifffahrt, in der das Unternehmen durch die hauseigene Reederei Hamburg Süd stark vertreten ist, in einer Dauerkrise. Mit Rückenwind vom Weltmarkt ist im Moment kaum zu rechnen. Daher setzen die Oetkers weiterhin auf Zukäufe, um dem schwachen organischen Wachstum auf die Sprünge zu helfen. Bislang haben sie dabei ein gutes Händchen bewiesen. Die Übernahme der chilenischen Reederei CCNI hat die Marktposition von Hamburg Süd deutlich verbessert, und der Tortenhersteller Copenrath & Wiese ist eine gute Ergänzung für die Lebensmittelsparte. Weitere Akquisitionen sind durchaus sinnvoll, zumal die Gruppe weiterhin auf liquiden Mitteln von rund 800 Millionen Euro sitzt. Immer noch offen ist dagegen die Frage, wer zum Jahreswechsel den Chefposten von Richard Oetker übernehmen wird. In diesem Punkt sollte der Familienbeirat endlich Klarheit schaffen und so einen Schlussstrich unter die lähmenden Grabenkämpfe der vergangenen Monate und Jahre ziehen.

Das Risiko der Axa

Von Christian Schubert

Die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken soll die Welt sicherer machen, indem sie Rezessionen verhindert. Doch im Binnenverhältnis zwischen den Versicherungskonzernen und ihren Kunden wechseln die Risiken das Lager: Künftig lebt der Versicherungsnehmer gefährlicher, denn die Konzerne können bei den aktuellen Niedrigzinsen nicht mehr die nötigen Renditen für umfangreiche Garantien erwirtschaften. Unternehmen wie die Axa verringern daher den Kapitalchutz von Lebensversicherungen oder ziehen sich ganz aus dem Geschäft zurück. Risikoschutz verschwindet nicht, doch er wird teurer. Die Versicherer sind damit aber nicht aus dem Schneider, im Gegenteil. Der neue Axa-Chef, der Deutsche Thomas Buberl, bewegt sich künftig in einem Minenfeld. Denn wenn die Versicherer das Gewicht der einst supersicheren Lebensversicherungen verringern, dann dürfen sie sich bei den übrigen Produkten in der Schadenswahrscheinlichkeit nicht verrechnen. Stärker als sein alleinstehender französischer Vorgänger Henri de Castries muss Buberl daher auch das Kostenmesser ansetzen, die Digitalisierung vorantreiben und neue Geschäftsfelder erschließen. Auch soll die Axa als „Partner der Kunden“ durch Prävention den Versicherungsfall verhindern. In einer Powerpoint-Präsentation klingen solche Botschaften gut. Sie umzusetzen ist so schwer wie das Management des Alltags im echten Leben.

Software statt Stapler

Von Uwe Marx

Diese Übernahme hat nicht nur ein bemerkenswertes Volumen, sie ist auch eine Erinnerung zu passender Zeit: Kion, zweitgrößter Hersteller von Gabelstaplern auf der Welt, kauft für rund zwei Milliarden Dollar das amerikanische Unternehmen Dematic – und inmitten der allgemeinen Aufwallung um die drohende Übernahme des Augsburger Roboterherstellers Kuka durch einen chinesischen Bieter wird an einem großen Beispiel wieder mal deutlich, dass solche Geschäfte keine Einbahnstraße sind. Auch deutsche Konzerne kaufen kräftig zu, wenn sich die Gelegenheit bietet. Im Fall Kion pikantesterweise sogar ein Unternehmen mit starkem chinesischem Anteilseigner. Allerdings geht es den Wiesbadenern nicht um eine Demonstration, wie facettenreich der internationale Übernahmemarkt ist, sondern um die eigene Neuausrichtung. Kion hat in den vergangenen Jahren immer wieder kleinere und größere Unternehmen geschluckt, aber Dematic ist eine andere Größenordnung und eine endgültige Festlegung: Kion will entschiedener denn je weg vom reinen Gabelstaplerhersteller und hin zum Anbieter vernetzter Logistiklösungen. Mehr Software, weniger Metall – so lautet die Botschaft. In der sogenannten Logistik 4.0 sieht das Unternehmen größere Wachstumschancen als bei den klassischen Staplern, dem wachsenden Online-Handel sei Dank. Das wirkt mutig, aber nachvollziehbar.

Buberl verordnet Axa einen Spar- und Digitalisierungskurs

Der designierte Leiter des französischen Versicherers schraubt die Finanzziele wegen Niedrigzinsen herunter / Von Christian Schubert

PARIS, 21. Juni
Sparen, Garantien abbauen, digitalisieren und neue Produkte finden: Mit diesen Zielen will der designierte Chef des Axa-Konzerns, der 43 Jahre alte Deutsche Thomas Buberl, den französischen Versicherer in die Zukunft führen. Diese wird weniger behaglich sein als die Vergangenheit: „Vor drei bis vier Jahren dachten wir noch, dass die niedrigen Zinsen vielleicht zwei oder drei Jahren anhalten werden. Jetzt stellen wir fest, dass dies die neue Normalität wird“, sagte er am Dienstag bei der Vorstellung eines neuen Fünfjahresplanes vor Journalisten und Analysten in Paris.

Ohne einen neuen Sparplan kommt das Unternehmen nach seinen Worten daher nicht aus. Bis 2020 will die Axa weitere 2,1 Milliarden Euro einsparen, nachdem zwischen 2011 und 2015 die Kosten bereits um 1,9 Milliarden Euro gesenkt wurden. Sozialpläne seien dafür nicht nötig, global plane man eine Stabili-

sierung der Belegschaft. In Europa dagegen solle sich der Mitarbeiterstab um 1 bis 2 Prozent im Jahr verringern, was weitgehend durch Ruhestand und Vorruhestandsmaßnahmen ermöglicht werde, heißt es.

Auch das geringe Wachstum der Weltwirtschaft sowie die strengerer Eigenkapitalvorschriften plagen die Branche, doch die größte Herausforderung sind die Mini-Zinsen: Wenn die Versicherer mit ihren Investitionen in Anleihen, zu denen sie aufgrund der Vorschriften in hohem Maße verpflichtet sind, kaum noch Geld verdienen, sinken ihre Gewinnmargen. Deshalb muss Buberl die Erwartungen für die Finanzergebnisse des Unternehmens herunterschrauben. Der operative Gewinn je Aktie werde bis 2020 um bestenfalls 7 Prozent im Jahr wachsen, vielleicht aber auch nur um 3 Prozent, kündigte er an. Im vorherigen Plan von 2011 bis 2015 hatte sich die Axa noch das Ziel gesetzt, den Betriebsgewinn je Aktie um

jährlich 5 bis 10 Prozent anzuheben. Das Unternehmen schaffte durchschnittlich 7 Prozent.

Im September wird Buberl die Spitze des zweitgrößten Versicherers der Welt nach der Allianz übernehmen. Auf ihm lasten hohe Erwartungen. Seit der Gründung der Axa, die nach etlichen Firmenverschmelzungen unter diesem Namen seit den achtziger Jahren existiert, gab es nur drei Chefs: den Firmengründer Claude Bébear, Henri de Castries, der die Internationalisierung vorantrieb, und jetzt Buberl. In drei Monaten hat der Deutsche fünfzehn Länder bereist, um den Konzern kennenzulernen. Nun fordert er eine stärkere Ausrichtung auf die asiatischen Märkte sowie ein „selektives Vorgehen“ in den reifen Ländern Europas und Nordamerikas. Die Zeiten seien vorbei, in denen man sich allein auf dem breiten Wachstum aller Schwellenländer ausruhen konnte. „Daher ist es umso wichtiger, dass wir das Versicherungsge-

schäft auch grundlegend neu gestalten“, sagte Buberl. Beispiele bringt er aus Deutschland mit, seinem früheren Wirkungsfeld. In Köln werde beispielsweise eine App in Zusammenarbeit mit der Post getestet. Dadurch könnten Frauen auf dem Heimweg abends Hilfe rufen und rasch gefunden werden. Ein anderer Service sei eine Funktion, die Autofahrern freie Parkplätze finden lasse.

Allgemein müsse die Axa ein „Partner“ der Kunden sein, nicht einfach nur eine Zahlstelle im Versicherungsfall, findet Buberl. Bei Krankenversicherungen etwa sollen Prävention und Leistungen wie Krankengymnastik verstärkt werden. 3 Milliarden Euro will Axa in den Umbau ihrer Angebote bis 2020 investieren. Messen müsse sich das Unternehmen dabei an Google, Facebook und Co. Es sei „heute noch viel leichter, ein Buch bei Amazon zu bestellen, als eine Versicherung zu kaufen“, klagte Buberl. Das müsse sich ändern.

Die Anleger reagierten nicht begeistert, aber gelassen auf die neuen Konzernziele. Am Nachmittag lag die Axa-Aktie in Paris leicht im Plus. Die schlechteren Aussichten der Versicherer infolge der Niedrigzinspolitik sind bereits eingepreist. Sie werden auch zu einer etwas niedrigeren Eigenkapitalrendite führen, wie Buberl erklärte. Anstatt eines Plus von 13 bis 15 Prozent in der vorherigen Periode setzt sich der Konzern jetzt das Ziel von 12 bis 14 Prozent für die Jahre 2016 bis 2020.

Auch Akquisitionen kommen für die Axa weiterhin in Frage, allerdings nur im kleineren Maßstab zur geographischen Expansion jenseits von Europa. Ein Budget von rund 1 Milliarde Euro im Jahr solle dafür bis 2020 zur Verfügung stehen, sagte der Finanzdirektor Gérald Harlin. An die Aktionäre solle zwischen 45 und 55 Prozent des Gewinns ausgeschüttet werden. Im vergangenen Jahr lag der Anteil bei 47 Prozent.

Politische Turbulenzen machen Oetker zu schaffen

Flüchtlingskrise, Niedrigzinsen, Konjunkturschwäche: Der Familienkonzern sieht wachsende Risiken / Von Christian Müßgens

SEIN Auftritt war mit Spannung erwartet worden. Eigentlich sollte Richard Oetker am Dienstagmorgen zum letzten Mal die Jahresbilanz des Familienunternehmens aus Bielefeld präsentieren, doch dann fand die Pressekonferenz ohne den 65 Jahre alten Chef statt. Der Grund: Oetker, der sich zum Ende dieses Jahres aus der Geschäftsführung zurückziehen will, war am Morgen in seinem Privathaus unglücklich gestürzt. Zwar war die Verletzung nicht so schwer, dass er ins Krankenhaus musste, aber trotzdem wollte er sich an diesem Tag lieber schonen. Und so fiel dem Finanzchef Albert Christmann die Aufgabe zu, die Journalisten im Namen von Oetker zu begrüßen und einen Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr zu geben.

Christmann zeichnete ein durchwachsendes Bild von der aktuellen Lage. Für 2016 sei „kein wirklicher Optimismus“ angesagt, sagte der Manager, der seit 25 Jahren im Oetker-Konzern ist und als potenzieller Nachfolger für den Chefposten gilt. Die wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen in vielen Ländern der Erde

machten der Gruppe schwer zu schaffen. Dabei bezog sich Christmann nicht nur auf das abgeschwächte Wachstum der Schwellenländer und die politischen Krisen in Osteuropa. Auch die weiterhin expansive Geldpolitik der Notenbanken und die „offenen Flüchtlingsfragen“ sorgten für große Unsicherheit. Entsprechend nüchtern war sein Resümee: „Ein nachhaltiger, struktureller Aufschwung der Weltwirtschaft ist nicht zu erwarten.“ Schon im vergangenen Jahr hat die August Oetker KG den Gegenwind auf den Weltmärkten deutlich zu spüren bekommen. Zwar ist der Konzernumsatz um knapp 12 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro gewachsen. Das kräftige Plus erklärt sich aber vor allem durch günstige Wechselkurse und mehrere Übernahmen, die die Erlöse deutlich anschwellen ließen. Bereinigt um diese Sondereffekte ist der Umsatz um 0,3 Prozent gesunken. Auch das Ergebnis dürfte nachgegeben haben. Darauf deuten zumindest die Gewinnrücklagen hin, die nur noch um 232 (Vorjahr: 372) Millionen Euro nach oben kletterten. Genaue Gewinnzahlen nennt Oetker nicht: Angesichts des „herausforder-

nden Marktes“ sei das Ergebnis „zumindest akzeptabel“ gewesen, sagte Christmann.

Der Oetker-Konzern produziert Pudding und Backpulver, Tiefkühlpizzen und Müsli, er braut Bier, keltert Sekt und betreibt mehrere Luxushotels. Außerdem ist der Familienbetrieb mit einer eigenen Containerreederei in der Schifffahrt aktiv. Genau in diesem Geschäftsfeld, das für etwa die Hälfte des Konzernumsatzes steht, bläst Oetker der Wind besonders stark ins Gesicht. Zwar ist die Reederei Hamburg Süd im vergangenen Jahr durch die Übernahme des chilenischen Wettbewerbers CCNI kräftig gewachsen. Doch die niedrigen Transportpreise (Frachtraten), die 2015 abermals nachgaben (um 16 Prozent), lasteten schwer auf dem Ergebnis. Grund für die Misere war das gewaltige Überangebot an Schifffahrt, das die gesamte Branche seit Jahren belastet. „Dieses Thema wird uns noch lange in Atem halten“, sagte der Hamburg-Süd-Chef Ottmar Gast auf der Pressekonferenz.

Etwas besser lief es im Geschäft mit Nahrungsmitteln. In Summe wuchsen die

Erlöse auf diesem Feld um 14 Prozent auf knapp 3 Milliarden Euro, bereinigt um Zukäufe steht noch immer ein Plus von 1,4 Prozent zu Buche. Auch das Geschäft mit Bier und alkoholfreien Getränken, das in der Radeberger-Gruppe gebündelt ist, legte zu. In der Sparte für Sekt und Wein gab es dagegen einen leichten Rückgang. Um auf diesem Gebiet mehr Schlagkraft zu bekommen, verhandelt Oetker über eine Zusammenarbeit mit dem spanischen Sekt-hersteller Freixenet, die womöglich in einen Einstieg oder eine Übernahme münden könnte. Genaue Angaben dazu wollte Christmann allerdings nicht machen: „Wir sind in Gesprächen, aber für eine Wasserstandsmeldung ist es noch viel zu früh.“ Auch in seinen anderen Sparten schaut sich das Management fortlaufend nach möglichen Übernahmezielen um. Zwar hat der Konzern 2015 viel Geld für Zukäufe ausgegeben, er verfügt aber weiterhin über liquide Mittel in Höhe von gut 800 Millionen Euro. Da die Oetker-Gruppe zudem wenig Schulden habe, gebe es Spielraum für Akquisitionen, sagte Christmann. Konkreter wollte er sich nicht äußern. 2015 hatte Oetker den Tortenher-

steller Copenrath & Wiese, den rumänischen Backartikelwettbewerber Alex und den Götterspeisehersteller D'Gari aus Mexiko übernommen. Vor allem das Geschäft von Copenrath & Wiese habe sich gut entwickelt, sagte Christmann: „Wir wollen mit dieser Marke international expandieren und prüfen jetzt den Einstieg in mehrere Auslandsmärkte.“ Offen ist weiterhin die Frage, wer den Familienkonzern vom kommenden Januar an führen wird. Der Kandidat Christmann hielt sich am Dienstag bedeckt und verwies auf den einflussreichen Familienbeirat. Dieser werde bis zum Ende des Jahres eine Entscheidung treffen: „Hier gibt es einen Zeitplan, mehr kann ich Ihnen auch nicht sagen.“

Der amtierende Konzernchef Richard Oetker hat in diesem Jahr die interne Altersgrenze erreicht und will sich nach sechs Jahren an der Spitze aus dem operativen Geschäft zurückziehen. Über die Nachfolgefrage hatte es im Unternehmen zuletzt heftigen Streit gegeben, inzwischen haben sich die beiden Familienstämme der Oetkers aber offenbar wieder zusammengerauft.



Raus – und zwar ohne Applaus: Nach einem blamablen 0:3 gegen Wales ist die EM für die Sbornaja viel früher als erwartet beendet.

Fotos Reuters, AFP (2), dpa

Hintertür für Russland

Keine Rettung

Von Anno Hecker

Eines scheint sicher: Die russische Fußball-Auswahl hat sich offenbar nicht systematisch mit Doping-Mitteln auf die Europameisterschaft vorbereitet. Sie hätte unter Stoff, wie andere Teams vor ihr, länger durchhalten und ihr sportliches Desaster herauszögern können. Sauber aber ist auch der russische Fußball nicht, wie der glaubwürdige Bericht über eine vertuschte positive Probe im Ligabetrieb belegt. Das gilt, längst bewiesen, für die russische Leichtathletik, auch für das Schwimmen und offenbar alle wesentlichen Sportarten. Deshalb hat IOC-Präsident Thomas Bach eine für ihn bemerkenswerte Feststellung getroffen: Er zweifelt angesichts eines mit perfiden Tricks unterlaufenen oder nicht vorhandenen Anti-Doping-Kontrollsystems an der Unschuldsermutung für Athleten aus Russland sowie Kenia.

Jahrelang hatte er sein Credo wie eine unantastbare Monstranz vor sich hergetragen. Und doch konnte er am Dienstag nicht die Konsequenz aus seiner Erkenntnis ziehen. Das IOC hat zwar die Macht, aber nicht das Recht, verdächtige russische wie kenianische Sportler en bloc von den Sommerspielen in Rio fernzuhalten. Die Internationalen Fachverbände sollen nun, wie zuletzt der vom IOC gelobte Leichtathletik-Verband, prüfen und urteilen, ob die Zweifel an der Unschuld berechtigt sind.

Es sieht so aus, als sei Russland damit eine Hintertür geöffnet worden. Denn es gibt keine Richtlinien für die Einschätzung. Reicht schon die Dokumentation von paar negativen Tests unter der Aufsicht eines Internationalen Verbandes bei Wettkämpfen in den vergangenen Jahren? Oder genügt der russische Athlet den Ansprüchen, wenn er demnach, sagen wir in Deutschland, ein-, zweimal ohne positiven Befund kontrolliert wird?

Anti-Doping-Experten haben oft genug auf den nachweisbar komplet-

Die fundamentale Systemschwäche bleibt: Welcher Verband sperrt nun seine Stars?

ten Kontrollverlust in Russland und Kenia hingewiesen. Die Zustände boten Funktionären, Trainern und Sportlern wahrscheinlich über Jahre die Gelegenheit, ein Doping zu betreiben, dessen Wirkung leicht bis zur Siegerehrung in Rio anhält, ohne dass in den nächsten Wochen noch Spuren in den Urin- oder Blutproben zu finden sein werden. Wer mit Hilfe von Substanzen über einen bestimmten Zeitraum länger und härter trainiert, genießt einen unfairen Vorteil. Die Rettungsaktion für Russland und Kenia kommt – falls es in erster Linie um mehr Sauberkeit geht – zu spät.

Daran werden auch die unterschiedlichen Bemühungen der Internationalen Verbände nichts ändern. Es mag sein, dass eine Weltorganisation einer Sportart hier und da intensiver prüft. Aber angesichts der Fülle der Athleten, die sie zu betreten haben, ist die Wirkung ihrer Dopingkontrollen und ihrer Vorschriften eher zu vernachlässigen. Dass sie trotzdem nun quasi in eigener Sache richten müssen, enthüllt abermals die Schwäche der Überwachungsprogramme. Sie sind viel zu abhängig von denen, die ungestört Sport treiben wollen. Kein Fachverband ist daran interessiert, seine Helden auffliegen zu lassen. Das bewies der Fall des Radprofis und Superdopers Armstrong par excellence. Die Wada spricht gegenwärtig von einem Dutzend desinteressierter Verbände. Als Beispiel dient die Box-Organisation Aiba. Wie viele Trainingskontrollen sie in den vergangenen zwei Jahren angeordnet hat? Eine, ja, eine. Kein Wunder, dass sich die Russen am Dienstag erleichtert zeigten.

Schadenfreude ist ganz und gar nicht angebracht. Mit Rücksicht auf die explosive politische Weltlage wären ein paar russische Sportlerfolge sicher ganz hilfreich. Aber davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Der russische Sport liegt in Scherben am Boden. In Toulouse verabschiedete sich am Montagabend die russische Fußball-Nationalmannschaft als Gruppenletzter von der Europameisterschaft. Das 0:3 gegen Wales war einer saft- und kraftlosen Sbornaja geschuldet, deren Akteure das Gegenteil von Putins brachialem Männerbild ausstrahlten: mangelnde Belastbarkeit und Angst vor Verantwortung. Am Dienstag waren die übrigen olympischen Sportarten dran, die nach jahrelangem notorischem, staatlich orchestriertem Doping-Betrug um ihre Zulassung zu internationalen Wettkämpfen bangen: Beim Gipfel in Lausanne schlossen die Spitzenfunktionäre des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der Weltverbände das Russische Nationale Olympische Komitee zwar nicht von den Olympischen Spielen in Rio aus. Aber sie hoben die Unschuldsermutung für alle russischen Athleten auf. Ungeprüft soll keiner von ihnen auf die solide getesteten Sportler anderer Nationen losgelassen werden. Jeder Einzelne wird beweisen müssen, dass er nicht vom verkommenen Anti-Doping-System in seinem Land beschmutzt ist. Wie die „Aktion sauberer Russe“ funktionieren soll? Dieses Problem übertragen die Top-Funktionäre in Lausanne den Welt-Fachverbänden, die nicht nur die Teilnahmeberechtigung der Sportler aus Russland, sondern auch aus Kenia überprüfen sollen. Auch das Anti-Doping-System der Afrikaner wird von den Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) als ungenügend eingestuft. Die Athleten werden belegen müssen, dass sie in ausreichendem Umfang von vertrauenswürdigeren Anti-Doping-Systemen überwacht wurden und werden als ihrem eigenen.

Olympia hat am Dienstag also einige der Scherben, in die der russische Sport zerbrochen ist, für noch verwendbar erklärt. Die Entscheidung des Leichtathletik-Weltverbandes (IAAF) vom vergangenen Freitag, die Suspendierung des russischen Verbandes bis über die Spiele in Rio hinaus zu verlängern, hat IOC-Präsident Thomas Bach vier Tage später zwar noch einmal ausdrücklich unterstützt. Dass das russische Anti-Doping-System durch und durch verdorben ist, wie eine Task-Force der IAAF festhielt, wurde so wenig in Zweifel gezogen wie ein Bericht der Wada, dass bisher kaum eine Besserung zu erkennen sind. Doch die Rolle des Russischen Olympischen Komitees und seine Mitwirkung darin, die Lage zu verbessern, beschrieb Bach ausdrücklich als positiv. Es wird nicht gesperrt. Und weil es nicht gesperrt wird, starten solche

Lex Russland

Gruppenletzter bei der EM und am Pranger: Der russische Sport liegt in Scherben. Die Leichtathleten gelten als gedopt – es sei denn, sie können das Gegenteil beweisen. Dann lässt sie das IOC unter Landesflagge starten. Andere Sportler sollen einen Check der Weltverbände bestehen. *Von Evi Simeoni, Lausanne*

Athleten, die ihre Sauberkeit nachweisen können, unter der russischen Flagge. Auch die Leichtathleten, deren Weltverband für die Wettkämpfe unter eigener Hoheit eine neutrale Flagge bevorzugt. Die Sache scheint fix: Auch IOC-Mitglied Alexander Schukow, der Vorsitzende von Russlands NOK, hatte an dem Gipfel teilgenommen.

Der Unterschied zwischen russischen Leichtathleten und russischen Athleten anderer Sportarten besteht darin, dass die einen grundsätzlich von internationalen Wettkämpfen ausgeschlossen sind und eine Sonderzulassung beantragen müssen. Die anderen müssen einen Check ihres Weltverbandes überstehen, bevor sie in Rio akzeptiert werden. Nach welchen Kriterien? Das wird sich weisen. Wie groß die russische Mannschaft in Rio sein wird? Manche schätzen etwa 80 Sportler, die anderen eine Handvoll, ande-

re zucken die Achseln. Ob die Mittelstreckenläuferin und Kronzeugin Julia Stepanowa, die den Skandal um die Leichtathletik aufdeckte, nun das russische NOK um ihre Nominierung für Rio bitten muss, ist eine offene Frage, die das IOC noch klären muss. Aus Moskau hörte man zunächst nur noch kleinlauten Töne zu der Entscheidung: „Wir werden alles machen, was sie uns sagen“, erklärte Sportminister Witalij Mutko der Nachrichtenagentur Tass. Der Meister der radikal-offensiven Verteidigung dämpfte ganz offensichtlich seinen Ton, womöglich sogar nach dem Motto: Hauptsache, nicht rausgeflogen.

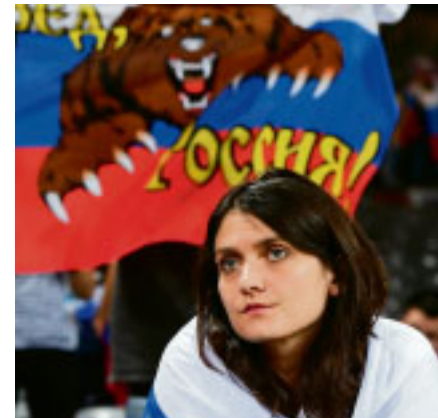
Im Fußball aber doch. Auch hier fiel Mutko, der zudem auch noch russischer Fußball-Präsident ist, nichts Originelles mehr ein. „Wir müssen uns eingestehen“, sagte er gar nicht mehr nassforschend der Tass, „dass wir derzeit keine Top-Spieler haben. Das Spiel der Mannschaft zeigte das echte Niveau unseres Fußballs.“

Der düstere Moment des Spiels gegen Wales war wohl gekommen, als der Kapitän der russischen Mannschaft, Roman Schirokow, selbst an einem der walisischen Treffer aktiv beteiligt, ausgewechselt wurde und vergeblich einen Abnehmer für seine Binde suchte. Schließlich ließ sich Torwart Igor Akinfejew breiterschlagen, den Kapitän zu spielen auf dem sinkenden Schiff. Dass Nationaltrainer Leonid Sluzki sich kurz darauf mit seinem Rücktritt als Prügelnabe für das Desaster anbot, war zwar löblich. Aber es half dem russischen Fußball nicht mehr aus seinem schwarzen Montag heraus. Auch der Blick in die Zukunft ist rabenschwarz. Und das zwei Jahre, bevor Russland die Fußball-Weltmeisterschaft ausgerichtet.

Woher so schnell eine Spitzenmannschaft nehmen? Nur die russischen Ultras schienen zunächst noch schlagkräftig.



Weglächeln hilft nichts: Sportminister Mutko (links) und Präsident Putin stecken im Schlamassel.



Islands Fußball-Saga ist gar nicht märchenhaft

Dank Logik, Konsequenz und guter Ausbildung hat sich das Nationalteam stetig nach oben gearbeitet. *Seite 28*

Gareth Bale ist der Prinz von Wales

Der Superstar von Real Madrid verzaubert seine Landsleute und treibt seine Teamkollegen an. *Seite 29*



Die Bausparkassen leiden

Geldanlage in Bausparkassen ist wegen der Geldpolitik unbeliebter geworden. Der Schwäbisch-Hall-Chef will das ändern. *Seite 36*



„Ohne Leichtigkeit, ohne Spielwitz läuft es im Fußball nicht rund“, sagt Christian Fuchs.

Foto AFP

Der Glaubenslehrer

PARIS. Vor einem Jahr stand Christian Fuchs an einer Strandbar auf Antigua, als das Telefon ging. Am Apparat: sein Manager. Fuchs war gerade von Schalke 04, wo man ihn nicht mehr wollte, ablösefrei zu einem Beinahe-Absteiger der englischen Premier League gewechselt. Und nun sagte ihm sein Manager, dass der Trainer, der ihn verpflichtet hatte, schon entlassen worden war. Der Blick von der karibischen Strandbar auf die Restkarriere eines bald Dreißigjährigen muss in diesem Moment ausgesehen haben wie der in eine Sackgasse. Es wurde etwas ganz anderes: das große Fußballmärchen von Leicester City.

Christian Fuchs ist Meister mit Leicester City geworden. Nun soll er mit Österreich beweisen, dass Unterlegene durchaus zu Großem fähig sind.

Von Christian Eichler

Teams beschimpfe man sich manchmal gegenseitig auf dem Platz: „Das ist super lustig“. Die englischen Kollegen verändern gern auch beim Einchecken im Hotel oder bei anderen Gelegenheiten seinen Namen, indem sie das H gegen ein K austauschen. Daraus entsteht dann die im Englischen lustig-anzügliche Version „Christian Fucks“.

Es ist die Art von kindlichem Spaß, die im erwachsenen Fußball hilfreich sein kann. Es ist gut fürs Team, wenn jeder über sich selber lachen kann. „Wer zu verbissen ist, blockiert kreativ“, sagt Fuchs. „Ohne Leichtigkeit, ohne Spielwitz läuft es im Fußball nicht rund.“ Zudem bringen die albernen Späße entrückte Fußballstars den Fans näher – sofern man diese daran teilnehmen lässt. Und keiner tut das so fleißig wie Fuchs.

Schon wegen seines Namens wurde er auf Anhieb zum Liebling der Fans bei den „Foxes“, den Füchsen, wie der Klub in England genannt wird. Natürlich auch wegen der Spielweise des Linksverteidigers, der giftigen Zweikämpfe und guten Flanken. Vor allem aber wegen seines schrulligen, nahezu britischen Humors, den er vor allem auf allen seinen sozialen Kanälen zeigt.

So verbreitet er dort Filme mit Spielen, bei denen er sich mit Torjäger Jamie Vardy zu Ostern beim „Russischen Ei-Roulette“ rohe Eier auf den Kopf schlägt. Oder mit dem Japaner Shinji Okazaki Ohrfläppchen schnippt, bis sie knallrot sind. Oder mit dem deutschen Kollegen Robert Huth „Oaschfetztn“ spielt, das gegenseitige, möglichst wichtige Beschließen des Hinterteils des anderen mit einem Fußball.

Nach dem hart erkämpften 0:0 gegen Portugal, mit dem Österreich seine EM-Chance knapp am Leben hielt, fand Fuchs auch in der Spielweise Parallelen zu seinem Klubteam. „Ich bin das, was wir heute gespielt haben, gewohnt von der Saison mit Leicester“, sagte er gut gelaunt. „Hinten reinstellen und auf Konter lauern.“ Gegen Island werden die Österreicher etwas tun müssen, was ih-

nen bei der 0:2-Auftaktpleite gegen Ungarn weniger gut lag: selbst das Spiel machen, mit Kontrolle und Ballbesitz.

Fuchs, der 2008 schon bei der EM im eigenen Land dabei war, verließ danach Österreich, spielte sieben Jahre in der Bundesliga, in Bochum, Mainz, Schalke. In der Heimat ist er präsent geblieben. Der Austria-Kapitän wirbt für „Omis Apfelstrudel“ und bewegt für T-Online die Lippen zum Lied von „Pippi Langstrumpf“. In England hat er sein eigenes Mode-Label herausgebracht, selbstentworfen schwarze Shirts mit stilisierten Totenköpfe. Und in New York betreibt er die „Fox Soccer Academy“. „Ich habe Spaß an allem, was ich tue“, sagt der vielseitig geschäftstüchtige Österreicher.

Nach Ende seiner Karriere als Fußballer will Fuchs nach Amerika, der Heimat seiner Frau Raluca, einer früheren Finanzanalystin bei Goldman Sachs. Es soll aber noch nicht das Ende seiner Sportkarriere sein. Fuchs träumt davon, Kicker in der NFL zu werden – der Spezialist im American Football, der das Ei aus großer Entfernung durch die Stangen kickt. „Ich weiß, dass ich ein Field Goal aus sechzig Yards erzielen kann“, sagt er, also aus rund 55 Metern. „Träume können wahr werden. Wenn du keine hast, wirst du nichts erreichen.“ Seine öffentliche Bewerbung über ein Interview mit Sky Sports brachte ihn in den Vereinigten Staaten landesweit in die News und sogar auf die Neon-Newsticker am New Yorker Times Square – mit gutem Timing im April, als die Story von Leicester City zum globalen Thema wurde.

Die Botschaft, die er aus England mitbringt, klingt schon sehr amerikanisch: Leicester City als „Vorbild für jeden“, als Beweis, dass man mit „absolutem Willen und Glauben an sich selbst Berge versetzen kann“. Das Bergvolk der Österreicher wird diesen Glauben im Fußball, dem Spiel des flachen Landes, brauchen. Sollten sie den Sieg gegen Island und die Achtelfinal-Qualifikation schaffen, wartet auf sie entweder England oder, mit größter Wahrscheinlichkeit, Spanien.

Islands Fußball-Saga – gar nicht märchenhaft

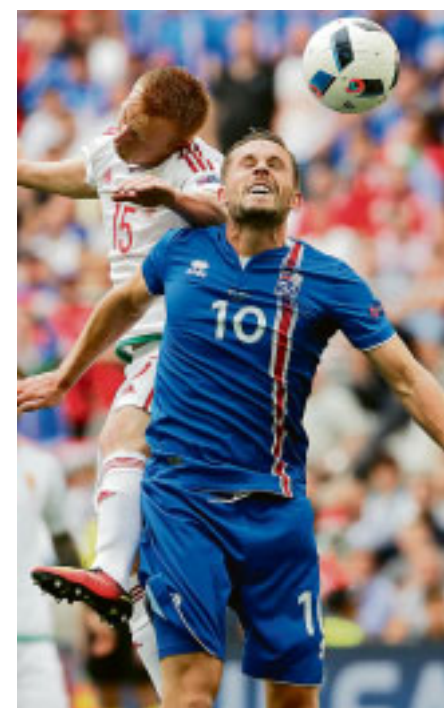
Dank Logik, Konsequenz und guter Ausbildung klettert das Nationalteam von Platz 133 auf 34 der Weltrangliste

MARSEILLE. Manche Märchen lesen sich ganz anders, als es der Buchdeckel suggeriert. Island bei der Fußball-Europameisterschaft nach zwei Vorrunden-Spieltagen noch ungeschlagen! Der Titel verheißt die wundersame Geschichte vom Aufstieg einer Mannschaft, die zwischen Geysiren und Eisfeldern trainiert, von Spielern, die aufpassen müssen, dass ihnen Trolle und Elfen den Ball nicht wegschnappen, und die ansonsten ihr Geld als Bäcker, Postbote oder Fischer verdienen. Nun gut, der Torwart erfüllt in etwa die pittoresken Erwartungen. Hannes Thór Halldórsson unterschrieb erst mit 29 seinen ersten Profivertrag, weil er nach einer schweren Verletzung zwischenzeitlich so erfolgreich als Filmregisseur arbeitete und es ihm schwerfiel, den Beruf aufzugeben. Der heute 32-Jährige durfte sogar vor vier Jahren das Video zu Islands Auftritt beim Eurovision Song Contest drehen.

Aber ansonsten arbeiten ganz normale Profis mit ganz normalen Karrieren an der isländischen Fußball-Saga 2016, die an diesem Mittwoch mit einem Erfolg über Österreich im letzten Gruppenspiel und dem damit verbundenen Einzug ins Achtelfinale einen neuen Höhepunkt erhalten könnte. Sie spielen für Klubs in der zweiten englischen Liga und auch in der Premier League. Sie spielen erstklassig in Russland, Italien, Schweden, Norwegen, Belgien, der Schweiz und auch in der Bundesliga. Das Ungewöhnliche daran: Sie alle lernten auf Island das Fußballspielen. Einen unwirtlicheren Ort dafür als den Riesenbrocken vulkanischen Basaltgesteins im Nordatlantik auf halbem Weg zum Nordpol kann man sich gar nicht vorstellen. Und wirklich märchenhaft wird die Geschichte angesichts der Einwohnerzahl Islands. 335 000 Menschen zählt das Land. Wie kann es sein, dass sich unter so wenigen Einwohnern so viele Fußballtalente hervortun? Ein hypothetischer Vergleich macht die Dimensionen deutlich. Bielefeld würde am nördlichen Polarkreis liegen, und der örtliche Klub Arminia qualifizierte sich für die EM – und das nur mit Bielefeldern!

Wie das in Island geht? Nicht mit einem Zauberstab oder einer guten Fee, sondern mit Logik und Konsequenz. Zunächst einmal: Island ist zu klein für einen Ligabetrieb für Profiklubs. Das Geld, das in diesem Land für Fußball ausgegeben wird, landet nicht in den Taschen hochbezahlter Profis oder Manager und nicht in Marketingbudgets, um ein glitzerndes Produkt der Unterhaltungsbranche zu generieren. Das Geld geht in die Entwicklung des Fuß-

balltrainings. Überall im Land sind Fußballhallen entstanden, in vielen Städten gibt es sogar Fußballhangars, in denen die Felder die Originalmaße der Freiluftfelder haben. Die Architektur ist freundlich und hell und großzügig, nicht wie in Deutschland, wo viele Fußballhallen engen, dunklen Höhlen gleichen, mit kleinen Feldern, auf denen sich nicht mehr als zehn Spieler tummeln können. Der entscheidende Punkt jedoch ist die Trainerausbildung, die der Verband in nicht gekanntem Ausmaß unterstützt. An allen





Islands Star: Gylfi Sigurdsson verdient sein Geld in Swansea.

Foto AP

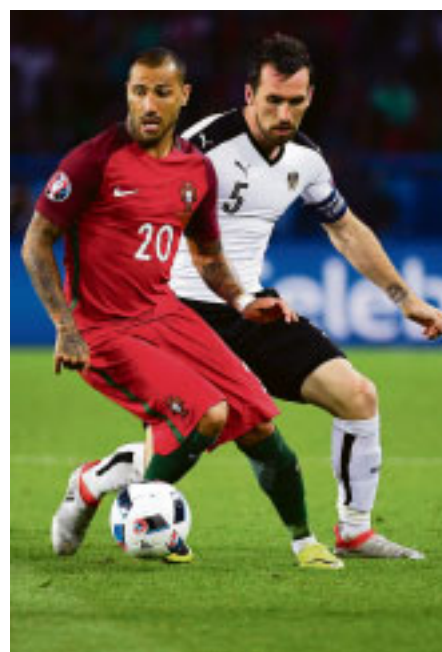
Trainingsstätten stehen lizenzierte Übungsleiter zur Verfügung, schon die Vierjährigen erhalten eine Anleitung von Profis. 600 lizenzierte Fußballtrainer gibt es auf Island, davon haben 400 die B-Lizenz der Uefa, eine Stufe unter der Qualifikation, die für europäische Profiligen nötig ist. Und alle werden für ihre Arbeit ordentlich bezahlt. Das System ist nicht wie in Deutschland auf die ehrenamtliche Mitarbeit von Spielervätern oder anderen Amateuren angewiesen, um im Breitensport und im Bambini-Bereich den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Zusammenarbeit mit den Schulen funktioniert ebenfalls viel besser, an einigen Orten hat der Fußballverband in der Nähe der Schulen Gelände gekauft und Fußballplätze errichtet, damit keine Zeit für das Training verlorengeliegt.

Das Vorzeigebild des KSI ist die Akademie in Breidablik. Dort treffen sich die größten Talente aller Jahrgänge zum gemeinsamen Training. Praktisch alle Nationalspieler haben diese Akademie durchlaufen, die ein englischer Trainer einmal als „Football's Heaven“ bezeichnete – wegen der Architektur, der Ausstattung und des Geists, der dort herrscht. Die Früchte der Nachwuchsarbeit sind schon lange vor dem großen Auftritt in Frankreich zu begutachten gewesen. Seit der frühere schwedische Nationaltrainer Lars Lagerbäck die isländische Geschicke lenkt, ist die Nationalelf in der Weltrangliste innerhalb von fünf Jahren von Platz 133 auf 34 geklettert. Zwei Siege gegen die Niederlande in der EM-Qualifikation bescherten den Isländern Rang zwei und einen Aufenthalt in Frankreich sowie den holländischen Nationalspielern schöne Ferien in diesem Juni. Ihr Star heißt Gylfi Sigurdsson und spielt seit drei Jahren eine führende Rolle beim Premier-League-Verein Swansea. Zuvor hatte er sein Glück in Hoffenheim versucht, ging aber dann lieber für 8,5 Millionen Ablöse nach England. In Augsburg spielt seit der Winterpause Alfred Finnbogason. Mit sieben Toren in der Rückrunde trug der 27 Jahre alte Mittelstürmer maßgeblich dazu bei, dass der FCA die Abstiegsränge schnell hinter sich ließ und sicher erstklassig blieb. Im isländischen Team ist Finnbogason im Moment nur Ersatzstürmer. Man sieht: Trainer Lars Lagerbäck hat sogar die Qual der Wahl.

PETER HESS

	Island	Mi., 22.6.
	Österreich	18 Uhr Paris

Fuchs war es, der Anfang Mai die wilden Szenen der Freude aus dem Haus von Teamkollege Jamie Vardy filmte, als Leicester durch einen Punktverlust von Tottenham Meister wurde. Er war es, der sie über die sozialen Netzwerke millionenfach verbreitete. Es folgte ein Party-Marathon „einmal um die Welt“, wie er sagt. Erst wochenlang in Leicester, dann vierzig Stunden in Bangkok, der Heimat des Klubbesitzers, mit Tour im offenen Bus vor einer Viertelmillion Thailänder. Dann, zur Erholung, ein paar Tage in New York, bei seiner amerikanischen Frau und den beiden Kindern, die er während der Saison nur alle paar Wochen sieht – ehe es in die Schweiz ging, zum Trainingslager mit dem österreichischen EM-Team, das an diesem Mittwoch in Paris einen Sieg gegen Island benötigt, um die Chance aufs Achtelfinale zu wahren.



Hinten links ist seine Position: Fuchs im Duell mit Portugals Quaresma

Foto AFP

DER WEG INS FINALE

GRUPPE A	GRUPPE B	GRUPPE C	GRUPPE D	GRUPPE E	GRUPPE F
10.06. Frankreich – Rumänien 2:1	11.06. Wales – Slowakei 2:1	12.06. Polen – Nordirland 1:0	12.06. Türkei – Kroatien 0:1	13.06. Irland – Schweden 1:1	14.06. Österreich – Ungarn 0:2
11.06. Albanien – Schweiz 0:1	11.06. England – Russland 1:1	12.06. Deutschland – Ukraine 2:0	13.06. Spanien – Tschechien 1:0	13.06. Belgien – Italien 0:2	14.06. Portugal – Island 1:1
15.06. Rumänien – Schweiz 1:1	15.06. Russland – Slowakei 1:2	16.06. Ukraine – Nordirland 0:2	17.06. Tschechien – Kroatien 2:2	17.06. Italien – Schweden 1:0	18.06. Island – Ungarn 1:1
15.06. Frankreich – Albanien 2:0	16.06. England – Wales 2:1	16.06. Deutschland – Polen 0:0	17.06. Spanien – Türkei 3:0	18.06. Belgien – Irland 3:0	18.06. Portugal – Österreich 0:0
19.06. Schweiz – Frankreich 0:0	20.06. Slowakei – England 0:0	21.06. Ukraine – Polen 18 Uhr	21.06. Kroatien – Spanien 21 Uhr	22.06. Italien – Irland 21 Uhr	22.06. Ungarn – Portugal 18 Uhr
19.06. Rumänien – Albanien 0:1	20.06. Russland – Wales 0:3	21.06. Nordirland – Deutschland 18 Uhr	21.06. Tschechien – Türkei 21 Uhr	22.06. Schweden – Belgien 21 Uhr	22.06. Island – Österreich 18 Uhr
Rang Teilnehmer Pkt. Tore	Rang Teilnehmer Pkt. Tore	Rang Teilnehmer Pkt. Tore	Rang Teilnehmer Pkt. Tore	Rang Teilnehmer Pkt. Tore	Rang Teilnehmer Pkt. Tore
1. Frankreich 7 4:1	1. Wales 6 6:3	1. Deutschland 4 2:0	1. Spanien 6 4:0	1. Italien 6 3:0	1. Ungarn 4 3:1
2. Schweiz 5 2:1	2. England 5 3:2	2. Polen 4 1:0	2. Kroatien 4 3:2	2. Belgien 3 3:2	2. Island 2 2:2
3. Albanien 3 1:3	3. Slowakei 4 3:3	3. Nordirland 3 2:1	3. Tschechien 1 2:3	3. Schweden 1 1:2	3. Portugal 2 1:1
4. Rumänien 1 2:4	4. Russland 1 2:6	4. Ukraine 0 0:4	4. Türkei 0 0:4	4. Irland 1 1:4	4. Österreich 1 0:2

ACHTELFINALE	VIERTELFINALE	HALBFINALE	FINALE
Schwiz – ZWEITER C Sa., 25.06., 15 Uhr, St.-Etienne	SIEMER A1 – SIEMER A3 Do., 30.06., 21 Uhr, Marseille	SIEMER V1 – SIEMER V2 Mi., 06.07., 21 Uhr, Lyon	SIEMER H1 – SIEMER H2 So., 10.07., 21 Uhr, Saint-Denis
SIEMER D – DRITTER B/E/F Sa., 25.06., 21 Uhr, Lens	SIEMER A2 – SIEMER A6 Fr., 01.07., 21 Uhr, Lille	SIEMER A5 – SIEMER A7 Sa., 02.07., 21 Uhr, Bordeaux	
Wales – DRITTER A/C/D Sa., 25.06., 18 Uhr, Paris	SIEMER F – ZWEITER E So., 26.06., 21 Uhr, Toulouse	SIEMER V3 – SIEMER V4 Do., 07.07., 21 Uhr, Marseille	
SIEMER C – DRITTER A/B/F So., 26.06., 18 Uhr, Lille	SIEMER A4 – SIEMER A8 So., 03.07., 21 Uhr, Saint-Denis		
Italien – ZWEITER D Mo., 27.06., 18 Uhr, Saint-Denis			
Frankreich – DRITTER C/D/E So., 26.06., 15 Uhr, Lyon			
England – ZWEITER F Mo., 27.06., 21 Uhr, Nizza			

Neben den Erst- und Zweitplatzierten jeder Gruppe ziehen auch die besten vier Drittplatzierten in das Achtelfinale ein.





Die walisische Fußball-Party geht weiter: Gareth Bale (links) und David Cotterill wollen noch mehr EM-Gegner nass machen.

Foto AFP

Let this party never end! Diese Nacht wird man in Wales niemals vergessen. Diese Nacht von Toulouse, als die Fußball-Nationalmannschaft des kleinen Landes von der britischen Insel einen rauschhaften 3:0-Sieg gegen das große Russland feierte, ins Achtelfinale der Europameisterschaft einzog und überraschend sogar Gruppensieger wurde. Vor England, dem Mannschaftskapitän des Vereinigten Königreiches, in dem der Thronfolger seit dem 13. Jahrhundert den Titel „Prince of Wales“ trägt. Aktuell ist das His Royal Highness Charles Philip Arthur George, aber würde dieser Titel per freier Wahl vergeben, so hätte ein gewisser Gareth Frank Bale, 26 Jahre alt und Superstar des walisischen Fußballs, spätestens seit Montag deutlich bessere Chancen, ihn zu tragen.

15 000 Fans in Rot begleiteten den Triumph ihrer Mannschaft im Stade Municipal mit einem neunzigminütigen Fußballchor. Sagten wir Fans? Die Briten haben für ihre Anhänger ein anderes, treffenderes Wort. Sie nennen sie Supporter, Unterstützer, und genau das waren sie in dieser Nacht, 15 000 Menschen, die mit Spielern mit ihren Herzen, deren Energie die Spieler antrieb, die sie einen Sturm entfachten, der den russischen Patienten aus dem Turnier fegte. 15 000 Menschen, die jede Situation mit spielten, jeden Zweikampf mit führten, jedes Tor mit feierten, als hätten sie es selbst geschossen. Die Spieler um His Royal Football Highness Gareth Bale genossen das. Der Superstar von Real Madrid, dort Spielpartner des Portugiesen Ronaldo, der in Frankreich bislang eine so lächerlich affektierte Rolle spielt, schoss im dritten Spiel bei dieser EM sein drittes Tor und bot gegen die Russen eine Leistung, nach der man sagen muss, die hundert Millionen Euro Ablöse, die Real Madrid 2013

Gareth Bale – der Prinz von Wales

Der Superstar von Real Madrid schockt die Russen, verzaubert seine Landsleute und treibt seine Teamkollegen an. Bescheidenheit gehört zu seinen größten Stärken. *Von Michael Eder, Toulouse*



Im Rausch des Sieges – doch die Waliser bleiben auf dem Boden.

Foto Imago Sport

an Tottenham Hotspur überwies, ausgerechnet nach England, sind ein Menge Geld, aber auch für andere Kunstobjekte werden heutzutage ja astronomische Summen bezahlt. Und bei aller Klasse, bei all diesen wunderbaren Sprints, diesen traumhaften Pässen und lässigen Tricks gibt sich Bale im Kreis des walisischen Teams völlig unprätentiös. Nicht einmal die Kapitänbinde beansprucht er, die überlässt er Abwehrchef Ashley Williams von Swansea City. Bales Leistung? Nicht der Rede, nicht des Selbstlobs wert, Bale schwärmte lieber von seiner Mannschaft: „Das war eine einzigartige Teamleistung. Wohl die beste, seit ich Nationalspieler bin.“ Ryan Giggs, Ian Rush, Mark Hughes – es ist nicht so, dass Wales in der Vergangenheit keinen großen Fußballspieler hervorgebracht hätte, aber eine solche Mannschaft wie am Montag in Toulouse hatte sie noch nie auf dem Platz in den vergangenen Jahrzehnten. Gegen einen schwachen und überforderten Gegner war es eine sportliche Sternstunde für das Land mit seinen drei Millionen Einwohnern, das sich zum

ersten Mal in seiner Geschichte für eine Europameisterschaft qualifiziert hatte. Die letzte Erfahrung, bei einem großen Turnier dabei zu sein, liegt etwas länger zurück: 58 Jahre. Bei der Weltmeisterschaft in Schweden unterlag Wales damals im Viertelfinale 0:1 gegen Brasilien, Schütze des entscheidenden Tores war ein gewisser Pelé.

58 Jahre später? Wales das neue Griechenland? Ein Fußball-Zwerg, der die EM aufmischen und womöglich weit kommen kann in diesem Turnier? Chris Coleman, der 46 Jahre alte Trainer des Teams, lächelt über solche Vorstellungen. „Was jetzt noch kommt, ist ein Bonus“, sagt er. Aaron Ramsey, der neben Bale und Neil Taylor die Tore gegen Russland schoss, fand aber auch: „Wir können noch weit kommen, alles ist jetzt möglich.“

Im Rausch des Sieges blieben die Waliser dennoch auf dem Boden. „Es ist gerade vier Spiele her“, sagte Coleman, „da haben wir gegen Schweden 0:3 verloren, im Fußball drehen sich die Dinge schnell.“ Sie drehen sich, und manchmal entsteht aus einem einzigen Spiel ein Momentum, das eine Mannschaft immer weiter trägt. Coleman rät zur Bescheidenheit. „Es ist ein Klischee“, sagt er, „aber wir dürfen jetzt nicht zurückschauen auf das letzte Spiel, wir müssen nach vorn schauen auf die nächste Aufgabe.“ Coleman, ein Mann, dem Arroganz und Siegesgeheul fremd sind, der alle Fragen konzentriert und mit ausgesuchter Freundlichkeit beantwortet, ist einer, der gefeiert davor ist, nach einem großem Sieg, einem der größten in der Geschichte des walisischen Fußballs, abzuheben. Er hat zu viel erlebt, was ihn am Boden hält. Eine beeindruckende Geschichte. Und dabei eine tiefe Beziehung zu diesen Welsh Dragons entwickelt, wie sie ihr Nationalteam in der Heimat nennen. Diese Geschichte begann am 27. November

2011. An diesem Tag nahm sich Gary Speed im Alter von 42 Jahren das Leben. Speed war Colemans Freund, sie kannten sich seit frühester Jugend, und Speed war Trainer der walisischen Nationalmannschaft. „Es war der schlimmste Tag meines Lebens“, sagt Coleman. Alle standen unter Schock, ein kollektives Trauma, aber irgendwie musste es weitergehen. Coleman übernahm die Nationalmannschaft, von den ersten sechs Spielen verlor er fünf, und allen war klar, er würde es nicht schaffen. „Ich habe das auch geglaubt“, sagt er. Nach einem 1:6 gegen Serbien ein Jahr nach Speeds Tod wollte er aufgeben, doch sie überredeten ihn weiterzumachen, trotz allem. Diese Nacht in Serbien, dieses 1:6, dieser vernichtende Niederschlag, war der Tiefpunkt – und sie war der Start zu etwas Neuem, zu etwas Großem, das am Montag in Toulouse einen Höhepunkt erreichte, der noch nicht das Ende der Geschichte sein muss. Coleman hatte nicht aufgegeben, seine Spieler und er hatten mehr als ein Jahr gebraucht, um das Trauma hinter sich zu lassen, es in Motivation und Energie zu verwandeln, in den Willen, sich durchzubeißen. Das Gemeinschaftsgefühl, das daraus entstand, der Teamgeist, dem sich auch ein Mann wie Gareth Bale unterordnet, diese beeindruckende Schicksalsgemeinschaft, die über sich hinausgewachsen ist, war am Montag, orchestriert von 15 000 Supportern, in Toulouse mit Händen zu greifen.

Und in aller Bescheidenheit: Natürlich haben die Waliser jetzt Lust auf mehr. Auch Trainer Coleman. „Als Nation sind wir klein, aber mit unserer Leidenschaft sind wir wie ein ganzer Kontinent“, sagt er. Die Party geht weiter, am Samstag im Achtelfinale in Paris. Und die Supporter sangen in dieser unvergesslichen Nacht von Toulouse das passende Lied dazu, immer und immer wieder: „Don't take me home, please don't take me home!“

Englands Medien zürnen: „Glücksspiel und Zockerei“

Trainer Hodgson steht nach seiner Personal-Rotation in der Kritik / Dabei ist sein Team gegen die Slowakei hoch überlegen – vergisst aber das Toreschießen

SAINT-ÉTIENNE. Roy Hodgson ist der erfahrenste Trainer bei dieser Europameisterschaft und mit 68 Jahren auch der älteste. Der Engländer wusste mit dem Abpfiff, was auf seine Spieler, aber vor allem auf ihn zukommen würde. „Wenn du als Trainer die Mannschaft auf sechs Positionen veränderst, dann gibt es nur eine Rechtfertigung – das Ergebnis.“ Und das stimmte nicht. Für seine hoch überlegenen „Three Lions“ reichte es am Montag im letzten Gruppenspiel gegen die Slowakei nur zu einem 0:0, weil sie auch die besten Torchancen vergaben oder der Gegner den Gegentreffer verhinderte. Dreimal wehrten slowakische Verteidiger Schüsse der Engländer mit ihrem Körper ab, die ansonsten den Weg ins Tor gefunden hätten. Dazu bot Torwart Kozak eine fehlerlose Leistung. „Wir sind frustriert und enttäuscht. Wir hätten den Sieg verdient gehabt“, sagte Hodgson. Dass mit dem Unentschieden der Gruppensieg verpasst wurde und stattdessen die armen Verwandten aus Wales Erster wurden, machte die Sache auch nicht angenehmer.

Hodgson schlechtes Gefühl trog ihn nicht. Am nächsten Morgen war nicht die spielerische Renaissance des englischen Fußballs nach dunkelstem Mittel-

ter-Gerumpel das Thema in den britischen Zeitungen, sondern die Unfähigkeit der Offensive, ein Tor zu schießen. „Nur die zweite Geige: Roy Hodgson hat sich verzockt“, schrieb das Boulevardblatt „Sun“. Der seriöse „Guardian“ fand: „Hodgsons Glücksspiel kommt England teuer zu stehen. Es reicht nur für den zweiten Platz. Die sechs Änderungen von Hodgson haben sich nicht ausgezahlt.“ „The Daily Mail“ schrieb: „Die Zockerei von Hodgson ist nicht aufgegangen. England verlor vor allem im Mittelfeld den Faden, weil sich das Schonen von Rooney rächte.“

Glücksspiel, Zockerei: Die Medien taten so, als hätte Hodgson seine Startelf gegen die Slowakei in einem Anfall von Spielsucht zusammengestellt und damit eine funktionierende Mannschaft lahmgelegt. Doch tatsächlich wirbelte England mit den vier neuen Offensivspielern Wilshere, Henderson, Vardy und Sturridge sowie den beiden neuen Außenverteidigern Clyne und Bertrand genauso wie in den Spielen zuvor mit Kane, Rooney, Alli, Sterling, Walker und Rose. Als Hodgson dann nacheinander Rooney, Alli und Kane ins Spiel brachte, löste das nicht irgendwelche Fesseln, die Hodgson England durch eine falsche Aufstellung auferlegt hätte. Das Spiel ging genauso dominant, aber ineffektiv weiter.

Hodgson sah sich schon auf der Pressekonferenz der Frage ausgesetzt, wie er im Mittelfeld nur Wilshere für Rooney hätte aufbieten können. Der Spielmacher des FC Arsenal war der Einzige aus dem neuen halben Dutzend, der eine schwache Partie abgeliefert hatte. „Ich gebe zu: Wilshere hat keine Glimmlichter gesetzt. Aber ich würde mich mal über die Frage freuen, ob ich überrascht sei, wie überragend Henderson oder Clyne ihre Aufgaben gelöst haben.“

Der Einzige, der Hodgson am Montagabend in Saint-Étienne beisporg, war sein slowakischer Kollege Jan Kozak. Der antwortete ganz anders auf die Frage eines englischen Reporters, als jener erwartet hatte. Der wollte vom slowakischen Trainer wissen, ob er sich nicht ernst genommen gefühlt habe, als er die englische Mannschaftsaufstellung gelesen habe. Seine Antwort: „Ich habe mir die beiden ersten englischen Gruppenspiele genau angesehen. Danach habe ich exakt diese Aufstellung gegen uns erwartet. Für mich war sie ganz logisch.“ Die Spiele seien für England körperlich sehr anstrengend gewesen, und natürlich müsse ein Trainer die Belastung auf viele Spieler verteilen. „Vor allem, wenn ich so viele gute Spieler habe wie England. Ich hätte es ge-



Danke, Jungs: Trainer Roy Hodgson

Foto Reuters

nauso gemacht wie Hodgson.“ Und auch der süffisanten Bitte nach dem Qualitätsvergleich zwischen England und Wales kam Kozak auf unerwünschte Weise nach. Obwohl die Slowakei gegen Wales verlor und gegen England unentschieden spielte, sagte der Trainer: „Ganz klar, England ist das bessere Team.“

Im Achtelfinale bekommen es die „Three Lions“ mit dem Zweiten der Gruppe F zu tun. Vor dem letzten Spieltag am Mittwoch können noch alle vier Teams diesen Rang belegen: Portugal, Ungarn, Österreich und Island. „Es wird gegen jeden schwer, aber wir freuen uns auf jeden Gegner. Und ich glaube nicht, dass sich die Gegner auf uns freuen“, sagte Hodgson. Er weiß die spielerische Steigerung seiner Mannschaft im Vergleich zur EM 2012 zu schätzen, als sie im Viertelfinale an Italien im Elfmeterschießen scheiterte und im brachialen „old english style“ kaum Torchancen kreierte. Hodgson glaubt, dass es in der k.-o.-Runde, spätestens im Viertelfinale, leichter für sein Team werde. „Dann treffen wir auf Gegner, die auch uns mal unter Druck setzen wollen. Das müsste es für uns einfacher machen. Ich bin sicher, wir werden irgendwann Tore schießen.“ Er hat noch nicht die Geduld mit seinen Spielern verloren, England schon. PETER HESS

Das Denkmal bröckelt

Cristiano Ronaldo hat sich mit seinen selbstverliebten Auftritten in der Heimat viele Sympathien verspielt: „Er ist genau das, was wir Portugiesen nicht sein wollen.“

Von Tilo Wagner, Lissabon

Artur Serra steht in seiner kleinen Metzgerei in der Nähe des portugiesischen Parlaments und lästert über die Seleção. Vor der Tür rumpelt eine Straßenbahn vorbei, am Balkon des Nachbarhauses weht eine portugiesische Fahne im heißen Wind. „Ronaldo ist genau das, was wir Portugiesen nicht sein wollen“, sagt Serra und streicht sich über den weißen Kittel. „Er ist arrogant und selbstverliebt, und wir Portugiesen sind zurückhaltend und bescheiden.“

Mit seiner Meinung steht der Metzger nicht allein da. Nach dem Österreich-Spiel und Ronaldos vielen vergeblichen Torchancen blicken die Portugiesen kritisch auf ihren Kapitän und seine Stellung in der Nationalmannschaft. Ob im Internet, im Fernsehen oder im Radio – das Denkmal, das die Portugiesen ihrem Superstar errichtet haben, zeigt Risse auf. Welche Stellung Ronaldo in Portugal einnimmt, lässt sich schwer in Worte fassen. In einem Land, das ansonsten aktuell weder Weltklassensportler noch international bekannte Popstars hervorbringt, verkörpert Ronaldo beides. Und trotzdem polarisiert der Rekordnationalspieler auch die Portugiesen, die es nicht gewohnt sind, dass ihre Nationalmannschaft nun indirekt im Internet und in den Stadien zur Projektionsfläche von Neid, Hass und Schadenfreude gemacht wird. Während der EM sendet der TV-Kanal RTP eine tägliche Talkshow unter dem Titel „A culpa é do Ronaldo“ – Ronaldo ist schuld. Was als ironischer Aufhänger gedacht war, hat in den Tagen nach dem Österreich-Spiel eine neue Dimension erreicht. „Es gab schon immer viele Portugiesen, die Ronaldo nicht den ganz großen Erfolg gegönnt haben“, sagt der Sportjournalist Luis Miguel Pereira, der eine Biographie über den Stürmerstar verfasst hat. „Und diese Leute warten nur darauf, dass etwas schief läuft. Denn dann können sie Ronaldo die Schuld an allem geben.“

Dennoch richtet sich die Kritik häufig nicht direkt gegen seine Person, sondern gegen das System, das in der Nationalmannschaft um ihn herum montiert wurde. In der Seleção genießt der 31-jährige eine absolute Sonderstellung. Er bekommt Extra-Urlaub, darf einen Kreis von Beratern und die Familie in unmittelbarer Umgebung einbeziehen und auf dem Platz jeden Freistoß treten, obwohl mittlerweile mit dem Neu-Dortmunder Raphael Guerreiro ein starker linksfüßiger Spezialist im Team ist, der eigentlich alle Bälle von der rechten Spielfeldseite schießen könnte. „Der portugiesische Fußballverband hat eine eigene Abteilung geschaffen, die sich ausschließlich damit beschäftigt, dass sich Ronaldo wohl fühlt und zu Bestleistungen auflaufen kann“, sagt Rui Santos, einer der bekanntesten TV-Fußballkommentatoren Portugals. „Doch das verhindert auch, dass Entscheidungen getroffen werden können, die gegen die Interessen von Ronaldo laufen.“ Die Sonderstellung ist mit seinem persönlichen Erfolg in Manchester und Madrid stetig angewachsen. Doch zu Beginn seiner Karriere hatte er mit dem Brasilianer Luiz Felipe Scolari einen Nationaltrainer, der Ronaldo so



Auf diesen Schultern lastet ein großer Druck: Im Scheinwerferlicht der EM blieb der Superstar bislang außergewöhnlich blass.

Foto Imago Sport

wie jeden anderen Spieler behandelte. Erst als Scolari im Sommer 2008 die Seleção verließ und die drei portugiesischen Trainer Carlos Queiroz, Paulo Bento und Fernando Santos folgten, wurde das Schicksal der Nationalelf noch enger an den Heros gebunden. Und ein Ende ist vorerst nicht in Sicht. „Die Nationalmannschaft wird sich erst verändern, wenn Ronaldo zurücktritt“, sagt Kommentator Rui Santos. „Denn es gibt nur einen Trainer, der Ronaldo bändigen könnte: José Mourinho – und der sitzt mittlerweile bei Manchester United auf der Bank.“ Portugal ist nach den beiden Unentschieden gegen Island und Öster-

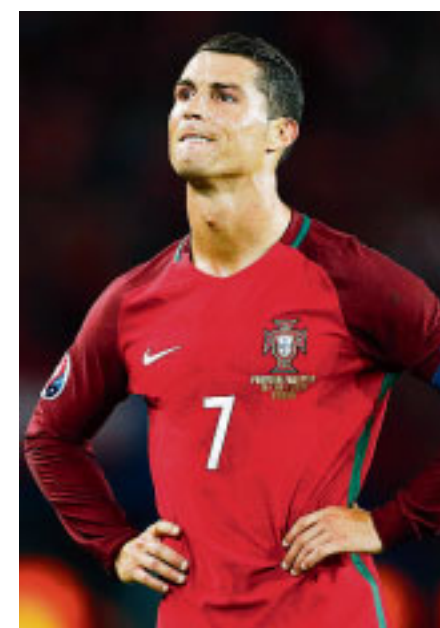
reich momentan nur Tabellendritter der Gruppe F. An diesem Mittwoch braucht die Mannschaft einen Sieg gegen Ungarn, um nicht vorzeitig auszuschneiden. In der Aufregung ist in den Hintergrund getreten, dass sich der Stürmerstar von Real Madrid vor der EM zu keinen Titelträumen hinreißen ließ. Anders als sein Trainer äußerte sich Ronaldo (in der Öffentlichkeit) wesentlich verhaltener. Das sei ein erster Hinweis gewesen, dass Ronaldo nicht hundertprozentig einsatzfähig sei, sagt Ronaldo-Biograph Pereira: „Es gibt kaum einen Spieler, der seinen Körper so gut kennt wie Ronaldo. Und ich denke, er weiß ganz genau, dass er

nicht absolut fit ist.“ Die Familie, die den Modellathleten auch bei der EM in Frankreich auf Schritt und Tritt begleitet, meldete sich ebenfalls zu Wort. Eigentlich stellt sich Ronaldos Mutter selten vor portugiesische TV-Kameras. Dolores Aveiro wird am Rande wahrgenommen, wenn sie mit ihrem Enkel auf der Tribüne sitzt, ein Trikot mit der Nummer 7 trägt oder sichtbar mitfiebert. Nach dem 0:0 gegen Österreich suchte die 61-Jährige überraschend das Rampenlicht, um eine Botschaft loszuwerfen: „Vergesst nicht, was Ronaldo für die Nationalmannschaft getan hat. Auch die Besten können Fehler machen. Ich bin sicher, dass mein Sohn

im nächsten Spiel groß aufspielt und alle Kritiker zum Schweigen bringt.“ Die überwiegende Mehrheit der Portugiesen wird dem Aufruf wohl folgen und Ronaldo und die Seleção im entscheidenden Gruppenspiel gegen Ungarn unterstützen. In der Hoffnung, dass vieles so laufen könnte wie bei der EM vor vier Jahren: Damals ging Ronaldo ebenfalls in den ersten Partien gegen Deutschland und Dänemark leer aus, um dann im entscheidenden Gruppenspiel gegen Holland und im Viertelfinale gegen Tschechien mit drei Toren sein Team praktisch im Alleingang ins Halbfinale zu schießen.



„Auch die Besten können Fehler machen“: Cristiano Ronaldo mimt im Training den Strahlemann, ansonsten spielt er eher unglücklich.



Fotos Imago Sport (2), Reuters

Zukunft ohne Zlatan

Ibrahimovic beendet Karriere im Nationalteam

NIZZA (dpa). Zlatan Ibrahimovic wird nach der Fußball-EM seine Karriere in der schwedischen Nationalmannschaft beenden. Das teilte der 34-Jährige am Dienstag auf der Pressekonferenz vor dem dritten und letzten Gruppenspiel gegen Belgien am Mittwoch in Nizza mit. „Mein letztes Spiel für Schweden wird bei dieser EM sein. Und ich hoffe nicht, dass es morgen sein wird“, sagte Ibrahimovic. Auch bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro werde er nicht mehr für die schwedische Auswahl spielen. „Es wird nicht einfach, aber wir glauben an uns. Wir haben noch eine Chance“, sagte Ibrahimovic mit Blick auf die Partie gegen Belgien.

Nationaltrainer Erik Hamrén verneigte sich noch einmal vor seinem einzigen Weltklassemann. „Wir haben einen Spieler auf dem Level von Lionel Messi und Cristiano Ronaldo. Das ist Zlatan“, sagte der 58-Jährige auf der Pressekonferenz. Hamrén war in die Entscheidung eingeweiht. „Ich habe es heute erst erfahren. Aber als ich im Januar oder Februar mit ihm geredet habe und gesagt habe, dass ich selbst aufhöre, sagte er, dass er wahrscheinlich auch aufhören werde“, erzählte Hamrén.

Ibrahimovic war in den vergangenen Jahren die alles überstrahlende Figur für die Schweden. Mit bislang 62 Toren in 115 Länderspielen ist er unangefochtener Rekordtorschütze seines Landes. „Zlatan ist unser einziger Weltklassenspieler“, hatte Hamrén schon zu EM-Beginn betont. „Wenn wir weiterkommen wollen, brauchen wir ihn in Topform und eine Mannschaft, die dreimal 100 Prozent gibt.“ Ibrahimovic war vor der Endrunde auch in Topform. In 51 Pflichtspielen für PSG traf er in der vergangenen Saison 50 Mal. Schweden schoss er in der Qualifikation mit elf Toren fast im Alleingang zur EM. Doch während der Endrunde war der Mann aus Malmö bislang ein ums andere Mal auf sich allein gestellt. Der absehbare Verlust von Ibrahimovic ist für den schwedischen Fußball erheblich. „Ich will nicht mehr zu viel dazu sagen. Zlatan hat enormen Anteil am Erfolg der Mannschaft gehabt. Er war eine so wichtige Figur für den schwedischen Fußball“, lobte Hamrén seinen Star. „Er ist nicht nur fußballerisch so wichtig, er hat auch einen tollen Charakter und dem schwedischen Fußball geholfen.“ Hamrén zufolge kommen aber einige junge Schweden nach. „Die Zukunft ist verheißungsvoll“, sagte er. Eine Zukunft ohne Zlatan.

Beckham gegen Brexit

FRANKFURT (dpa). Der ehemalige englische Fußball-Nationalspieler David Beckham hat sich für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ausgesprochen. „Für unsere Kinder und deren Kinder sollten wir die Probleme der Welt gemeinsam und nicht allein angehen“, erklärte der ehemalige Spieler von Manchester United auf Facebook. „Wir leben in einer dynamischen und verbundenen Welt, in der wir zusammen stark sind. Aus diesem Grund stimme ich für den Verbleib.“ Der 41-Jährige verwies auf die europäischen Einflüsse auf seine Karriere als Fußballspieler. Mit Blick auf die in der Brexit-Frage gesplante Gesellschaft erklärte Beckham, jede Seite habe das Recht auf eine eigene Meinung und müsse auch respektiert werden.

SPIEL DES TAGES: SCHWEDEN – BELGIEN (21 UHR)

Wilmots' Spielchen

Lukaku wird nicht spielen, auf diese Finte vor dem Spiel gegen Irland war der belgische Trainer Marc Wilmots mächtig stolz, nachdem sein Team – mit Romelu Lukaku als Torschützen – 3:0 gewonnen hatte. Und natürlich ist der Angreifer des FC Everton auch im entscheidenden Gruppenspiel gegen Schweden an diesem Mittwoch mit von der Partie. Diesmal wird mit offenen Karten gespielt. Die Belgier setzen auf ihr Offensivdreieck mit Kevin de Bruyne, der zentral auf seiner Lieblingsposition beginnt, Eden Hazard und Lukaku. Dahinter steht, nein: läuft mit Axel Witsel ein Profi, der zu Unrecht im Schatten des Trios steht. Er ist der Mann für die Aufräumarbeiten im Mittelfeld und nebenbei mit dem nötigen Blick und der Technik ausgestattet, um das Spiel in die richtigen Bahnen zu lenken. Als Nebenmann für ihn fällt Moussa Dembélé



nach dieser EM beenden wird. Trifft er zum Abschluss? Das ist die eine Frage. Die andere ist: Ist die schwedische Abwehr in der Lage, dem belgischem Sturm und Drang zu widerstehen? Da wird es vor allem auf Andreas Granqvist, den Fixpunkt in der Defensive, ankommen. Für Schweden und Belgien geht es ums Ganze. Italien ist in der Gruppe E mit sechs Punkten schon für das Achtelfinale qualifiziert, auf Platz zwei liegt Belgien mit drei Punkten, Schweden und Irland folgen mit jeweils nur einem Zähler. *ede.*

EM-Notizen

Madrid will Morata verkaufen

Real Madrid will den gestiegenen Marktwert von Alvaro Morata offenbar gleich nutzen und Spaniens neuen Torjäger weiterverkaufen. Die „Königlichen“ haben eine Rückkaufoption bei Juventus Turin, dem derzeitigen Klub des Nationalstürmers, bis zum 30. Juni. Diese soll nach übereinstimmenden Medienberichten 30 Millionen Euro betragen. Die Sportzeitung „Marca“ schreibt nun, Madrid wolle Morata für 75 Millionen Euro abgeben. Zuletzt war der Marktwert von Morata nach dessen zwei Toren beim 3:0 gegen die Türkei weiter nach oben geschossen. Morata war als 15-Jähriger zu Real gewechselt, hatte dort später den Sprung ins Profiteam geschafft. 2014 war er jedoch angesichts der Grobeinkäufe von Madrid zu Juventus gewechselt. (dpa)

Hinweise zu Hooligans

Nach Krawallen bei der Fußball-EM in Frankreich ist das Bundeskriminalamt mit Hilfe eines neuen Online-Portals zahlreichen deutschen Hooligans auf der Spur. „Wir haben über 70 Hinweise bekommen auf dem Portal, mit dem Mehrfachen an Bildmaterial“, sagte BKA-Präsident Holger Münch. Seit Ausschreitungen deutscher Hooligans vor

dem ersten EM-Spiel der Nationalelf in Lille sucht das BKA Bildaufnahmen von Augenzeugen. Im Internet können sie – auch anonym – Fotos oder Handy-Videos hochladen. (dpa)

Spendable Franzosen

Frankreichs Verband lässt sich das Wohl seiner Fußballer einigermassen kosten. Einem Bericht des Senders BFMTV zufolge zahlt die Fédération Française de Football die Tickets, die An- und Abreise zum Spiel und eine Übernachtung für die Frauen und Freundinnen sowie Kinder der Spieler. BFMTV rechnete aus, dass dabei pro Match 15 000 Euro fällig würden. (dpa)

Strafe für Ungarns Verband

Ungarns Fußballverband muss für das Fehlverhalten seiner Fans beim EM-Spiel gegen Island (1:1) 65 000 Euro Strafe zahlen. Das entschied die Disziplinarkommission der Europäischen Fußball-Union Uefa am Dienstag. Bei der Partie am vergangenen Samstag hatten ungarische Anhänger im Stadion von Marseille unter anderem Bengalos gezündet und verschiedene Gegenstände geworfen. Zuvor waren bereits Russland und Kroatien für das Fehlverhalten ihrer Anhänger bei dem Turnier in Frankreich bestraft worden. (dpa)



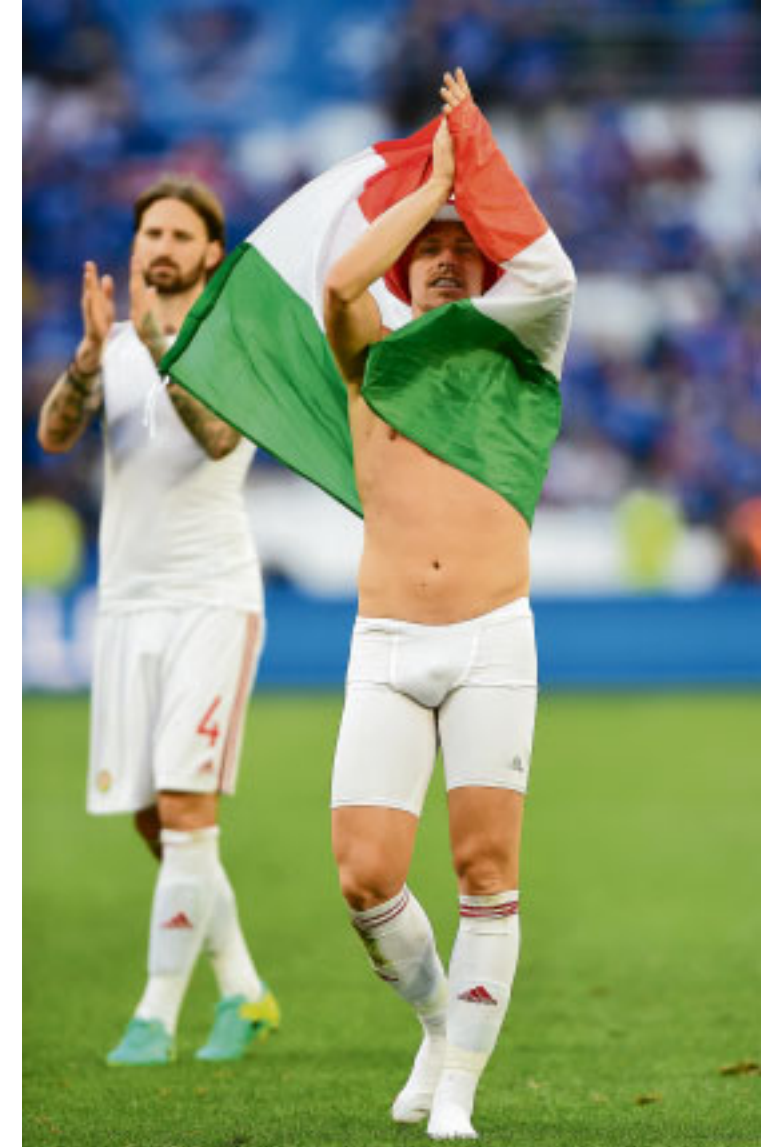
Old Fashion: Ungarns Gabor Kiraly mit grauer Jogginghose



Anschwitzen: Can, Schweinsteiger und Podolski machen sich bereit.



Teil des Teams: Haus in Essen



Trikot aus, Fahne an: Ungarns Dzsudzsak bei der Ehrenrunde

Ein Trikot für die Welt

Wer zusammengehört, sieht man schon auf den ersten Blick – und noch viel mehr. *Anke Schipp* hat sich die Leibchen bei der EM angeschaut und Erstaunliches gesehen.



Schweiß, Graupelschauer, Dauerregen. Ziehen, Reißern, Zerren. Ein durchschnittliches EM-Trikot muss in den vier Wochen des Turniers viel aushalten. Dass es schon in der Vorrunde zu Materialermüdung kommt, hat es bisher selten gegeben. Sieben Trikots der Schweizer Nationalmannschaft sahen nach dem Spiel gegen Frankreich am Sonntag aus wie ein Emmentaler: ziemlich löchrig. Geht es diesmal nicht nur bei den Hooligans härter zur Sache als früher? Nein, winkt Hersteller Puma ab, es war nur fehlerhaftes Material!

Ein bisschen aber war das am Sonntag so, als hätte jemand die Schweizer Nationalflagge zerrissen. Denn ein Trikot ist neben dem Ball nun mal das wichtigste Accessoire im Turnier. Es ist mehr als ein T-Shirt, das man zum sportlichen Wettkampf anzieht. Ein Trikot signalisiert Zugehörigkeit und Teamgeist, es zeigt die Verbundenheit mit dem Land und mit dem Fan, der es trägt. Es bringt dem Hersteller im Idealfall einen Millionenumsatz, und bei der Mannschaft, die am Ende gewinnt, wird das Trikot in die Geschichte eingehen. Es wird deshalb genau durchdacht, geplant, geprüft und schon Monate im Voraus präsentiert. In manchen Ländern änderte sich freilich nicht viel mit den Jahren: Die Portugiesen glänzen wie immer in Weinrot, die Italiener in Blau und mit einem körperbetonten Schnitt, die Kroaten mit einem weiß-roten Schachbrett, und die Schweden laufen in leuchtendem Gelb zu blauer Hose auf, was ihren Nationalfarben entspricht und nebenbei ein bisschen brasilianisch anmutet – auch das kann im Turnier beflügeln.

Und Deutschland? Bleibt bei Schwarz-Weiß, jenen Farben der preußischen Flagge, die seit dem ersten Spiel am 5. April 1908 getragen werden. Und wer sich erlaubt, mit schwarz-rot-goldenen Zickzackmustern wie in den neunziger Jahren und einem roten Bruststreifen (WM 2014) aufzutrompfen, erntet nur Hohn und Spott. In diesem Jahr ist DFB-Ausstatter Adidas deshalb zu retrohaftem Purismus zurückgekehrt: Das weiße Trikot mit schwarzem Rundhals erinnert an damals, als Helmut Rahn 1954 die Deutschen in Bern zum Weltmeister schoss. Und wie strahlte es gleich beim ersten Spiel am leicht ergrauten Bastian Schweinsteiger, als er nach seinem Siegestreffer gegen die Ukraine durchs Stadion lief: makellos rein – und ohne Löcher.



Relikt aus alten Zeiten – die Sowjetunion in Frankreich



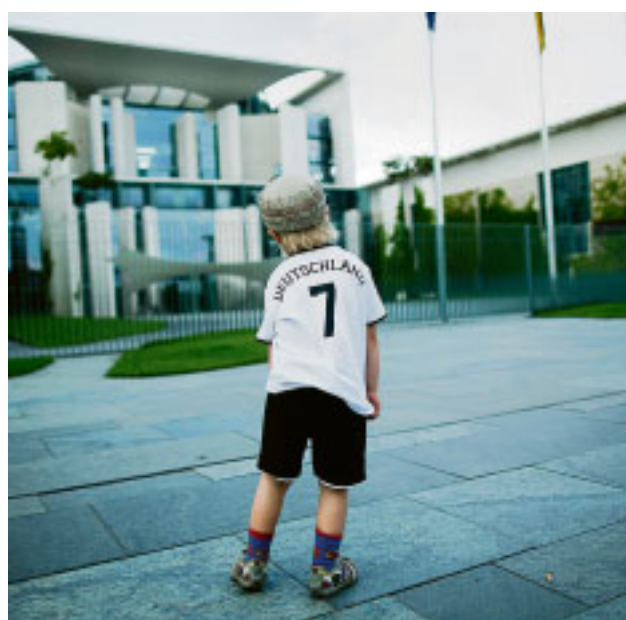
Knapp, knapper, Ronaldo: Der Portugiese trägt die Hose kurz.

Retrohafter Purismus: Das deutsche Trikot erinnert – auch mit Toni Kroos darin – an die fünfziger Jahre.

Fotos dpa (2), Imago Sport (2), Sampics (3), firo Sportphoto, Witters, Sven Simon



Nicht EM-tauglich: Pogba zieht am Trikot von Khaka – schon fliegen die Fetzen.



Fußball als Teil der Politik – ein Fan vor dem Kanzleramt



Bereit für das Spiel: Zlatan Ibrahimovic muss das Trikot nur noch zum Leben erwecken.

San Francisco: Golden State zieht um

OAKLAND (dpa). Die Fans von Basketball-Superstar Stephen Curry und der Golden State Warriors leiden doppelt. Die dramatische Niederlage gegen die Cleveland Cavaliers im Kampf um die NBA-Meisterkrone traf die Anhänger aus Oakland bis ins Mark. Aber viel schlimmer dürfte für die als besonders leidenschaftlich geltenden Anhänger aus Oakland der anstehende Umzug des Klubs nach San Francisco sein. Die Oracle Arena in Oakland ist eine der lautesten Hallen der NBA, dort halten viele dem Team schon seit Jahrzehnten die Treue. In den Jahren, in denen die Mannschaft schlecht war, reichte den Warriors Oakland als Heimspielort. Jetzt, wo sie erfolgreich sind, wollen sie in das angesagte San Francisco umziehen – zu den hemdtragenden Warriors-Fans, die das Team erst unterstützen, seit es von Guard Curry 2015 zur Meisterschaft geführt wurde.

Die Bay Area in Kalifornien umfasst das Gebiet um die Städte San Francisco, San Jose und Oakland. San Francisco strahlt weltweite Anziehungskraft aus. Oakland liegt der Stadt in einer Bucht gegenüber und ist so etwas wie ihr ungeliebter Vorort. Eine hohe Kriminalitätsrate und wirtschaftliche Probleme sorgen für seinen schlechten Ruf. „Das hier ist die echte Westküste“, sagt ein Anwohner, „hier gibt es nicht so viele Hemdträger wie in San Francisco.“ Die Menschen hier identifizieren sich mit ihrer Stadt – und den Golden State Warriors, die viele von ihnen stolz „Oakland Warriors“ nennen.

Seit Anfang der siebziger Jahre trägt der Basketballverein seine Heimspiele in Oakland aus. Wenn die Warriors wichtige Spiele wie die NBA-Finals haben, bestimmen Trikots und Fahnen das Stadtbild. Viele Spieler haben in Oakland ihr Zuhause, unterstützen lokale Geschäfte und gehen dort zum Friseur. „Nach meiner ersten Saison hier musste ich nicht lange überlegen, was ich mache. Es gab hier so viel zu entdecken, dass ich einfach hier bleiben wollte. Und jetzt lebe ich schon seit vier Jahren hier“, sagte Forward Harrison Barnes in einem Radiointerview.

Die Profis der Warriors schwärmen von ihren Fans. Sie seien sich bewusst, den Menschen in Oakland mit ihren Siegen Freude zu bereiten – und den Ruf der Stadt zu verbessern. Denn die erfolgreichen vergangenen Jahre des Teams lassen Oakland auch mal positiv in den Medien erscheinen. Ein Effekt, der bald zu Ende gehen dürfte. Vor zwei Jahren präsentierten die Golden State Warriors Pläne für einen Umzug nach San Francisco. Dort soll 2019 eine moderne Arena eröffnet werden, in der das Team seine Heimspiele austrägt. Dass die Oracle Arena im Vergleich zu anderen Hallen in der NBA veraltet ist, steht außer Frage. „Ich unterstütze das Vorhaben, die Warriors nach San Francisco zu verlegen“, sagt NBA-Ligachef Adam Silver. „Ich weiß, dass sie in Oakland hervorragend unterstützt wurden. Aber es gibt auch keinen Zweifel daran, dass sie eine neue Halle brauchen. Und San Francisco erscheint mir dafür als die beste Option.“ Die Warriors-Fans sehen das anders.

Langer erhält „Sportpyramide“

padi. FRANKFURT. Bernhard Langer, der erfolgreichste deutsche Profi-Golfer, erhält dieses Jahr die „Goldene Sportpyramide“. Beim von der Deutschen Sporthilfe verliehenen Preis wird jährlich eine „herausragende Sportlerpersönlichkeit“ für ihr Lebenswerk geehrt. Überreicht wird die „wertvollste Auszeichnung im deutschen Sport“ – seit dem Jahr 2000 werden deutsche Sportler jährlich mit der Goldenen Pyramide prämiert – am 16. Juli bei einem Gala-Abend im Rahmen des CHIO in Aachen, des größten deutschen Turniers im Pferdesport. Neben der goldenen Trophäe in Pyramidenform erhält der 58 Jahre alte Langer ein Preisgeld von 25 000 Euro, das traditionell an ein vom Preisträger selbst benanntes Sportprojekt geht. Welches Projekt Langer unterstützen wird, ist noch nicht bekannt. Gleichzeitig wird Langer, der immer noch professionell Golf spielt und dem erst vergangene Woche sein siebter Senior-Major-Gewinn, sein insgesamt 101. internationaler Turniersieg gelang, mit 15 weiteren verdienten Sportlern in die „Hall of Fame des deutschen Sports“ aufgenommen. „Bernhard Langer und seine Erfolge machten den Golfsport in Deutschland überhaupt erst populär“, heißt es in einer Erklärung der deutschen Sporthilfe. Neben großen sportlichen Erfolgen, wie etwa Langers Siege bei den US Masters 1985 und 1993 oder seine insgesamt sechs Gewinne des Ryder Cup, sind auch „vorbildliche Leistungen im gesellschaftlichen und im beruflichen Bereich“ ausschlaggebend für die Ehrungen. Seit 2003 unterstützt der Golfprofi bedürftige Personen mit der Bernhard-Langer-Stiftung. Zusammen mit seinem Bruder betreibt er mehrere Firmen, organisiert Golf-Turniere und designt Golfplätze.



Posen für die ersten Bilder: Markus Weinzierl in den Katakomben der Schalker Arena

Foto dpa

Noch ein Neustart

Markus Weinzierl will mit Schalke 04 „aktiv, mutig und frech Fußball spielen“. Seine Vorgänger klangen ähnlich – und blieben nicht lange.

Von Richard Leipold

GELSENKIRCHEN. Die Europameisterschaft überstrahlt in diesen Tagen im Fußball alles. Aber wenn der FC Schalke 04 einen neuen Cheftrainer vorstellt, ist das Interesse dennoch groß. Der Tross an Reportern war nicht geringer als sonst, wenn der Revierklub einen neuen Bank-Angestellten vorstellt. Diesmal saß Markus Weinzierl auf dem Podium der Arena und sagte, wie sehr er sich auf „die Riesenerwartung“ freue, die ihn an diesem traditionellen unruhigen Standort erwarte. Bei seiner Antrittspressekonferenz sprach er nicht nur über den „Respekt vor der neuen Aufgabe“, einer Aufgabe, an der schon viele vor ihm gescheitert sind. Mit einem Lächeln im Gesicht erwähnte er auch den ersten Rückschlag, den er im Zusammenhang mit seinem Wechsel ins Ruhrgebiet habe hinnehmen müssen. Kaum angekommen, habe er nach einem Haus für sich und seine Familie „in der

Nähe des Stadions“ Ausschau gehalten und auch schon ein passendes Objekt gefunden, berichtete Weinzierl, „der Vermieter hat mir aber abgesagt, weil er langfristig vermieten wollte“.

Eine lustige Pointe mit durchaus ernstem Hintergrund: Für langfristige Mietverhältnisse haben sich die Cheftrainer des FC Schalke in den vergangenen Jahren in der Regel als ungeeignet erwiesen. Seit 2011 ist Weinzierl schon der siebte Fußball-Lehrer, der als leitender Bank-Angestellter auf Schalke sein Glück versucht. Der letzte Cheftrainer, der seinen Vertrag bis zum Ende der Laufzeit erfüllt hat, war Huub Stevens; sein Abschied liegt vierzehn Jahre zurück. Trotz der Startschwierigkeiten auf dem Immobilienmarkt hält Weinzierl den Zeitpunkt für günstig, auf Schalke anzufangen, wo alles „eine Dimension größer“ sei als beim FC Augsburg, den der Einundvierzigjährige in den vergangenen vier Spielzeiten zu einer festen Größe der Fußball-Bundesliga gemacht hat. In Weinzierls Augen trifft es sich gut, dass neben dem Trainer auch ein neuer Manager den beabsichtigten (und dringend nötigen) Reformkurs bei den Königsblauen mitgestalten soll. Mitte Mai erst war Christian Heidel, nach fast einem Vierteljahrhundert in Diensten von Mainz 05, als neuer Vorstand Sport in Gelsenkirchen vorgestellt worden. Schon zu diesem Zeitpunkt bestand kein Zweifel, dass Heidel in Weinzierl „die bestmögliche Lösung für Schalke 04“ längst gefun-

den hatte. Nach zähen Verhandlungen mit dessen damaligem Arbeitgeber Augsburg zeigte sich Heidel am Dienstagmittag erfreut über die Sitzordnung auf dem Podium. „Der Wunschtrainer sitzt rechts neben mir. Markus Weinzierl kommt meinen Idealbild eines Trainers sehr nahe.“ Weinzierl besitzt zwar noch keine Erfahrung im Umgang mit Klubs der Größenordnung von Schalke, doch diesen vermeintlichen Mangel an Erfahrung im Establishment betrachtet der Ma-

zig Länderspiele hatten. „In dieser Personalauswahl sieht sich Heidel durch die überaus erfolgreiche Zusammenarbeit mit Trainern bestätigt, die er im Laufe der Jahre beim FSV Mainz unter Vertrag genommen hat. Fußball-Lehrer wie Jürgen Klopp, Thomas Tuchel, die danach bei großen Klubs erfolgreich waren und sind, oder zuletzt Martin Schmidt haben dort als junge Trainer von dem Mut Heidels profitiert.“

Mut hält auch Weinzierl für ein wesentliches Kriterium – für Erfolg auf dem Ra-

sen. Zu taktischen Konzepten und stilistischen Überlegungen will er sich zwar erst äußern, wenn er die Spieler kennengelernt hat und weiß, wer bleibt und wer geht. Aber eine Grundaussage hat der Trainer schon am ersten Tag getroffen. „Wir wollen aktiv, mutig und frech Fußball spielen.“ Und wo das hinführen soll, hat er auch schon angekündigt. Als Weinzierl in den Katakomben der Arena zum ersten Mal die Kabine der Heimmannschaft inspizierte, waren ihm die Laufwege im Kellergeschoss noch fremd, aber die Richtung, die Schalke künftig in der Liga einschlagen soll, beschrieb er wie selbstverständlich. „Nach oben“, sagte Weinzierl. „Die Bayern haben sich einen eigenen Status erarbeitet, aber alle anderen sollten für Schalke in Reichweite sein.“ Solche Ziele zu formulieren dürfte auch gut ankommen, wenn Weinzierl und Heidel sich an diesem Sonntag auf der Jahreshauptversammlung in der Arena den Mitgliedern des FC Schalke vorstellen.

„Ich habe auch schon eine Absage bekommen. Der Vermieter wollte einen langfristigen Mieter.“

Der neue Schalke Trainer Markus Weinzierl zur Wohnungssuche

nager als unproblematisch. Der Faktor Erfahrung werde absolut überbewertet. Ein kluger, fachlich und sozial kompetenter Trainer könne „fehlende Erfahrung mit Intelligenz schnell ausgleichen“, sagt Heidel. All diese Eigenschaften und dazu ein hohes Maß an Authentizität bringe der neue Mann mit. Das sei wichtiger als etwa die Erfahrung, die sich aus einer großen Karriere als Fußballprofi speist. „Ich habe immer mit Trainern gearbeitet, die nicht zweihundert Bundesliga- und fünf-

Das Degen-Model

Monika Sozanska erlebt die EM in Polen auch als Reise in die Vergangenheit / Der Verband sucht seine Zukunft

FRANKFURT. Der Weg zur Europameisterschaft nach Polen war für Monika Sozanska auch eine Reise in die eigene Vergangenheit. Auf der Fahrt von ihrem Wohnort München zum EM-Schauplatz Torun im Norden Polens machte sie Station bei ihrer Oma in Bunzlau, dem Ort, in dem sie 1983 geboren wurde. „Noch einmal gut essen, gut schlafen“, das war ihr Ziel, bevor es weiterging zum Wettkampf: „Das tut auch der Seele gut.“

An diesem Mittwoch steht die deutsche Degenfechterin mit polnischen Wurzeln dann bei der EM im Einzel auf der Planche, am Samstag folgt die Mannschafts-Entscheidung. Es ist der Saisonhöhepunkt für die EM-Dritte von 2012, notgedrungen, da sie den Sprung zu Olympia nicht geschafft hat, weder im Einzel noch mit dem Team. „Ich freue mich riesig auf die EM“, sagte sie. „Ich habe noch nie in Polen eine große Meisterschaft gefochten.“ Nach askurierter Handverletzung an ihrem rechten, dem Waffen-Arm, ging es für sie zuletzt darum, den Anschluss an die Spitze und den Spaß am Fechten wiederzufinden.

Nach einer langen, schwierigen und letztlich erfolglosen Qualifikationsphase für die Sommerspiele in Rio fehlte – im Gegensatz zu London 2012 – der „Energieschub“ eines abschließenden Erfolgserlebnisses. „Hinterher war ich sehr müde“, sagte die 33-Jährige über den Stress der vorolympischen Zeit. Auf der Strecke blieb dabei auch ihr Vater Piotr Sozanski, der acht Jahre lang als Bundestrainer für die deutschen Degen-Damen verantwortlich war, aber im Januar von Manfred Kaspar abgelöst wurde, der bis 2008 auch sein Vorgänger war.

„Nur, wenn ich Papst werden wollte, würde ich in meinem Alter noch als Hoffnungsträger gelten“, spottet Kaspar über sich selbst. Der Rheinländer ist 63 Jahre alt und Heimtrainer von Britta Heide-

mann und Alexandra Ndolo bei Bayer Leverkusen. Unter seine Ägide – zeitweise mit Sozanski als Assistent – fallen die größten Erfolge der deutschen Degen-Damen, darunter Heidemanns Olympiasieg 2008 als Krönung. Seine Rückkehr sollte den Degen-Damen einen letzten Schub nach Rio geben, doch auch er konnte keine Wunder mehr bewirken.

Die Fecht-Community in Deutschland ist klein, entsprechend überschaubar ist die Damen-Degen-Szene. Und sie schrumpft immer weiter. „Wir verlieren

Trainer“, hat Kaspar schon mit Schrecken festgestellt. Die alten hören auf, die jungen wechseln ins Ausland, wo sie besser bezahlt werden und höheres Ansehen genießen. Entsprechend problematisch gestaltet sich der Neuaufbau bis Olympia 2020. Ohne gute Trainer keine guten Fechter – die Rechnung ist ebenso einfach wie einleuchtend. Doch mit der Umsetzung hat der finanziell klamme Verband so seine Schwierigkeiten.

Sozanski nahm seine Rückstufung sportlich, er bleibe „seinen Mädchen“

freundschaftlich verbunden, erklärte er – womit er nicht nur seine Tochter meinte, die er als Stützpunktrainer in Heidenheim weiter trainiert. Sie wiederum äußerte sich „stolz darauf“, unter Federführung ihres Vaters ihre größten Erfolge gefeiert zu haben: WM-Silber mit dem Team 2010, Olympia-Teilnahme in London 2012, in demselben Jahr EM-Dritte im Einzel. Gleichwohl trennte sie Sportliches von Privatem, kämpfte professionell mit gleichem Engagement weiter. „Moni hat sich richtig reingekniet“, lobte Kaspar die Erfahrenste des Teams.

Der neue, alte Trainer sieht seine Aufgabe nun erst mal in der Konsolidierung, dem Aufbau von Selbstvertrauen und mannschaftlicher Geschlossenheit. Neben Sozanska und Ndolo gehören noch Ricarda Multerer (Heidenheim) und die junge Nadine Stahlberg (Offenbach) zum EM-Team. Medaillen-Erwartungen zu schüren kommt ihm erst einmal nicht in den Sinn. Er wolle den Mädels „keine Mühlsteine“ umhängen.

Wie lange Monika Sozanska nach ihrer „halben“ Heim-EM noch weitermacht und ob sie gar die ganze Olympiade bis Tokio durchhält, weiß sie noch nicht. Nebenbei hat die Sportsoldatin, die auch als Model arbeitet, sich schon ein weiteres berufliches Standbein aufgebaut. Die 33-Jährige bietet Fechten als Alternatives Training für Sportler anderer Disziplinen an und richtet zudem Fecht-Kurse für Manager und Führungskräfte aus. Darin vermittelt sie unter anderem, dass nicht immer der vermeintlich Stärkerer gewinnt: „Es kommt beim Fechten wie im Job auf präzise Arbeit und richtiges Timing an, außerdem auf Mut, Willensstärke und eine gute Strategie.“ In Torun will die nur 1,62 Meter große und 50 Kilogramm schwere Sportlerin selbst mal wieder beweisen, dass sie nur körperlich ein Leichtgewicht ist. ACHIM DREIS



Für Rio fehlt der „Energieschub“ – aber Monika Sozanska tritt bei der EM an. Foto dpa

Seleção: Tite und die Kapitänsfrage

RIO DE JANEIRO (dpa). Tite weiß, was es derzeit braucht, um die brasilianische Fußball-Nationalmannschaft zu übernehmen. „Man muss Mut haben“, sagte der neue Trainer der Seleção bei seiner Vorstellung am Montag (Ortszeit). Das blamable Vorrunden-Aus bei der Copa América kostete seinen Vorgänger Carlos Dunga den Job. Und das 1:7 gegen Deutschland bei der Heim-WM vor zwei Jahren droht für längere Zeit das letzte WM-Spiel der Brasilianer zu bleiben. Denn die Weltmeisterschaft 2018 könnte ohne sie stattfinden. „Die Gefahr besteht“, gibt Tite zu. In der WM-Qualifikation belegt die Seleção nur Platz sechs.

Adenor Leonardo Bacchi, genannt Tite (ausgesprochen: „Tschitschi“), kann eigentlich nur verlieren, zumal mit den Olympischen Spielen in Rio ein möglicher Lichtblick ohne ihn stattfindet. Der Verband (CBF) berief für das olympische Turnier den bisherigen Coach der U-20-Auswahl, Rogério Micalet, als Chef. Im August will Brasilien erstmals olympisches Gold im Fußball gewinnen. Superstar Neymar verzichtete dafür eigens auf die Copa América.

Um Neymars Status wird sich auch eine der ersten großen Entscheidungen von Tite drehen. Mehrere brasilianische Fußball-Legenden haben sich dafür ausgesprochen, den Star vom FC Barcelona als Kapitän zu ersetzen. „Wenn ich Trainer wäre, würde ich Neymar bitten, dem Trainer die Kapitänsbünde zurückzugeben“, sagte Carlos Alberto Torres, Kapitän der Weltmeistermannschaft von 1970. „Es gibt Leute, die geboren werden, um zu kommandieren, anzuführen und eine solche Verantwortung zu übernehmen“, sagte der frühere Starspieler und heutige Trainer Zico. „Neymar nicht.“ Auch der ehemalige Nationaltrainer Mário Zagallo hatte dem 24-jährigen Dribbelkünstler die Reife abgesprochen.

Tites Haltung zur Kapitänsfrage ist noch ebenso unklar wie vieles andere über ihn. Zwar hat der 55-Jährige in den vergangenen Jahren die wichtigsten Titel geholt: die Copa Sudamericana mit dem SC Internacional und mit Corinthians die Copa Libertadores, die Klub-WM und in der abgelaufenen Saison die Liga-Meisterschaft. Die Seleção ist allerdings eine ganz andere Herausforderung. Deren Historie sei außerordentlich und inspirierend, meint Tite. Gleichzeitig ließe sie einem aber auch die Knie schlackern. Am 2. September wird es für ihn ernst – beim WM-Qualifikationsspiel in Ecuador.

In Kürze

Djordjic verlässt Augsburg

Der serbische Fußballspieler Nikola Djurdjic wechselt vom FC Augsburg zurück in seine Heimat zu Partizan Belgrad. Der Vertrag des 30-Jährigen sei am Dienstag in gegenseitigem Einverständnis aufgelöst worden, teilte der Bundesligaklub am Dienstag mit. Wie hoch die Ablösumme für den Stürmer war, gab der FCA nicht bekannt. (dpa)

Becker im Achtelfinale

Tennisspieler Benjamin Becker hat bei der Wimbledon-Generalprobe den Sprung in die dritte Runde geschafft. Der 35-Jährige aus Mettlach gewann beim ATP-Turnier in Nottingham gegen den Argentinier Guido Pella 3:6, 6:1, 6:3. Becker trifft im Achtelfinale auf den Israeli Dudi Sela. (dpa)

Bei Olympiateilnahme Strafe

Der Profi-Boxverband IBF droht seinen Berufskämpfern Strafen an, falls diese an den Olympischen Spielen in Rio teilnehmen. Sollte sich ein IBF-Champion für die Spiele qualifizieren, werde ihm der Titel aberkannt. Zudem werde jeder IBF-Boxer in Rio für ein Jahr aus der Rangliste des Verbandes gestrichen. Ähnliche Drohungen hatte auch schon der Verband WBC ausgesprochen. „Das zeigt den Geist dieser Leute, wie sie mit ihren Boxern umgehen“, sagte Michael Müller, Sportdirektor und Generalsekretär des Deutschen Boxsport-Verbandes (DBV), am Dienstag. Die IBF gibt als Grund Gefahren für die Gesundheit der Boxer an, wenn Profis und Amateure aufeinandertreffen. „Alles dummes Zeug ohne Substanz. Das ist reine Polemik“, sagte DBV-Vizepräsident Erich Dreke. Erstmals in der Geschichte hat der olympische Boxverband AIBA Profis zu den Spielen in Rio eingeladen. (dpa)

Sport live im Fernsehen

ZDF: 17:05 Uhr: Fußball, EM in Frankreich, Vorrunde, Gruppe F, in Lyon; Ungarn – Portugal (Anstoß: 18 Uhr) und Gruppe E, in Nizza: Schweden – Belgien (Anstoß: 21 Uhr).

SAT.1: 17 Uhr: Fußball, EM in Frankreich, Vorrunde, Gruppe F, in St. Denis; Island – Österreich (Anstoß: 18 Uhr) und Gruppe E, in Lille; Italien – Irland (Anstoß: 21 Uhr). 0:45 Uhr (Donnerstag): Fußball, Copa América in Chicago/USA, Halbfinale: Kolumbien – Chile (Anstoß: 2 Uhr).

EUROSPORT: 13 Uhr: Tennis, ATP-Turnier der Herren in Nottingham/England, Achtelfinale.

(Durch kurzfristige Absagen oder Verschiebungen können sich Übertragungszeiten ändern.)

Gibt es den dritten Weg in der Altersvorsorge?

Aktienfonds können hohe Renditen erzielen, aber auch Verluste einfahren. Stabiler sind Versicherungen. Sie federn Verluste ab. Ein Mischmodell ist denkbar.

pik. FRANKFURT, 21. Juni. Die Grundidee der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge war einmal ganz einfach: Um die Anfälligkeit der gesetzlichen Umlage für den demographischen Wandel zu entschärfen, sollten sich mehr Menschen am Produktivkapital der Wirtschaft beteiligen. So könnten geringere Leistungen aus dem gesetzlichen System abgedeckt werden. Doch weil das daraus folgende Modell der Altersvorsorge eine Beitragsgarantie beinhaltet, ist es in Phasen niedriger Zinsen mit der Beteiligung am Produktivkapital nicht weit her. Ein Großteil des Ersparnis fließt in Rentenpapiere mit immer geringeren Verzinsungen.

Fragt man allerdings die deutschen Versicherer, was ihr Alleinstellungsmerkmal ist, antwortet ein Großteil immer noch: Garantien und Biometrie. Anders übersetzt, die Assekuranz sieht ihren Wettbewerbsvorteil darin, dass sie ihren Kunden zusagt, auch noch in einigen Jahrzehnten einen heute vereinbarten Zins zu gewähren (Garantie) und dass sie bis zum Lebensende zahlt, egal wie alt der Kunde wird (Biometrie). Das wiederum fesselt sie an die schlecht verzinsten Rentenpapiere. Ihr Modell funktioniert unter diesen Kapitalmarktbedingungen nicht.

Weniger beachtet als Alleinstellungsmerkmal ist das Sparen im Kollektiv und das Instrument der Überschussbeteiligung, das dazu beiträgt, dass Versicherer zwar in glänzenden Zeiten am Aktienmarkt schwächer abschneiden als reine Investmentfonds. Dafür leiden Lebensversicherer in schlechten Zeiten auch weniger an Kursverlusten an der Börse, denn mit Hilfe von Reserven wie den Rückstellungen für die Beitragsrückerstattung glätten sie Verluste und Gewinne. So entsteht ein kollektiver Ausgleich zwischen den Risiken unter den Versicherten unterschiedlicher Vertragsgenerationen. Diese Systematik war einst der Grund dafür, dass private Rentenversicherungen steuerlich begünstigt wurden.

Das Bemühen der Versicherer war in den vergangenen Jahren darauf gelenkt, Nominalgarantien aufrechtzuerhalten – auch wenn der Kapitalmarkt nur noch einen risikofreien Zins gewährt, der 0 Prozent erreicht hat. Alternative Garantie-konzepte sind kompliziert, intransparent und teuer, sollen aber immerhin einen höheren Aktienanteil ermöglichen. Kunden können sie kaum verstehen, nicht vergleichen und müssen durch die hohen Kosten auf einen Teil ihrer durchmaßlich etwas höheren Rendite verzichten.

Wie wäre es also, die Stärken eines Investmentfonds (die höheren Renditeaussichten) mit denen einer Lebensversicherung zu kombinieren? „Das wäre ein Modell, das ein hohes Aktienexposure verbindet mit einem generationenübergreifenden Ausgleichsmechanismus, der die Irrtümer der Marktbewertung abfedert“, sagt Oskar Goecke, Professor für Versicherungsmathematik und Kapitalmarkt-



Vorsorge: Im Alter will keiner im Regen stehen.

Illustration Getty

theorie am Institut für Versicherungswesen in Köln. Seinen Ansatz hat er erstmals vor drei Jahren einer Fachöffentlichkeit vorgestellt, aktuell ist er gergesehener Gast auf Tagungen, trug das Modell schon bei der Deutschen Aktuarvereinigung und beim Bund der Versicherten vor. Zudem beeinflusste es das Gutachten von Marco Arteaga und Peter Hanau für eine stärkere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge an Bundeszooalministerin Andrea Nahles (SPD).

Die Idee seines Generationenfonds ist einfach: Wie in einem Investmentfonds kann das Ersparnis zu einem größeren Anteil als bei Lebensversicherungen in eine Aktienanlage fließen. Doch anders als beim Investmentfonds erwächst daraus kein individueller Anspruch. Dort errechnet sich das eigene Vermögen aus der Anzahl der Anteile multipliziert mit dem aktuellen Anteilspreis. Stattdessen gibt es ein Kollektivvermögen, in dem überdurchschnittliche Renditen eines Jahres in eine Überschussreserve fließen. Läuft es schlecht am Kapitalmarkt, kann daraus ein Ausgleich finanziert werden, und die Ergebnisse werden über die Zeit geglättet. „In Versicherungen gibt es einen solchen Ausgleichsmechanismus schon. Aber er ist nicht transparent und wird zu

Vertriebszwecken pragmatisch ausgeschlachtet“, sagt Goecke. Das Kollektivvermögen entspricht dem Deckungsstock einer Lebensversicherung. „Egal, wie das System der Altersvorsorge aufgebaut ist – ob als Kapitaldeckung oder als Umlage, es kann nur verteilt werden, was erwirtschaftet wurde. Es geht also darum, das System so zu gestalten, dass es eine faire Teilhabe ermöglicht“, sagt er. Ein Element der Fairness sei es, dass nicht der zufällige Zeitpunkt, an dem der Vertrag abläuft, über den Erfolg des Sparmodells entscheidet wie bei Investmentfonds. In einer Analyse 40-jähriger Sparpläne hat Goecke Beispiele gefunden, in denen ein Sparvolumen von 100 Euro im Monat zu einer Auszahlung von 747 880 Euro geführt hätte (Februar 1960 bis 2000). Ein Beginn drei Jahre und zwei Monate später dagegen hätte eine Auszahlung von 208 080 Euro erbracht.

Um ein solches System zu ermöglichen, müssten sich die Versicherungsbranche und der Staat allerdings von einer „heiligen Kuh“ verabschieden: den Nominalgarantien. „Hohe Garantien sind schön und nett, aber sie werden nicht durch das Eigenkapital der Versicherer finanziert, sondern aus alten Beständen und von jungen Neuzugängen. Langfristi-

ge Garantien haben in der Privatwirtschaft nichts zu suchen“, sagt Goecke. Momentan lastet auf den Versicherten in der deutschen Lebensversicherung eine Zinszusatzreserve von mehr als 30 Milliarden Euro, die einbehalten wird, um Garantieverprechen der Vergangenheit abzusichern. Inhaber neuer Verträge verzichten auf einen Teil ihrer Überschussbeteiligung, um alte Verträge zu finanzieren.

Einen solchen Ausgleich über die Generationen beinhaltet auch Goeckes Modell eines Generationenfonds. Es könnte aber freier in Aktien anlegen und trüge nicht die Last der Garantien. Auch für Beitragsgarantien oder Zinsgarantien von 3 Prozent ergaben sich in Goeckes Analysen niedrigere Auszahlungen als im Generationenfonds. Um die drei Varianten gegeneinander abzugrenzen, hat der Professor seine Studenten zwischen zwei Varianten eines Spiels wählen lassen: Sie konnten fiktiv 100 Euro zwanzig Jahre lang anlegen. In Variante A wurde ihnen eine Rendite von 1,12 Prozent garantiert, was zu einer Auszahlung von 125 Euro geführt hätte. In Variante B durften sie nach zwanzig Jahren würfeln. Die Augenzahl wurde mit 75 Euro multipliziert. So hätte sich eine Rendite zwischen minus 0,14 Prozent und 7,81 Prozent ergeben. Der Erwartungswert beträgt 4,94 Prozent. Die meisten Studenten wählten Variante B mit der potentiell höheren Auszahlung. „Ich habe mir das damit erklärt, dass sie schon genug haben und nicht darauf angewiesen sind“, sagt Goecke.

Um die Vorzüge seines Modells zu illustrieren stellte er den beiden Formen eine Variante C gegenüber. Darin konnten sich die Studenten an einer Spielgemeinschaft von zehn Spielern beteiligen. Die Auszahlung ermittelt sich wie in Variante B anhand der Augenzahl des Würfels. Allerdings erklärt sich der Spieler bereit, den Gesamterlös durch alle Mitglieder der Gemeinschaft zu teilen. In dieser Variante beträgt die Wahrscheinlichkeit, weniger als die ursprünglichen 100 Euro ausgezahlt zu bekommen, nur 0,00047 Prozent. Mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 94 Prozent dagegen liegt die Auszahlung über 200 Euro. Das Modell wäre anders als die von der Hessischen Landesregierung vorgeschlagene Deutschland-Rente grundsätzlich als privatwirtschaftliches Modell denkbar.

Doch aus der Privatwirtschaft ist bislang auch der größte Zweifel daran zu vernennen. Vordergründig geht es darum, dass aus Sicht der Versicherungsmanager deutsche Kunden bereit sind, auf Garantien zu verzichten. Dies ließe sich vielleicht mit dem Verweis auf die Stabilität des Modells umgehen. Schwerer wiegt diese Rechnung: Im Jahr 2030 muss die Deutsche Rentenversicherung rund 450 Milliarden Euro an Leistungen auszahlen. Das entspricht je nach Prognose einem Wert von 45 bis 50 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns. Will man diesen Prozentsatz mit Hilfe der Kapitaldeckung um 10 Prozentpunkte erhöhen, braucht man bis zu 90 Milliarden Euro. Unterstellt man eine Fondsrendite von 5 Prozent, müsste der Generationenfonds 1,8 Billionen Euro umfassen – etwa doppelt so viel wie die aktuellen Kapitalanlagen der Lebensversicherungsbranche. Doch Goecke schwebt auch gar nicht der große Wurf vor. „Für mich sind beispielsweise Pensionsfonds ein Ansprechpartner, die nach einer Lösung für die Entgeltumwandlung suchen“, sagt er. In der grundlegenden Debatte über die Zukunft der Kapitaldeckung hat er jedenfalls schon mal einen beachtenswerten Anstoß gegeben.

Commerzbank vermittelt Mittelständlern Schwarmkredite

Kleinere Kreditvorhaben werden an Investoren abgetreten

kann. FRANKFURT, 21. Juni. Die Commerzbank leitet einen Teil der Kreditwünsche ihrer Mittelstandskunden nun an andere professionelle Investoren weiter. Für Kreditanfragen zwischen 200 000 und 10 Millionen Euro, denen die Bank selbst nicht entsprechen will, bietet sie von nächster Woche an in ihrem Firmenkundenportal die Crowdfundingplattform „Main Funders“ an. Wie bei vergleichbaren frei zugänglichen Internet-Portalen muss der Kunde sein Vorhaben und das gewünschte Kreditvolumen möglichst genau beschreiben. Die Commerzbank überprüft das Projekt und die Bonität des Kunden und stellt es dann mit den von ihr als risikoadäquat errechneten Konditionen auf die Plattform. Die angebotenen Investoren können die Projekte dann einsehen und sich an der Finanzierung beteiligen.

Damit greift die Bank ein Modell auf, mit dem Fintechs wie Lending Club, Funding Circle und der deutsche Marktführer Auxmoney zuletzt gewachsen sind. Bei der Vorstellung von Main Funders am Dienstag betonte die zuständige Managerin Birgit Storz aber, dass bei Main Funders nur institutionelle Investoren wie Versicherer und Pensionskassen Geld anlegen dürfen. Als Kreditnehmer dürfen die Plattform nur bestehende Firmenkunden der Bank nutzen, von denen das Institut also bereits eine eigene Vorstellung der Kreditwürdigkeit hat. „Profis treffen hier auf Profis“, sagte Storz.

Die Commerzbank reagiert mit dem Angebot auf mehrere Marktentwicklungen. Zum einen muss die Bank nach den schärferen regulatorischen Vorgaben vergebene Kredite mit mehr Eigenkapital unterlegen. Das macht manche Geschäfte nicht mehr so rentabel. Zum anderen bestehe bei vielen Mittelstandskunden das Bedürfnis, sich bei der Finanzierung unabhängig von einer Bank zu machen, sagte Michael Kotzbauer, der Bereichsvorstand des Unternehmenskundengeschäfts (Corporate Ban-

king) ist. Gleichzeitig seien die institutionellen Investoren auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten.

Für die Commerzbank ist das neue Angebot auch eine Möglichkeit, ihr Mittelstandsgeschäft unabhängig vom Zinsniveau zu machen. Denn wenn sie den Kredit nicht selbst vergibt, sondern nur vermittelt, verdient sie nicht am jeweiligen Zinssatz, sondern erhält eine feste Provision: Kreditnehmer und Investor zahlen der Bank jeweils eine Gebühr, die sich prozentual am Kreditbetrag bemisst. Aufseher fordern in jüngster Zeit immer lauter, dass Banken sich unabhängiger vom Zinsgeschäft machen sollten, und auch für die Banken selbst ist es sinnvoll, angesichts der aktuellen Magerzinsen die Einnahmen stabil zu machen.

Entwickelt wurde die neue Plattform im Main Incubator der Commerzbank, einer Tochtergesellschaft, die sich an Fintechs beteiligt, ihnen Räume und Rat bietet. Wie Storz berichtete, hat das Portal ein indisches Finanz-Start-up eingerichtet, die Fintechs aus dem Main Incubator sollten dann sagen, wie sie es verbessern würden. Eine Kopie bestehender Angebote sei es nicht, findet Storz, die Bank habe nur Marktentwicklungen aufgefingert. Außerdem biete bislang keine Plattform Kredite bis zu 10 Millionen Euro an; die meisten beschränkten sich auf weit kleinere Größen.

Main Funders ist Teil einer größeren Digitalstrategie, mit der die Commerzbank unter anderem versucht, die Eröffnung von Konten möglichst schnell und papierlos zu ermöglichen. Kleineren Mittelstandskunden bietet die Bank seit kurzem die Möglichkeit, über die App FX Live Trader selbst mit Devisen zu handeln. „Eine schlechte Digitalbank ist schneller aus dem Markt, als man gucken kann“, ist sich Kotzbauer sicher. „Die Kunden messen uns mehr und mehr an den Apples und Googles dieser Welt“, sagte Storz. Die effizienten Prozesse, die sie dort privat erleben, fordern sie auch immer mehr von ihrer Bank ein. (Kommentar Seite 36.)

Gericht scheut Heta-Urteil

Frankfurter Richter halten Schuldenschnitt für zweifelhaft

maf. FRANKFURT, 21. Juni. Das Landgericht Frankfurt hat in dem Rechtsstreit um eine nicht bediente Anleihe der früheren Kärntner Skandalbank Hypo Alpe Adria zwar kein Urteil gefällt, aber an dem Schuldenschnitt und Moratorium deutliche Zweifel geäußert. Der auf eine Klage der Hypo-Real-Estate-Abwicklungsbank FMS Wertmanagement zurückgehende Rechtsstreit wurde am Dienstag ausgesetzt.

Die Frankfurter Richter haben stattdessen den Europäischen Gerichtshof angerufen, damit diese die Fragen zur Auslegung der Europäischen Bankensanierungsrichtlinie klärt. Denn ihrer Ansicht nach gilt diese nur für Banken, aber nicht für deren staatlich abgesicherte Auffanggesellschaften. Damit wäre der Schuldenschnitt nicht zulässig.

„Banken wursteln sich durch“

Independent Credit View: Lösung in Europa nicht in Sicht

maf. FRANKFURT, 21. Juni. Die Banken in Europa haben sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Zu diesem Ergebnis kommen die Analysten des Züricher Researchhauses Independent Credit View (ICV) in einer aktuellen Studie. Als Stabilisierung bewerten sie die moderat positiven Fortschritte in der Kreditwürdigkeit, die sich in diesem und im kommenden Jahr weiter verbessern dürfte. Ursachen dafür seien die bessere Kreditqualität infolge der konjunkturellen Entwicklung und damit verbunden der geringere Bedarf an Vorsorge für ausfallgefährdete Kredite.

Darüber hinaus hätten die strengeren Vorgaben der Aufsichtsbehörden zu einer höheren Eigenkapitalausstattung geführt. Gleichwohl kritisieren die ICV-Analysten die weiterhin schwache Qualität des Eigenkapitals, das zu großen Teilen aus fragwürdigen Komponenten wie Steuergutschriften (Verlustvorräte) oder Bilanzwerten aus Übernahmen (Goodwill) bestehen (siehe Grafik). Bis zum Jahr 2019 bleibe der Kapitalbedarf für viele Banken erheblich.

Die Fortschritte erfolgen nach Ansicht der ICV-Analysten nur auf einem niedrigen Niveau. Sie sehen als größtes Hindernis für die Gesundung der europäischen Banken vor allem die hohen Problemkredite italienischer Banken. Eine robuste Lösung sei nicht in Sicht. So würde die Großbank Unicredit auf dem Niveau des aktuellen Vorsteuergewinns mehr als zehn Jahre benötigen, um das Volumen an Kreditausfallrisiken zu 70 Prozent mit Rückstellungen wie vor der Krise abzudecken. Die Nord LB braucht dazu laut ICV mehr als sechs Jahre, die Bayern LB mehr als vier Jahre. Die italienische Großbank Intesa müsste mehr als dreieinhalb Jahre warten. Bei der Nord LB stellen die Schiffsfinanzierungen ein Problem dar.

Hier erwarten die ICV-Analysten keine Verbesserung in diesem und im nächsten Jahr. Ähnlich sieht es bei Kreditengagements in Südeuropa aus. Leicht-

Die FMS Wertmanagement besteht mit ihrer Klage auf der Rückzahlung einer Anleihe der ehemaligen Hypo Alpe Adria im Volumen von 200 Millionen Euro. Für diese Forderung hatte das österreichische Bundesland Kärnten garantiert. Die österreichische Regierung hatte für die Hypo-Alpe-Auffanggesellschaft Heta am 1. März 2015 ein Zahlungsmoratorium angeordnet.

Sechs Tage später wäre die Anleihe fällig gewesen. Für die Österreicher ist es gut, dass das Landgericht Frankfurt kein Urteil gefällt hat. Denn so gewinnen sie Zeit, nachdem im Mai mit Heta-Gläubigern ein Kompromiss zur Rückzahlung von 90 Prozent ihrer Forderungen geschlossen wurde. Ansonsten hätte die Insolvenz der Heta und damit von Kärnten gedroht.

Viel Widerstand gegen die neue Börse mit Bodenschwelle

Unter den etablierten Wall-Street-Börsen sorgt die Zulassung für die Handelsplattform IEX für Aufregung

nks. NEW YORK, 21. Juni. Langsamkeit in der schnellen, computerisierten Welt der Börsen ein relativer Begriff. Um ganze 350 Mikrosekunden – Millionstel einer Sekunde – verzögert die elektronische Handelsplattform IEX Group vorzüglich den Handel mit Aktien an der Wall Street. Das ist zwar immer noch schneller als ein Wimpernschlag. Aber die elektronische Bodenschwelle reicht möglicherweise aus, um den Handel fairer zu machen und die umstrittenen Hochfrequenzhändler in die Schranken zu weisen.

Die erst 2013 gegründete IEX hat Ende der vergangenen Woche nach hartem Widerstand von Platzhirschen wie der New York Stock Exchange und der Nasdaq sowie einflussreicher Hochfrequenzhändler die offizielle Börsenzulassung der Aufsichtsbehörde SEC erhalten. Aktien konnten zwar auch schon vorher über die IEX gehandelt werden. Nun müssen Aufträge aber zur IEX geleitet werden, wenn die frisch gebackene Börse den besten Preis im Verbund der insgesamt 13 offiziellen amerikanischen Aktienmärkte bietet. Damit könnte der Anteil von IEX am gesamten amerikanischen Aktienhandel steigen. Derzeit entfallen nur weniger als 2 Prozent des täglichen Handelsvolumens auf die Start-up-Börse. Auf die führende Aktienbörse Nyse entfallen knapp 25 Prozent und auf die Verfolger Bats und Nasdaq jeweils 20 Prozent und 17 Prozent des gesamten Aktienhandels. Als offizielle Börse kann IEX auch um das Listing von Unternehmen werben, das derzeit vollständig in der Hand von Nyse und Nasdaq ist.

Die Zulassung der IEX schlägt an der Wall Street hohe Wellen. Gründer Brad Katsuyama ist eine der Hauptfiguren im vor etwas mehr als zwei Jahren erschiene-

nen Buch „Flash Boys“. Der Bestsellerautor Michael Lewis prangerte darin Hochfrequenzhändler an, die aus seiner Sicht mit ihren hochleistungsfähigen Computern und extrem schnellen Auftragswegen sowohl Kleinanleger als auch Profis bei Fondsgesellschaften abzocken. Katsuyama ist einer der „Blitzjungs“, die sich erfolgreich gegen die bösen Programmierer wehren. Dem freundlichen Kanadier, der von der Royal Bank of Canada im Jahr 2002 als junger Aktienhändler an die Wall Street geschickt wurde, fielen im Frühjahr 2007 seltsame Entwicklungen auf. Früher konnte er ein Aktienpaket, das auf seinen Computerterminals angeboten wurde, auf einen Schlag per Knopfdruck kaufen. Nun erhielt er aber nur noch einen Teil der Aktien. Der Rest der Offerte verschwand vom Bildschirm und der Kurs stieg. Katsuyama und seine Kol-

legen fanden heraus, dass das mit der unterschiedlichen Dauer zu tun hatte, die Aktienaufträge benötigen, bis sie an verschiedenen Börsen eintreffen. Ein Teil des Kaufauftrags wurde bei der Börse ausgeführt, die die kürzeste Verbindung zu seinen Computern hatte. Die Computerprogramme der Hochfrequenzhändler merkten das, stornierten blitzschnell ihre Angebote für den Verkauf an den anderen Märkten und boten sie teurer feil.

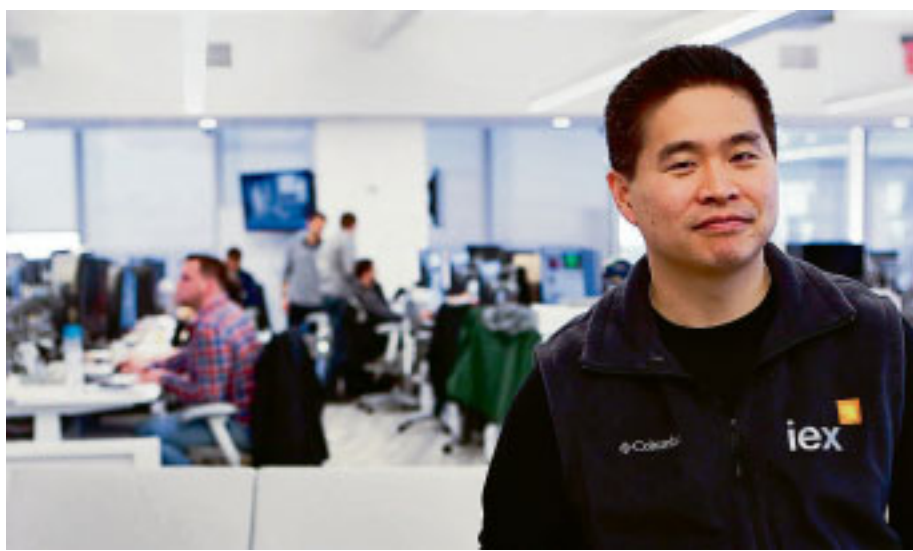
Katsuyama und seine Kollegen entwickelten daraufhin ein Programm mit eingebauten Verzögerungen, so dass ihre Aufträge zu gleichen Zeit an den verschiedenen Börsen eintrafen. Auf diese Weise hatten Hochfrequenzhändler keinen Zeitvorsprung mehr, um die Kenntnis der anstehenden Aufträge auszunutzen.

Katsuyama gründete schließlich die IEX, die fairen Handel gewährleisten soll

und sich an langfristig orientierte Investoren richtet. Den anderen Börsen wirft Katsuyama vor, Hochfrequenzhändler zu bevorzugen, die angesichts des hohen Handelsvolumens zu deren wichtigsten Kunden geworden waren. In der Tat erlauben es Börsen Hochfrequenzhändlern gegen Bezahlung, Computer direkt neben ihren Rechenzentren zu platzieren. Dadurch wird die Übertragung der Daten verkürzt. Auch die Zunahme exotischer Ordertypen an den Börsen, von denen vor allem Hochfrequenzhändler profitieren, stieß auf Kritik.

Die IEX wird von großen Fondsgesellschaften und Pensionskassen sowie dem bekannten Hedgefondsmanager David Einhorn und der Investmentbank Goldman Sachs gestützt. „Wir sind dankbar für die Unterstützung, die wir von der Investorengemeinde erhalten haben. Ohne sie wäre das Ergebnis möglicherweise anders ausgefallen“, sagte Katsuyama.

Der Widerstand von großen Hochfrequenzhändlern, von Nyse und Nasdaq gegen den Antrag auf Börsenzulassung war heftig. Das Chicagoer Handelshaus Citadel argumentierte, dass die IEX Richtlinien untergrabe, nach denen Aufträge „sofort zugänglich“ sein müssten. Citadel-Gründer Ken Griffin sprach persönlich bei der SEC vor, um die Zulassung zu verhindern. Hochfrequenzhändler argumentieren, dass sie Kosten für die Investoren deutlich gesenkt haben und immer für liquiden Handel sorgen, Aktien also immer gekauft oder verkauft werden können. Anwältin der Nasdaq spekulierten im vergangenen Monat im Fall einer Zulassung der IEX sogar über eine mögliche Klage gegen die SEC. Die Behörde will die Auswirkungen der Bodenwellen auf die allgemeine Qualität des Aktienhandels innerhalb von zwei Jahren überprüfen.



Ein Gründer und sein Marktplatz: Brad Katsuyama

Foto Bloomberg

Qualitativ schwach

Anteil schwacher Komponenten am Eigenkapital¹⁾ in Prozent (Vorjahreswert in Klammern)

Santander	52 (73)
BBVA	47 (40)
Intesa	38 (41)
Unicredit	38 (40)
UBS	34 (36)
Crédit Agricole	30 (37)
Deutsche Bank	26 (40)
Credit Suisse	25 (35)
Commerzbank	21 (25)
BNP Paribas	20 (23)
Société Générale	16 (19)

1) Steuergutschriften, Bilanzbewertung von Übernahmen (Goodwill) Quelle: ICV / F.A.Z. - Grafik Piron

Mit den eigenen Waffen

Von Tim Kanning

Ganz abschreiben muss man die Banken also noch nicht. Auch wenn gerne und viel über die revolutionäre Innovationskraft der Fintechs gesprochen wird, zeigen die klassischen Banken doch zunehmend den Willen und auch die Fähigkeit, dagegenzuhalten. Die neue Banking-App der Deutschen Bank ist einfach und stylisch wie von der jungen Konkurrenz. Das neue Crowdfunding-Portal für Mittelständler, das die Commerzbank am Dienstag vorgestellt hat, ist weitgehend eine Kopie bestehender Angebote – auch wenn die Macher das natürlich anders sehen. Der Vorteil der Bank: sie muss nicht wie die Start-ups mühsam um neue Kunden und deren Vertrauen kämpfen. Auf ihrem Firmenkundenportal sind schon 50 000 Mittelständler angemeldet. Und da die Vergabe von Krediten seit je ihr Kerngeschäft ist, muss sie sich auch nicht mit Kleckerbeträgen in den Markt vortasten, sondern traut sich gleich mit Losgrößen bis zu 10 Millionen Euro an den Start. Wie gut die Mittelstandskunden es finden, wenn ihre Bank Kreditanfragen an andere Investoren weiterreicht, steht auf einem anderen Blatt. Die Bank selbst sagt, den Unternehmern sei eine breitere Streuung ihrer Finanziers ganz recht.

Tops & Flops

Yellen warnt vor Brexit

Die Wall Street hat am Dienstag vor einer Anhörung der amerikanischen Notenbankchefin Janet Yellen vor dem Kongress mit leichten Gewinnen an ihren positiven Wochenauftakt angeknüpft. Yellen warnte in ihrer Rede, die Entscheidung für einen Brexit könne „erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen“ haben. Vorsicht bei Zinserhöhungen sei weiter angebracht. Die Aktien- und Devisenmärkte reagierten verhalten.



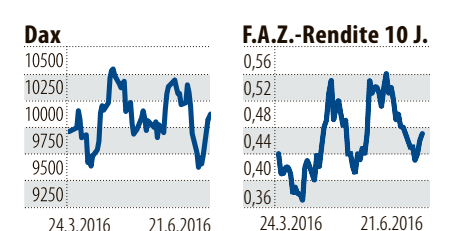
Deutsche Bank steigt etwas

Es war schon der zweite Tag, an dem es die Deutsche Bank in der Liste der Tops und Flops im deutschen Aktienindex Dax ganz nach oben gebracht hat. Der Kurs legte am Dienstag bis zum Handelschluss um 2,2 Prozent auf 14,80 Euro zu, nachdem er am Montag vorübergehend sogar ein Plus von 6 Prozent verzeichnet hatte. Nachdem die Deutsche Bank in jüngerer Zeit sehr stark an Marktwert verloren hatte, war das mal wieder eine leichte Erholung. Als Grund wurden an den Märkten nachlassende Brexit-Sorgen genannt.

Gold gibt nach

Wenn die Ängste nachlassen, ist das bisweilen für eine Kategorie von Anlegern weniger erfreulich: die Gold-Freunde. Je weniger an den Märkten die Stimmung herrscht, dass der Brexit kommt und mit ihm die Weltwirtschaft erschüttert wird, desto weniger begehrt ist die Krisenwährung. Am Dienstag gab der Goldpreis noch mal um 1,4 Prozent auf 1270 Dollar je Feinunze (31,1 Gramm) nach, nachdem er etwa bis zur Monatsmitte gestiegen war.

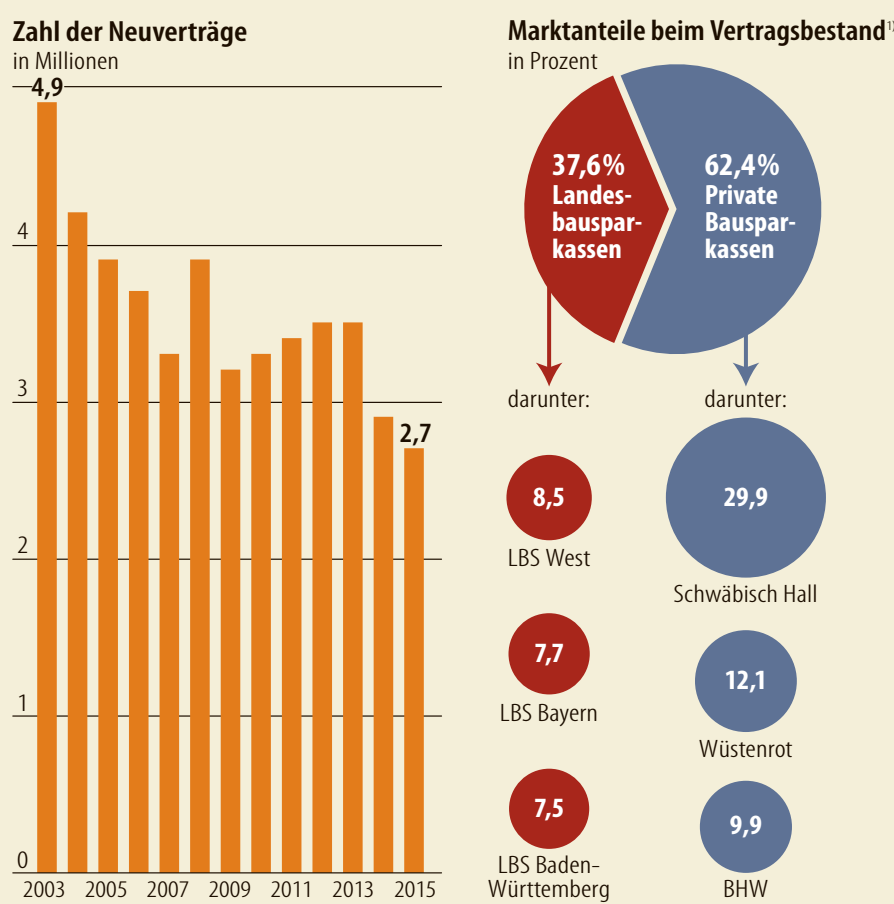
Die Börse



	20.6.	21.6.
F.A.Z.-Index	2010,68	2018,40
Dax 30	9962,02	10015,54
M-Dax	20343,58	20404,73
Tec-Dax	1618,46	1614,40
Euro Stoxx 50	2942,88	2967,34
F.A.Z.-Euro-Index	102,20	102,67
Dow Jones	17804,87	17823,77
Nasdaq Index	4837,21	4834,59
Bund-Future	164,35	164,45**
Tagesgeld Frankfurt	-0,40 %	-0,38 %
Bundesanal.-Rendite 10 J.	0,06 %	0,05 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	0,46 %	0,47 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	1,69 %	1,68 %
Gold, London (\$/Unze)	1281,80	1272,60
Rohöl (London \$/barrel)	50,41	50,14**
1 Euro in Dollar	1,1332	1,1314
1 Euro in Pfund	0,7738	0,7676
1 Euro in Schw. Franken	1,0884	1,0850
1 Euro in Yen	118,57	118,39

*) Ortszeit 13.00 Uhr, **) Ortszeit 19.00 Uhr

Bausparkassen schließen weniger Verträge ab



Bausparkassen sehen sich von der EZB gegängelt

Die Geldpolitik zwingt die Bausparkassen zu unpopulären Schritten. Schwäbisch-Hall-Chef Klein will mit neuen Tarifen das Bausparen attraktiver machen.

maf./sibi. FRANKFURT, 21. Juni. Die deutschen Bausparkassen leiden unter den extrem niedrigen, zum Teil schon negativen Zinsen. Für Altverträge müssen sie hohe Einlagenzinsen zahlen, während die Kunden die Kredite aus den gesetzlich geförderten Bausparverträgen nicht abrufen, weil die Banken inzwischen deutlich günstiger finanzieren. Das belastet die Ertragslage. Deshalb versuchen alle Bausparkassen, die Einlagen aus Altverträgen loszuwerden. Die Bausparkassen haben schon rund 200 000 Altverträge gekündigt und dafür herbe Kritik von Verbraucherschützern und betroffenen Kunden einstecken müssen.

Für den Vorstandsvorsitzenden der größten deutschen Bausparkasse Schwäbisch Hall, Reinhard Klein, ist die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) der Grund für die Probleme und für die in der Öffentlichkeit kritisch gesehene Kündigungen hochverzinsten Altverträge. „Die Bausparkassen haben mit künstlichen, niedrigen Preisen zu kämpfen, die ihnen die EZB verordnet hat“, sagt er im Gespräch mit dieser Zeitung. Er vergleicht die Lage mit Automobilherstellern, denen bei gleichbleibenden Produktionskosten vorgeschrieben wird, ihre Fahrzeuge um einen zweistelligen Prozentsatz billiger zu verkaufen. Klein ist überzeugt: „Ohne die EZB-Eingriffe würde der zehnjährige Zins deutlich höher liegen.“ Bei einem Zins von 1,5 Prozent wären keine unpopulären Maßnahmen nötig. Doch davon ist die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe weit ent-

fernt, sie pendelt um die Nulllinie und ist in der vergangenen Woche schon in den negativen Bereich gerutscht.

Zu den unpopulären Maßnahmen zählt Klein auch das Sparprogramm, mit dem die zu den Volks- und Raiffeisenbanken gehörende Bausparkasse in der Niedrigzinsphase profitabel – „allerdings auf einem reduzierten Niveau“ – bleiben will. Er will die Lasten möglichst gleich verteilen. Die 7000 Mitarbeiter sind mit einem Sparprogramm konfrontiert. Die Personal- und Sachkosten sollen um 15 Prozent sinken, die Stellen um ebenfalls 15 Prozent. Die genossenschaftliche Bausparkasse geht sozialverträglich vor, betriebsbedingte Kündigungen gibt es keine. Gleichzeitig steckt auch der Eigentümer zurück: „Unser Aktionär, die DZ Bank, hat auf einen erheblichen Teil der Dividende verzichtet.“ Im Vertrieb sinken die Provisionen und Gehälter.

Bleiben die Altsünden der Bausparkassen, die hochverzinslichen Sparverträge, mit denen Kunden in früheren Zeiten gelockt wurden. Auch die Bausparkasse Schwäbisch Hall muss zu diesem wenig populären Mittel greifen. „Auf Kunden-seite haben wir hochverzinsten alte Verträge gekündigt, allerdings nicht einmal 0,5 Prozent aller Verträge“, berichtet Klein. Seinen Angaben zufolge sind die Verträge mehr als 16 Jahre alt, die meisten 25 Jahre und älter. Dabei sei es zum Teil um übersparte Bausparverträge gegangen, was rechtlich unumstritten sei. Dagegen gibt es rechtliche Auseinandersetzungen um Verträge, die mehr als zehn Jahre zuteilungsfähig sind und bei denen das Bauspardarlehen nicht in Anspruch genommen wird.

„Aus Sicht der Bausparbranche gibt uns der Kunde in dem Fall einen Kredit, bei dem uns wie allen Kreditnehmern nach zehn Jahren ein gesetzliches Kündigungsrecht zusteht“, sagt Klein. Das kritisieren Verbraucherschützer, weil der Kunde mit dem Bausparvertrag die Option auf einen Kredit erwirbt, wofür er auch eine Abschlussgebühr zahlt. Klein erwartet voraussichtlich im kommenden Jahr ein richtungsweisendes Urteil des

Bundesgerichtshofes dazu. Bislang sind nach den Worten von Klein die Verfahren von Schwäbisch Hall, wie bei den Bausparkassen insgesamt, zu gut 90 Prozent „zu unseren Gunsten ausgegangen“.

Grundsätzlich beurteilt er die Perspektiven zuversichtlich. Denn die Marktchancen seien selten so gut gewesen wie derzeit. „Der Trend nach Wohneigentum ist ungebrochen und wird in den nächsten Jahren anhalten“, ist er überzeugt. „Wir erleben eine enorme Nachfrage nach Baufinanzierungen.“ Im vergangenen Jahr machte Deutschlands größte Bausparkasse ein Neugeschäft von gut 20 Milliarden

Euro. Davon entfielen 14 Milliarden Euro auf den eigenen Vertrieb und der Rest auf die Partner im genossenschaftlichen Verbund, vor allem auf Volks- und Raiffeisenbanken.

Nach Angaben von Klein machen Sofortkredite einen immer größeren Anteil aus. Das Neugeschäftsvolumen habe sich in den vergangenen fünf Jahren auf 6,5 Milliarden Euro verdoppelt. Meistens seien die Sofortkredite mit Bausparverträgen hinterlegt. „Die Bauherren bekommen zuerst den Kredit, finanzieren damit die Immobilie, und sparen dann die Bausparsumme an.“ Finanzierungen von 100

Prozent schließt er aus. Die Niedrigzinsphase beeinflusst auch die Tarifgestaltung. In den aktuellen Bausparverträgen zahlt Schwäbisch Hall den Kunden in der Ansparphase mindestens 0,1 Prozent. Dafür müssen sie dann für das Darlehen 1,4 Prozent zahlen. „Viele Kunden sagen sich, ich bekomme bei nahezu keinem Produkt Zinsen für mein Ersparnis, da sichere ich mir doch lieber einen günstigen Bankkredit für die Zukunft“, so Klein.

Vom 1. Juli an bietet Schwäbisch Hall einen zum Teil variablen Tarif an. Der Guthabenzins liegt zwischen 0,25 und 1,25 Prozent, je nach der Entwicklung der Umlaufrendite der Bundesanleihen. „Das heißt, der Guthabenzins kann steigen, wenn die Zinsen steigen, aber nicht unter 0,25 Prozent sinken, wenn die Zinsen weiter sinken sollten.“ In der Darlehensphase kann der Zins ebenfalls unterschiedlich ausfallen. „Je nach dem künftigen Zinsniveau liegt er zwischen 2,75 und maximal 3,75 Prozent“, sagt Klein.

Auf der Anlagenseite, Schwäbisch Hall hat freie Mittel im zweistelligen Milliardenbereich, will er im kommenden Jahr verstärkt in Aktien investieren. Denn am 1. Januar 2017 tritt das neue Bauspargesetz in Kraft, mit dem Bausparkassen bis zu 5 Prozent der für die Zuteilung aus Bausparverträgen verfügbaren Mittel (Zuteilungsmasse) anlegen dürfen. „Wir können uns vorstellen, davon Gebrauch zu machen“, sagt Klein. Insgesamt ist er mit der Novelle des Bauspargesetzes zufrieden. „Sie gibt uns mehr Bewegungsfreiheit.“ Darunter versteht Klein die Vergabe einfacher Darlehen und die Nutzung der bausparspezifischen Rücklagen auch in der Niedrigzinsphase.

„Die Deutschen lieben das Bausparen“, ist er überzeugt. In Deutschland gibt es 28 Millionen Bausparer. Davon sind 7,5 Millionen bei der Bausparkasse Schwäbisch Hall. „Wir Bausparkassen helfen den Leuten, Eigenkapital zu bilden. Dadurch werden sie kreditwürdig.“ Der Sinn des Bausparens bestehe darin, die Bürger langfristig zum Sparen zu motivieren. Dieses Grundprinzip hat laut Klein bislang auch vor Übertreibungen am Immobilienmarkt geschützt.

ANZEIGE

Mit unseren Förderprogrammen schaffen wir ideale Wachstumsbedingungen.

Förderbank für die Agrarwirtschaft

rentenbank

Dax wieder über 10 000 Punkten

theu. LONDON, 21. Juni. Der Dax hat wenige Tage vor der Abstimmung über den Brexit am Dienstag wieder die 10 000-Punkte-Marke überstiegen. Zum Handelsschluss stand er bei 10 016 Punkten. Nach der starken Aufwertung vom Montag gab das Pfund am Dienstag im Handelsverlauf gegenüber dem Euro um 0,7 Prozent auf 1,30 Euro nach. Der Leitindex am Londoner Aktienmarkt FTSE 100 stieg um 0,4 Prozent auf 6227 Punkte. Unterdessen meldete sich ein Spezialist für Währungskrisen in Großbritannien zu Wort: Im Jahr 1992 hat der legendäre Spekulant George Soros ein Vermögen verdient, indem er erfolgreich darauf wettete, dass das britische Pfund den damaligen Europäischen Wechselkursmechanismus verlassen müsse. Jetzt warnt Soros: Wenn sich das Land am Donnerstag für den Ausstieg aus der EU entscheidet, werde dem „Schwarzen Mittwoch“ von früher ein „Schwarzer Freitag“ folgen: Die Pfund-Abwertung wäre noch schärfer als 1992, schrieb er in der Zeitung „Guardian“. Er halte es für möglich, dass das Pfund nach einem Votum für den Brexit mehr als 20 Prozent an Wert verliere. Auch Analysten sagen für den Fall eines EU-Austritts eine Pfund-Krise voraus. Wegen seines extrem hohen Leistungsbilanzdefizits könnte Großbritannien durch eine Kapitalflucht rasch in Bedrängnis geraten. Umfragen zeigen aktuell nur einen hauchdünnen Vorsprung für die Pro-Europäer.

Was macht man jetzt als Kuka-Aktionär?

115 Euro bietet der chinesische Midea-Konzern je Kuka-Aktie / Wer verkaufen will, meldet das seiner Depotbank

sibi. FRANKFURT, 21. Juni. Wie funktioniert eine internationale Übernahme durch Chinesen ganz praktisch für die beteiligten Aktionäre? Für die Anteilseigner des Augsburger Roboterherstellers Kuka stellt sich diese Frage gerade. Der chinesische Haushaltsgerätekonzern Midea hat für die Kuka AG ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot vorgelegt. Je Aktie bietet Midea 115 Euro, die Frist läuft bis zum 15. Juli. Kuka gilt als Perle der deutschen Robotertechnik.

■ **Was muss ich als Aktionär machen, wenn ich das Angebot annehmen will?**
Anspruchspartner für den Aktionär ist seine Depotbank, also die Bank, bei der seine Kuka-Aktien verwahrt werden. Die Depotbanken informieren die Aktionäre automatisch über das Übernahmeangebot, das auch in den Wertpapiermitteilungen veröffentlicht wurde. Die Angaben zum Übernahmeangebot finden sich auch im Internet auf der Website unter www.partnershiprobotics.com. Mit den Angebotsunterlagen bekommen die Aktionäre ein Formular zugeschiekt, auf dem sie die Annahme des Übernahmeangebots schriftlich bestätigen können. Dieses Formular müssen Aktionäre an die Depotbank zurücksenden, wenn sie das Übernahmeangebot annehmen wollen. Die Frist dafür ist grundsätzlich der 15. Juli; sie kann aber, je nach Bank, verkürzt

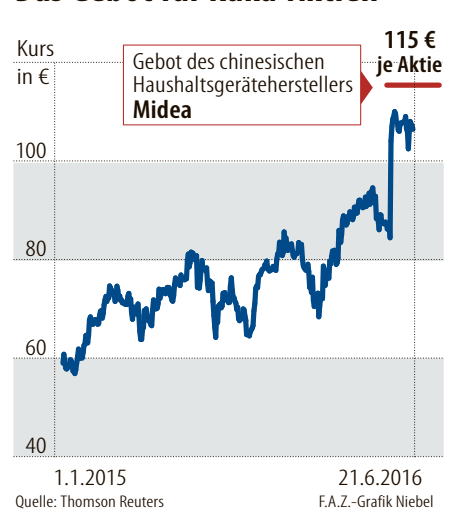
sein, wenn die Bank zusätzlich noch eine Bearbeitungszeit benötigt. In diesem Fall wird die kürzere Frist dem Aktionär in den Unterlagen mitgeteilt.

■ **Wie komme ich an mein Geld – und wie kommen die Chinesen an meine Kuka-Aktie?**
Wenn der Aktionär zugestimmt hat, bleiben die betreffenden Aktien zunächst im Depot des Kunden, erhalten jedoch eine neue Wertpapierkennnummer. Wenn alles gutgeht, der Übernehmende auf die erforderliche Bereitschaft stößt, das Angebot anzunehmen (im Fall von Midea sind das mindestens 30 Prozent der Kuka-Aktien) und die Übernahme von den Behörden genehmigt wird, erfolgt die Übertragung an den Bieter Zug um Zug, und der Aktionär erhält das Geld über die Depotbank gutgeschrieben. Allerdings kann das dauern: In den Angebotsunterlagen ist die Rede davon, dass sich die Abwicklung unter Umständen bis nach dem 31. März 2017 verzögern könnte. Wenn die Übernahme zustande kommt, ist dem Verkäufer der Aktie allerdings ein Preis von 115 Euro je Aktie garantiert.

■ **Erhalte ich Euro oder Renminbi?**
Das Übernahmeangebot ist in Euro beziffert, es wird auch in Euro abgewickelt. Mit dem Wechselkurs der chinesischen Währung hat der Aktionär nichts zu tun.

■ **Habe ich Vorteile, wenn ich mich bei der Annahme des Angebots beile?**
Nein. Das Angebot gilt innerhalb der Frist für alle Aktien, ein Aktionär muss nicht schnell sein, um zum Zuge zu kommen, sollte aber darauf achten, dass er die Fristen nicht versäumt. Im Gegenteil: Institutionelle Anleger warten bisweilen bis zur letzten Minute, um ein Übernahmeangebot anzunehmen. Immerhin gibt es theoretisch die Möglichkeit, dass der Kurs zwischenzeitlich über die Höhe des

Das Gebot für Kuka-Aktien



Angebots steigt – und ein Verkauf an Dritte damit lukrativer wäre.

■ **Warum steht der Aktienkurs noch bei weniger als 115 Euro?**
Der Kurs der Kuka-Aktie stand am Dienstag bei 106,55 Euro. Der Grund ist ein Rest Unsicherheit: Schließlich ist nicht zu 100 Prozent sicher, dass die Übernahme zustande kommt und genehmigt wird. Diese Unsicherheit wird im Kurs mit einem Abschlag auf das Übernahmeangebot bewertet.

■ **Kann bei der Sache womöglich etwas schiefehen?**
Ja, wenn die Übernahme nicht zustande kommt, weil dem Übernehmenden nicht genug Aktien angeboten werden oder eine Genehmigung der Behörden nicht erteilt wird, werden die angebotenen Aktien rückabgewickelt. Die Aktionäre bekommen dann ihre alte Wertpapierkennnummer zurück.

■ **Was mache ich als Aktionär, wenn ich gegen die Übernahme bin?**
Wer das Angebot nicht annehmen will, muss nicht handeln. Das gilt automatisch als Ablehnung.

■ **Muss ich die 115 Euro versteuern?**
Wer durch die Übernahme Kursgewinne erzielt, muss diese im Rahmen der Abgeltungssteuer versteuern. Allerdings selbstverständlich nur jenseits der Freigrenzen.

Maritimes Leuchten

Erfindungsreiche Evolution: Mindestens 27 Mal hat die Natur das „Glühen“ der Tiere als Lockmittel oder zur Tarnung entwickelt.

Von Diemut Klärner

Leuchtkäfer, auch Glühwürmchen genannt, sind wohl die bekanntesten Tiere, die Licht erzeugen. Die meisten Wesen, die diese bemerkenswerte Begabung besitzen, leben freilich nicht an Land, sondern im Meer. Dort tummeln sich unter anderen diverse leuchtende Quallen, Borstenwürmer, Krebstiere, Tintenfische und Haie. Von den verschiedenartigen Knochenfischen, die in den Ozeanen heimisch sind, können mehr als 1500 Arten Licht ausstrahlen. Nicht nur Tiefseefische, auch manche Bewohner von Korallenriffen und küstennahen Regionen illuminierten sich mit sogenannter Biolumineszenz. Während der Evolution der Strahlenflosser – also sämtlicher Knochenfische außer Quastenflossern und Lungenfischen – ist diese Fähigkeit mindestens 27 Mal entstanden, viel häufiger als bislang angenommen. Das haben Wissenschaftler um Matthew Davis von der St. Cloud State University in Minnesota herausgefunden.

Wie die Biologen in der Online-Zeitschrift „Plos One“ (doi: 10.1371/journal.pone.0155154) berichten, haben sie einen molekular-

genetischen Stammbaum erstellt, der die gesamte Vielfalt der Strahlenflosser widerspiegelt. Statistische Analysen ergaben, dass Knochenfische mindestens zehnmals einen biochemischen Weg zur Biolumineszenz gefunden haben: Mit speziellen Enzymen oxidieren sie bestimmte organische Substanzen derart, dass Energie in Form von sichtbarem Licht freigesetzt wird. Welche Substanzen dabei im Spiel sind und woher sie stammen, ist noch weitgehend unbekannt. Einige Fische beziehen diese Stoffe anscheinend aus ihrer Nahrung. Viele gehen aber noch einen Schritt weiter. Sie erzeugen ihr Licht gar nicht selbst, sondern lassen einschlägig begabte Bakterien für sich arbeiten, bei freier Kost und Logis. Nach den Berechnungen von Davis und seinen Kollegen haben sich solche Symbiosen im Laufe der Evolution mindestens 17 Mal herausgebildet. Heutzutage finden sie sich bei etwa der Hälfte aller Knochenfische, die sich auf Leuchten verstehen. Tiefsee-Anglerfische der Gattung *Linophyrne* nutzen sogar beide Techniken der Biolumineszenz: Den laternenartigen Auswuchs ihrer Nasenspitze lassen sie hell erstrahlen, indem sie dort leuchtende Bakterien einquartieren. Den nicht minder langen Barteln, die ihrem Kinn entspringen, liefern sie selbst die biochemischen Zutaten für eine Beleuchtung.

Wie auch immer Biolumineszenz entsteht, sie erfüllt vielfältige Funktionen. Häufig dient sie der Tarnung, so überraschend das auf den ersten Blick scheinen mag. Denn wo Fressfeinde mit Vorliebe von unten angreifen, tun

mögliche Opfer gut daran, ihre Bauchseite zu beleuchten. Dort abgestrahltes Licht kann nämlich wie eine Tarnkappe wirken: Es kann verhindern, dass sich ein von unten betrachteter Fisch als auffällig dunkle Silhouette vom lichtdurchfluteten Wasser abhebt. Optimal ist die Wirkung, wenn die Beleuchtung je nach einfallendem Sonnenlicht gedimmt wird. Leuchtende Accessoires werden aber auch zum Anlocken von Beute und zur Kommunikation mit Artgenossen verwendet. Nicht selten sind beide Geschlechter mit unterschiedlicher Beleuchtung ausgestattet. Dann liegt die Vermutung besonders nahe, dass sie – ähnlich wie Glühwürmchen – mit Lichtsignalen zueinander finden.

Tiefseefische, die ihre Biolumineszenz mutmaßlich bei der Fortpflanzung ins Spiel bringen, erweisen sich als außergewöhnlich artenreich. Die Drachenfische (*Stomiiformes*) etwa, schon seit der frühen Kreidezeit eine separate Entwicklungslinie, sind weltweit mit 426 Arten vertreten. Jede ist durch spezielle Lichtmuster gekennzeichnet, mit denen sich nahe verwandte Spezies voneinander abgrenzen können. Laternenfische (*Myctophiformes*), wohl erst nach dem Ende der Kreidezeit entstanden, bevölkern mit immerhin 256 Arten die dunklen Tiefen der Ozeane. Ebenso von der Fähigkeit zur Biolumineszenz geprägt wurde offenbar die Evolution bestimmter Tiefsee-Haie. Auch bei diesen Fischen fällt auf, dass die unerwartet große Artenvielfalt mit artspezifischen Arrangements der Leuchtorgane einhergeht.



Furchterregender Meeresbewohner: Drachenfisch (*Melanostomias biseriatus*)

Foto Solvín Zankl/SPL
Agentur Focus

Spiegelbilder aus dem All

Chirale Moleküle jenseits unseres Sonnensystems

Die Natur ist reich an Spiegelbildern. Unsere Hände sind ein anschauliches Beispiel dafür. Zwar sehen die linke und die rechte Hand ganz ähnlich aus. Wie aber immer man sie auch dreht, sie können nicht zur Deckung gebracht werden. Ebenso existieren viele organische Moleküle in zwei spiegelbildlichen Formen – sie weisen eine Händigkeit oder Chiralität auf. Wegen der unterschiedlichen räumlichen Anordnung der Atome können Bild und Spiegelbild einer chiralen Verbindung recht verschiedene Eigenschaften aufweisen. So riecht beispielsweise der Duftstoff Carvon, abhängig von seiner Händigkeit, entweder nach Kümmel oder nach Minze, der Naturstoff Limonen nach Orange oder Terpenin.

Obwohl chemisch vollkommen identisch, spielt bei biochemischen Vorgängen jedoch meist nur eine von beiden Varianten eine Rolle. So sind die Zuckermoleküle in der Ribonukleinsäure und der Desoxyribonukleinsäure stets rechtshändig, die Aminosäuren in den Proteinen dagegen stets linkshändig. Wie es der Natur gelingt, gezielt nur eine Form spiegelbildlicher Moleküle hervorzubringen, ist noch weitgehend ungeklärt. Im Reagenzglas lässt sich häufig nur eine Mischung beider Spiegelbilder gewinnen, die man aufwendig voneinander trennen muss.

Seit langem suchen die Wissenschaftler nach einer Erklärung für diese seltsame Vorliebe der Natur. Hat sie sich erst im Laufe der Evolution eingestellt, oder war sie schon vorhanden, als das Leben auf der Erde entstand? Es gibt eine Reihe Indizien, dass der Hang zu einer bestimmten chiralen Form ihren Ursprung im Weltall genommen hat und bei der Kollision mit Asteroiden und Kometen auf die Erde gelangt ist, bevor es Leben gab. Tatsächlich hat man in etlichen auf der Erde gefundenen Meteoriten Überschüsse an linkshändigen Aminosäuren von immerhin drei bis neun Prozent gefunden.

Doch fehlte bislang der Nachweis von chiralen Moleküle außerhalb unseres Sonnensystems. Den haben nun amerikanische Wissenschaftler erbracht. Brett McGuire vom California Institute of Technology in Pasadena und seine Kollegen haben die organische Verbindung Propylenoxid ($\text{CH}_3\text{CH}_2\text{O}$) in einer riesigen Gas- und Staubwolke in der Nähe des Zentrums unserer Milchstraße aufgespürt („Science“, Bd. 352, S. 1449). Für ihre Untersuchungen hat die Forschergruppe die 27 000 Lichtjahre entfernte Sternentstehungsregion im Sternbild Schütze mit

dem Green Bank Radioteleskop in West Virginia und dem Parkes Observatorium in Australien durchmustert. Das Propylenoxid verriet sich im Mikrowellenspektrum durch seine drei charakteristischen Absorptionslinien.

Aus Laborexperimenten weiß man, dass die reaktive organische Substanz, die als wichtiger Baustein für die Herstellung verschiedener Chemikalien gilt, in zwei chiralen Formen vorkommt. Allerdings konnten McGuire und seine Kollegen anhand der Messungen nicht entscheiden, ob die links- oder rechtshändige Variante überwiegt. Die Spektren sind nämlich für Bild und Spiegelbild identisch. Nun will man erforschen, ob das Propylenoxid in der Molekülwolke mit energiereicher polarisierter Strahlung reagiert, die dort beispielsweise durch starke Magnetfelder erzeugt wird. Zahlreiche Laborversuche haben gezeigt, dass ultraviolette zirkular polarisiertes Licht – also Strahlung, deren Schwingungsebene sich dreht – chirale Moleküle zersetzt, deren optische Aktivität nicht mit dem Drehsinn der Polarisation übereinstimmt. Dadurch könnte es im All zu einer Anreicherung jeweils eines der beiden chiralen Moleküle kommen. Beobachtet man einen solchen Mechanismus, hätte man weitere Informationen in der Hand, dass die Händigkeit nicht erst auf der Erde entstanden ist. Als die organischen Substanzen – so die These – mit Asteroiden und Kometen auf die junge Erde gelangten, erhöhten sie die Konzentration der bereits vorhandenen präbiotischen Moleküle.

Diese Annahme wird jetzt durch einen Fund von Astronomen der Europäischen Südsternwarte ein weiteres Mal untermauert. Wie Chaterine Walsh von der Universität Leiden und ihre Kollegen in den „Astrophysical Letters“ (doi: 10.3847/2041-8205/823/1/L10) berichten, haben sie mit dem Radioteleskop-Array „Alma“ in Chile erstmals in einer protoplanetaren Scheibe gasförmiges Methanol (CH_3OH) nachgewiesen. Der Fundort liegt in 170 Lichtjahren Entfernung und umgibt den jungen Stern „TW Hydra“. Offenkundig wird der einfache Alkohol dort auf Eiskörnern in der Staubscheibe erzeugt und dann als Gas freigesetzt. Der Befund liefert wichtige Informationen über die chemischen Prozesse in der frühen Phase der Stern- und Planetenentstehung und zeige, wie sich die Substanzen in den Planeten und Asteroiden anreicherten, schreiben die Forscher. MANFRED LINDINGER

Das Geschwür Homöopathie

Aus gegebenem Anlass: Wie Politik einen Irrweg ebnet / Von Karl-Friedrich Sewing

Bei einem Selbstversuch mit Chinarinde beobachtete der Arzt Samuel Hahnemann (1755 bis 1843), dass diese bei ihm die gleichen Symptome auslöste, wie er sie von der Malaria kannte. Dies war der „Urnall“ der Homöopathie, deren generelles Prinzip es bis heute ist, dass man mit solchen Stoffen Krankheiten heilen könnte, die die gleichen Symptome auslösen wie die in Frage kommende Erkrankung selbst: *Similia similibus curentur* (Ähnliches möge mit Ähnlichem geheilt werden). Deren zweiter Bestandteil ist die sogenannte Potenzierung, bei der in einer unter Handverschüttelung mit Flüssigkeit oder Verreibung mit Milchwasser vorgenommenen Verdünnung der jeweilige Inhaltsstoff eine Wirkungsverstärkung erfährt und auf das Trägermedium übertragen soll. Die Grundlage dafür bildet die sogenannte „Urtinktur“, eine konzentrierte, flüssige oder feste Zubereitung pflanzlicher, tierischer oder mineralischer Ausgangsstoffe oder aus Nosoden (homöopathisch aufbereitete Mittel aus Blut, Eiter, Krankheitsregenern oder Krebszellen) gewonnenes Material.

Die Urtinkturen werden in verschiedenen Verdünnungen eingesetzt. So bedeutet der Zusatz D6 zu einer Zubereitung, dass eine Urtinktur sechsmal in Schritten von 1:10 weiter verdünnt wird, C6, dass eine Urtinktur sechsmal in Schritten von 1:100 verdünnt wird. Bei der Deutschen Homöopathie-Union Karlsruhe liest sich das wie folgt: „Zwar nimmt durch die Methode des Verdünnens und Verschüttelns beziehungsweise Verreibens die Konzentration des Ausgangsmaterials ab, andererseits wird aber die Wirksamkeit der Arznei verstärkt. (...) Somit können auch in der Ursubstanz giftige Ausgangsmaterialien gefahrlos eingesetzt werden.“

Die Verdünnung wird teilweise so weit getrieben, dass mit Sicherheit in der letztendlich verabreichten Fassung kein Bestandteil des ursprünglich in der Urtinktur befindlichen Stoffes mehr enthalten ist.

Von Hahnemanns Homöopathie gibt es mittlerweile verschiedene Richtungen: die klassische Homöopathie, die sich nur an der Lehre Hahnemanns und deren Weiterentwicklungen orientiert, und die genuine Homöopathie, die sich besonders stringent an die Lehren Hahnemanns hält, und die naturwissenschaftlich-kritische Homöopathie, bei der homöopathische Mittel als Ergänzung zur Therapie auf der Basis der wissenschaftli-

chen Medizin eingesetzt werden, sowie die Verwendung von sogenannten Komplexmitteln, das heißt einer Vermengung verschiedener Mittel, die sich angeblich in ihrer Wirkung verstärken.

Die verschiedenen Richtungen sind im Deutschen Zentralverein homöopathischer Ärzte vereint, dem sich rund 60 000 Ärzte mehr oder weniger fest verbunden fühlen. Es hat immer wieder Ansätze gegeben, den Nachweis zu erbringen, dass Hahnemanns Vorstellungen richtig waren und dass die Homöopathie ein wirksames Therapieprinzip darstellt. Beides ist bis heute nicht gelungen. Dafür werden immer wieder zwei Gründe ins Land geführt: Mangel an Ressourcen und

Das Forum

„Sicherer kann man die Bemühungen um Evidenz in der Medizin nicht verlassen.“

Mangel an für die Homöopathie passenden Nachweismethoden. Ersteres ist richtig, aber darauf zurückzuführen, dass potentielle Geldgeber nicht bereit sind, Ressourcen dort zu investieren, wo von vornherein die Erfolglosigkeit erkennbar ist. Die Behauptung, dass es für den Wirksamkeitsnachweis homöopathischer Maßnahmen keine geeigneten Verfahren gäbe, ist grundfalsch. Haben doch die Verfahren der medizinischen Statistik mittlerweile ein so hohes Maß an Differenzierungsmöglichkeit entwickelt, dass sie auch für die Homöopathie anwendbar wären.

Trotz der elementaren Fehlerhaftigkeit der Homöopathie haben Politik und Standespolitik dazu beigetragen, dass diese ein profitables Dasein im Gesundheitswesen führt. Die verstorbene Witwe des früheren Bundespräsidenten Karl Carstens, Veronica Carstens, hat ihren Zugang zu höchsten politischen Kreisen genutzt, um die Homöopathie institutionell fest zu verankern. So gibt es an verschiedenen Universitäten Professuren für Naturheilverfahren mit Lehrveranstaltungen zur Homöopathie. Im klinischen Abschnitt des Medizinstudiums gibt es den Querschnittsbereich Physikalische Medizin, Rehabilitationsmedizin und Naturheilverfahren. Letzterer wird häufig genutzt, um Homöopathie als „besondere Therapierichtung“ darzustellen,

was auch abgeprüft wird. Das Internet ist gleichermaßen voll von „Lehrangeboten“. So bietet eine „Online-Akademie für klassische Homöopathie“ Kurse an. Deren Kursleiter sind nahezu ausschließlich Heilpraktiker, und keiner hat eine ärztliche Grundausbildung. Dort werden alle Varianten homöopathischen Denkens angeboten, so auch die sogenannte Miasmenlehre Hahnemanns, eine aus heutiger Sicht skurrile Konstruktion: Danach gibt es drei Grundmuster chronischer Erkrankungen: Psora, Sykosis und Syphilis, mit Ausnahme der Syphilis in der wissenschaftlichen Medizin unbekannte Begriffe. Rheuma, Neurodermitis, Epilepsie, Asthma seien keine eigenständigen Krankheiten, sondern nur verschiedene Ausprägungen dieser drei Grundmuster. Gleichermäßen abwegig sind die Zuordnung verschiedener Stoffe, Extrakte und so weiter zu bestimmten Erkrankungen sowie Vorstellungen zu Dosierungen. Beispielfhaft werden Phosphorus (Phosphor) bei Kehlkopfentzündung, Magenschwäche und Angst sowie Calcium carbonicum (Kalziumcarbonat) bei Gelenkschmerzen, Menstruationsbeschwerden und Mittelohrentzündung empfohlen. Dies belegt, dass die homöopathische Therapielehre keinesfalls den wissenschaftlichen Ordnungsprinzipien der modernen Medizin entspricht. Gleichermäßen werden „Dosierungsempfehlungen“ fernab gültiger Dosis-Wirkungs-Beziehungen gegeben. Diese orientieren sich nicht an Wirkstoffmengen und/oder -konzentrationen, sondern an unterschiedlichen Verdünnungsgraden und Verarbeitungsprozessen. Dafür, dass Stoffe durch Verschüttelung oder Verreibung bis hin zu allerhöchsten Verdünnungsgraden in einer ohnehin fraglichen Wirkung verstärkt werden und dass diese „Wirkung“ gar auf das Trägermedium übertragen wird, gibt es nicht den allergeringsten Hinweis.

Wie steht es um die Therapieerfolge durch homöopathische Verfahren? Gemäß Paragraph 1 Arzneimittelgesetz müssen Arzneimittel auf ihre Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit geprüft werden. Die Industrie investiert Milliardenbeträge, um Therapieerfolge nachweisen zu können und den Nachweis der Unbedenklichkeit und Qualität zu erbringen.

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Gen-Erlöser

Was immer wieder beeindruckt in der Politikberatung, sind Experten, die für scheinbar alles Lösungen parat haben. Martin Luther King hat für solche Leute das Lebensmotto ausgegeben. Kein Problem wird gelöst, sagte der unverzagte Baptistenpastor, wenn wir darauf warten, dass sich Gott darum kümmert. Der Weltgesundheitsorganisation bleibt in der Zika-Krise kaum etwas anderes übrig, als danach zu handeln, erst recht nicht nach den Seuchenmanagementdebakeln der jüngsten Zeit; Stichwort Ebola. In den sechziger Jahren hatte man allerdings noch die Hände in den Schoß gelegt und war felsenfest überzeugt, dass Moskitos nach den radikalen Giftattacken allenfalls in versteckten Winkeln Afrikas noch Krankheiten übertragen könnten. Heute ist Dengue-Fieber weltweit dreißigmal so häufig wie vor fünfzig Jahren, Malaria wütet ungebrochen in den Tropen und das von Aedes-Mücken übertragene Zika-Virus macht die schönste Sache der Welt zum finsternen Glücksspiel in nun schon sechzig Ländern der Erde. Ein fertiges Rezept dagegen hat die Weltgesundheitsorganisation zwar keines, aber wie gesagt: veritable Problemlöser, sogar eine Art eigener Expertenkultur. Im neuesten halbjährlichen Zika-Strategiebericht wird kein auch nur halbwegs praktikables oder theoretisches Mittel ausgelassen, das man im Kampf gegen Zika in Stellung bringen könnte. Neben intensiver Schwangeren- und Paarberatung gehören dazu auch Feldversuche mit manipulierten Moskitos, die entweder mit radioaktiver Strahlung steril gemacht oder durch einen gentechnischen Eingriff ins Erbgut über kurz oder lang ausgerottet werden sollen. Schwere Waffen also. Leider ist Abschreckung bei den Blutsaugern völlig zwecklos. Deshalb müssen wir annehmen, dass die Weltgesundheitsorganisation die Anwendung dieser ultimativen Biowaffen auf dem Schlachtfeld Natur ernsthaft in Betracht zieht – zumal die neue Gentechnik mit „Crispr-Cas09“ inzwischen schon so etwas wie einen Routinestatus genießt und die neuen Ausrottungstechnologien mit Namen wie *gene drive* („Genantrieb“) belegt werden, die einen eher an selbstfahrende Autos denken lassen als an die evolutionäre Dimension des Eingriffs. Was in der Lösungsrhetorik der Weltgesundheitsorganisation untergeht: Niemand will das, am wenigsten die Innovatoren selbst. Die nationalen Wissenschaftsakademien in Washington jedenfalls haben das Problem – nicht als Erste und nicht zum ersten Mal, aber zeitlich geschickt synchronisiert mit dem WHO-Papier – klar formuliert: viel zu riskant, viel zu früh, Expertenstreit in der Expertenkultur. Er erinnert uns daran, was der Geistesarbeiter Luther wohl ahnen mochte, worin sich Leonardo da Vinci als König der Lösungsstrategen aber längst ganz sicher war: „Die meisten Probleme entstehen bei ihrer Lösung.“ jom

Erster Impfstoff gegen Zika wird getestet

Der erste experimentelle Impfstoff gegen das Zika-Virus ist von der amerikanischen Zulassungsbehörde FDA für eine klinische Studie zugelassen worden. Etwa vierzig gesunde Menschen sollen ab August oder September mit der DNA-Vakzine geimpft werden, um die Sicherheit des Mittels zu testen. Der Impfstoff mit der Bezeichnung GLS-5700, der von der amerikanischen Firma Inovio und der südkoreanischen Firma GeneOne Life Science hergestellt wurde, enthält Genabschnitte, die Hüllproteine des Erregers bilden. Er wird in die Haut der Probanden gespritzt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation arbeiten derzeit 18 Unternehmen an der Entwicklung eines Zika-Impfstoffs. F.A.Z.

Industrie-Schadstoffe in der Tiefsee

Die Schadstofffrachten des Menschen erreichen die tiefsten Stellen der Planetenoberfläche. Das haben Alan Jamieson und seine Kollegen von der University of Aberdeen bei ihren Tiefsee-Expeditionen in den gut elf Kilometer tiefen Marianengraben im Pazifik und zum zehn Kilometer tiefen Kermadecgraben vor Neuseeland herausgefunden. Die Forscher haben Flohkrebe untersucht, die sie zwei Jahre zuvor aus dem Sediment der Tiefsee geborgen hatten. Wie sie der Zeitschrift „Nature“ zufolge auf einer Konferenz in Schanghai berichteten, wurden vor allem langlebige organische Schadstoffe wie krebserregendes PCB und polybromierte Diphenylether gefunden – im Marianengraben sogar in Konzentrationen, die höher liegen als im Perlflosser oder Liao He, zwei der am stärksten verschmutzten Flüsse Chinas. F.A.Z.

Leichtsinn mit Antidepressiva

Ob Medikamente gegen Depression jungen Menschen wirklich helfen können, bleibt auch nach Dutzenden Studien unklar. Ein Skandal. Seite N2

Die russischen Revolutionen

Eine Tagung ging über die alten Fogen nach der bolschewistischen Machtergreifung hinaus – und fand den stalinschen Führerkult schon bei Liberalen. Seite N3

Blinde Treue zum falschen System

Das Karlsruher Urteil zur Akkreditierung von Studiengängen war ein Paukenschlag. Die Kultusminister stellen sich taub und machen weiter wie bisher. Seite N4

Fortsetzung von Seite N1

Der Irrweg Homöopathie

Homöopathische Mittel werden dagegen ausschließlich an Gesunden „geprüft“, wobei ein Heilungserfolg dabei natürlich nicht Gegenstand der Prüfung sein kann. Es gibt bislang keine als hinreichend seriös einzustufende Studie, in der ein Therapieerfolg durch ein homöopathisches Mittel zweifelsfrei nachgewiesen wurde. Die sogenannte „Erstverschlimmerung“ des Krankheitsbilds wird immer wieder als Therapieerfolg gewertet, dürfte jedoch der Tatsache geschuldet sein, dass dieses Phänomen in erster Linie den natürlichen Verlauf einer Erkrankung widerspiegelt.

All das wirft einen belebten Blick auf das bis heute gültige homöopathische Weltbild, ohne dass in der Homöopathie jemals über die Richtigkeit dieses Weltbilds kritisch reflektiert wurde. Im Gegenteil: Politik und verfasste Ärzteschaft haben aktiv zur Wegbereitung und Verbreitung beigetragen.

So fand die Homöopathie Eingang in das Arzneimittelgesetz AMG und das Sozialgesetzbuch. 1978 wurden erste Regelungen zu homöopathischen Mitteln in das AMG aufgenommen. Nach Paragraph 38 können homöopathische Mittel nach einer Registrierung ohne fachliche Zulassungsprüfung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in den Handel gebracht werden. Dazu hat in den neunziger Jahren der Jurist Rüdiger Zuck in einem Rechtsgutachten durch Einführung des Begriffs „Binnenanerkennung“ Hilfestellung geleistet. Danach obliegt die Entscheidung, ob ein Verfahren, das zu Lasten der Krankenkassen erbracht werden soll, ausschließlich einer Personengruppe, die der jeweiligen Therapierichtung (Homöopathie) angehört.

Bis 1997 war im Sozialgesetzbuch V festgeschrieben, dass nur solche Leistungen erbracht werden dürfen, die dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen. 1997 wurde dieser Passus auf der Basis der Binnenanerkennung wie folgt ergänzt: „... nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der jeweiligen Therapierichtung“. Die Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlicher Medizinischer Fachgesellschaften hat dagegen vehement interveniert. Ein Ersatz eines wissenschaftlichen Wirksamkeitsnachweises durch Rückzug auf eine „Binnenanerkennung“ als Schutz vor wissenschaftlichen Überprüfungen dürfe nicht akzeptiert werden. Trotz dieser berechtigten Kritik hat der Bundestag dieser Änderung zugestimmt. Seit einigen Jahren erstatten zahlreiche gesetzliche Krankenkassen die Kosten für homöopathische Mittel.



„Ein fragwürdiger Einsatz von Ressourcen.“ Professor Karl-Friedrich Sewing

Foto privat

Auf Beschluss des Deutschen Ärztetages 2003 gibt es in der ärztlichen Musterweiterbildungsordnung eine Zusatzweiterbildung Homöopathie. Die enthält nahezu alle homöopathischen Elemente, wie Erfahrungen und Fertigkeiten in der homöopathischen Lehre der akuten und chronischen Krankheiten und ihrer spezifischen homöopathischen Behandlung. Sicher kann man die Bemühungen um eine evidenzbasierte Medizin nicht formulieren.

Was bleibt von der Homöopathie übrig? Es ist die unverständliche Erkenntnis, dass ein medizinischer Irrweg trotz aller berechtigten und immer wieder vorgetragenen Kritik an ihrer Existenzberechtigung nach wie vor Anhänger und Befürworter findet, die den Heilsversprechen der Homöopathie glauben. Es ist unverständlich, dass einerseits homöopathische Mittel durch die gesetzliche Krankenversicherung erstattet werden dürfen, andererseits immer wieder Berichte zu einer sehr restriktiven Erstattungsbereitschaft notwendiger therapeutischer oder rehabilitierender Maßnahmen in die Öffentlichkeit gelangen. Wenn der jährliche Umsatz eines Unternehmens für homöopathische Mittel im dreistelligen Millionenbereich mit nicht unerheblichen Gewinnmargen liegt, dann stellt sich die berechtigte Frage nach der politischen Notwendigkeit, diesem fragwürdigen Einsatz von Ressourcen ein Ende zu bereiten. Es ist auch unverständlich und kritikwürdig, dass die Bremer Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Eva Quante-Brandt in diesem Jahr die Schirmherrschaft über die 165. Jahrestagung des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte übernommen hat und die ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrats und 1999 Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Dagmar Schipanski, Schirmherrin der Homöopathie-Stiftung des Zentralvereins ist.

Es ist zu hoffen, dass die jüngst gegründete und von Ärzten getragene Initiative „Informations-Netzwerk Homöopathie“ mit ihrer Kritik und ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit, der Politik und Ständespolitik hinreichend Resonanz findet und dazu beiträgt, dass der Homöopathie als Bestandteil ärztlichen und nichtärztlichen Handelns endlich ihr Platz in der ärztlichen Praxis entzogen wird.

Karl-Friedrich Sewing ist Mediziner und Pharmakologe. Er leitete das Institut für Allgemeine Pharmakologie der Medizinischen Hochschule Hannover und war sechs Jahre lang Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer, drei Jahre lang dessen Vorsitzender.



Ein Jemenchamäleon ((Chamaeleo calytratus) bei der Jagd

Foto Eric Bach / A1PIX

Superkleber auf der schnellen Zunge

Extrem zäher Speichel sorgt bei Chamäleons offenbar dafür, dass es für Beute kaum ein Entrinnen gibt. Der Schleim auf der Zunge der Tiere sei gut 400 Mal so zäh wie menschlicher Speichel, berichten Wissenschaftler in der Zeitschrift „Nature Physics“. Die enorme Viskosität könnte erklären, warum Chamäleons selbst Beute mit nahezu einem Drittel ihres eigenen Gewichts zu überwältigen vermögen. Chamäleons lauern ihrer Beute regungslos auf. Sobald ein Tier nahe genug kommt, aktiviert das Chamäleon einen Muskelkomplex, der die Zunge blitzschnell aus dem Maul schießen lässt. Sie streckt sich bis zu doppelter Körperlänge und schnalzt dann sofort zurück. Chamäleons fangen so Tiere ganz unterschiedlicher Größe – von der Ameise bis zur kleinen Eidechse. Zur Funktion der Zunge wurde bisher angenommen, dass sich die Beute an der Oberfläche verhakht oder dass sie festgesaugt wird. Pascal Damman von der Universität de Mons in Belgien hat mit seinen Kollegen jetzt gezeigt, dass allein schon der Speichel klebrig genug ist, um den Fang zu sichern. Die Forscher hatten ein kleines Glasplättchen vor die Beute eines Chamäleons gestellt und so den Schleim gesammelt, den das Tier bei einer Attacke dort zurückließ. Das vollgespeichelte Plättchen legten sie dann auf eine Schräge und ließen Metallkugeln darüber rollen. Die Viskosität, also die Zähflüssigkeit des Schleims, bestimmt, wie stark die Kugeln haften bleiben. (dpa)

Was in jungen Köpfen schiefgehen kann

Kinder und Jugendliche mit Depressionen stellen für den Arzt eine besondere Herausforderung dar. Denn eine Psychotherapie, die Behandlung der ersten Wahl, schlägt für gewöhnlich erst nach Wochen bis Monaten an. Mitunter ist sie auch nicht verfügbar oder kommt für die Betroffenen und deren Angehörigen nicht in Betracht.

In solchen Situationen liegt der Griff zum Rezeptblock nahe. Die Schwierigkeit dabei ist: Ob und wie gut Antidepressiva bei Kindern und Teenagern wirken und vor allem, wie sicher sie sind, lässt sich bislang nicht mit Sicherheit sagen. Einmal mehr vor Augen führen das die Ergebnisse einer aktuellen Analyse, der die Daten von 34 einschlägigen Medikamentenstudien, und zwar sowohl veröffentlichten als auch unveröffentlichten, zugrunde liegen. Die darin einbezogenen Patienten, knapp 5300 Mädchen und Jungen im Alter zwischen neun und achtzehn Jahren, hatten an mäßiger bis schwerer Depression gelitten. Heranwachsende mit unterschwelliger und solche mit extrem starker Depression waren in der Analyse nicht berücksichtigt worden. Wie der Psychiater Andrea Cipriani von der Oxford-Universität und sein Team im „Lancet“ berichten, fanden sie keine Hinweise, dass die untersuchten 14 Antidepressiva besser wirken als Placebo. Es gab jedoch eine Ausnahme. So schien Fluoxetin, ein Vertreter der Serotonin-Wiederaufnahmehemmer, die Beschwerden der Betroffenen nachhaltiger zu lindern als die Scheintherapie. Auch für dieses Medikament wollten die Wissenschaftler allerdings nicht ihre Hand ins Feuer legen. Die Datenlage sei viel zu dünn, schreiben die Wissenschaftler. Denn fast alle 34 Studien wiesen erhebliche Schwächen auf. Viele enthielten zu wenige Teilnehmer oder waren aus anderen Gründen extrem anfällig für Fehlinterpretationen. So gab es mehrere Studien, bei denen die Patienten teilweise wussten, welches Mittel – Antidepressivum oder Placebo – sie einnahmen. Eine solche „Entblindung“ kann die Wirkung des Psychopharmakons aber nachhaltig verstärken und jene des Scheinmedikaments zugleich stark verringern. Denn bei Depressionen und vielen anderen Erkrankungen gehen bis zu 30 Prozent des therapeutischen Erfolgs auf Placeboeffekte zurück.

Was die Sicherheit der untersuchten Psychopharmaka angeht, konnten Cipriani und seine Kollegen die bestehenden Bedenken nicht ausräumen. Ein Medikament schnitt dabei besonders schlecht ab, und zwar das zur Gruppe der Serotonin-Noradrenalin-Wiederaufnahmehemmer zählende Venlafaxin. Dieses ging mit einem deutlich erhöhten Risiko für suizidale Gedanken und Handlungen einher. Wie die Autoren klarstellen, kommt

Ernüchterung bei der Behandlung von Depression: Ob die gängigen Arzneien bei Jugendlichen wirken, bleibt trotz Dutzender Studien weiter unklar.

Von Nicola von Lutterotti



Die Pharmaindustrie hat an Medikamentenstudien wenig Interesse.

Foto dpa

das keineswegs einem Freibrief für die anderen 13 Medikamente gleich. Aufgrund der schlechten Datenlage hätten sie nämlich nicht klären können, ob und wie nachhaltig die einzelnen Antidepressiva das Auftreten von Selbstzweifelsphantasien begünstigen oder verstärken. Diese Nebenwirkung, die vor allem Heranwachsende betrifft und vornehmlich in den ersten Therapiewochen beobachtet wird, hat die Arzneimittelbehörden schon vor Jahren dazu veranlasst, eine einschlägige Warnung auszusprechen. Besondere Vorsicht sollten Ärzte demnach walten lassen, wenn sie depressiven Kindern und Jugendlichen Serotonin-Wiederaufnahmehemmer verschreiben.

Laut Jon Jureidini von der University of Adelaide in Australien haben die Erkenntnisse des internationalen Forscherteams „verstörende Implikationen für die Praxis“. Wie der australische Kinderpsychiater in einem begleitenden Editorial betont, dürften die untersuchten An-

tidepressiva in Wahrheit noch schlechter abgeschnitten haben, als die Ergebnisse der vorliegenden Analyse suggerieren. Denn in einigen der 34 Studien seien unliebsame Ergebnisse unterschlagen worden. Zudem hätten sich manche Pharmafirmen geweigert, den Autoren die (anonymisierten) Daten der einzelnen Patienten zur Verfügung zu stellen. Diese Haltung bezeichnet Jureidini als „schockierend“. Probanden wissenschaftlicher Studien hätten schließlich ein Recht darauf, dass die mit ihrer Beteiligung gewonnenen Daten den größtmöglichen medizinischen Nutzen erzielen. Dennoch sieht der Kinderpsychiater keinen Anlass zu therapeutischem Ni-

keiner Stimmungsaufhellung. In dieser Phase bestehe daher eine erhöhte Gefahr, dass suizidale Absichten in die Tat umgesetzt werden. Auf längere Sicht könne aber möglicherweise das Gegenteil der Fall sein. „Nachdem die amerikanischen und europäischen Arzneimittelbehörden in den Jahren 2003 und 2004 davor gewarnt hatten, wurden depressive Kinder und Jugendliche sehr viel seltener als zuvor mit Serotonin-Wiederaufnahme-Hemmern behandelt. Danach ist die Häufigkeit von Suiziden aber nicht zurückgegangen, sondern vielmehr angestiegen.“ Das sei zwar kein Beleg für eine kausale Beziehung, zeige aber die Dringlichkeit, die Wirkung von Antidepressiva im Kindes- und Jugendalter eingehend zu untersuchen. „Wenn ein Medikament bei Erwachsenen wirkt, heißt das nicht, dass es auch Kindern zugutekommt“, sagt Banaschewski. Das müsse erst in eigenständigen Studien überprüft werden. Die Pharmafirmen hätten an solchen Untersuchungen allerdings wenig Interesse. Denn die Zahl der jungen Patienten, für die eine Behandlung mit Antidepressiva in Frage komme, sei nicht groß genug, um teure Medikamentenstudien zu rechtfertigen.

Die Arzneimittelbehörden fordern solche Studien allerdings schon länger ein. Seit 2006 verpflichten sie die Pharmahersteller dazu, neu zugelassene Medikamente auch bei Minderjährigen zu testen – offenkundig mit wenig Erfolg. Bislang sind nur Fluoxetin und Trizyklika, eine alte Gruppe von Antidepressiva, zur Behandlung depressiver Kinder und Jugendlicher zugelassen. Das Absurde an dieser Situation, so Banaschewski: „Laut Leitlinien sollten trizyklische Antidepressiva nicht zur Behandlung von Depression bei Kindern und Jugendlichen verwendet werden, weil sie bei diesen nicht wirken und obendrein mitunter lebensbedrohliche Herzrhythmusstörungen hervorrufen können. Dennoch werden sie den Betroffenen hierzulande nach wie vor verschrieben.“

Auch Johanniskraut sei im Kindes- und Jugendalter unwirksam und, anders als viele glauben, nicht völlig unbedenklich. Klaus Lieb, Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz, hält Studien unter anderem auch deshalb für dringlich, weil bislang unklar ist, welche Spuren Psychopharmaka im noch nicht ausgeformten Gehirn hinterlassen. Dieses sei sehr viel empfindlicher als jenes von Erwachsenen. Zugleich warnte er davor, die Antidepressiva von heute auf morgen nicht mehr einzunehmen. Wenn der Patient gut auf das Medikament anspreche, gebe es hierzu auch keinen Grund. Ein plötzlicher Therapieabbruch könne zudem starke Entzugssymptome hervorrufen. Es sei daher wichtig, mit dem Arzt zu sprechen und die Medikamente gegebenenfalls langsam abzusetzen.

Ist Unterernährung auch ein Immundefekt?

Jedes Jahr sterben mehr als drei Millionen Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung. Claire Bourke von der Queen-Mary-Universität in London ist der Ansicht, dass sich diese Tragödie nicht allein durch eine bessere Ernährung verhindern lässt. Sie betrachtet Unterernährung als Immunkrankheit und begründet dies unter anderem damit, dass die Betroffenen zumeist an einer Infektion sterben, nicht an einer Auszehrung. Un-

ser traditionelles Bild von Unterernährung sei sehr oberflächlich, schreiben Bourke und ihre Kollegen in der Zeitschrift „Trends in Immunology“ (doi.org/10.1016/j.it.2016.04.003). Es sei das Bild von Menschen, die immer fragiler werden. Unterernährung sei aber mehr als ein zu geringes Körpergewicht und eine zu geringe Körpergröße. Sie führe auch zu Problemen mit dem Immunsystem, was die Betroffenen anfällig für Infektionen mache, so die Wissenschaftler weiter.

Allerdings ist derzeit noch nicht klar, was Ursache und was Wirkung ist. Ist

das Immunsystem angeschlagen, weil es zu wenig Energie für seine Aktivitäten erhält, oder sind die Betroffenen unterernährt, weil ihr Immunsystem durch eine epigenetische Prägung aus der Schwangerschaft in Mitleidenschaft gezogen ist? Man weiß jedenfalls, dass sich die Ernährung der Vorfahren über solche Prägungen im Genom auch auf die Gesundheit der Nachkommen auswirkt.

Unterernährung ist mit einer Reihe immunologischer Probleme verbunden. Die Betroffenen haben weniger weiße Blutkörperchen, produzieren mehr entzündungsfördernde Botenstoffe, lassen

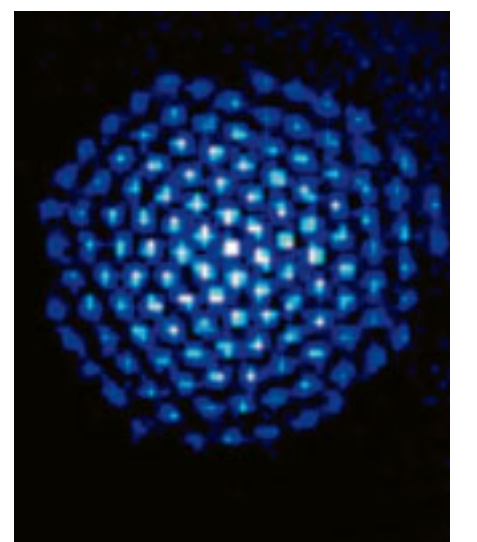
mehr Keime durch ihre Haut und ihren Darm passieren und haben Probleme mit den Lymphknoten. Auch die Darmfunktion ist beeinträchtigt. Bourke und ihre Kollegen sind der Ansicht, dass sich Unterernährung nur dann effizient beseitigen lässt, wenn auch etwas gegen diese immunologischen Probleme getan wird. Falls sie mit dieser Sicht recht haben, wäre für die Ausrottung des Hungers mehr nötig als größere Essensportionen. Die Vereinten Nationen haben sich offiziell zum Ziel gesetzt, bis zum Ende des 21. Jahrhunderts den weltweiten Hunger zu beseitigen. hka.

Künstlicher Kristall in Einzelhaft

Wenn Materialforscher neue Werkstoffe entwickeln – etwa für noch schnellere Datenspeicher, effizientere Stromkabel oder bessere Displays –, dann würden sie am liebsten im Voraus berechnen können, welche Eigenschaften der Stoff aufweisen muss. Doch das gelingt bis heute nicht wirklich. Grund ist eine fundamentale Hürde, die der Physiker und Nobelpreisträger Richard Feynman schon 1981 erkannte. Seiner Meinung nach wären selbst die leistungsfähigsten Supercomputer überfordert, Phänomene wie Magnetismus und Elektrizität bis ins kleinste Detail zu berechnen. Will man Antworten finden, so müsse man laut Feynman völlig neuartige Rechenmaschinen bauen: Sogenannte Quantensimulatoren. Fünfunddreißig Jahre später nun sind amerikanische Physiker der Vision Feynmans ein großes Stück näher gekommen. Die Wissenschaftler vom National Institute of Standards and Technology in Boulder (Colorado) haben den bislang größten Quantensimulator geschaffen. Er besteht aus mehr als 200 Beryllium-Ionen, die einen perfekten Kristall bilden und obendrein alle miteinander verschränkt sind. Mit dem System konnte man einen bekannten magnetischen Effekt simulieren.

Die Forscher um John Bollinger haben eine Wolke von Berylliumionen in eine zylindrische Ionenfalle eingesperrt, festgehalten und mit Laserlicht stark abgekühlt. Aufgrund der gegenseitigen elektrostatischen Abstößung bildeten die Ionen einen winzigen dreidimensionalen Kristall. Die geladenen Berylliumatome nahmen dabei feste Gitterplätze ein. Die Spins der Atome richteten sich parallel zum homogenen Magnetfeld der Ionenfalle aus. Mit abgestimmtem Laserlicht koppelten die Forscher dann je zwei Spins miteinander.

Mit den gekoppelten Ionen konnte man bereits ferromagnetisches und antiferromagnetisches Verhalten simulieren, wie man es bei magnetisiertem Eisen beobachtet. Ein gezielter Mikrowellenpuls kippte alle Spins dann plötzlich um 90 Grad aus ihrer ursprünglichen Orientierung, was zu einer Verschränkung dieser winzigen Elementarmagnete führte. Auf diese Weise konnten Bollinger und seine Kollegen bis zur 219 Ionen in einen kollektiven Zustand bringen, den Einstein einst als spukhafte Fernwirkung bezeichnete („Science“, Bd. 352, S. 1297). Nach einer kurzen Pause lösten sich die Spins aus ihrer Starre, und sie begannen in alle möglichen Richtungen zu zeigen. Dieses Depolarisierung war von starker Fluoreszenz begleitet, anhand derer die Forscher „sehen“ konnten, welche magnetische Ordnung wieder in der Falle herrschte. mli



Nur einen Millimeter Durchmesser hat dieser künstliche Kristall aus mehr als 200 verschränkten Berylliumionen. Foto Nist

Die russische Revolution und die Stadtnarren

Eine internationale Tagung der Petersburger Universität

Noch nie sei die Russische Revolution auf so viel öffentliches Interesse gestoßen. Und noch nie habe er sich so oft wie ein Idiot gefühlt, scherzt der Historiker Boris Kolonizki von der Europäischen Universität Sankt Petersburg auf der großen Konferenz, die seine Hochschule dem Jahrhundertereignis widmet, dessen Jubiläum 2017 bevorsteht. Denn die Journalisten, die bei ihm anklopfen, wollen Eins-zu-Eins-Vergleiche, sagt Kolonizki. Gleichet die russische Wirtschaftskrise 2016 nicht der Versorgungskrise am Vorabend der Februarrevolution, ist Putin nicht von lauter Rasputins umgeben? Doch die Gegenwart stelle auch ernste Fragen an die Geschichtswissenschaft. Er habe, so der Gelehrte, die volle Bedeutung von Telegraf und Eisenbahn 1917 erst während der Facebook-Revolutionen des arabischen Frühlings erfasst.

Immer wieder drängt die Gegenwart ins Tagungsgespräch. Wie lässt sich die Entfernung zwischen der wissenschaftlichen Erforschung der Revolution und ihrer Beleuchtung in den Massenmedien verkürzen? In der Öffentlichkeit gäben russisch-orthodoxe Monarchisten mit Rückendeckung von Kulturminister Wladimir Medinski, dessen historische Habilitation als Plagiat enthüllt wurde – freilich ohne dass das für ihn Konsequenzen gehabt hätte –, den Ton an, erklärt Wladimir Kalaschnikow. Sein Kollege Wladimir Izmozik macht den Monarchisten als „unseren Stadtnarren“ sprachlich kurzen Prozess. Doch auch in London oder New York sei die Situation keineswegs ideal, meinen die westlichen Kollegen. Dort stünden in Flughafenbuchhandlungen zwar nicht, wie in Russland, seriöse wissenschaftliche Werke neben Neuauflagen der „Protokolle der Weisen von Zion“. In die reichbilderten Schinken der angloamerikanischen Popularisierer fänden neue wissenschaftliche Erkenntnisse aber auch keinen Eingang. Ihr Untersuchungsgegenstand sei die überdimensionierte Warze auf Rasputins Penis, dank deren er angeblich der Hofdame der Zarin den Verstand raubte.

Es gibt etliche neue Erkenntnisse: Etwa zur Leichtigkeit, mit der sich die Februarrevolution an den Rändern des Zarenreiches ausbreiten konnte, wie Sergej Girik aus Kiew und Andrej Kuschko aus dem moldawischen Kischinaw zu berichten wissen. Diese Leichtigkeit lässt auf eine starke Fragmentierung der lokalen Bürger und Adeligen, Verwaltungsbeamten und Richter schließen. Die Anwesenheit von Historikern aus ehemaligen Sowjetrepubliken, zumal der Ukraine, wird allseits hervorgehoben. Doch, so merkt Alexej Miller aus Petersburg/Budapest an, der ohnehin viel zu russozentrische Blick auf die Revolution verstärkt sich durch die Renationalisierung in den Exrepubliken noch. So gerät die Verzahnung von Zentrum und Peripherie vollends aus dem Blickfeld.

Bemerkenswerterweise hat sich die gesamte Revolutionsgeschichtsschreibung von Klassen und Gesetzmäßigkeiten, von einer automatischen, ursächlichen Beziehung zwischen Klasse und Partei – etwa: Arbeiter sympathisieren mit den Bolschewiken – entfernt. Wenn von Politik die Rede ist, geht es um Machttechnik und politische Kultur, nicht um Klassenkämpfe. Kolonizki berichtet, wie stark schon 1917 der Führerkult in allen Parteien verbreitet war, nicht erst später bei Lenin und Stalin. Seine Archäologie des „woschd“- (Führer-)Diskurses förderte ein Zitat vom Parteitag der liberal-bürgerlichen Konstitutionellen Demokraten im Mai 1917 zutage: „Hoch lebe unser

Zentralkomitee, hoch lebe unser Führer Pawel Nikolajewitsch Miljukow.“ Auffällig präsent ist auch die Emotionsgeschichte, etwa als Bill Rosenberg (Ann Arbor) von den traumatischen Gefühlen des „Verlusts in all seinen Dimensionen“ sprach – Brutalisierung im Ersten Weltkrieg, Pogrome, Flucht, Hunger und Tod.

Kritik ruft der gewohnt provokante Moskauer Wladimir Buldakow, Spitzname Buldozerow, hervor, der ebenfalls auf Emotionen abhebt, aber ohne die neuere Emotionsgeschichte zur Kenntnis genommen zu haben: Für ihn ist die Crux die fehlende russische Renaissance und Reformation, deshalb sieht er den „homo rossicus“ als infantil und emotional, die Revolution als Ausbruch der angestauten „psychoemotionalen Archaik“. Buldakow ist das Beispiel eines reformierten Sowjethistorikers, der das Kind der marxistisch-leninistischen Gesetzmäßigkeiten mit dem Bade ausgeschüttet hat und jetzt nur noch überall den primitiven Muschik sieht.

Symptomatisch, wie wenig zur Oktoberrevolution vorgetragen wird. Noch vor einem Vierteljahrhundert war sie Dreh- und Angelpunkt aller Diskussionen. Für Sowjethistoriker und westliche linke Sozialhistoriker war der Oktober damals der Kulminationspunkt einer Massenbewegung von unten, an deren Spitze sich die Bolschewiken gesetzt hatten. Westliche konservative Historiker sprachen vom Oktoberputsch, bei dem die kleine Clique die Macht an sich riss, gegen den Willen der Bevölkerung. Später kam die Deutung auf, dass die Bolschewiken im Oktober am besten in der Lage waren, das Machtvakuum auszufüllen.

Hat sich diese Position durchgesetzt, ist es Konsens geworden, dass die Oktoberrevolution ein Nicht-Ereignis war? Alle Teilnehmer heben die Prozesshaftigkeit der Revolution hervor. Die ganze Tagung segelt unter der Flagge „Die Epoche der Kriege und Revolutionen (1914–1922)“. Streit gibt es nur bei der Frage, wann der Prozess begann – mit der Revolution von 1905? Mit dem Ersten Weltkrieg? Mit der Februarrevolution? Und wann endete er – mit der Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1918? Mit dem Ende des Bürgerkriegs 1922? Gleichwohl ist die Gretchenfrage zur Unausweichlichkeit der Oktoberrevolution geblieben. Für Dan Orlovsky (Dallas) war die Provisorische Regierung alles andere als eine Totgeburt; er sah den Roten Oktober als das Ergebnis einer unglücklichen Verkettung von Umständen. Auch Walter Benjamin „Sprung unter dem freien Himmel der Geschichte“ wird beschworen, von Mark Steinberg (Urbana-Champaign). Rosenberg dagegen sieht das Gewicht der kumulativen Probleme, die auf dem Zarenregime und nach dem Februar auf der Provisorischen Regierung lasteten, als so schwer, dass der Oktober unvermeidlich war.

Am Ende drängen doch noch einmal die „Stadtnarren“ in den Saal. Die Europäische Universität, Aushängeschild des demokratischen Russlands, macht Tagungen öffentlich. Ein Gast faselt von Deutschen und Russen als zoroastrischen Völkern, die nicht umhinkönnten, den Staat zu vergöttern. Man lässt ihn höflich ausreden. Und fühlt sich plötzlich wieder sehr einig – jung, alt, russisch, westlich, hybrid-diasporisch, links, liberal, konservativ, exsojietisch, postpositivistisch, postmodern und postpostmodern.

JAN PLAMPER

Der Autor ist Professor für Geschichte am Goldsmiths College der University of London.

Ein sozialphilosophischer Gedanke, mit Hegel gelesen

Anerkennung und Substanz

Als philosophischer Klassiker erweist sich Hegel auch durch seine Erörterung des Phänomens der Anerkennung. Auf Hegel beruft man sich, wenn es gilt, Anerkennung als grundlegendes Element einer Sozialordnung auszuweisen. Von Hegel selbst her gesehen, könnten solche Versuche freilich als zu weitgehend kritisiert werden, meint der Göttinger Philosoph Martin Sticker („Hegels Kritik der Anerkennungsphilosophie. Die Aufhebung verwirklichter Anerkennung in der Phänomenologie des Geistes“, in: Hegel-Studien 49, Hamburg 2016).

Sticker begründet seinen Standpunkt durch eine Analyse der einschlägigen Kapitel der „Phänomenologie des Geistes“, wo der Anerkennungsgedanke im Zuge der Betrachtung des Selbstbewusstseins entwickelt wird und nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zum Absoluten darstellt. Hegel halte bloße „Anerkennung“ für defizitär, weil an deren Seite noch die „Reflexion auf die sittliche Substanz“ treten müsse, um auch „übersteigerte Subjektivität“, die sich ja durchaus wechselseitig anerkennen mag, zu überwinden. Dass es Hegel auf Grundlagen, die den Subjekten jedenfalls teilweise nicht verfügbar sind, mindestens so sehr ankommt wie auf Anerkennung selbst, exemplifiziert Sticker an dessen Bemerkungen über die christliche Gemeinde.

Zur gegenwärtigen Debatte trägt Sticker dieses als „Euphoriebremse“ charakterisierte Argument bei: Anerkennung

bevorzuge, hegelisch gesprochen. Subjektivität vor sittlicher Substanz. Und das Anerkennungsmodell könne naheliegenderweise auch nichts zur aktuellen Diskussion über das Verhältnis von Mensch und Tier, Mensch und Umwelt sowie gegenwärtige und zukünftige Generationen beitragen. Nur solche Konflikte könne es zu lösen helfen, in die allein gegenwärtig handlungsfähige Akteure involviert sind.

Mit Hegel, so Sticker, wäre Axel Honneth, der seinen Schlüsselbegriff der Anerkennung ausdifferenziert in Hinsicht auf die Elemente Liebe, Respekt und soziale Wertschätzung, entgegenzuhalten, auch das sei allein unzureichend. Der amerikanischen Politologin Nancy Fraser etwa, die neben dem Gedanken der Anerkennung einen der Umverteilung für notwendig erachtet, wäre zu entgegenen, dass diese eher durch Reflexion ergänzt werden müsse. Und zu Charles Taylors Gedanken einer Anerkennung von Differenz und „unverwechselbarer Identität“ wäre zu sagen, sie sei nur dann zu rechtfertigen, wenn die (jeweilige) „sittliche Substanz“ dies zulässt.

In erster Linie versteht Sticker seine Arbeit als exegetisch. Ob die neuen Anerkennungs-theoretiker sich prinzipiell in Frage gestellt sehen oder nur prüfen sollten, ob ihre Hegel-Deutung gut begründet ist, bleibt also offen. Gleichwohl wäre es interessant, zu erfahren, wie sie die „Euphoriebremse“ beurteilen. THOMAS GROSS



Tragikomödie des Schrecklichsten: „Das Leben ist schön“, 1997, mit Nicoletta Braschi und Roberto Benigni

Foto Süddeutscher Verlag

Holocaust als Katharsis

Eine medienwissenschaftliche Tagung in Wien fragt nach der Rolle der Vernichtungspolitik in der Kommunikation – und zwar über nationale Erinnerungskulturen hinaus.

Auch 71 Jahre nach Kriegsende ist der Umgang mit dem Holocaust noch ein hochvermintes Gelände, in dem man sich leicht verirren kann. Schon über die seit Jahren immer wieder diskutierte Frage, wem der Holocaust „gehört“, wird mitunter erbittert gestritten, und auch hier lauern mehr als nur Fettnäpfchen.

Denn im Kern geht es um das, was man heutzutage Erinnerungskultur nennt. Oder genauer: um Geschichtsdeutung. Die Streitpunkte liegen bei diesem sensiblen Thema auf der Hand: Versteht man den Holocaust in bester Absicht als Teil einer globalen Erinnerungskultur und als Verbrechen an der Menschheit, das sich niemals wiederholen darf, so läuft man Gefahr, relativierenden Tendenzen Vorschub zu leisten. Man nimmt dem Massenmord an den Juden so seine Singularität.

Andererseits ist die Partikularisierung der Erinnerung an den Holocaust insbesondere von israelischen Intellektuellen immer wieder kritisiert worden. So sieht etwa die israelische Linke in der jüdischen Exklusivierung des Holocausts traditionell einen Vorwand für Nationalismus und Militarismus. Die Deutung des Holocausts und die Frage, was sie für die globale Völkerverständigung, für Frieden und die Bewältigung nationaler Traumata leisten kann oder soll, sie ist notwendig umstritten.

Umso bemerkenswerter ist ein Forschungsprojekt des Kommunikationswissenschaftlers Jürgen Grimm von der Universität Wien. Anhand der Rezeption des 1955 entstandenen ersten Holocaust-Dokumentarfilms „Nacht und

Nebel“ (Nuit et Brouillard) von Alain Resnais untersucht der Wissenschaftler die Wirkung von Bildern des Holocausts („Communicating History in the Transnational Space. Media-based Holocausts Reception in Eight Countries“).

Das Anliegen dieses ungewöhnlichen und in dieser Form bisher einzigartigen Projektes zur Medienwirkungsforschung ist dabei ausdrücklich pädagogisch: Es soll empirisch untersucht werden, unter welchen sozialen, kulturellen und nationalen Rahmenbedingungen eine humanitätsförderliche, auf friedlichen Ausgleich zielende Geschichtsvermittlung gelingen kann. Der Dokumentarfilm „Nacht und Nebel“ wird dabei als Kommunikationsmittel benutzt, um Menschen ins Gespräch zu bringen.

Begonnen hat Grimm seine Untersuchungen vor sechs Jahren in Österreich und Deutschland, dann folgte Israel, schließlich bereiste er Ungarn, die Ukraine, Russland und Vietnam. Ziel war es dabei nicht, transnationale Universalien der Holocaust-Rezeption herauszuarbeiten. Im Gegenteil, im Mittelpunkt der Untersuchungen stand die Frage, wie sich Medienwirkungseffekte verändern, wenn man die nationalen Rahmenbedingungen austauscht.

Die Ergebnisse seiner Studien stellte Grimm nun auf einer von ihm organisierten Tagung an der Universität Wien vor, die sich der medialen Geschichtsvermittlung im transnationalen Raum widmete. Zur Erhebung valider Daten stützten sich Grimm und seine Mitarbeiter auf ein mehrstufiges Befragungsmodell, das es gestattet, die kommunikative Leistungsfähigkeit einzelner Medienformate empirisch durch Experimental- und Felduntersuchungen zu evaluieren. Abgefragt wurden dabei je vier vergangenheits- beziehungsweise gegenwartsbezogene Ebenen der Informationsverarbeitung, die bei der Rezeption von Medieninhalten stark beansprucht werden, etwa die Auswahl von Fakten beim Wissenstransfer, die Selektion von Botschaften bis hin zur Aggressionskontrolle oder zum Abbau von Vorurteilen.

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass dem Holocaust als Kommunikationskatalysator eine einzigartige transnationale Bedeutung zukommt. Wie keine andere historische Schrecklichkeit erlaubt er es den Menschen,

über Verbrechen und erlittenes Leid in der eigenen Geschichte zu reflektieren, ohne dabei Aggressionen zu entwickeln oder in Rachegefühle zu verfallen. Gerade die Singularität des Holocausts ermöglicht eine Rahmung anderer Konflikte, die diese kommunizierbar und problematisierbar macht. Die kulturelle Ikonisierung des Holocausts als Genozid schlechthin und der zunehmende zeitliche Abstand bewirken ein Übriges.

Damit stützen die Forschungsergebnisse der Wiener Kommunikationswissenschaftler Forderungen nach der Kosmopolitisierung des Holocausts, wie sie Natan Sznaider (Tel Aviv/München) in seinem Vortrag zu den unterschiedlichen internationalen Perspektiven auf den Holocaust formulierte. Und auch der Soziologe Moshe Zuckermann (Tel Aviv/Wien) leitete aus seiner Analyse der Reaktionen der politischen Implikationen der Holocaust-Erinnerung die Forderung nach deren ethischer Universalisierung ab.

Unter den Vorträgen der internationalen Kooperationspartner der Wiener Studie beeindruckte besonders der Beitrag von Hediye Esra Arcan (Istanbul). Die Kommunikationswissenschaftlerin veranschaulichte nicht nur die verzerrte offizielle Erinnerungspolitik der Türkei hinsichtlich des Judentums, sondern machte plausibel, dass die Bereitschaft, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen, als ein Indikator zur kritischen Selbstreflexion dienen kann.

Die Konfrontation mit dem Holocaust, das zeigen die empirischen Studien aus den bisher beteiligten Ländern übereinstimmend, drängt die Rezipienten offensichtlich dazu, sich konstruktiv mit der eigenen nationalen Geschichte und dem eigenen Tun zu befassen.

Bewirken Dokumentationen von anderen Genoziden häufig sogar eine Verengung der jeweiligen nationalen Perspektive und einen Aggressionsaufbau, so haben Bilder vom Holocaust eine kathartische Funktion, die erheblich zu einer kosmopolitischen Weitung der Sichtweise der Rezipienten beiträgt und humanisierend wirkt. Paradoxerweise scheint es gerade seine Einzigartigkeit zu sein, die dem Holocaust und seiner medialen Rezeption dieses Sensibilisierungs- und Humanisierungspotential erschließt. ALEXANDER GRAU

Ein Verein im Dritten Reich

Mäzene und Verräter

Nicht nur Beamtenschaft und Großindustrie, auch große Teile der deutschen Kulturszene waren im Nationalsozialismus bemüht, „dem Führer entgegenzuarbeiten“, wie es der englische Historiker Ian Kershaw ausgedrückt hat. Welche undurchsichtige Mischung aus Opportunismus, persönlichem Ehrgeiz, Profitgier und Mitläufertum dabei im Spiel sein konnte, belegt der inzwischen allgemein bekannte Fall des Kunsthändlers Hildebrand Gurlitt. Wie aber verhielt es sich mit jenen Institutionen, die als Bindeglied zwischen den Museen und Universitäten und der „Volksgemeinschaft“ unter Hitler agierten, etwa den akademischen Gesellschaften und den Kunstvereinen? Ihre Geschichte ist, zumindest was Letztere betrifft, noch nicht annähernd erforscht. Wie man diese Wissenslücke schließen kann, hat jetzt der Kaiser-Friedrich-Museumsverein in Berlin beispielhaft gezeigt.

Vor zwei Jahren gab der Vorstand des Vereins, der heute als Förderverein der Gemäldegalerie und der Skulpturensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin fungiert und über eine stattliche Gemäldesammlung verfügt, bei dem durch seine Forschungen zur Weimarer Republik und zum NS-Regime bekannten Historiker Bernd Sösemann eine Studie zur Vereinsgeschichte zwischen 1933 und 1945 in Auftrag. Deren Ergebnisse fasste Sösemann am vergangenen Donnerstag in einem einstündigen Vortrag im Topoi-Haus der Freien Universität zusammen.

Der Kaiser-Friedrich-Museumsverein, 1896 auf Initiative Wilhelm von Bodes gegründet, ist das Prunkstück der deutschen Kunstvereine. Zu seinen Mitgliedern gehörten James Simon, Rudolf Mosse, Eduard Arnold und James von Bleichröder, die Crème des deutsch-jüdischen Sammler- und Mäzenatentums. Nach der Machtgreifung der Nationalsozialisten stand der Verein zunehmend unter Druck, sich von seinen „nichtarischen“ Mitgliedern zu trennen. Dabei spielte Friedrich Schmidt-Ott, der nach Wilhelm von Bodes Tod im Jahr 1929 die Vereinsleitung übernommen hatte, eine Schlüsselrolle.

Schmidt-Ott, Ende 1918 preußischer Kultusminister, war zwei Jahre später Gründungspräsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, der Vorläuferin der DFG. 1934 wurde er entlassen, obwohl er sich durch Aufsätze in mehreren Zeitungen als Gefolgsmann des neuen Regimes empfohlen hatte. Als Vorsitzender des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins verfolgte er, wie Sösemann zeigte, einen anderen Kurs. Unterstützt von seinem Schriftleiter Bruno Güterbock, der aus einer getauften jüdischen Bankiersfamilie stammte und in gleicher Stellung bei der Deutschen Orient-Gesellschaft tätig war, suchte er in den Verein dem Zugriff der braunen Behörden möglichst lange zu entziehen. Deren Wohlwollen erkaufte er durch die Aufnahme des Volksbildungsministers Bernhard Rust, der seit 1935 als „geborenes Mitglied“ geführt wurde, und wichtiger Funktionsträger der gleichgeschalteten Wirtschaft wie des Bankiers von Stauff und des Flugzeugbauers Ernst Heinkel. Zwar verließen 1933 sechzehn jüdische Mitglieder den Verein, ihren Höchststand hatte die Zahl der Austritte aber bereits 1931 erreicht, als sich viele weniger vermögende Mitglieder auf Grund der Weltwirtschaftskrise den Jahresbeitrag nicht mehr leisten konnten.

Die Radikalisierung der nationalsozialistischen Rassenpolitik Ende der dreißiger Jahre brachte Schmidt-Otts Taktik der „situationen Resistentz“ (Sösemann) an ihre Grenzen. Ende Mai 1938 forderte ihn Rust brieflich auf, binnen drei Wochen mitzuteilen, „ob dem Verein noch Juden als Mitglieder angehören“. Güterbock war im Vorjahr als Schriftführer zurückgetreten, sein Nachfolger Heinrich Zimmermann, nach dem Krieg Generaldirektor der Staatlichen Museen in West-Berlin, empfahl Schmidt-Ott, die Namen der „lebenslänglichen“ jüdischen Altmitglieder zu unterschlagen, um den Verein für „judenrein“ erklären zu können. Am 8. Juni erfolgte die geforderte Erklärung. Dennoch stand der Verein weiter unter Beobachtung. Im Januar 1940 ließ der Vorstand eine Liste erstellen, auf der „vermutlich nichtarische“ Mitglieder durch ein rotes Kreuz markiert waren. Unter ihnen war auch der Kunsthistoriker Max J. Friedländer, der seinen letzten Jahresbeitrag 1937 gezahlt hatte. Friedländer, von Göring geschützt, überlebte den Krieg im holländischen Exil. Anschließend trat er dem neu gegründeten Museumsverein wieder bei. Von 1953 bis zu seinem Tod im Oktober 1958 saß er im Vorstand.

In der Neugründung des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins im Mai 1951 setzt sich für Sösemann die Schmidt-Ottsche Linie des Duckens und Stillhaltens fort. In einem Satzungsentwurf aus dem Vorjahr hatte immerhin noch der Satz gestanden, man wolle sich der Altlasten aus dem Nationalsozialismus „im Sinne der Gesetze“ annehmen. Nun wurde der Passus fallengelassen. Damit, so Sösemann, habe der Verein seine jüdischen Mitglieder ein zweites Mal verraten. Diese moralische Verteilung ging manchem Zuhörer zu weit, wie die anschließende Diskussion zeigte. Aber es bleibt dabei, dass die deutschen Kunstvereine ihre historischen Hausaufgaben zum größten Teil noch zu erledigen haben. Der Kaiser-Friedrich-Museumsverein hat dabei jetzt einen bemerkenswerten Anfang gemacht. ANDREAS KILB

Dann fangen wir doch gleich einmal an

Das Aufschieben notwendiger Arbeit, Prokrastination genannt, wird meist als modernes Krankheitsbild beschrieben. Im Universitätsalltag ist es längst zur Hauptsache geworden.

In ihrem Buch „Dinge geregelt kriegen“ widmen sich Sascha Lobo und Kathrin Passig der Ehrenrettung eines Phänomens, das 2008, als der Band erschien, gerade als schlechende Bedrohung der Volkswirtschaft entdeckt wurde: der Prokrastination. Bezeichnet wird damit eine Arbeitsstörung, bei der die betroffene Person unfähig ist, die Erledigung anstehender Aufgaben zeitlich effizient zu planen. Wichtige, komplexe oder unliebsame Arbeiten werden zugunsten unwichtigerer Tätigkeiten aufgeschoben, bis zu ihrer Erledigung keine Zeit mehr bleibt. Wie Prüfungsangst oder Lampenfieber bei Bewerbungsgesprächen muss Prokrastination nicht in jedem Fall schädlich sein. Der Sinnspruch, dass jedes Ding seine Zeit habe, weist darauf hin, dass gerade anspruchsvolle Aufgaben nicht jederzeit an jedem Ort zufriedenstellend erledigt werden können.

Oft kann monatelange Untätigkeit, wenn auf sie eine Phase konzentrierter Arbeit folgt, produktiver sein als permanente Aktivität. Zur Arbeitsstörung wird Prokrastination erst, wenn das Vertagen von Aufgaben sich verselbständigt und gegen das Individuum kehrt, das sich in seinen To-do-Listen verzettelt wie ein Messie in seinem gesammelten Chaos.

Obwohl Prokrastination bis heute medizinisch nicht als psychische Störung anerkannt ist, hat sich seit der Jahrtausendwende ein arbeits- und motivationspsychologischer Markt zur Vermeidung von Prokrastinationsschäden entwickelt. Einer der frühesten Ratgeber zum Thema war das 1996 auf Deutsch erschienene Buch „Wenn nicht jetzt, wann dann?“ des Arbeitspsychologen Neil Fiore, das in seinem Bemühen, die Menschen zur Eigeninitiative zu ermuntern, noch etwas vom Pathos bürgerlichen Unternehmertums transportierte. Inzwischen haben sich die Bekämpfer von Prokrastination auf die digitalen Medien verlegt. Im Frühjahr dieses Jahres kam eine Anti-Prokrastinations-App für Smartphones heraus, die eine Selbstbeschränkung bei der Gerätenutzung erlaubt. Gegen solche Tendenzen zur immer differenzierteren Selbstkontrolle hatten Passig und Lobo damals ihr Lob der Prokrastination als „überlebenswichtige Kompetenz“ angestimmt, die es den Menschen überhaupt erst ermögliche, kreativ und spontan mit den Anforderungen des modernen Berufslebens umzugehen.

Dass dieser Boheme-Gestus inzwischen an subversiver Kraft verloren hat, lässt sich an jenem Sektor veranschaulichen, in dem Prokrastination als Arbeitsstörung historisch zuerst diagnostiziert worden ist, an der Universität. Zum ersten Mal massenhaft diskutiert wurde das Phänomen Mitte der Neunziger im Zu-



Wo anfangen? Jeff Walls „After, Invisible Man“ by Ralph Ellison, the Prologue 1999–2001“ (transparency in lightbox 74.0 × 250.5 cm)

Foto Courtesy of the artist

sammenhang psychischer Schwierigkeiten von Langzeitstudenten. Seither hat sich der Begriff „akademische Prokrastination“ als Gegensatz zur alltäglichen Prokrastination (Putzen, Aufräumen, Telefonieren) etabliert. Auch ein 2013 von den Arbeitstherapeuten Anna Höcker, Margarita Engberding und Fred Rist erstelltes Manual zur „Behandlung des pathologischen Aufschiebens“, das in Anlehnung an die Kriterien zur Feststellung psychischer Störungen Kennziffern für die Diagnose von Prokrastination entwickelt, orientiert sich am akademischen Arbeitsumfeld. Als Beispiel für aufgeschobene Arbeiten wird im dazugehörigen Fragebogen etwa die „Vorbereitung auf eine Prüfung“ genannt. Hilfen zur Vermeidung von Prokrastinationsschäden, wie sie die Psychologische Beratung der FU Berlin anbietet, richten sich aber nicht allein an Studenten, sondern auch an Doktoranden und akademische Mitarbeiter. Von der Beratungsstelle wird Prokrastination nicht nur als Studienhemmnis, sondern als ein Phänomen beschrieben, das mit dem „selbstregulierten Arbeitsverhalten an der Universität“ insgesamt zusammenhänge.

Die Rede vom selbstregulierten Arbeitsverhalten bezeichnet allerdings zunächst ein Privileg. Weniger als in anderen Berufen wird bei hauptberuflichen Akademikern auf die permanente Anwe-

senheit am Arbeitsort und die Erfüllung eines quantifizierbaren Plansolls geachtet. Abgesehen vom Einhalten der Lehrverpflichtungen, Sprechstunden und universitätsinternen Pflichtveranstaltungen, besteht große Kulanz gegenüber der individuellen Arbeitsorganisation. Wochenend- und Nacharbeit, denen arbeitsrechtlich enge Grenzen gesetzt sind, lassen sich aus dem Alltag geistig arbeitender Menschen kaum wegdenken. Ob ein Literaturwissenschaftler oder Historiker seine neueste Studie in jahrelanger braver Regelmäßigkeit oder in diskontinuierlichen Produktivitätsschüben fertiggestellt hat, ist von geringer Bedeutung, solange das Ergebnis Anklang findet.

Die Gefahr, dass große Aufgaben so lange liegen bleiben, bis an ihre Bewältigung nicht mehr zu denken ist, wohnt dem akademischen Privileg insofern immer schon inne. Der Literaturwissenschaftler George Steiner, dem sich mangelnde Produktivität nicht nachsagen lässt, hat mit der ihm eigenen Eleganz auf dieses Dilemma geantwortet, als er 2007 ein Buch mit dem Titel „Meine ungeschriebenen Bücher“ herausbrachte, das synoptische Skizzen jener Studien versammelt, auf deren Autorschaft er zugunsten seiner geschriebenen Bücher verzichten musste.

Das Privileg selbstregulierten Arbeitsverhaltens geht freilich auch im akademi-

schon Alltag immer stärker verloren, und zwar paradoxerweise gerade durch Ausweitung und Institutionalisierung von Prokrastination. Die immer stärkere Verlagerung von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben in den Lehr- und Forschungsbetrieb, die Zurückdrängung langfristiger Beschäftigungsverhältnisse zugunsten drittmittelfinanzierter, befristeter Projektstellen oder Lehraufträge, die immer stärkere Verantwortlichkeit individueller Forscher gegenüber Teams und Arbeitsgruppen haben seit der Bologna-Reform die Zahl solcher Tätigkeiten inflationieren lassen, die im Grunde nur der Ermöglichung und Vorbereitung wissenschaftlichen Arbeitens dienen sollen.

Projektanträge, Abstracts, Arbeitsstandberichte, Exposés und sogenannte Papers aller Art, die ausschließlich zu Zwecken beruflicher Selbstorganisation geschrieben werden und nie in irgendeiner Veröffentlichung eingehen, sind zu eigenständigen Textgattungen mutiert, deren Produktion oft mehr Zeit und Kraft bindet als die Arbeit, die sie eigentlich ermöglichen sollen. Ganze Institutionen und Personalbestände erhalten sich inzwischen allein dadurch am Leben, dass sie die systematische Vertagung und Verschleppung geistiger Arbeit organisieren.

Insofern plaudert das Projekt Prokrastinationspraxis an der FU Berlin einfach

die Wahrheit über die akademische Arbeitsrealität aus, wenn es Prokrastination mit den Worten definiert: „Betroffene vermeiden es, sich einer Aufgabe, von der sie selbst behaupten, dass sie vorrangig erledigt werden muss, konsequent, zeitnah und relativ stressfrei zu widmen.“

Was an Prokrastination den genuine Gehalt geistiger Arbeit in Erinnerung ruft, die Erfahrung nämlich, dass deren Objekt bestimmte Arbeitsbedingungen verlangt, die nicht jederzeit überall vorhanden sind, tritt kaum noch ins Bewusstsein. Wenn das Projekt Prokrastinationspraxis die Gedanken „Ich warte, bis ich in der richtigen Stimmung bin“ oder „Ich weiß nicht, wo ich anfangen soll“ nur als Symptome einer „Störung des Arbeitsverhaltens“ qualifiziert und unerwähnt lässt, dass sich darin auch ein Wissen um die Forderungen ausdrückt, die der Gegenstand des Denkens an den Denkenden stellt, wird der Unterschied zwischen Geist und Verwaltung, Individuum und Institution eingeebnet. Prokrastinationsberatung dient dann nur dem möglichst effizienten Exorzismus geistiger Tätigkeit aus dem akademischen Betrieb. Dass dieser selbst fast nur noch der permanenten Vertagung dessen dient, woraus er seine Legitimation bezieht, darüber können seine Angehörigen dann nach der Emeritierung Bücher schreiben. MAGNUS KLAUE

Ein Akkreditierungsmonster ist doch kein Grund zum Fürchten!

Karlsruhe ruft die Länder zur Reform der Zulassung von Studiengängen auf. Die Kultusminister stellen sich taub.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar dieses Jahres zur Akkreditierung hatte es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen. Das Gericht wies darin nicht nur die Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen als grundgesetzwidrig zurück, sondern stellte die Genehmigungsverfahren aller Bundesländer, Hochschulen und Universitäten in Frage. Denn die privatrechtlichen Akkreditierungsagenturen haben im Grunde hoheitliche Aufgaben wahrgenommen, sie bedürfen deshalb nach höchstrichterlicher Auffassung einer besonderen rechtlichen Legitimation, die bislang fehlt.

Doch von dem Karlsruher Paukenschlag haben sich die Wissenschaftsminister der Länder nicht beeindruckt lassen. Anstatt die Qualitätssicherung von Studiengängen grundsätzlich zu überdenken, machen sie es sich leicht und werden das im Zweifel immer mit den überschaubaren Fristen, die das Gericht gesetzt hat, begründen: Spätestens zum 1. Januar 2018 müssten verfassungskonforme Regelungen getroffen werden. Dabei gilt die Frist einzig und allein für Nordrhein-Westfalen und nicht für die übrigen Länder. Es ist eben politisch nicht opportun, eine Fehlentscheidung einzugehen. Stattdessen wird von „weiterentwickeln“ und „flexibilisieren“ gesprochen.

Die Minister haben die Vorlage der Amtschefs beschlossen, wie das leider überhaupt zur Unart der Kultusministerkonferenz (KMK) geworden ist. Denn in der Ministerrunde wird so gut wie nicht mehr diskutiert. Einwände von Ministern werden mit dem Hinweis abgewehrt, dass doch genügend Zeit für die Klärung verstrichen sei, sie werden geradezu als unzumutbarer Bremsklotz eines laufenden Verfahrens gebrandmarkt. Wieso sitzen die Minister dann eigentlich noch zu-

sammen? Nur um die Beschlussvorlagen ihrer Amtschefs abzuzicken? Das ließe sich einfacher und kostengünstiger schriftlich erledigen.

Der Einzige, der sich mit kosmetischen Korrekturen nicht zufriedengeben wollte, war Mecklenburg-Vorpommerns Kultusminister Mathias Brodtkorb (SPD), der die Fehlentscheidung der Minister zur Akkreditierung öffentlich eingestanden hatte und dafür plädierte, die Qualitätssicherung von denen organisieren zu lassen, die das durchaus könnten: den Hochschulen selbst. Sein Vorschlag, die Ersetzung der Akkreditierung durch ein sogenanntes Audit-Verfahren zumindest zu prüfen, wurde abgelehnt. Brodtkorb regte eine grundsätzliche Neukonstruktion an und konnte mit einem entsprechenden Landtagsbeschluss mit Rückendeckung sein Veto bei der Kultusministerkonferenz einlegen.

Am Beschluss selbst hat das nichts geändert, weil die Amtschefs schon in der Vorlage festgelegt hatten, dass Einstimmigkeit nicht vonnöten sei. In der Beschlussvorlage war in einem Klammervermerk auch noch zu lesen, dass die Akkreditierung „sich bewährt“ und als „flexibel und anpassungsfähig erwiesen“ habe. Zumindest auf diesen Ausweis von

Realitätsverweigerung hat die KMK im Beschlusstext verzichtet.

Dass sich inzwischen mehr als tausend Professoren dem Heidelberger Aufruf in dieser Zeitung in einer Online-Petition (Change.org) angeschlossen und eine ersatzlose Streichung des bisherigen Akkreditierungsverfahrens gefordert haben, spielte offenbar nicht die geringste Rolle. Aussitzen wie bei der Rechtschreibreform scheint die Devise der KMK zu sein.

Sowohl der Juristische Fakultätentag wie auch der Deutsche Hochschulverband (DHV) haben sich der Petition angeschlossen. Der DHV hat seinen Mitglieder empfohlen, sie zu unterzeichnen. An einer Online-Umfrage unter den Verbandsmitgliedern auf der Internetseite des Verbandes hatten sich 2600 Mitglieder beteiligt, neunzig Prozent haben sich für die Abschaffung des derzeitigen Akkreditierungsverfahrens ausgesprochen.

Was die Wissenschaftsminister nun beschlossen haben, wird die Akkreditierungsverfahren kaum wesentlich verbessern. Zwar haben sie den Hochschulausschuss beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten und diese bis zur nächsten Kultusministerkonferenz am 6. Oktober vorzulegen, doch die Rahmenvorgaben bleiben.

mit gezielter Bewerberauswahl sein. Dafür müsse der Nachwuchs Freiräume für eigenständige Forschung erhalten, die er auf die Facharztweiterbildung anrechnen lassen kann. Den „Dr. med.“ als Regelabschluss will die AG Med beibehalten. Eine Differenzierung zwischen wissenschaftsnahen und -fernen Doktorgraden lehnt sie ab. In der AG Med sind unter anderem der Medizinische Fakultätentag, der Marburger Bund und die Bundesärztekammer vertreten. F.A.Z.

Was soll sich schon groß ändern, wenn ein paar Alibi-Professoren im Akkreditierungsrat sitzen, zumal nicht damit zu rechnen ist, dass sich irgendein erbitterter Gegner des kostspieligen Verfahrens dazu hergeben wird? Geprüft werden soll nun laut KMK-Beschluss, wie das Zusammenspiel der Akteure (Länder, Akkreditierungsrat, Hochschulen und Agenturen) und die jeweiligen Entscheidungsbeurteilungen ablaufen, ob der Akkreditierungsrat wissenschafts-adäquat besetzt ist und Gutachter sinnvoll benannt werden.

Vielleicht wird der Akkreditierungsrat künftig aus zwei Kammern bestehen, einer Verwaltungskommission und einer Wissenschaftlichen Kommission? Wahrscheinlich aber ist, dass man sich mit einer Erweiterung des Rates zufriedengibt, damit „die für wissenschaftsrelevante Entscheidungen professorale Majorität sichergestellt wird“. Außerdem soll der Hochschulausschuss darüber nachdenken, ob man die Intervalle und Verfahren der sogenannten Reakkreditierung, die bisher eine lukrative Angelegenheit für die Agenturen war, nicht ändert. Es könnte sein, dass es künftig Aufgabe des Akkreditierungsrates selbst ist, die Akkreditierung zu verleihen, während die Agenturen die Hochschulen beraten und die Begutachtung organisieren.

Dass der Hochschulausschuss der KMK keine substantiellen Änderungen vorschlagen wird, dürfte spätestens dann klar werden, wenn man den Vorschlag zum Beschlusstext liest, in dem daran erinnert wird, dass die KMK „die Akkreditierung als wissenschaftsgeleitetes Qualitätssicherungssystem für Studium und Lehre zur Gewährleistung fachlich-inhaltlicher Standards und der Berufsrelevanz der Hochschulabschlüsse beschlossen“ hat.

Wie wissenschaftsgeleitet diese Verfahren bisher waren, weiß jeder zu be-

richten, der je bei einer Akkreditierung dabei war. So hat einer der Gutachter bei der Begehung einer juristischen Fakultät gefragt, wo denn das Labor sei. Der reichlich konsternierte Dekan fasste sich rasch und antwortete, man habe eine Bibliothek, für ein Labor jedoch gebe es keinen Bedarf. Der leitende Mitarbeiter der Agentur und arglose Frager entpuppte sich als ehemaliger Ingenieur beim TÜV. Für die Gutachter des Verfahrens selbst ist eine Akkreditierung mit einem mehrere hundert Seiten umfassenden Gutachten verbunden, das ohnehin keiner liest.

Aber es passt in die Geschäftigkeitsspirale des Wissenschaftssystems, die Wissenschaftler von ihren eigentlichen Aufgaben abhält: Forschung und Studententbetreuung. Es gibt an deutschen Hochschulen derzeit gut 18 000 Studiengänge, die regelmäßig akkreditiert werden müssen. Rechnet man drei Gutachter aus der Professorengruppe je Verfahren, ergibt sich ein Bedarf von 54 000 Professoren alle fünf Jahre, die durch Aktenstudium, Ortstermin und Endbericht etwa drei Arbeitstage damit verbringen. Und die Agenturen verdienen gut daran, bis zu 15 000 Euro nehmen sie pro Verfahren. Es ist leider nicht damit zu rechnen, dass dieses Geschäftsmodell sich jetzt überlebt hat.

Hörbar enttäuscht äußert sich der Präsident des DHV, Bernhard Kempen, der dieser Zeitung gegenüber von einer verpassten Chance spricht: „Mir will nicht in den Kopf, dass die Kultusbürokratie auf externe Autoritäten mehr vertraut als auf interne.“ Es gebe in Deutschland ein zermürbendes Grundmisstrauen der Politik gegenüber den Wissenschaftlern, das in den Vereinigten Staaten undenkbar wäre. Warum eigentlich glaubt man hierzulande immer, die Wissenschaft lasse sich dadurch bessern, dass man Wissenschaftler ans Gängelband legt? HEIKE SCHMOLL

Reichsbürger spricht

Greifswalder Professor gibt Extremisten ein Podium

Bei einer Zusatzveranstaltung der Vorlesung „Historische Grundlagen des Rechts“ an der Universität Greifswald konnte der „Reichsbürger“ Thomas Mann sprechen. Entsprechende Berichte von Studenten hat der verantwortliche Professor gegenüber dieser Zeitung bestätigt. Die sogenannte Reichsbürgerbewegung behauptet, das Deutsche Reich bestehe fort, nicht aber als Bundesrepublik Deutschland, sondern in den Grenzen von 1914 oder 1937, und werde durch eine kommissarische Reichsregierung vertreten. Diese Reichsregierung stellt gegen Bezahlung eigene Ausweise aus. Der hessische Verfassungsschutz rät in einer Broschüre „Hilfestellungen im Umgang mit Rechtsextremismus“ dazu, sich mit den „Reichsbürgern“ auf keine Diskussionen einzulassen: Personen mit Bezug zu den sogenannten „Reichsbürgern“ wollten in erster Linie Verwirrung stiften und die Behörden und Verwaltungen in die Defensivdrängen.

Am 22. Januar sprach Mann an der Universität Greifswald von der „BRD-GmbH“, in der „wir alle nur Personal“ seien, und begründete dies mit dem Namen des Dokuments „Personalausweis“. Mann rief nach einem Gedächtnisprotokoll der Vorlesung dazu auf, Ausweispapiere ungültig zu machen und sich stattdessen Papiere des Freistaates Preußen zu besorgen. Was er nicht erwähnte, war, dass er an der Ausstellung solcher Papiere Geld verdient. Zudem behauptete Mann, dass die Bundesrepublik rechtlich noch im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich sei, und er sagte nach Angaben von Studenten: „Das, was wir als Juden kennen, sind keine Juden, sondern Chasaren, die das Judentum angenommen haben.“

Der verantwortliche Professor, Ralph Weber, sagt nun, er habe nicht gewusst, wer da in seiner Vorlesung sprechen würde. Er habe „mangels hinreichender Zeit in der Vorlesung auf Preußen und seine Rolle in dem werdenden Deutschen Reich nicht angemessen eingehen“ können und daher einen Zusatzvortrag mit dem Thema Preußen anbieten wollen. Ein Zuhörer der Vorlesung habe ihm Thomas Mann als profunden Kenner der Geschichte Preußens empfohlen. Dieser Zuhörer habe Herrn Mann dann auch in Webers Auftrag zu einer kostenfreien Vortragsveranstaltung eingeladen. Weber selbst hatte vorher nach eigenem Bekunden mit Thomas Mann keinen Kontakt. „Dies entschuldigend nicht, dass ich mich über dessen politischen Hintergrund vielleicht hätte kundig machen sollen, was ich allerdings unterließ. Von seiner Nähe zu den „Reichsbürgern“ jedenfalls war mir nichts bekannt“, so Weber.

Im Laufe der Vorlesung habe er Mann mehrfach widersprochen und dann alle Anwesenden aufgefordert, den Raum zu verlassen. Weber ist Direktkandidat der AfD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und gibt politische Vorträge in diesem Zusammenhang auf seiner Website als Forschungsleistung an. Weber hatte jüngst einen früheren Neonazi promoviert, dessen Vorstrafe wegen Verharmlosung des Holocausts ihm nach eigenen Aussagen nicht bekannt gewesen war. Weber, der nicht habilitiert ist und seine Ehefrau am Lehrstuhl beschäftigt, steht nun eine Prüfung durch die Greifswalder Universitätsleitung bevor. Diese will die Einladung eines „Reichsbürgers“ am Maßstab des Grundgesetzes prüfen, wonach die Freiheit der Lehre nicht von der Treue zur Verfassung entbindet.

Über die NS-Zeit spricht Weber in seiner Vorlesung nicht, da er sich auf die Rechtsgeschichte bis zum Jahr 1900 beschränkt. Der Nomos Verlag, in dem zwei von Studenten kritisierte Lehrbücher Webers zum Sachenrecht erscheinen, in denen er anhand von Beispielen zeigt, wie sich Bürger gegen ein „Männer-Asylantenheim“ rechtlich wehren können, hat die Zusammenarbeit mit Weber beendet. Dies habe aber nichts mit Webers politischen Meinungen zu tun. Es bestünden unterschiedliche Ansichten darüber, ob die zwei Bücher in ein Werk zusammengefasst werden sollten, sagt Programmleiter Johannes Rux dieser Zeitung. Alle rechtlichen Ausführungen in den Büchern seien im Übrigen richtig und folgten der Rechtsprechung. JOCHEN ZENTHÖFER

Exodus der Forscher?

Folgen des Brexit für Universitäten

Im Fall eines britischen EU-Austritts drohen den Universitäten im Vereinigten Königreich empfindliche wirtschaftliche Konsequenzen. Nach Einschätzung des Schweizer Bildungsökonom Stefan Wolter würden beliebte britische Hochschulen die Gebühren für EU-Gaststudenten massiv anheben. Weniger renommierte Universitäten müssten sich auf einen Einbruch der ausländischen Studentenzahlen einstellen. Derzeit müssen EU-Ausländer in der Regel nicht die deutlich teureren „overseas fees“ zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht würde ein Brexit die britische Wissenschaft schädigen, die zu den größten Empfängern von EU-Forschungsgeldern zählt, warnt der schottische Molekularbiologe Iain Mattaj, der in Heidelberg forscht. Forscher würden sich nach dem Wegfall der EU-Gelder in andere Länder orientieren. Auch vom Zugang zu großen europäischen Forschungsinfrastrukturen wären die Briten abgeschnitten. F.A.Z.